

9. Jahrgang — März 1986

12,50 DM

A 20940 F

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik und Wirtschaft



**SPW — 30**



**Ökologie**

**Herausgeber:** Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loewe (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin/West)

**Ständige Mitarbeiter:**

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

**Redaktion:** Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

**Sekretär:** Joachim Pieczkowski

**Redaktion und Auslieferung:** Tegeler Straße 6, D-1000 Berlin 65

Tel.: (030) 4617083

**Anzeigen (ohne Tausch):** Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45,

Tel.: 030/7722443

**Verlag:** spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38

Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Andreas Wehr

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1986.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. — Auflage: 1.-2. Tausend März 1986

Die spw erscheint 1986 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 12,50 DM, in der Republik Österreich 90,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 8,50 DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 9,— DM (65,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

**Beilagenhinweis:** Diesem Heft liegt — in Teilaufgabe — eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West, bei.

# Inhalt

---

Editorial .....	3
<b>Aktuelle Kommentare</b>	
<i>Hans Holl</i> : Boris Becker .....	6
<i>Katrin Fuchs</i> : Der Gorbatschow-Plan und die Aufgaben der Bundesrepublik .....	8
<i>Peter Strieder</i> : AFG 116 paßt ins konservative Spaltungskonzept .....	11
<i>Gerwin Möller</i> : Von Koschnick zu Wedemeier .....	13
<b>Analysen</b>	
<i>Ursula Pausch-Gruber</i> Quotierung in der SPD .....	15
<i>Renate Brauner und Andrea Kunzl</i> Der lange Weg zur Quote. Österreichische Erfahrungen .....	19
<i>Hans Willi Weitzen</i> Genossenschaft und marxistische Sozialdemokratie .....	27
<i>Heinz-Jürgen Axt</i> »Europäisierung Europas« Utopien, Visionen und realistische Perspektiven der Kooperation .....	35
<b>Diskussionsschwerpunkt: Ökologie</b>	
<i>Detlev Albers und Lothar Peter</i> Natur, Technik, Sozialismus — eine ideengeschichtliche Skizze (I) .....	45
<i>Kurt Neumann</i> Jenseits des »Industrialismus« Thesen zur Perspektive eines neuen Typs von Produktivkraftentwicklung .....	51
<i>Detlef Bimboes</i> Ökologie und Sozialismus Herausforderungen und Aufgaben im Verhältnis von Natur und Gesellschaft .....	59
<i>Michael Häupl</i> Stadtökologie am Beispiel Wiens .....	69
<i>Hans-Bernhard Nordhoff</i> Naturaneignung durch Gen- und Biotechnologie. Versuch einer Ableitung .....	76
<i>Michael Müller</i> Das SPD-Projekt »Sondervermögen: Arbeit und Umwelt« Die Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen als Inhalt und Ziel gesellschaftlicher Veränderungen .....	86

## Interview

*Heinz Albrecht* erinnert sich

1946: Sofortige Vereinigung verneint, Bündnis hingegen bejaht ..... 91

## Dokumentation

*Kurt Löwenstein*: Das Primat des Klassenkampfes ..... 97

## Berichte

*Christiane Rix*: Deutschlandpolitik in europäischer Perspektive. Tagung der FES am 17./18. Januar in Berlin (West) ..... 103

*Johannes Klotz*: 21. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung vom 10.-14.9.1985 in Linz ..... 105

*Klaus-Peter Wolf*: »Soziales Bündnis« oder sozialistische Zielperspektive? Bericht vom 5. Neuland Gespräch des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe zur Programmdebatte am 7./8.2.1986 ..... 109

*Vera Kalleicher und Petra Müller*: Wir wollen Brot und Rosen. 12. Frauenkonferenz der IG Metall vom 7.-9.11.1985 in Frankfurt/M. .... 111

## Briefe an Redaktion und Autoren

Betrifft: Klaus-Peter Wolf zu Wolfgang Abendroth u.a. SPD — Jenseits von Godesberg, Heilbronn 1985, in: *spw* 29 (*Heinz-Gerd Hofschien*) ..... 115

## Besprechungen

*Sachs, Wolfgang*: Die Liebe zum Automobil. Ein Rückblick in die Geschichte unserer Wünsche (*Peter Jehle*) ..... 117

*Wippermann, Wolfgang*: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels (*Jürgen Blume*) ..... 119

*Die Grünen (Hrsg.)*: Zur Bedeutung der »Europäisierung der Sicherheitspolitik« (*Christiane Rix*) ..... 121

*Engelmann, Bernd*: Vorwärts und nicht vergessen. Vom verfolgten Geheimbund zur Kanzlerpartei. Wege und Irrwege der deutschen Sozialdemokratie (*Heinz-Gerd Hofschien*) ..... 123

*Aldridge, Robert C.*: Erstschatz! Die Strategie des Pentagon für den Atomkrieg (*Christoph Butterwegge*) ..... 125

*Guha, Anton-Andreas, und Sven Papcke (Hrsg.)*: Der Feind, den wir brauchen, oder: Muß Krieg sein? (*Christoph Butterwegge*) ..... 125

Über die Autoren / Autorinnen ..... 128

## Editorial

National wie international, in den kapitalistischen Metropolen wie in der sogenannten Dritten Welt, nehmen Zerstörungen der menschlichen und außermenschlichen Naturverhältnisse dramatisch zu. Das wachsende Ausmaß der Verwüstungen macht sich im Bewußtsein immer massenhafter als Gefährdung, als »ökologische Krise« geltend.

Die sozialistische Arbeiterbewegung und die marxistische Theorie finden verspätet zu einer analytischen und politisch-strategischen Berücksichtigung ökologischer Probleme. Verschränkt mit dem Gegensatz der Systeme, dominierte jahrzehntelang naive Wachstumseuphorie: Während Sozialdemokraten durch »die Technik« nicht selten die Lösung politisch-sozialer Probleme erwarteten, wurde die »produktivistische« Abweichung innerhalb des Marxismus bestimmend für die Politik regierender kommunistischer Parteien. Die Unterschätzung ökologischer Widersprüche im Marxismus nach Marx und Engels ließ ein Problem liegen, das andere eines Tages aufgreifen würden — dann sicher nicht ohne scharfe und mitunter ungerechte Kritik an den Versäumnissen marxistischen Denkens.

Die Anti-AKW-Bewegung der siebziger Jahre, außerhalb von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, demontierte in weiten Teilen der Bevölkerung unwiderbringlich das Weltbild eines technologischen Optimismus, dem sich die Mehrheitsströmungen von SPD, DKP und DGB-Gewerkschaften mehr oder weniger gleichermaßen unkritisch verschrieben hatten. Die Ökologie-Bewegung schuf neue Bewußtseinsstatsachen, denen die politischen Parteien spätestens Rechnung tragen mußten, als Ökologisches, Fraueninteressen und Friedenswille auf bestimmte Weise von den Grünen *als Partei* artikuliert wurde. Gleichzeitig aber wurden Erfahrungen zu Theorien ausgearbeitet, die auf die Frage antworteten, was der systematische Stellenwert des ökologischen Problems sei. Gegen produktivistisch verengte Theorien der Kritik von Klassenverhältnissen und Herrschaft wurden Natur und menschliche Gattung in die zentrale Position gerückt. Abstrakte Negation des Industrialismus (Bahro) und Auszug aus der Industriegesellschaft wurden Dogmen mancher ökologischen Theorie. Die Unvermittelbarkeit des *Denkinhalts* mit dem zeitgenössischen Marxismus verhinderte nicht die Parallelität der *Denkweise*: War den einen Warenform und Klassenfrage die Keimzelle, von der aus das ganze der Gesellschaft und damit der »Rest« als abgeleitet zu sehen war, so den anderen die Gattungsfrage.

Doch wie sind die komplexen Zusammenhänge zu begreifen, in denen Produktivkräfte zu »Destruktionskräften« (Marx/Engels, Deutsche Ideologie) werden können? Daß es mit der Abschaffung der kapitalistischen Formbestimmtheit gesellschaftlicher Arbeit allein nicht getan ist, zeigen die Erfahrungen sozialistischer Länder. »Ökologie« ist in ihrer relativen Eigenständigkeit ernstzunehmen; das ist Voraussetzung, sie in ihrem Bezug zu mächtigen sozialen Interessen zu verstehen. Daher auch der lapidare Titel dieses Heftschwerpunkts.

Um die Verortung der »ökologischen Krise« im Rahmen kritischer und politisch orientierender Gesellschaftstheorie geht es mehreren Beiträgen des Diskussionsschwerpunkts. *Detlev Albers* und *Lothar Peter* unternehmen es, das Naturverständnis in der Geschichte der sozialistischen Bewegung nachzuzeichnen; ihre Untersuchung, deren zweiter Teil im nächsten Heft erscheint, zeigt, daß fruchtbare Ansätze eines adäquaten Verständnisses der Probleme von Aneignung und Beherrschung der Natur durch menschliche Arbeit bei Marx und Engels in den folgenden Generationen marxistischer Theoretiker nicht weiterentwickelt wurden. Die Dialektik von nutzbar- und unverträglichmachen der Natur wurde verschüttet von einem industriellen Optimismus, welcher die Arbeiterbewegung der Zweiten und Dritten Internationale bestimmte. Langfristig und global bleibt eine ökologisch verträgliche Produktion Utopie ohne Bruch mit dem alten »Typ von Produktivkraftentwicklung«, wie er vom Kapitalismus geschaffen wurde und dem auch jede sozialistische Übergangsgesellschaft zunächst noch verhaftet ist (vgl. *Kurt Neumann*). Grundzüge einer Ökologisierung der Produktion in sozialistischer Perspektive umschreibt *Detlef Bimboes* in einem Bei-

# NEUE LANGSPIELPLATTEN

Zupfgeigenhansel



Andre, die  
das Land so  
sehr nicht  
liebten...

Lieder nach Texten  
von Theodor Kramer

Wolf Biermann

DIE WELT IST SCHÖN \*)

neue Liebeslieder



ALBERT MANGELSDORFF

**ALBERT  
MANGELSDORFF**

ELVIN JONES

drums

WOLFGANG DAUNER

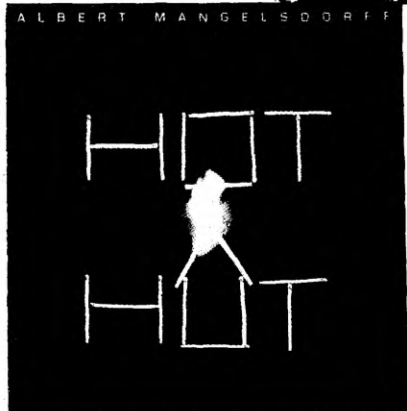
piano

ANDERS JORMIN

bass

ALBERT MANGELSDORFF

posaune, voc. (sim.)



EMI



trag. *Michael Hüpl* und *Hans-Bernhard Nordhoff* liefern »Bereichsanalysen« zu Stadtökologie(politik) sowie zu Bio- und Gentechnologien und entwickeln konkrete Überlegungen für ökologisch verantwortliches Handeln in diesen Feldern. Den SPD-Vorschlag »Sondervermögen Arbeit und Umwelt« stellt *Michael Müller* (MdB) vor; er kommt zu dem Ergebnis, daß dessen Ziele ohne Bruch mit der gegenwärtigen ökonomischen Entwicklungslogik des Profits nur zum kleinen Teil erreicht werden können.

Erfreuliche Beachtung und Resonanz fand das Thema »Europäisierung Europas« unseres letzten Heftes. Die Diskussion von Konzepten der »Europäisierung« setzen wir in diesem Heft mit einem Artikel von *Heinz-Jürgen Axt* fort, der gegen die vorherrschende These von Krise und Scheitern der Europäischen Gemeinschaft auf deren reales Gewicht und ihre relativen Erfolge verweist. Axt bezieht sich dabei u.a. auf die Beiträge von Albert Statz und Norbert Meisner in *spw* 29. Wir beabsichtigen die Fortsetzung dieser Debatte.

Intensiver geworden sind in letzter Zeit die Auseinandersetzungen um die Stellung von Frauen in den sozialdemokratischen Organisationen (vgl. auch den Bericht von Mechtild Jansen über die AsF-Bundeskonferenz in *spw* 29). Über sozialdemokratische Frauenpolitik, Fraueneinfluß in SPD und SPÖ sowie die aktuelle Diskussion über die Quotierung von Mandaten und Funktionen in diesen Parteien schreiben *Renate Brauner/Andrea Kunzl* und *Uschi Pausch-Gruber*. — Die Behandlung einer aktuell gebliebenen Frage in der Geschichte der Arbeiterbewegung untersucht *Hans-Willi Weitzen*, der die theoretischen Zugriffe auf Funktion und Perspektive des Genossenschaftswesens bei Fritz Naphtali und Karl Renner vorstellt und kritisiert. Die Vorgänge um die Gründung der SED vor 40 Jahren, die Frage nach dem Typ von Einheit der Arbeiterbewegung und die Urabstimmung in der Berliner SPD stehen im Zentrum eines Gesprächs mit dem *spw*-Mitherausgeber *Heinz Albrecht* (Jg. 1910).

Frank Heidenreich

**PROKLA, SPW, Sozialismus, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, IMSF**  
laden gemeinsam ein zur Konferenz

## **Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik** **— Theorien, Analysen, Alternativen —** **am 5. und 6. April 1986 in Frankfurt am Main**

Die Konferenz wird in Plena und Arbeitsgruppen folgende Themen behandeln:

Überakkumulation und Krise — Entwicklungsgesetze des Kapitalismus

Internationale Verschuldung — Gefahren der Weltwirtschaft

Zyklus und lange Wellen — Entwicklungsstadien im Kapitalismus

Konsumdynamik, Ersparnisbildung, Innovationen

Staatliche Nachfragepolitik — Alternativen der Wirtschaftspolitik

Es haben unter anderem folgende Referenten ihre Teilnahme zugesagt:

Jörg Goldberg, Joachim Bischoff, Jan Prieue, Alexander Schubert, Herbert Schui  
Elmar Altvater, Otto Kreye Volker Fröbel, Jörg Huffschmidt, Klaus Peter Kisker  
Stephan Krüger, Karl-Georg Zinn, Rudolf Hickel, Harald Mattfeldt, Uwe Kremer

spw-Leser, die sich für die Teilnahme an der Konferenz

»Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik« interessieren, wenden sich bitte an:

Andreas Westphal · Langobardenallee 6 · 1000 Berlin 19 · Telefon 030 / 301 77 13

## Aktuelle Kommentare

Hans Holl

### Boris Becker

Alle wichtigen Rucksackträger der deutschen Wirtschaft, Politik und Show waren angetreten, um der neu geschmiedeten Wunderwaffe BB den Heldenepos eines Jung Siegfried zu verleihen. Im Feuer jugendlichen Sturm und Drangs geschmiedet, gerät Boris Becker in die Hände einer überkommenden Machtstruktur.

Die deutschen Bilanziers haben es zur Jahreswende nicht versäumt, eine Analogie zwischen dem Aktienboom an der Börse und dem »Kanonenaufschlag« von BB herzustellen. Nach vier Ehrungen in einer Woche für BB kam es schließlich zu dem erwarteten Spektakel. 17 Fernsehanstalten, 400 Journalisten aus aller Welt, 13.000 Zuschauer jeden Tag in München gaben diesem sportlichen Ereignis einen Wert von internationalem Rang. Besonders die Amerikaner waren schon deshalb an diesem Top-Act brennend interessiert, da sich neue innovative Kräfte in der Organisation von Top-Veranstaltungen übten. Eine Angleichung an amerikanische Vermarktung von Sportveranstaltungen fand in München statt, und der deutsche Tennisbund beeilte sich nach der gewonnenen Niederlage, Tiriac und das von ihm angebotene Vermarktungspaket in den höchsten Tönen zu loben und eine weitere Zusammenarbeit in Aussicht zu stellen. Während IOC-Mitglied Willi Daume im *Spiegel* den Standpunkt der überkommenden Kräfte im IOC darlegte und auf die guten alten Sponsoren der deutschen Wirtschaft (VW; Benz; Opel) verwies, machte Tiriac bereits seinen nächsten Coup klar, indem er über die inzwischen akkumulierte Autorität Boris Becker die Absetzung des langjährigen Betreuers der Davis-Coup-Mannschaft W. Bungert forderte. So wie die Deutsche Bank die MB-Aktien aus dem Flick-Paket nach »der Leistungsfähigkeit anderen Banken« verteilte, wird in Zukunft auch der deutsche Sport vermarktet. Boris Becker hatte allerdings große Mühe in München, seinen neuen Werbepartner Philips markant und glaubwürdig darzustellen.

Welche Mühe Bertold Beitz, Mitglied des IOC und inventarisierter Saubermann der deutschen Wirtschaft, mit dem unmoralischen Habitus eines deutschen Sportlers hatte, zeigte sich in dem von der FAZ geschmähten Show-Studio, irreführend noch immer ZDF-Sportstudio genannt. Beitz kritisierte das grobe Vergehen von Becker gegen den Linienrichter in München nach einem angeblichen Ausball. Daß dies eine nicht unwichtige Bemerkung von Beitz war, zeigten die Reaktionen im Pressewald. Sauber und ordentlich soll er sein, unser neuer Held, doch diese deutsche Moral erhielt in München das Etikett »unverkäuflich«. Ein Ladenhüter, sozusagen, Herr Beitz. Eine Konjunkturbremse.

Da gibt es andere, die für deutsche Wirtschaft und Bankenwelt innovative Kräfte freisetzen, z.B. Christians und Herrhausen, Chefs der Deutschen Bank. Nach dem Flick-Coup ziehen die Bankiers sich einen jungen Menschen an Land, der als Ideologieträger einer jungen Generation vermarktet wird. Daß dabei die Rollen vertauscht wurden, verheimlichte die Medienwelt der Öffentlichkeit. Nicht Tiriac hat sich die Deutsche Bank angelet, nein, es ist umgekehrt, die Deutsche Bank hat sich BB engagiert. Sie steht im Moment für das Image der ganzen deutschen Wirtschaft. Wenn eine derartige Anhäufung wirtschaftlicher und politischer Machtpositionen nach einer jugendlichen Sportgröße für lächerliche 3 Mill. Mark greift, dann spielt dabei der Werbeeffekt für die Deutsche Bank



eine untergeordnete Rolle. Gebastelt wird am deutschen Wunder; schon einmal tat sie das — mit Flick und Abs in den Hauptquartieren der Nazis. Mit dem Aufkauf der Flick-Aktien beendet die Deutsche Bank scheinheilig einen Abschnitt in der deutschen Geschichte: Die Kriegstreiber und Kriegsausrüster des Deutschland im 1. und 2. Weltkrieg werden weißgewaschen, die Spendenaffären im Nachkriegsdeutschland von Starfighter bis Graf Lambsdorff werden sauber und ordentlich unter den Tisch gefegt — mit Erfolg. Die Deutsche Bank gibt der Regierungskoalition eine Art von steuerfreier Parteispende, indem sie die Ideologie liefert für die nächsten Jahre. Sauber, sehr sauber. Nicht so schmutzig und moralisch angreifbar wie die Parteispenden nach Art eines Flick.

Es ist nicht die Pickelhaube des 1. Weltkriegs und auch nicht der Stahlhelm des 2. Weltkriegs, nein, es ist der Maßanzug für die aggressive technologische Zerstörung der Umwelt — ein Maßanzug, in dem mit funktionalem Denken jeder in Nadelstreifen und stilgerechter Krawatte die statistische Kurve der Arbeitslosigkeit verlängert in den 3 Mill.-Bereich, ein jeden Morgen gebügelter Maßanzug, der den Rüstungswahnsinn nach Maßstäben der Leistungsbilanz beurteilt, und ein Maßanzug, der auch die Knitterfalten einer in der Menschheitsgeschichte erstmals heraufbeschworenen Apokalypse leicht und locker verkauft. Mit der technologischen und wirtschaftlichen Partizipation der deutschen Industrie an dem Weltraumrüstungprojekt SDI, mit Ami-Roll Back und der ideologischen Phrase der Stärke im Rücken wird auch noch das Ende des 20. Jahrhunderts von der rechten Seite vereinnahmt. Die hauen uns das ganze Jahrhundert dicht.

Sie haben keine Scheu, Helden zu machen, die Kulissen für die Wunder aufzustellen, sie haben aber auch keine Skrupel, Opfer zu machen. Helden sind Opfer. Und Boris Becker ist ein Held des Sports, auch ein Held für die Werbebranche, aber ein Opfer der Leistungsideologie, nicht aber des »Willens zur Leistung«. Denn die Leistungsideologie ist ein alter Hut, kalter Kaffee, mit der nicht nur zwei Weltkriege von deutschem Boden ausgegangen sind, sondern mit der auch seit Jahrzehnten unverantwortlicher Raubbau an dem natürlichen Gleichgewicht unserer Umwelt getrieben wird. Mit dieser Ideologie wird versucht, den notwendigen Niedergang des Patriarchats aufzuhalten, mit dieser Ideologie wird die Ausrichtung an materiellem Wertdenken auf die Spitze getrieben.

Was passiert, wenn ich behaupte, das Phänomen BB steht für den Niedergang des alten mechanischen Weltbildes: Leistung-Erfolg-Reichtum-Glückseligkeit? Die gesamte Linke, auch die kränkliche SPD, hat im Falle Boris Becker geschlafen. Nein, sie wollten die Saubermänner spielen, ähnlich wie Bertold Beitz, und nicht an dieser doch so gräßlichen Vermarktung eines jungen Menschen teilnehmen. Die Linken haben immer noch nicht gelernt, Verpackung und Inhalt zu unterscheiden. Sie haben derzeit keine führenden innovativen Kräfte, um gegenüber diesem Heldenmythos in die Offensive zu gehen. Die Berührungssängste sind schon neurotisch, nach dem abgewandelten Motto Degenhardts »Spiel nicht mit den reichen Kindern«. Nur in ironischer Art konnte sich z.B. die *taz* nach dem Zirkus eine ganze Seite über die so verachtungswürdigen Schlemmergewohnheiten der »Village« Prominenz auskotzen, als wenn Hummer an sich schlecht schmeckt.

Beide Seiten werden beherrscht von dem überkommenen mechanischen Weltbild, des Ausschlusses der Gegensätze, ihrer Unvermittelbarkeit. Die Linke scheint bei ihren ganzen politischen Studien in den 60er und 70er Jahren nicht begriffen zu haben, daß das Wesen der menschlichen Erkenntnis nicht aus der Verurteilung und Zerstörung gegenteiliger Auffassungen besteht, sondern in deren Einbeziehung in ein neues, eigenes System.

Bei den Linken sind die Reichen immer noch die Bösen und die Armen die Lieben. Wer links ist, läßt sich nicht vermarkten, und wer sich vermarkten läßt, kann auch nicht mehr

links sein, um diese einfache Darstellung einmal zu verwenden. Wer sich einmal das Video von Bruce Springsteen angesehen hat mit dem Titel »Born in the USA«, kann sich vielleicht ein Bild von der Energie und von dem Einfluß vorstellen, der erreicht wird, wenn man die einfachen Menschen im Land zu Helden erklärt.

Also Helden brauchen wir, und dazu brauchen wir den Bruch mit den Vorstellungen, die uns davon abhalten, Helden, unsere Helden zu vermarkten. Übernehmen wir ruhig die Lebendigkeit des konservativ Sakralen, geben wir dem Sieg und der echten Leistung die richtige, auch uns im Traum bewegende Bedeutung. Leiten wir die anstehende Arbeit der ersten überlebenden deutschen Nachkriegsgeneration, nehmen wir den Mythos auf, verdammen wir ihn nicht.

Wir haben das Talent und die Begabung der nächsten Jahre, um über den Willen zur Leistung unsere Helden zu vermarkten, den Wald zu retten, die Flüsse zu reinigen, die Luft zu säubern, Privatfernsehen zu machen, die Frauen als Heldinnen anzuerkennen und über die erbrachte Leistung zur menschlichen Größe zu finden.

Katrin Fuchs

## Der Gorbatschow-Plan und die Aufgaben der Bundesrepublik

Meinungsumfragen zeigen: Die Mehrheit der Bundesbürger will abrüsten, aber weniger als zehn Prozent können sich vorstellen, daß es in absehbarer Zukunft zu konkreten Abrüstungsschritten kommt. Das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen hat das Klima verbessert, Erwartungen geweckt, aber keine konkreten Ergebnisse gebracht. Nun hat der sowjetische Generalsekretär einen Drei-Stufenplan mit dem Ziel vorgelegt, die atomaren und chemischen Massenvernichtungswaffen bis zur Jahrhundertwende vollständig abzuschaffen. Dies ist der umfassendste Abrüstungsplan, der je vorgelegt wurde. Hans-Jochen Vogel hat ihn treffend als »konkrete Utopie« bezeichnet. Konkret ist der Plan, weil er Ansprechpartner, Fristen, Kategorien und Umfang der abzurüstenden Waffen benennt; konkret sind auch die Aussagen zur Verifikation, die jahrzehntelang ein Problem war — oder dazu gemacht wurde —, woran Abrüstung maßgeblich mit scheiterte. Utopisch ist der Plan, weil er nicht Rüstungskontrolle und beiderseitig vertraglich festgelegte Aufrüstung vorschlägt, sondern vollständige atomare Abrüstung. Die politische Utopie, die Menschheit vor Atomwaffen durch ihre völlige Abschaffung zu schützen, ist dabei die Antwort auf die militärische Utopie eines technischen Schutzes der Menschen vor Atomwaffen durch die »Strategische Verteidigungsinitiative« Präsident Reagans. »Die 'Star-Wars'-Rede kommt als Bumerang zurück«, so die »FAZ«.

Der Gorbatschow-Plan sieht vor, daß die beiden Hauptatomwaffenstaaten mit der atomaren Abrüstung beginnen sollen. Andererseits wendet sich Gorbatschow mit seiner Initiative ausdrücklich an Europa: »Bei einer grundlegenden Wende hin zu einer Politik des Friedens könnte auf Europa eine besondere Mission entfallen.« Wenn richtig ist, daß der Plan für die Bundesrepublik Deutschland eine »historische Chance« bedeutet, dann liegt es an uns, nicht darauf zu warten, ob und wann zwischen den *großen Zwei* die ersten Abmachungen geschlossen werden, sondern zu fragen: Was können wir selbst von der Bundesrepublik aus tun? Einstieg und Voraussetzung zu Fortschritten auf der »großen politischen Ebene« sind ein beiderseitiger atomarer Teststopp und das Verbot der Entwicklung,

Produktion und Stationierung von Weltraumwaffen. Daß es ohne dies keine wirkliche Reduzierung der Atomwaffen geben wird, darin stimmt die SPD mit Gorbatschow, aber auch mit der Vierkontinente-Initiative überein. Wofür wir Verantwortung tragen ist, jede Beteiligung der Bundesrepublik an SDI oder einer Europäischen Verteidigungsinitiative zu verhindern; aber auch eine positive und fördernde Haltung der Bundesregierung gegenüber den USA bezüglich des Abschlusses eines beiderseitigen atomaren Teststoppvertrages fällt in unsere Verantwortung. Die UdSSR hat ihren einseitigen Teststopp bis zum 31. März verlängert, Aufgabe der Bundesregierung wäre es, die USA zum Einstieg in einen beiderseitigen Teststopp zu drängen. Das tut sie aber nicht, im Gegenteil: Vertreter der Bundesregierung sind in letzter Zeit von der bisherigen Regierungsposition, die einen beiderseitigen atomaren Teststopp befürwortete, abgewichen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Wer für SDI ist, kann den Teststopp nicht begrüßen, denn das Testen noch vieler Atomwaffen ist Voraussetzung für die Weiterführung wesentlicher Elemente des SDI-Programms.

Die weitestgehenden sowjetischen Vorschläge betreffen Europa. Die Beseitigung aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen aus der »europäischen Zone« wird nicht mehr wie früher an die Einberechnung der französischen und britischen Atomwaffen gekoppelt, sondern nur noch daran, daß diese eingefroren werden und die USA darauf verzichten, Atomwaffen an andere Länder weiterzugeben. Diese Position entspricht im wesentlichen der alten *Nulllösung* und geht über das hinaus, was die SPD in Köln und Essen von der UdSSR gefordert hat. Die sowjetische Seite hat mittlerweile deutlich gemacht, daß die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen aus Europa aus ihrer Sicht nicht an den amerikanischen Verzicht auf SDI gekoppelt ist. Damit ergeben sich reale Handlungschancen für die Europäer. Nach Presseberichten der letzten Wochen zeichnet sich darauf eine amerikanische Antwort folgenden Inhalts ab: Zustimmung zur Beseitigung aller europäischen Mittelstreckenwaffen der USA und der UdSSR, aber verbunden mit der Forderung nach einer Halbierung der SS20 in Asien. Zudem sollen die Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens außen vor gelassen werden und will die US-Regierung nicht darauf verzichten — wie geplant — Trident D5 —, Interkontinentalraketen an Großbritannien zu liefern. Wenn sich diese Information als richtig erweisen sollte, wäre der Weg zur Beseitigung der Mittelstreckenwaffen aus Europa blockiert. Allenfalls ein Zwischenabkommen für die Mittelstreckenwaffen der USA und der UdSSR erschiene noch möglich, die rasche Aufstockung der französischen und britischen Atomwaffenpotentiale würde weiterlaufen. Kurz: ein labiler Zwischenzustand wäre erreicht, der so nicht von Dauer sein könnte und sich auf längere Sicht nicht unbedingt als Zwischenschritt zur vollständigen Beseitigung der weitreichenden Atomwaffen aus Europa erweisen würde.

In dieser Situation hat die Bundesrepublik keinerlei Anlaß, sich vom Erfolg der Meinungsbildung zwischen den Regierungen der USA, Frankreichs und Großbritanniens abhängig zu machen und selbst untätig zu bleiben. Für die SPD gibt es keinerlei Anlaß, die Beschlüsse von Köln und Essen als durch die Entwicklung überholt zu betrachten. Der Gorbatschow-Vorschlag reicht sicher weiter als der Kölner Parteitagbeschuß. Es wäre aber eine verhängnisvolle Illusion, daraus den Schluß zu ziehen, daß dieser damit überflüssig wäre. Denn damit würde sich die SPD zum zweiten Mal nach den ersten Genfer Verhandlungen abhängig machen von Verhandlungen, die von anderen geführt werden, mit anderen Interessen. Umgekehrt könnte die Umsetzung des Parteitagbeschlusses von Köln, Pershing II und Marschflugkörper aus der Bundesrepublik abzuziehen und die SS20 drastisch zu reduzieren, auch und gerade dann ein wesentlicher Zwischenschritt zur

Beseitigung aller europäischen Mittelstreckenwaffen sein, wenn die amerikanische, französische und britische Regierung sich als unfähig erweisen sollten, ihre Atomwaffenprogramme zugunsten atomarer Abrüstung abzubrechen. Daß es so kommen könnte, dafür spricht im Moment leider viel.

In der Schlüsselfrage der Mittelstreckenwaffen verbieten uns eigene Verantwortung und politische Lage, die Hände in den Schoß zu legen und auf andere zu warten. Die sozialliberale Regierung Helmut Schmidt war wesentlich für das Zustandekommen des *Nato*-Beschlusses verantwortlich. Die Bundesrepublik und die SPD könnten der entscheidende Faktor dafür sein, die von der Rechtskoalition durchgesetzte Raketenstationierung wieder rückgängig zu machen und damit den Weg zu einer Beseitigung aller europäischen atomaren Mittelstreckenwaffen zu ebnen. Deswegen muß die SPD am Kölner und Essener Parteitagsbeschluß festhalten. Es gilt zu überlegen, wie der Beschluß durchgesetzt werden kann. Als politisches Signal dafür ist es erforderlich, daß die parlamentarische Mehrheit einer möglichen zukünftigen SPD-Regierung den Stationierungsbeschluß wieder aufhebt, den der Deutsche Bundestag am 22. November 1983 mit den Stimmen der Rechtskoalition gefaßt hat. Bei den Mittelstreckenraketen gibt es keine Flucht vor der eigenen Verantwortung.

Erstmals werden im Gorbatschow-Plan die *taktischen* Atomwaffen berücksichtigt. Sie sollen ab 1990 vollständig abgebaut werden. Unser Interesse ist es, die sogenannten *taktischen* Atomwaffen so schnell wie möglich loszubekommen, weil ihr möglicher Einsatz für uns keinen taktischen Charakter trägt, sondern die Bundesrepublik völlig auslöschen würde. Auch dies steht in Zusammenhang mit dem Abzug von Pershing II und Marschflugkörpern. In seinem unlängst erschienenen »Zeit«-Interview hat Erich Honecker klar gesagt, daß in diesem Fall SS21-23 »verschwinden« würden und man dies dem sowjetischen »Angebot dazurechnen« könne. Ein weiterer Zugang zum rascheren Abbau der *taktischen* Atomwaffen ist der Versuch von SPD Bundestagsfraktion und SED, den Palme-Vorschlag praktikabel zu machen. Die hysterische Reaktion der CDU/CSU schon auf den Beginn dieser Gespräche zeigt, welche Angst es in der Atomwaffenfraktion vor einem Erfolg unserer Bemühungen gibt.

Bei den chemischen Waffen deckt sich das, was Gorbatschow vorschlägt, mit der Vorgehensweise, die von der SPD-Fraktion mit der SED ausgearbeitet worden ist. Allgemein bleibt anzumerken, daß der Gorbatschow-Plan eine Fülle von Elementen enthält, die aus den Reihen der Sozialistischen Internationale und/oder der blockfreien Staaten stammen.

Im Zusammenhang einer prinzipiellen Ablehnung atomarer Abrüstung ist ein Kommentar der »FAZ« erwähnenswert: »Nichts wäre europäischen Verteidigungsinteressen unzuträglicher als eine Verwirklichung des Gedankens, *auf beiden Seiten* [Hervorh. der Autorin] die Kurz- und Mittelstreckenwaffen abzuziehen. Das wäre zwar in der Tat binnen weniger Wochen möglich. Aber man würde auf westlicher Seite Jahre brauchen — und dazu viel mehr Geld als bisher —, um die Absicherung durch konventionelle Verteidigung aufzubauen.« (FAZ, 8.2.86) Hier wird eine Grundsatzargumentation für Atomwaffen neu belebt, die Vertreter der Bundesregierung auch schon als Begründung für eine europäische Raketenabwehr bemüht haben: Die angeblich drückende Überlegenheit des Ostens bei der konventionellen Rüstung. Dieser Argumentation muß durch praktische Initiativen für die Wiener MBFR-Verhandlungen zur »gegenseitigen Verminderung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa« begegnet werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu vor wenigen Tagen eine Große Anfrage an die Bundesregierung eingebracht, in der es heißt: »Die in diesen Verhandlungen liegenden Chancen wurden weder

umfassend noch konsequent genutzt.« Diese Kritik bezieht sich sowohl auf das Vorgehen bei den Truppenreduzierungen als auch darauf, daß ein Teil des MBFR-Verhandlungsmandats — *die Waffenreduzierungen* — nicht zuletzt aufgrund der westlichen Politik zur Zeit kein Verhandlungsgegenstand mehr ist. Was wir brauchen, ist eine konkrete und weitreichende Initiative der Bundesrepublik zur Reduzierung von Truppenstärken und Großwaffen in Mitteleuropa, wobei jene weitreichenden Raketenwaffen, die von der Bundesregierung als Begründung der Europäischen Verteidigungsinitiative (EVI) benutzt werden, auf beiden Seiten als erstes abgebaut werden sollten.

Da die verschiedenen Abrüstungsebenen — Mittelstreckenwaffen, *taktische Atomwaffen*, konventionelle Rüstung — zusammenhängen, braucht die SPD ein geschlossenes, konkretes Abrüstungskonzept für den gesamten Bereich. Wichtige Elemente dazu hat die Partei in Köln und Essen beschlossen, anderes muß noch erarbeitet und konkretisiert werden. Die Aufgabe des Parteitags wird es sein, die vorhandene Beschluslage zu bestätigen, weiterzuentwickeln und die Eckpunkte in einem Wahlprogramm verständlich zu formulieren. Das wichtigste scheint es mir zu sein, möglichst bald erste konkrete Abrüstungsschritte durchzusetzen. Nur so wird jene Mehrheit der Bevölkerung, die Abrüstung will, aber an ihre Verwirklichbarkeit noch nicht glauben kann, Mut und Vertrauen schöpfen. Erste sichtbare Abrüstungsschritte werden schnell breite Unterstützung in der Bevölkerung gewinnen und große Handlungsbereitschaft in der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung freisetzen.

Peter Strieder

## AFG 116 paßt ins konservative Spaltungskonzept

Heben Arbeitgeber warnend den Zeigefinger und sagen »1984«, so ängstigen sie sich nicht vor dem großen Bruder aus Orson Wells Roman. Sie meinen damit jenes Jahr der Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie, das den Einstieg in die 35-Stunden-Woche brachte.

Die Novellierung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) soll derartige grundsätzliche gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen künftig verhindern. Der Versuch, schon im Arbeitskampf 1984 diejenigen leer ausgehen zu lassen, deren Betriebe außerhalb des Arbeitskampfgebiets dicht machten, weil — (angeblich) wegen des Streikgeschehens in anderen Regionen der Bundesrepublik — nicht weiter produziert werden konnte, scheiterte durch die Entscheidungen der Landessozialgerichte Bremen und Hessen. Jetzt soll eine »Klarstellung« zur Neutralität des Staates im Arbeitskampf herbeigeführt werden.

Der § 116 AFG und die Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit sehen gegenwärtig vor, daß Arbeitnehmer außerhalb des Arbeitskampfgebiets keine Unterstützung erhalten, wenn ihre Betriebe wegen des Arbeitskampfes vorübergehend schließen müssen und ihre Gewerkschaftsgliederung »nach Art und Umfang gleiche Forderungen« wie im umkämpften Tarifgebiet durchsetzen will. Nach dem Regierungsentwurf zur Novellierung des § 116 Abs. 3 AFG soll künftig der Anspruch schon dann entfallen, wenn in beiden Tarifgebieten »eine Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist.«

Darunter fallen die Tarifziele, die wesentlich zur Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder beitragen. Die Bundesregierung erläutert dies in ihrer Gesetzesbegründung: »So sind Forderungen nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ihrer Art nach gleich. Die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche einerseits und nach Einführung eines Vorruhestands andererseits sind demgegenüber unterschiedlicher Art. Annähernde Gleichheit der Forderungen im Sinne des Gesetzes ist beispielsweise in der Regel gegeben, wenn in dem umkämpften Tarifbezirk eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden, außerhalb des umkämpften Bezirks dagegen eine Verkürzung auf 36 Stunden gefordert wird.«

Das Ziel ist klar. Die Gewerkschaften sollen dem Druck der kalt Ausgesperrten ausgesetzt werden, die ohne Lohn und Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit leben müssen. Will die Gewerkschaft dem ausweichen, muß sie in den verschiedenen Tarifregionen unterschiedliche Forderungen erheben. Eine breite, gesellschaftliche Mobilisierung für die gewerkschaftlichen Ziele ist unmöglich. Die Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung wird entscheidend geschwächt.

Die Neutralitätspflicht des Staates im Arbeitskampf erfordert keine Gesetzesänderung. Schon bisher wird weder an Streikende noch an heiß oder kalt Ausgesperrte im Kampfgebiet durch die Arbeitsämter gezahlt.

Erst die neue Logistik der Industrie, der Verzicht auf Lagerbestände und die Produktion auf Abruf, haben dazu beigetragen, daß 1984 im Metallstreik neben den 50000 Streikenden und 170000 im Arbeitskampfgebiet Ausgesperrten 300000 Arbeitnehmer außerhalb des Arbeitskampfgebiets nicht produzieren konnten. Die Unternehmer, die bisher ihre Belegschaften zum Arbeitsamt schickten, anstatt für ihr Risiko des Materialflusses selbst einzustehen, nehmen die Hilfe des Staates in Anspruch. Eine Aufgabe des Gesetzgebers wäre es, hier einzugreifen und dafür zu sorgen, daß die Unternehmen die Konsequenzen ihrer Betriebsorganisation selbst tragen.

Der Bundesregierung geht es nicht um Neutralität. Ihr Ziel ist die Spaltung der Arbeitnehmer. Diese Strategie hat Tradition. Schon in die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche hat die Bundesregierung massiv eingegriffen. Ihr Gesetz zur Lebensarbeitszeitverkürzung war der Versuch, die Mobilisierung für die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung zu ersticken.

Befristete Arbeitsverträge, die das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz nunmehr in großem Maßstab gestattet, sollen die Belegschaften in Stammpersonal und rechtloses Fußvolk, das — in der Hoffnung auf einen Anschlußvertrag — kuscht und sich als Drohpotential gegenüber der Stammebelegschaft eignet, teilen.

Die Pläne zur Änderung der betrieblichen Mitbestimmung sind ein weiterer Baustein dieser Strategie. Unter dem Etikettenschwindel des Minderheitenschutzes sollen geänderte Wahlvorschriften Splittergruppen zu Betriebsratsmandaten verhelfen. Gleichzeitig sollen ihre Chancen bei der Wahl für freigestellte Betriebsratsmitglieder und in Ausschüsse des Betriebsrats erhöht werden. CDU/CSU/FDP setzen auf sektiererische Randgruppen, um ein geschlossenes Handeln der Betriebsräte zu verhindern.

Weiteres droht: Lohnvereinbarungen unter Tarifvertrag, Verbändegesetz, Abbau der Mitbestimmung ... Die drastische Beschneidung der gewerkschaftlichen Streikfähigkeit ist lediglich der vorläufige Höhepunkt der alten Strategie: teile und herrsche!

Gerwin Möller

## Von Koschnick zu Wedemeier

Vor drei Jahren erschien ein Buch unter dem Titel »Gewollt und durchgesetzt« über die Geschichte der SPD-Bürgerschaftsfraktion des Landes Bremen, herausgegeben von *Klaus Wedemeier*, der damals noch den Fraktionsvorsitz innehatte. In einer Rezension der *Frankfurter Rundschau* hieß es dazu: »Es gibt Bücher, auf die kann man einfach nicht verzichten. Man braucht sie für den Schreibtisch oder den Gartensessel, für das Küchenregal oder für die Sitzecke. Wenn man sie hat, ist alles im Lot; der Tisch wackelt nicht mehr, der Stuhl steht ruhig. Niemand wird sie dort wegnehmen, wo sie nützen. Sie taugen zu nichts anderem.« (*Frankfurter Rundschau* v. 13.11.84)

In diesem Verriß wirft *Karl Grobe* dem Herausgeber Einseitigkeit und Geschichtsfälschung vor. Grobe endet seine Kritik mit den Worten: »Ein Kapitelchen hat die Zwischenüberschrift 'Von Kaisen zu Koschnick', und es gibt an der Weser einige Leute, die glauben zu wissen, Wedemeier träumte von einer Neuauflage, in der ein weiteres Kapitel heißen könnte: 'Von Koschnick zu Wedemeier'. Die Leute«, so *Karl Grobe* im November 1984, »müssen irren, denn hätte der Fraktionschef solche Ambitionen — er hätte es vermieden, sich mit einem solchen Buch zu blamieren.«

Jedoch, Wedemeiers Traum ging knappe zehn Monate später in Erfüllung und Grobe irrte. Der Juso-Landesvorsitzende der Jahre von 1970 bis 1976 hatte sich gemäß dem Motto »wir sind die SPD der 80er Jahre« gewollt und durchgesetzt und lag im Rennen um die Koschnick-Nachfolge am Ende eines Kopf vor *Hennig Scherf*; nun sind die ersten 100 Tage seiner Amtszeit vorüber. Mit *Hans Koschnick* ging nicht nur die Wahllokomotive der Bremer und Bremerhavener SPD, dessen Tränen vor Werftarbeitern und seine ehrliche Betroffenheit über die Schließung der AG »Weser« wenige Tage vor der Bürgerschaftswahl 1983 den Sozialdemokraten im kleinsten Bundesland einen ihrer höchsten Stimmenerfolge sicherte. Mit seinem Abschied von der bremischen Politik hat sich hier die »Staatslinke«, jener Klüngelclub »Bürgerhof« aus altgewordenen, Ellenbogen benutzenden Jusos die Macht im Lande Bremen, wenigstens bis zum Wahljahr 1987 gesichert. Diejenigen, die noch 1969 formulierten, daß es nicht ihre »vorrangige Aufgabe sein könne, sich in Machtpositionen zu bringen, wo sie sozialistische Politik betreiben könnten« (Rechenschaftsbericht der Jusos), haben sich wenigstens an den Nebensatz gehalten.

So wie die »Staatslinke« ihre guten Vorsätze aus alten Juso-Zeiten über Bord geworfen und den letzten bedeutenden rechten Sozialdemokraten, den in Bremen als »großen Manitou« bezeichneten *Hans Koschnick* ausgebootet hat, sitzt sie nun am Ruder und ruft aus: »Alle Mann an die Pumpen!« (Wedemeier laut »Weser Kurier« vom 16.1.86). Gemeint ist damit die Fortführung einer Politik der rigiden Haushaltskonsolidierung. »... alle Wünsche nach Aufrechterhaltung liebgewordener Strukturen, vermeintlicher Prioritäten, viele Ortsteilwünsche und nicht mehr finanzierbare Planungen« sollen zurückstehen. So hält der SPD-Landesparteitag (12.10.85 zur Regierungserklärung) mit Formulierungen des bisherigen SPD-Landesvorsitzenden und neuen Fraktionschefs in der Bürgerschaft, *Konrad Kunick*, dem neuen Präsidenten des Senats den Rücken frei für eine Kaputtsparrpolitik, die darauf hinausläuft, Krisenlasten bei ohnehin benachteiligten Bevölkerungsgruppen noch zu verschärfen.

Die zur »Staatslinken« degenerierten Parteireformisten zeigen es der CDU. Daß sie nämlich der bessere Arzt am Krankenbett des Kapitalismus bleiben! Die Jusos im Zwei-

städtestaat an der Weser hatten sich in der Auseinandersetzung um die Koschnick-Nachfolge — gerade zuvor noch in eigene Streitereien verwickelt, es ging auch um Nachfolgen — für *Hennig Scherf* als Bürgermeister stark gemacht. Aber an dieser Stelle sei angemerkt, daß der lange Linke aus Bremen in der ganzen Republik wohl zu recht geschätzt wird als Nicaragua-Engagierter und Kritiker Rothscher Wirtschaftspolitikkonzepte, er aber nach eigenen Angaben zu 90 Prozent in der Einschätzung der Lage Bremens und den Vorschlägen für bremische Politik mit Wedemeier übereinstimmt. Und das beweist er nun als Wedemeiers Stellvertreter zur Genüge.

Die Bremer Jusos hatten bewußt ihre Unterstützung für den »Weg Scherf« gegen den »Weg Wedemeier« ausgesprochen und damit angespielt auf die Art und Weise, wie sich beide in ihrer Politik, d.h., auch im Umgang mit der Partei und ihren Beschlüssen, unterscheiden lassen. *Hennig Scherf* hatte an der Basis der Partei die Mehrheit hinter sich, der Landesparteitag aber nominierte *Klaus Wedemeier*.

Seitdem spürt man an der Weser eine deutliche Luftveränderung in der Partei. Zwar ging die durch die Kräfte links von der »Staatslinken« eingeleitete Auseinandersetzung um das Amt des Präsidenten des Senats verloren, aber einiges an Basisbewegung wurde doch erreicht. In diesen Wochen fanden die Organisationswahlen in der Partei statt, denen sich dann das Gerangel um die Listenplätze für die Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft anschließen wird.

Die große Unzufriedenheit mit der staatstragenden Linken hat noch nicht zu einer organisierten Parteilinken geführt. Viele sind aus dem »Bürgerhof«-Klüngel ausgestiegen, ohne einen alternativen Zusammenschluß vorzufinden. Und da sind die Jusos, die immer noch glauben, daß es ausreichend wäre, sich interne Schlachten zu liefern. Bremen gilt bundesweit als linker SPD-Bezirk. Im Jahr 1985 ist mit dem »Von Koschnick zu Wedemeier« eine Entwicklung eingeleitet worden, die für eine noch zu formierende Parteilinke die Chance bietet, für eine sozialistische Erneuerung der Partei Platz zu schaffen — wenn sie lernt, diese Aufgabe zu erkennen und die internen Auseinandersetzungen zurückzustellen.



## Analysen

Ursula Pausch-Gruber

### Quotierung in der SPD

Seit 1890 ist sie in der Diskussion: die Quote — ein Sonderstatus für Frauen, der ihnen den Weg zu gleichberechtigter Mitarbeit in der SPD ebnen soll. Und sie ist umstritten, seit die Diskussion geführt wird. 1890 erhielten die Frauen das satzungsmäßige Recht, zusätzlich eigene Delegierte zu den Parteitag zu entsenden, wenn die örtliche Organisation keine Frau gewählt hatte. 1892 beantragte Ottilie Baader, Sprecherin der Berliner Frauenagitationskommission die Streichung und setzte sie auf dem Parteitag durch, 1894 wurde sie auf Antrag von Clara Zetkin wieder aufgenommen. Später hieß es dann, daß jedem Vorstand mit mehr als fünf Mitgliedern mindestens eine Frau angehören solle. Das befolgte der Parteivorstand, an der Basis kam man häufiger ohne Frauen aus. Dies ist bis zum außerordentlichen Parteitag 1971 in Bonn-Bad Godesberg so geblieben.

Mitglied des Parteivorstandes waren auch die vom Parteivorstand ernannten Vorsitzenden der jeweiligen Frauenausschüsse. Aus dieser Zeit stammt der Begriff der »Alibifrau«. Er drückt aus, wie die Partei die Satzung ausfüllte: es gehörte seitdem mindestens immer eine Frau dem Parteivorstand an; doch war damit keineswegs gesagt, daß diese auch die Forderungen der Frauen in diesem Gremium vertraten — ja, es könnte sogar nachgewiesen werden (aus Platzgründen hier nicht möglich) —, daß die erste Aufgabe dieser Frauen darin bestand, die Frauen auf Parteikurs zu halten, nicht aber die inhaltliche Auseinandersetzung der Partei mit den Frauenpositionen zu fördern. Dazu ein besonderes Beispiel: 1908 wurde Luise Zietz und nicht die für die Partei unbequeme Clara Zetkin zur Vorsitzenden des Frauenbüros gewählt. 1917 wurden, im Zuge der Auseinandersetzung um die Bewilligung der Kriegskredite und dem Festhalten der Frauen (und ihrem politischen Organ der »Gleichheit«) an einer pazifistischen, klassenbewußten, internationalistischen Politik viele der führenden Frauen, wie z.B. Zetkin, Zietz, Duncker, ihrer Parteiämter enthoben. Clara Zetkin wurde auch aus der Redaktion der »Gleichheit« entlassen.

Auf dem Parteitag in Bonn-Bad Godesberg 1971 wurde die bisherige Frauen-Quote in der Satzung ersatzlos gestrichen. Eine selbstbewußter gewordene Frauengeneration war angetreten, ohne den *Schutz* der Quote ihren Platz in der Partei zu finden. Das Ergebnis: Nach der Aufhebung dieser Schutzklausel sank der Anteil der Frauen im 36-köpfigen Parteivorstand von fünf auf zwei. Lediglich Elfriede Eilers und Vera Rüdiger wurden gewählt. Mit den Richtlinien über die Arbeitsgemeinschaften 1972 wuchs eine neue Struktur der SPD-Frauenarbeit. Etwa zeitgleich gab es, erstmals seit dem Ende der Weimarer Republik, ein Wachwerden der Frauenbewegung. Damit wuchs das Bewußtsein für die Fortdauer der Benachteiligung und Diskriminierung in der Gesellschaft und innerhalb der AsF. Das führte 1977 auf der Siegener Bundesfrauenkonferenz zu einer intensiven — jedoch wie könnte es anders sein —, kontrovers geführten Quotendiskussion. Hier in Kürze die in Siegen diskutierten Positionen:

Beteiligung der Frauen an innerparteilichen Funktionen und Mandaten gemäß ihrem *Mitgliederanteil* (damals 21,7%). Um zu verhindern, daß — wie in der Vergangenheit — Frauen losgelöst von politischen Positionen und ohne Bindung an die AsF, allein aufgrund des Geschlechts zum Zuge kommen könnten, wurde ein Antrags- und Vorschlags-

recht der AsF mit der Quotenforderung verknüpft. Die Konferenz lehnte mit knapper Mehrheit die innerparteiliche Quotierung, das Antrags- und Vorschlagsrecht ab. Die Gegnerinnen vertraten die Auffassung, daß das Verfahren einen Minderheitenstatus festschreibe und damit die Diskriminierung vertiefe. Frauen seien keine Minderheit, die schutzbedürftig sei, sondern eine Mehrheit, die sich ihren Platz erkämpfen müsse. Angeführt wurde auch, daß es wichtig sei, sachlich inhaltliche Politik für Frauen zu machen, und daß diese in einem gemeinsamen Entscheidungs- und Willensbildungsprozeß zwischen Männern und Frauen geschehen sollte. Das Quotenprinzip sei anti-emanzipatorisch. Bei der Einschätzung der Wirksamkeit des vorgeschlagenen Instrumentes dürften folgende Überlegungen eine Rolle gespielt haben: Das Antragsrecht der AsF zur jeweils gleichen Gliederungsebene könnte am leichtesten durchgesetzt werden — tatsächlich gibt es heute vielerorts eine derartige Praxis. Diese Praxis entbinde die AsF von dem Zwang, Durchsetzungsstrategien von unten nach oben zu entwickeln, einzuüben und damit konflikt- und kampffähig zu werden. Auf die Gesamtpartei bezogen werde es zwar möglicherweise zu Beschlüssen kommen, die AsF-Positionen beinhalten, ohne sie jedoch im Bewußtsein der Partei zu verankern, also ohne den Willensbildungsprozeß innerhalb der Partei zur Frauenfrage nachhaltig zu verändern. Die Beschlüsse blieben anschließend undiskutiert, würden nach unten nicht umgesetzt.

Als von der Partei nicht akzeptabel und in der Partei nicht durchsetzbar wurde das Vorschlagsrecht der AsF eingeschätzt. Es beinhalte eine Verletzung des passiven Wahlrechts von jedermann/frau. Die Partei werde zudem gegen die von der AsF vorgeschlagenen Frauen, die in der Partei und Öffentlichkeit als nicht durchsetzbar oder zu »überemanzipiert«, als Vertreterinnen einer kleinen (nicht relevanten) Minderheit eingestuft würden, Frauen ihrer Wahl, z.B. kompromißbereitere Frauen, vorschlagen und mit großer Wahrscheinlichkeit durchsetzen. Die Quote behindere außerdem eine Entscheidung auf der Grundlage der Qualifikation der Bewerber/innen, die gleichzeitig häufig die Frage nach den politischen Positionen sei. »Im Klartext heißt das: Frau um jeden Preis, politische Überzeugung Nebensache.« (Ute Kubatschba) Damit werde in der AsF und der SPD eine Entpolitisierung der Frauenfrage eingeleitet. Die Erfüllung der Quote, d.h., die Erhöhung des Frauenanteils, könnte zwar gelingen, nicht jedoch die Durchsetzung der Frauenstandpunkte. — Das Konzept, auf das die AsF nach Siegen setzte, spiegelt sich in der Beschlüßfassung wieder;

- Einrichtung, Verstärkung und Ausbau der Frauenreferate bei den Bezirken, Landesverbänden und dem Parteivorstand.
- Beteiligung der AsF bei der Besetzung von Mandaten und Funktionen in Partei und Parlamenten und Gremien, für die die Partei Vorschlagsrecht hat.
- Beteiligung der AsF bei der Erstellung von Programmen und bei der Besetzung von Kommissionen.
- Ausbau der Vertrauensarbeit mit dem Ziel, Probleme und Forderungen der Frauen darzustellen und sie in die politische Diskussion und Entscheidung der Partei einzuführen.

Beeindruckt von der außerparteilichen Frauendiskussion in verschiedenen autonomen Frauengruppen und -verbänden in der Bundesrepublik Deutschland und den Veränderungen zugunsten der Frauen in den skandinavischen Ländern schlug der SPD-Parteivorstand 1979 eine Satzungsänderung vor, die eine Quotierung von Funktionen und Mandaten auf der Grundlage des weiblichen Mitgliederanteils, mindestens jedoch von 25 % vorsah.

Die AsF-Bundesfrauenkonferenz 1979 in Erlangen lehnte dies nach wiederum kontroverser Diskussion mit noch knapperer Mehrheit ab. Sie präziserte dagegen ihr Programm zur Durchsetzung der Fraueninteressen. Zentralen Raum nahmen nun die Durchsetzungsstrategien ein: Frauenförderpläne, Gleichstellungskommissionen auf allen Ebenen, Berichtspflicht über Entwicklung des Frauenanteils in der Mitgliedschaft, in den Funktionen, Mandaten, in der Außendarstellung der Partei. Ziel der Bestrebungen: die Frauen entsprechend, ihrem Mitgliederanteil, mindestens aber mit 25%, überall zu beteiligen. Diese Formulierung zeigte sich innerhalb der AsF insoweit als tragfähig, weil regionalen Disparitäten in der Organisationsstruktur Rechnung getragen werden konnte und in bezug auf die Funktionen innerhalb der Partei die AsF nicht vor vermeintlich unlösbare Probleme gestellt wurde — ein bis zwei Frauen ließen sich bei ein bißchen guten Willen von AsF und Partei schon finden. Der große Mobilisierungsschub blieb aber auch aus! Die Bemühungen der Partei, in ihrer Arbeit vor Ort für Frauen attraktiv zu werden — andere offenere, kommunikativere Versammlungsformen zu finden, insbesondere in den ländlichen Regionen —, blieben spärlich. So stieg zwar der Frauenanteil in der SPD von 19% im Jahr 1973 auf 24,5% im Jahr 1983, der Frauenanteil bei den SPD-Bundestagsabgeordneten aber nur unwesentlich an. Die Anzahl der weiblichen Ortsvereins-, Kreis- und Unterbezirksvorsitzenden blieb gering; weibliche Bezirks- und Landesvorsitzende gibt es bis heute nicht. Für die Regionen (z.B. die Stadtstaaten, die großstädtischen Ballungsräume) mit einem teilweise bis 50%igen weiblichen Mitgliederanteil gab es ebenfalls keine Mobilisierung: Auf Ortsvereins- und Kreisverbandsebene übernahmen zwar die Frauen teilweise bis zu 50% der Arbeit; in öffentlich wirksameren Unterbezirksvorständen, bei herausgehobenen kommunalen Mandaten und der Repräsentanz im Bundestag und den Landtagen blieb die Beteiligung weit unter dem Mitgliederanteil der Frauen.

1979 in Berlin unternahm der Parteivorstand einen erneuten Versuch, den Frauenanteil im Parteivorstand zu erhöhen. Er schlug die Erweiterung dieses Gremiums um vier Sitze vor. Die Idee entstand nach meiner Einschätzung aber keineswegs nur aus frauenfreundlichen Überlegungen. Auch für einen Mann wurde ein Platz gebraucht, der sonst nur auf Kosten eines anderen Mannes frei geworden wäre. Die AsF legte zu diesem Parteitag eine Liste von sechs Bewerberinnen für den Parteivorstand vor, die in sich nach den innerparteilichen Flügeln »ausgewogen« war und amtierende Parteivorstands-Mitglieder umfaßte. Trotzdem nominierte die Gruppe der Kanalarbeiter kurz vor Schluß der Einreichungsfrist auf dem Parteitag drei weitere Frauen. Von den sechs vom AsF-Bundesvorstand vorgeschlagenen Frauen schafften nur fünf den Einzug in den Parteivorstand. Zwei der drei von den Kanalarbeitern vorgeschlagenen Frauen waren ebenfalls erfolgreich. Erstmals gehörten nun sieben Frauen dem Parteivorstand an. Die Steigerung des Frauenanteils hatte zur Folge, daß Wolfgang Roth, ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender und inzwischen prominenter Parteilinker, nicht wiedergewählt wurde. Bis heute wird dieser Vorgang von einigen Parteilinken dahingehend interpretiert, daß die Quote nur rechte Frauen begünstige — obwohl der konkrete Vorgang ja ohne Quotenregelung ablief.

Seit der Quotendiskussion in Siegen 1977 hat sich der Frauenanteil im Parteivorstand von damals zwei Frauen auf sieben 1984 erhöht. Dann gab es Kandidaturen von Frauen zu stellvertretenden Bezirksvorsitzenden, z.B. Sigrid Skarpelis-Sperk im Bezirk Südbayern. Mit ihrem persönlichen Erfolg verbindet sich die Einführung der satzungsmäßigen Quote im SPD-Bezirk Südbayern. Natürlich gibt es Stellvertreterinnen auch in anderen Bezirks- und Landesverbänden. Letzter Anstoß zur erneuten, intensiven Quotendiskussion, die nun auch endlich mobilisierenden Charakter hat *und* in der Öffentlichkeit wahr-

genommen wird *und* unter die Haut des Parteiverantwortlichen dringt, dürfte zweierlei gewesen sein: die erneute eklatante Benachteiligung der Frauen auf den Listen von Nordrhein-Westfalen bei der Landtagswahl 1985 und anschließend im Kabinett Rau sowie Untersuchungen über Wählerverhalten und Wahlchancen der SPD im gleichen Jahr. Ohne ins einzelne zu gehen, kurz das Ergebnis: 1. ohne Frauen keine Mehrheit für die SPD bei den Bundestagswahlen 1987. 2. Die SPD hat in der Frauenfrage in den Augen der Wähler/innen an Kompetenz verloren. Eine Mehrheit der befragten Frauen hält die Grünen für kompetenter.

Nach dem Bundesfrauenkongreß 1985 in Hannover gibt es in der AsF folgende Beschluslage: Es wird eine Satzungsbestimmung geschaffen, daß in allen Funktionen, Mandaten etc. 40% jeden Geschlechts vertreten sein müssen (angelehnt an die Regelung der norwegischen Sozialdemokraten). Die Diskussion entzündet sich an folgenden Punkten: Was geschieht, wenn ein Parteitag, ein Aufstellungsgremium nach den Wahlgesetzen des Bundes und der Ländern diese Satzungsbestimmung nicht erfüllt; das ist also die Frage nach den Sanktionen und die Frage einer Verletzung des passiven Wahlrechts. Der zweite Diskussionspunkt betrifft die Durchführung in den Fällen, in denen nur eine Person gewählt werden kann z.B. in einem Stimmkreis oder Wahlkreis nur ein/e Kandidat/in. Was geschieht, wenn eben überall Männer bei den Nominierungskonferenzen erfolgreich sind? Welche Eingriffsmöglichkeiten wären denkbar? Bei starren Listen, wie sie in den meisten Bundesländern und für Bundestagswahlen üblich sind, tritt anschließend das Problem der Reihung auf, denn hier herrschen unerbittlich zwei Quoten: die der bereits amtierenden Mandatsträger/innen und die des regionalen Proporztes. An ihnen scheitern scheinbar so einfache Regelungen wie »jeder vierte Platz für eine Frau« (Parteiratsempfehlung).

Ich frage auch, ob nicht das Prinzip der festen Listen, das der Partei größeren Einfluß auf die Zusammensetzung der Parlamente einräumt als dem Wahlvolk, nur dann glaubwürdig begründet werden kann, wenn die Reihung auf der Liste tatsächlich zum Ausgleich von Ungerechtigkeiten oder Ungleichgewichten führt — wie es eben für einen regionalen Ausgleich fest verankert ist in der *Tradition* der Partei, nicht in *formalen Vorgaben*, und wie es, in einem von den Parteiführern geltend gemachten Interesse der Partei oder Fraktion üblich ist, wenn z.B. Spitzenpolitiker in ihren Wahlkreisen nicht wieder nominiert werden. Dieses Prinzip des Ausgleiches von Ungleichgewichten möchte ich nachdrücklich für die Frauen reklamieren. Ein weiterer Diskussionspunkt ist die Frage der Selbstverpflichtung der Partei z.B. durch Beschlüsse oder der satzungsmäßigen Verankerung der Quote. Ich trete nachdrücklich für die satzungsmäßige Verankerung ein, weil ein Verstoß gegen die Satzung leichter vor die Schiedskommission zu bringen ist, als ein Verstoß gegen Beschlüsse.

Auch die Festschreibung der Quote erfordert eine politische Strategie zur Erreichung des Ziels. Diese muß in Frauenförderplänen, Stufenplänen etc. beschrieben und festgelegt werden. Die Quote ist kein elegantes politisches Instrument — aber sie ist gegenüber einer an der Basis noch immer stark antifeministischen Partei das einzige, das derzeit in Sicht ist. Eine denkbare Alternative könnte nur sein, daß Frauen prinzipiell für jedes Amt oder Mandat gegen jeden Mann kandidieren. Dieser Weg muß sicher noch häufiger, als es heute der Fall ist, besprochen werden. Doch ist er mit Sicherheit für die Partei nach innen und außen schwer zu ertragen.

Renate Brauner und Andrea Kunzl

## Der lange Weg zur Quote

### Österreichische Erfahrungen\*

Beschäftigt man/frau sich mit der Situation der Frauen in der österreichischen Sozialdemokratie bzw. der Frauenpolitik der SPÖ, ist als Einstieg ein Blick auf die programmatischen Positionen der SPÖ bzw. ihrer Vorläuferorganisation vor 1934, der SDAP, interessant. Schon ein kurzer Überblick bestätigt die von autonomen, aber in letzter Zeit verstärkt auch von in der Sozialdemokratie organisierten Frauen vertretene These, daß die Frauenfrage in den Organisationen der Arbeiterbewegung in ihrer gesamten Geschichte zu kurz gekommen ist.

#### Frau in den Programmen

So beschäftigt sich das Hainfelder Programm am berühmten Einigungsparteitag der SDAP 1888/89 lediglich mit der Forderung nach dem allgemeinen »Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts« und unter dem Kapitel »Arbeiterschutz-Gesetzgebung« mit der Forderung nach »Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben«. Diese Forderungen werden im »Wiener Programm« 1901 ergänzt durch die allgemeine Forderung nach »Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Mann öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird« und dem Verbot der »Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter«.

Zum ersten Mal findet sich im berühmten »Linzer Programm«, das als Ausdruck des Austromarxismus bezeichnet werden kann, ein eigenes Kapitel zur Frauenfrage:

»Die Sozialdemokratie bekämpft die Vorurteile, die sich der Gleichberechtigung der Frauen entgegenstellen. Sie fordert auch für die Frauen volle Möglichkeit der Entfaltung der Persönlichkeit. Sie fordert höhere Würdigung der gesellschaftlichen Funktion der Frau als Mutter und als Hausfrau und Schutz gegen die Überbürdung der Frauen durch die doppelte Arbeit im Erwerb und im Haushalt. Daher fordert die Sozialdemokratie: Aufhebung aller Gesetze, durch die die Frauen rechtlich benachteiligt werden. Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen Dienst. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter im öffentlichen Erziehungswesen. Verbot der Frauenarbeit in allen dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Berufen; freien Zutritt der Frauen zu allen anderen Berufen und zu allen Verwendungen innerhalb der Berufe; gleiche Möglichkeit der beruflichen Ausbildung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Erleichterung der Haushaltsarbeit durch zweckdienliche Einrichtungen im Rahmen des gemeinnützigen Wohnbaues. Erleichterung der Arbeitslast der Mutter durch Einrichtung öffentlicher Tagesheimstätten für schulpflichtige, vorschulpflichtige und Krippenkinder. Rechtliche Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.«

Wird zwar im Linzer Programm die Rolle der Frau als Alleinverantwortliche für Kindererziehung und Haushaltsführung nicht in Frage gestellt und fehlen Bereiche, wie die sexuelle Unterdrückung der Frau völlig, so ist doch der fortschrittliche Charakter dieses »Manifestes des Austromarxismus« auch in der Frauenfrage unübersehbar. Viele Forderungen sind nach wie vor aktuell und noch nicht erfüllt.

\* Alle Programmzitate aus: Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Klaus Berchtold (Hrsg.), Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1967.

Zur Frage der Geburtenregelung wird unter dem Kapitel *Bevölkerungspolitik* die Bereitstellung gesundheitsunschädlicher Verhütungsmittel durch die Krankenkasse, diverse Sozialmaßnahmen zur Unterstützung von Schwangeren und Müttern, aber auch die Straffreiheit und — unter gewissen Bedingungen — die Unentgeltlichkeit des Schwangerschaftsabbruches gefordert. Die veränderte Programmatik der Sozialdemokratie nach '45 zeigt sich an diesem Beispiel sehr deutlich:

»Die Sozialistische Partei sieht in schrankenloser Schwangerschaftsunterbrechung die schwerste Gesundheitsgefährdung für die Frau. Es sind öffentliche Stellen für Ehe- und Lebensberatung zu errichten. Die Unterbrechung der Schwangerschaft wird nicht durch Strafandrohung, sondern durch Beratung und soziale Fürsorge bekämpft werden.«

In diesem Aktionsprogramm von 1947 findet sich bezeichnenderweise kein eigenes Frauenkapitel, sondern nur ein Kapitel »Gleiches Recht für beide Geschlechter — Frauen- und Kinderschutz«. Auch das Parteiprogramm 1958 stellt unter dem Stichwort »Frauenfragen« im Kapitel *Die Gesellschaft* die Forderung nach »gleichen Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und auf gleichen Lohn für gleiche Leistung« und »erkennt die wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit der Berufsarbeit für Frauen an«, geht aber dann sofort wiederum auf die Situation der Frau als Mutter und Hausfrau ein. Wird hier — ähnlich dem Linzer Programm — das Recht der Frau auf »volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit« anerkannt, so ist die Schlußfolgerung des Programms von '58 daraus auf die Forderung nach »Einrichtungen, die ihr die Erfüllung der vermehrten Pflichten ohne Überbelastung ermöglicht«, reduziert. Unter dem Stichwort »Familien- und Bevölkerungspolitik« wird dann die Förderung der Familie als zentrale Forderung betont und dazu ein Sozialprogramm entwickelt.

Das neue, heute gültige Parteiprogramm von 1978 bekennt sich zur Überwindung »traditioneller Normen und Vorurteile«<sup>1</sup>, die die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft noch immer beschränken, und bezeichnet über die politische und rechtliche Gleichstellung sowie der Berufstätigkeit der Frau hinaus die Emanzipation der Frau nur durch deren politische, wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit als durchsetzbar. Das Programm geht insofern über Linz hinaus, als es die Alleinverantwortung der Frauen für Haushalt und Kinder in Frage stellt und die gemeinsame Arbeit und Verantwortung von Mann und Frau für diese Bereiche fordert; die fortschrittlichen Forderungen des Linzer Programmes zur Frage der Verhütung und Abtreibung fehlen allerdings. Der letzte Absatz des Kapitels *Für die volle Gleichberechtigung und Selbstentfaltung der Frau* lautet:<sup>2</sup>

»Die sozialistische Frauenbewegung hat schon in ihren Anfängen erkannt, daß es nicht darum gehen kann, sich gegen die Männer zu stellen, sondern daß sich der Kampf in Solidarität mit den Männern gegen eine ungerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung richten muß. Weil die Sozialisten die Emanzipation von Mann und Frau verwirklichen wollen, machen sie den Kampf der Frau gegen Benachteiligung auch zu ihrem Kampf.«

Wie sehr die Frauen in der Arbeiterbewegung sich an dieses Prinzip des gemeinsamen Kampfes mit den Männern gehalten haben und daß sie dabei ihre eigenen Interessen oft zurückstellen mußten, zeigt die Auseinandersetzung um das allgemeine Wahlrecht. Wurde es in Österreich für die Männer 1907 eingeführt, so mußten die Frauen bis 1918 warten, bis auch ihnen das Wahlrecht zuerkannt wurde. Schon 1903 fragte sich *Victor Adler* bei der zweiten Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Österreichs<sup>3</sup>, »ob die politische Lage reif ist, um einen Feldzug für das Frauenwahlrecht zu unternehmen« und bezeichnete es als »politische Torheit, diesen Kampf [für das Männerwahlrecht; Anm. d. Verf.] abzulenken auf einen Punkt, der voraussichtlich erst später zu erreichen sein wird«. 1907 bei

der ersten Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart hatte Adler allen Grund, sich bei den Frauen zu bedanken und den Erfolg des erreichten Männerwahlrechts »dem Opfermut, der Disziplin, dem Verstand und der Hingabe der Genossinnen«<sup>4</sup> zuzuschreiben.

Hat seitdem der gemeinsame Kampf von Männern und Frauen gegen das Gesellschaftssystem Ungerechtigkeiten innerhalb der eigenen Klasse zwischen den Geschlechtern beseitigt? Haben die Gewerkschaften in ihren Lohnkämpfen dem Prinzip gleichen Lohn für gleiche Arbeit die nötige Aufmerksamkeit geschenkt? Kommen die erreichten ökonomischen und sozialen Verbesserungen im gleichen Ausmaß Männern und Frauen zugute?

Hält also der letzte Satz im Frauenkapitel unseres Parteiprogrammes, daß die Sozialisten den Kampf der Frau zu ihren Kampf gemacht haben, einer Prüfung durch die Praxis stand? Wie sieht die Situation der Frau nach 15 Jahren Regierungsbeteiligung der SPÖ, davon von 1970 bis 1983 in sozialistischer Alleinregierung, danach in Koalition mit der Freiheitlichen Partei, in Österreich aus?

### Zur Situation der Frauen in Österreich

In den letzten Jahren wurde versucht — vor allem ausgehend vom Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen (eingerrichtet 1979) — fortschrittliche Frauenpolitik durchzusetzen. Trotzdem ist die Stellung der Frauen in zentralen Bereichen nahezu unverändert. Im Ausbildungsbereich haben die Frauen die verbesserten Ausbildungschancen teilweise genutzt und die Unterschiede im formalen Ausbildungsniveau zumindest reduziert. Einem Vergleich der Mikrozensusserhebungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes 1973 bzw. 1983<sup>5</sup> läßt sich entnehmen, daß im Vergleichszeitraum beispielsweise der Anteil von Frauen mit Lehrabschluß deutlich angestiegen ist. Das Problem der Konzentration weiblicher Lehrlinge auf nur wenige Lehrberufe besteht allerdings immer noch. Über 60% der weiblichen Lehrlinge verteilen sich auf nur drei Lehrberufe: Einzelhandelskaufmann, Friseur und Perückenmacher sowie Bürokaufmann (geschlechtsneutrale Berufsbezeichnungen kennt die österreichische Berufssystematik übrigens nach wie vor nicht!). Um das einseitige Berufs- und Ausbildungsspektrum für Mädchen zu überwinden, wurde im Frühjahr 1984 vom Frauenstaatssekretariat die Aktion »Töchter können mehr — Berufsplanung ist Lebensplanung« gestartet. Hier wird vor allem auf der Ebene der Bewußtseins- und Informationsarbeit versucht, weibliche Lehrlinge für nicht-traditionelle Ausbildungswege zu motivieren.

Im Bereich der Allgemeinbildenden und Berufsbildenden Höheren Schulen sowie der Hochschulen läßt sich ebenfalls ein Ansteigen des Absolventinnenanteils feststellen. Im Schulbereich gilt es vor allem, eigene Schultypen für Frauen (z.B. Fachschulen für wirtschaftliche Frauenberufe) und eigene Fächer (z.B. Hauswirtschaft) abzuschaffen, da mittels derartiger geschlechtsspezifischer Ausbildung traditionelle Rollenbilder festgeschrieben werden. Trotz Annäherung im Ausbildungsbereich läßt sich keine vergleichbare Annäherung der Fraueneinkommen an die Männereinkommen feststellen. 1984 lag das mittlere Fraueneinkommen um rund die Hälfte (49%) unter dem mittleren Männereinkommen (1.320:1.966 DM).<sup>6</sup>

Auch wenn man obengenannte Zahlen um die durch kürzere Arbeitszeiten von Frauen — z.B. durch Teilzeitarbeit — entstehenden Unterschiede bereinigt, verbleibt eine deutliche Differenz, in der Privatwirtschaft ca. 40%.<sup>7</sup> Hier deutet sich das Problemfeld der flexiblen Arbeitszeiten an, womit Frauen am Arbeitsplatz immer häufiger konfrontiert wer-

den. Laut einer Erhebung des Instituts für empirische Sozialforschung<sup>8</sup> arbeiteten 1984 22% aller unselbständig erwerbstätigen Frauen in Österreich weniger als 40 Stunden pro Woche, 27% der teilzeitbeschäftigten Frauen arbeiteten mit flexibler Zeiteinteilung. Derartige Arbeitszeitformen — sie betreffen derzeit noch vorwiegend Frauen — sind Auswirkungen ökonomischer Krisenerscheinungen, untermauert und transportiert werden sie mittels einer ideologischen *Wende*. Es seien hier nur Schlagwort wie die Rückbesinnung auf *alte Werte* und die *neue Mütterlichkeit* genannt. Aufbauen muß dieser roll-back allerdings auf einem Wertewandel, der sich in den letzten Jahren immerhin doch in manchen Bereichen vollzogen hat. So erlangt etwa die Berufstätigkeit für Frauen einen immer höheren Stellenwert, die Frauenerwerbsquote ist in den letzten zehn Jahren angestiegen. Gerade die jüngsten Veröffentlichungen<sup>9</sup> zeigen, daß Frauen von der steigenden Arbeitslosenrate stärker betroffen sind. So stieg die Frauenarbeitslosigkeit von Januar 1985 bis Januar 1986 um 10,8%, während die der Männer »lediglich« um 0,8% anstieg.

Auch über die Bildungspolitik hinaus gilt es, noch einiges zu verändern. Was beispielsweise den Schwangerschaftsabbruch betrifft, flammen immer wieder Bestrebungen auf, die Fristenregelung rückgängig zu machen. Seit 1975 ist in Österreich der Schwangerschaftsabbruch während der ersten drei Schwangerschaftsmonate nach vorher erfolgter ärztlicher Beratung straffrei gestellt. Jeder Arzt hat das Recht, die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs zu verweigern. Auch bei der derzeit geltenden Gesetzeslage läßt sich nicht von tatsächlich gegebener Entscheidungsfreiheit reden: In den westlichen Bundesländern gibt es kaum einen Arzt, der Schwangerschaftsabbrüche durchführt, und noch immer ist ein derartiger Eingriff teuer. Das Sexualstrafrecht betrachtet Vergewaltigung in der Ehe nicht als Delikt und vergewaltigte Frauen müssen Widerstandsunfähigkeit nachweisen. Am weitesten fortgeschritten sind die Bemühungen um eine Reform der Strafprozeßordnung, wonach unter anderem auf Antrag des Opfers die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden soll und Fragen nach dem sexuellen Vorleben des Opfers im Verfahren — wenn nicht unumgänglich notwendig — nicht mehr gestellt werden sollen. Auf Initiative der SPÖ Frauen wurde 1985 ein parlamentarischer Antrag auf Einführung des wahlweisen Karenzurlaubes eingebracht. Mit dem notwendigen Nachdruck werden die Verhandlungen darüber allerdings offenbar nicht geführt.

### Politische Partizipation

Über die Hälfte der Wahlberechtigten sind Frauen. Ein Drittel der SPÖ-Mitglieder sind Frauen. 90% der Nationalratsabgeordneten der SPÖ sind Männer. Ein Erklärungsansatz für die geringe Repräsentanz von Frauen in der Politik ist sicher der vielzitierte weibliche Lebenszusammenhang. Gemäß der traditionellen Rollenverteilung verfügen Frauen über ein geringeres freiverfügbares Zeitbudget, also auch über weniger Zeit für politisches Engagement. Aber ausreichend ist dieser Erklärungsansatz nicht, wissen wir doch alle, daß ein erhebliches Maß der tagtäglichen Basis-Kleinarbeit von Frauen geleistet wird — auch in politischen Parteien. Aber weiter kommen nur die wenigsten.

Auf dem Weg in die Mandate läßt sich folgender Spießrutenlauf feststellen:<sup>10</sup> Zum ersten haben Frauen eine geringere Chance, für Kandidatenlisten nominiert zu werden. Die wenigen, die diese Hürde schaffen, landen dann zumeist auf aussichtslosen Listenplätzen. Von den ganz wenigen auf »wählbaren Plätzen« fallen dann noch einige den allfälligen Umreihungen zum Opfer. Das Ergebnis kennen wir: Unter den 183 Nationalratsabgeordneten befinden sich derzeit 18 Frauen (9,8%). »Frauenfreundlichste Partei« ist die SPÖ



mit 10 weiblichen Abgeordneten (von 90), die ÖVP stellt 7 (von 81) und die FPÖ eine (von 12). Wie langsam diese Entwicklung vor sich gegangen ist, zeigt ein kleiner Rückblick: In der ersten Nationalversammlung der Republik (1919-1920) waren von 170 Abgeordneten 10 Frauen (5,9%), 8 von ihnen waren Sozialdemokratinnen. Sollen wir nun eine Hochrechnung anstellen und ausrechnen, wieviele Jahrzehnte wir auf die Erreichung des 50%-Anteils warten müßten? Angebrachter erscheint es wohl, nach anderen Strategien zur Durchsetzung zu suchen.

»Mehr Frauen in die Politik« war daher auch das Motto der Bundesfrauenkonferenz der SPÖ am 8. und 9. November 1985 in Wien. Diese beschäftigte sich in ihren Anträgen u.a. mit folgenden Fragen und Forderungen: Recht auf Erwerbstätigkeit für Frauen — gleichen Lohn für gleiche Arbeit; Humanisierung der Arbeitswelt; gegen flexible Arbeitszeiten — für die 35 Stundenwoche; Einkommenspolitik im Interesse der sozial Schwachen; verstärkte Umweltpolitik; verbesserter Konsumentenschutz; Einführung der Gesamt- und Ganztagschule; keine geschlechtsspezifische Ausbildung; wahlweiser Karenzurlaub; Realisierung der Fristenlösung in ganz Österreich; Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen; Errichtung von mehr Frauenhäusern; Frieden und Abrüstung; Antifaschismus; u.v.a.m. Die Frauenkonferenz stand aber, wie schon diverse Landesfrauenkonferenzen zuvor, unter einem klaren Schwerpunkt: der Forderung der Frauen nach einer *Quotenregelung*, also der verpflichtenden Repräsentanz der Frauen in einer bestimmten Anzahl in allen Gremien der Partei und auf allen Kandidaten/innenlisten der SPÖ für öffentliche Funktionen. Die sozialistischen Jugendorganisationen hatten bereits in ihren Statuten eine Drittel-Quotenregelung verankert, wobei diese (zumindest von den Frauen) als erster Schritt zu einer 50-prozentigen Quotierung verstanden wird.

Die Wiener Sozialistinnen forderten eine Vertretung der Genossinnen entsprechend dem Mitarbeiterinnenanteil (= Vertrauenspersonen) in den Sektionen, den Basisorganisationen der Partei. Gegen diesen Vorschlag sprachen sich die Frauen aus den anderen Bundesländern aus, da der Anteil an Mitarbeiterinnen in diesen Landesorganisationen oft sehr gering ist.<sup>12</sup> Der geringe Mitarbeiterinnenanteil ist darauf zurückzuführen, daß es in den konservativ dominierten Bundesländern besonders schwer ist, Frauen für politische Arbeit zu gewinnen, aber auch dadurch, daß viele Funktionen, die Frauen in den Sektionen innehaben, geringe soziale Akzeptanz aufweisen (z.B. Kolporteurin = Betreuerin der Abonentinnen der sozialistischen Frauenzeitschrift »Die Frau«) und bei den offiziellen Partei-statistiken nicht als Funktionärinnen (= Vertrauenspersonen) gewertet werden.

Aus diesem Grund verzichteten die Wiener Sozialistinnen darauf, ihren Vorschlag auf Bundesebene zu übertragen. Auf der Bundesfrauenkonferenz wurde daher einstimmig beschlossen, folgenden Antrag zum Bundesparteitag vom 11. bis 13. November 1985 in Wien einzubringen:<sup>13</sup>

»Ziffer 5: Bei Wahlen in Parteifunktionen, in öffentliche Funktionen sowie bei deren Reihung ist darauf Bedacht zu nehmen, daß bei der Aufstellung von Kandidaten diese, Frauen und Männer, entsprechend ihrem Anteil an den Parteimitgliedern, berücksichtigt werden. Es ist über die Erfüllung dieser Bestimmung den jeweiligen Parteigremien auf allen Ebenen Bericht zu erstatten.«

Dieser Beschluß stellt einen großen Fortschritt in der Politik der Frauen zur Durchsetzung ihrer Interessen dar. Die ursprüngliche Strategie der sozialistischen Frauen zielte darauf ab, möglichst viele Frauen zu qualifizieren und dadurch ihre Einbindung in wichtige Funktionen zu erreichen. Die Erkenntnis, daß eine Überwindung der männerdominierten Strukturen stärkerer Mittel und vor allem verstärkter Solidarität der Frauen bedarf, war

ein sich über einige Jahre hinziehender Prozeß. Internationale Entwicklungen (das Beispiel skandinavischer Frauenorganisationen) haben dazu ihren Beitrag geleistet, genauso wie die nicht mehr zu übersehende Realität des Parteialltages. Immer mehr gut qualifizierte, engagierte Frauen arbeiten in der SPÖ, gleichzeitig blieb der geringe Anteil von Frauen in den entscheidenden Gremien und politischen Organen fast unverändert. Mehr als eine Genossin ergriff daher auf der Bundesfrauenkonferenz das Wort und bekannte sich dazu, daß sie früher eine Gegnerin der Quotenregelung war. Durch die Entwicklung in der Partei wurden sie aber davon überzeugt, daß nur eine verpflichtende Repräsentanz der Frauen die Situation verändern kann. Die Strategie, nur genügend qualifizierte Frauen für wichtige Positionen anbieten zu können, hatte sich als Illusion erwiesen. Der oben zitierte Antrag wurde also auf dem Bundesparteitag 1985 eingebracht und bewirkte — ähnlich wie bei den Bundeskonferenzen der Jugendorganisationen —, daß zum ersten Mal bei einem Parteitag schwerpunktmäßig die Frauenfrage diskutiert wurde. Die neue Qualität des Auftretens der Frauen zeigte sich schon in der Vorbereitung des Bundeskongresses. Es gab Delegiertinnenbesprechungen, auf denen beschlossen wurde, in der Frage der Quotenregelung keine Kompromisse einzugehen.

Auf dem Parteitag selbst zeigte sich, daß sich die männerdominierte Konferenzregie mit der offensiv vertretenen Forderung der Frauen schwer tat. Schon während der am ersten Tag angesetzten Berichte der Parteisekretäre deponierten viele Rednerinnen massiv ihre Forderung. Praktisch die ganze Diskussion stand unter diesem Schwerpunkt, und es drohte die gesamte Parteitagsregie unter diesem Auftreten zu »leiden«. Hinter den Kulissen begannen hektische Verhandlungen über das Angebot der Parteiführung, die unter dem Druck der Frauen bereit waren, eine Statutenänderung nach verpflichtender Vertretung der Frauen entsprechend dem Mitarbeiterinnenanteil zu akzeptieren. Höhepunkt dieser Auseinandersetzung war eine Delegiertinnenbesprechung der Frauen während des Parteitages. Während des Berichtes des Klubobmanns der sozialistischen Nationalratsabgeordneten wurden alle weiblichen Delegierten zu einer Situationsbesprechung gebeten. Alle Frauen folgten dem Aufruf. Dieses solidarische Auftreten war für die Genossinnen ein sehr wichtiges politisches, aber auch emotionelles Erlebnis. Die Frauen hatten ihre Entschlossenheit, zu ihren Forderungen zu stehen, nach außen hin (der »Auszug der Frauen« war natürlich in der Berichterstattung der Medien zentraler Punkt) massiv dokumentiert. In der Sitzung selbst versuchten die beiden dort erschienenen (als einzige Männer zugelassenen) Zentralsekretäre an die Solidarität der Frauen zu appellieren, um sie von dem Vorschlag der Parteiführung zu überzeugen. In Antwort auf diesen Versuch beharrten alle Diskussionsteilnehmerinnen auf der Frauenforderung und wiesen darauf hin, daß die Genossen Zentralsekretäre besser beraten wären, an die Solidarität der Männer zu appellieren und nicht von den Frauen zu verlangen, ihre Forderungen einem — nicht näher definierten — Parteiinteresse zu unterstellen.

Obwohl innerhalb der Frauenorganisation beschlossen worden war, von ihrer ursprünglichen Forderung nicht abzugehen, wurde während des Parteitages von den Frauenvorsitzenden und der Parteiführung schlußendlich folgender Kompromiß ausgehandelt:<sup>14</sup>

»Bei Wahlen in Parteifunktionen, sowie bei der Aufstellung und Reihung von Kandidaten für öffentliche Funktionen ist darauf Bedacht zu nehmen, daß der Anteil der Frauen mindestens deren Anteil an den Vertrauenspersonen entspricht, jedenfalls aber 25 % der zu Wählenden beträgt. Die Landesparteistatuten können diesen Anteil erhöhen, nicht jedoch verringern. Über die Erfüllung dieser Bestimmung ist den jeweiligen Parteigremien Bericht zu erstatten.«

Selbst dieser Kompromiß wurde bei einzelnen Landesdelegiertenbesprechungen heftig kritisiert und diskutiert. Auf dem Parteitag selbst hatte sich ja kein einziger Delegierter offen gegen die Forderungen der Frauen ausgesprochen. Am letzten Tag des Bundesparteitages wurde die ausgehandelte Statutenänderung vom Parteivorsitzenden selbst präsentiert, zur Annahme empfohlen und mit nur vier Gegenstimmen beschlossen. Die Vertreterinnen der Jugendorganisationen und einige andere Frauenfunktionärinnen waren zwar — auch auf die Gefahr hin, eine Abstimmungsniederlage zu erleiden — für Beibehalten des ursprünglichen Antrags eingetreten. Dieser Strategie hatte die Einschätzung zugrunde gelegen, daß eine Realisierung der Quotenregelung nur möglich sein würde, wenn die Frauen entschlossen und solidarisch weiter für ihre Interessen kämpften. Kompromißbereitschaft, die die reale Situation der Frauen wenig verbessert, kann im konkreten Fall dazu führen, daß die Forderungen der Frauen nicht ernst genommen werden. Die Genossen könnten sich wiederum darauf verlassen, daß »die Frauen ohnehin im Interesse der Gesamtpartei nachgeben«, und es könnte daher die geringe beschlossene Quotenregelung nicht in die Praxis umgesetzt werden. Vor allem die Frauen aus jenen Bundesländern, in denen die weibliche Repräsentanz in den verschiedenen Gremien besonders gering ist, betrachteten allerdings die »mindestens 25 %-Quote« als wichtige Verbesserung ihrer Situation und waren bereit, dieser Regelung zuzustimmen. Um ein einheitliches Auftreten der Frauen weiterhin zu gewährleisten, stimmten dann alle Genossinnen dem Kompromiß zu. Alle Frauen waren sich einig, daß dieser Beschluß nur den Beginn einer verstärkten innerparteilichen Frauenarbeit darstellen kann. Die Quotenregelung in die Praxis umzusetzen, Frauen zu schulen, ihr Selbstbewußtsein zu stärken, daß sie bereit sind, für wichtige Funktionen zu kandidieren, in solidarischem Auftreten qualifizierte Genossinnen zu »pushen« — das werden die Aufgaben der nächsten Zeit sein.

Wie ernst jedoch manche Genossen die Beschlüsse des obersten Gremiums unserer Partei nehmen, wenn diese — in ihren Augen — ihren Interessen widersprechen, zeigen die Äußerungen diverser Spitzenpolitiker der SPÖ, die in den auf den Parteitag folgenden Wochen getätigt wurden. Sie reichten von Einschätzungen, daß die Realisierung der Quotenregelung mindestens 10 Jahre benötigen würde, bis zu Aussagen, daß Politiker sich die Frauen für »ihre« Gremien auch in Zukunft selbst auszusuchen gedenken. Was bedeutet also der Parteitagsbeschluß, welche Perspektiven hat die Frauenarbeit in der SPÖ?

### **Quotenregelung — die Lösung?**

Die Realisierung der Quotenregelung wird nicht nur ein Prüfstein für die Genossen in der Partei, sondern auch für die sozialistische Frauenorganisation werden. Hatte die Auseinandersetzung mit den Männern viele Differenzen, die es innerhalb der Frauenorganisation zu inhaltlichen Fragen gibt, überdeckt, so werden bei den auf uns zukommenden Aufgaben die internen Auseinandersetzungen wieder aufflackern. Bei der Forderung nach einer verbesserten Vertretung der Frauen waren sich alle einig gewesen, in der Radikalität des Auftretens hatten sich innerhalb der sozialistischen Frauen Unterschiede gezeigt. Einig waren sich auch alle darin, daß die Quotenregelung nicht Ziel sozialistischer Frauenpolitik sein kann, sondern eine Strategie dahingehend, die männerdominierte Partei zu zwingen, sich mit Frauenfragen zu beschäftigen, sowie eine Methode zur Durchsetzung der Fraueninteressen. Sollen die Parteitagsbeschlüsse Sinn haben, müssen allerdings die Frauen in Zukunft bereit sein, sich gegen die nach wie vor traditionellen Parteistrukturen zu stellen. Das kann seinen Ausdruck auch darin finden, daß Frauen gegen (einflußreichere) Männer

kandidieren müssen. Für ein derartiges Infragestellen traditioneller Strukturen war das Auftreten der Frauen auf dem Parteitag selbst äußerst wichtig. Die Bereitschaft — wenn sie dann auch nicht konsequent durchgehalten wurde — die Parteitagsregie zu konterkarieren, hatte den Frauen vor Augen geführt, daß sie mit konsequentem und entschlossenem Auftreten mehr erreichen können als mit der Jahre zuvor praktizierten Unterordnung unter die Parteidisziplin. Dieses solidarische und konsequente Verhalten der Frauen wird in Zukunft bei vielen inhaltlichen Fragen anzuwenden sein.

Auf Frauen, die durch die Quotenregelung vermehrt in entscheidende Positionen gelangen, warten bedeutende Aufgaben. Wie die Zusammenfassung der Parteiprogramme zeigt, warten Forderungen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Zugangs- und Aufstiegschancen für Frauen in allen Berufen, kostenlose Verhütungsmittel und unentgeltliche Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch u.v.a.m. auf Realisierung. Dazu kommen Bereiche wie die sexuelle Unterdrückung der Frau, der Kampf gegen Sexismus in allen gesellschaftlichen Ausprägungen, gegen Gewalt gegen Frauen, Unterstützung autonomer Frauenprojekte usw. Diese Liste der noch zu bewältigenden Aufgaben ließe sich beliebig verlängern. Innerhalb der Frauenorganisationen konnten im Laufe der letzten Jahre zu diesen Fragen fortschrittliche Positionen verankert werden. Die Umsetzung in die Praxis blieb allerdings einigen wenigen Repräsentantinnen, vor allem dem Frauenstaatssekretariat überlassen. Wenn es gelingt, die gesamte Frauenorganisation mit ihrer ganzen Kraft hinter diese Forderungen zu stellen, bietet die Quotenregelung die Chance, Fraueninhalte zum Anliegen der Gesamtpartei zu machen. Nur eine SPÖ, die sich nicht nur vor Wahlen angesichts des hohen Wählerinnenanteils als Frauenpartei bezeichnet, sondern die in ihren Programmen zum Teil schon Jahrzehnte lang formulierten Forderungen verwirklicht, aber auch die Forderungen der »neuen« Frauenbewegung aufgreift und in eine fortschrittliche, sozialistische Strategie einbaut, hat die Chance, ihrem gesellschaftsverändernden Anspruch gerecht zu werden.

### Anmerkungen

- 1 Das neue Parteiprogramm der SPÖ (Hrsg.): SPÖ-Zentralsekretariat, Wien 1978
- 2 Das neue Parteiprogramm der SPÖ, 1978, a.a.O.
- 3 Arbeiterinnen kämpfen um ihr Recht, Hrsg: Richard Klusarits Friedrich G. Kürbisch, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1979
- 4 Arbeiterinnen, a.a.O.
- 5 Mikrozensus 1973 und 1983, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien 1983
- 6 Bericht über die soziale Lage 1984, Bundesministerium für soziale Verwaltung, Wien 1985
- 7 Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, Rosemarie Dorrer, in: Mixer, Mikro, Mischmaschine, Hrsg.: Cortdezis, Gerlitz, Nagl, Edition ÖH, Wien 1985
- 8 Teilzeitarbeit bei unselbstständig erwerbstätigen Frauen in Österreich, Institut für Empirische Sozialforschung, Wien 1984
- 9 Arbeitslosenstatistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, Januar 1986
- 10 Bericht über die Situation der Frau in Österreich, Frauenbericht 1985, Bundeskanzleramt, Wien 1985
- 11 Mehr Frauen in die Politik, Anträge und Resolutionen, Bundesfrauenkonferenz, November 1985, Hrsg: SPÖ, Bundesfrauenkomitee, Wien 1985
- 12 Neue AZ, Zentralorgan der SPÖ, vom 14.11.1985
- 13 Mehr Frauen in die Politik ..., a.a.O.
- 14 Protokoll des 29. ordentlichen Bundesparteitages der SPÖ, November 1985, Hrsg: SPÖ, Zentralsekretariat, Wien 1985

Hans Willi Weizen

## Genossenschaft und marxistische Sozialdemokratie

Sozialdemokraten diskutieren wieder über Genossenschaften. Dafür gibt es mehr als nur einen Grund: Alternativ gemeinte Projekte sind mittlerweile verbreitet, traditionell gewerkschaftliche Unternehmen sind gefährdet, genossenschaftliche Initiativen erscheinen manchen als Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere. Alternativ gemeinte Praxis hatte bereits zuvor ihrerseits theoretische Versuche nach sich gezogen<sup>1</sup>, Charakter und Perspektive von Genossenschaften zu bestimmen. Marxistisches Denken war darin jedoch nur rudimentär festzustellen.

Der gleiche Mangel charakterisiert auch die gegenwärtige sozialdemokratische Debatte, soweit diese von einer seit anderthalb Jahren tätigen Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen und Genossenschaftsrecht beim Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands repräsentiert wird.<sup>2</sup> Diese Arbeitsgruppe beschränkt sich weitgehend darauf, traditionelle und neue Genossenschaftsformen zu beschreiben und staatliche Unterstützung einzufordern. Sie erinnert sich auch an einige Elemente sozialdemokratischer Programmgeschichte in Sachen Genossenschaften. Auf eine marxistische Analyse verzichtet sie jedoch ebenso wie auf eine strategische Orientierung. Während ein Teil der Alternativen mit Genossenschaften über das bestehende wirtschaftliche System hinaus zu gelangen hofft, scheint solches den Sozialdemokraten in der Arbeitsgruppe fern zu liegen. Schwierigkeiten und erst recht prinzipielle Grenzen von Genossenschaften werden denn auch kaum gesehen.

Nicht nur im Umfeld des Parteivorstandes, sondern auch in der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag denkt man neu über Genossenschaften nach. Der Fraktionsvorsitzende selbst ruft deren Geschichte und Gegenwart in Erinnerung und stellt fest, daß im Jahre 1985 in der Bundesrepublik rund 10.300 Genossenschaften mit knapp 14 Millionen Mitgliedern bestanden. Davon waren 3.700 Kreditgenossenschaften mit ca. 135 Milliarden DM Bilanzsumme. 6.500 ländliche Waren-, Verwertungs- und Dienstleistungsgenossenschaften machten 84 Milliarden DM Umsatz. 865 gewerbliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften verzeichnete 79 Milliarden, 76 Verkehrsgenossenschaften etwa 1,2 Milliarden Umsatz und 1.200 Wohnungsgenossenschaften verfügten über 1 Million Wohnungen.<sup>3</sup> Dies sind 7% des Gesamtbestandes an Mietwohnungen, 23% der Gesamtbilanzsumme im Kreditwesen und über 50% des Gesamtumsatzes in der Landwirtschaft. Chancen für Genossenschaften sieht Vogel vor allem im Wohnungssektor und zum Teil auch im Produktionsbereich. Staatliche Hilfen sollen ausgeweitet werden. Charakter und Perspektive von Genossenschaften werden allenfalls vage beschrieben.

Immerhin ist eine von Grünen und Konservativen früher aufgegriffene Diskussion mittlerweile nicht mehr nur von vereinzelt Zirkeln von Sozialdemokraten<sup>4</sup>, sondern von Fraktion und Vorstand der Sozialdemokraten bemerkt und aufgenommen worden. Das Programm zur Bundestagswahl 1983 hatte sich bereits positiv zur Frage der Genossenschaften geäußert, und der Bundesparteitag im Mai 1984 begrüßte die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens im Sinne der Selbsthilfe.

### Genossenschaften in sozialdemokratischen Programmen seit und vor Godesberg

In den programmatischen Dokumenten ab 1959 findet die wiederbelebte Debatte unter Sozialdemokraten jedoch — erstmals übrigens in der sozialdemokratischen Programme-

schichte — noch keine Orientierung. Das Godesberger Programm von 1959 weist auch hier Lücken auf. Es erwähnt nur landwirtschaftliche Genossenschaften und fordert ansonsten lediglich, Unternehmen freier Gemeinwirtschaft zu unterstützen.<sup>5</sup> Die seinerzeit von *Wolfgang Abendroth* wesentlich geprägte marxistische Alternative geht hingegen ausführlich auf die verschiedensten Formen kleinbürgerlicher, bäuerlicher und proletarischer Genossenschaften ein.<sup>6</sup> Damit setzt sie die nach dem 8. Mai 1945 — beispielsweise von *Viktor Agartz* auf dem ersten Kongreß der deutschen Konsumgenossenschaften<sup>7</sup> — unternommenen Versuche fort, den erreichten Stand sozialdemokratischer Diskussion über die faschistische Zäsur hinaus zu retten. Dies prägt leider die programmatischen Positionen der SPD seit Godesberg nicht mehr. Die »Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren«<sup>8</sup>, in Zeiten der Großen Koalition vom Nürnberger Parteitag 1968 diskutiert, versagen auch hierin. Desgleichen der während der Zeit der sozialliberalen Koalition vom Mannheimer Parteitag 1975 verabschiedete »Ökonomisch-politische Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985«.<sup>9</sup> Dessen marxistische Kritik korrigierte diesen Mangel seinerzeit nicht.<sup>10</sup> In allen relevanten sozialdemokratischen Strömungen waren Genossenschaften fast ein Vierteljahrhundert lang kein Thema. So geht denn auch die marxistische Strömung in den »Herforder Thesen« des Jahres 1980<sup>11</sup> nicht auf Charakter und Perspektive von Genossenschaften ein.

Erst seit kurzem besinnt man sich dort — in dieser Zeitschrift nachzulesen<sup>12</sup> — wieder auf die marxistische sozialdemokratische Debatte über Genossenschaften zurück. Dabei wird die Kontroverse zwischen Lassalle und Marx<sup>13</sup> über eine bestimmte und verabsolutierte Form der Produktivgenossenschaft in Erinnerung gerufen, die spätestens mit dem Erfurter Programm 1891 gegen Lassalle entschieden wurde. Schon die im Revisionismustreit zwischen Bernstein und Luxemburg geführte Auseinandersetzung<sup>14</sup> über die Rolle der Konsumgenossenschaften wird nicht genügend beachtet. Dabei setzte sich wider manche Erwartungen gerade die Konsumgenossenschaft in der Praxis durch. Über eine Million Mitglieder vor und vier Millionen erfaßte Haushalte nach dem ersten Weltkrieg allein in Deutschland belegen dies. Auch in programmatischen Aussagen der deutschen Sozialdemokratie fand die Konsumgenossenschaft schließlich ihren Platz. Spätestens seit dem Kölner Kongreß 1905 standen die freien Gewerkschaften<sup>15</sup> und seit dem Magdeburger Parteitag 1910 auch die sozialdemokratische Partei<sup>16</sup> der Konsumgenossenschaft positiv gegenüber. Das Heidelberger Programm von 1925 faßte dann die bis dahin geführten sozialdemokratischen Debatten<sup>17</sup> zusammen. Während sich das Heidelberger Programm der deutschen Sozialdemokratie, allerdings nur kurz und allgemein, dafür ausspricht, solche Genossenschaften zu fördern, die nicht auf Profit aus sind, ist das Linzer Programm der österreichischen Partei sehr viel ausführlicher. Es tritt ausführlich und wiederholt für die Genossenschaften der Arbeiter ein, ferner für die bäuerlichen und gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, für eine Verbindung zwischen den bäuerlichen und gewerblichen Produzentengenossenschaften und den Konsumgenossenschaften, schließlich auch für die Bau- und Siedlungsgenossenschaften und die Genossenschaften im Handel und Bankwesen.

In der Zeit zwischen den Weltkriegen werden in Deutschland und Österreich Versuche unternommen, Charakter und Perspektive der Genossenschaften marxistisch zu bestimmen und die Genossenschaften in reformistische<sup>18</sup> Strategien zu integrieren. Exponenten sind u.a. *Fritz Naphtali*<sup>19</sup> in Deutschland und *Karl Renner*<sup>20</sup> in Österreich. Hintergrund der damaligen Debatte ist zum einen die erfolgreiche Praxis insbesondere von Konsumgenossenschaften und zum anderen der hohe Standard der noch nicht vom Faschismus ge-

brochenen theoretischen Diskussion. Nicht nur die marxistische Kritik, sondern auch beide reformistische Autoren selbst bemühen sich, marxistisch zu argumentieren. Beide sehen in Genossenschaften ein zentrales Element ihrer Strategien. Die Konzepte und ihre Kritik können und müssen für die aktuelle sozialdemokratische Debatte, die hinter diesem Standard noch weit zurückbleibt, wieder erschlossen werden. Die folgende Skizze soll dazu anregen.<sup>21</sup>

### Fritz Naphtalis Konzept der Wirtschaftsdemokratie

Fritz Naphtali nimmt für sein Konzept in Anspruch, daß es den Weg zum Sozialismus weist. Er geht in der Analyse davon aus, daß es sich beim zeitgenössischen Kapitalismus um einen organisierten handelt. *Rudolf Hilferding*, der führende ökonomische Theoretiker der Weimarer Sozialdemokratie, hatte dieses Theorem zwei Jahre zuvor auf dem Kieeler Parteitag 1927 breitenwirksam vorgestellt. Innerhalb dieses organisierten Kapitalismus versucht Naphtali nun Elemente ausfindig zu machen, deren Evolution Schritt für Schritt näher zum und schließlich in den Sozialismus hinein führen soll.

Vor allem die Wirtschaft soll durch Staatshilfe und proletarische Selbsthilfe allmählich demokratisiert werden. In ihr unterscheidet Naphtali kapitalistische und unkapitalistische Bezirke. In den kapitalistischen gilt es, die Verfügungsgewalt über Produktionsmittel mehr und mehr einzuschränken und damit letztlich das Privateigentum an Produktionsmitteln in Gemeineigentum zu verwandeln. Dies erhofft sich Naphtali von verschiedenen Reformen. Der Staat soll die damals für Kohle und Kali bestehende Selbstverwaltung reformieren und auf weitere Branchen ausdehnen. Er soll ein Monopolkontrollamt mit gewerkschaftlicher Beteiligung errichten und die Gewerkschaften in den Vorständen monopolistischer Unternehmen mitbestimmen lassen. Er soll ein Bankenkontrollamt mit gewerkschaftlicher Beteiligung ins Leben rufen und schließlich auch Genossenschaften in der Landwirtschaft fördern.

Außerdem sollen die bereits bestehenden unkapitalistischen Bezirke der Wirtschaft ausgedehnt werden. Zu diesen zählt Naphtali die öffentlichen Unternehmen und die durch proletarische Selbsthilfe entstandenen konsumgenossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Betriebe. Indem das kollektive proletarische und das öffentliche Eigentum an einigen wenigen Produktionsmitteln wächst und indem die aus dem Privateigentum abgeleitete Verfügungsgewalt bei einigen anderen Produktionsmitteln eingeschränkt wird — vor allem in den Schlüsselindustrien und bei monopolistischen Betrieben —, soll der Sozialismus näher rücken.

Die Konsumgenossenschaft bildet für Naphtali einen nicht-kapitalistischen Bezirk innerhalb des Kapitalismus. Dieser ist für ihn zwar weniger bedeutend als die öffentlichen, jedoch wichtiger als die — von ihm zurückhaltend beurteilten — gewerkschaftlichen Unternehmen. Für den Aufbau der Wirtschaftsdemokratie ist die Konsumgenossenschaft ein Kernstück. Alle drei unkapitalistischen Bezirke unterscheiden sich laut Naphtali — wenn auch oft nicht der Form, so doch immer der Sache nach — prinzipiell von den kapitalistischen Bezirken. Für letztere sind charakteristisch: Erstens die Produktion von Waren für den Markt. Zweitens die Trennung der Eigner von Produktionsmitteln von den Lohnarbeitern. Drittens die Produktion von Mehrwert als bestimmender Zweck.

Die Konsumgenossenschaft hingegen befindet sich nicht in Privateigentum, sondern in Gemeineigentum. Jeder kann einen Anteil der Genossenschaft und damit das Stimmrecht erwerben. Unabhängig von der Größe des Anteils, hat jeder gleiches Stimmrecht. Somit wird demokratisch statt plutokratisch entschieden.

»Der Charakter des Eigentums wird bestimmt durch die Verfügungsgewalt. Die Verfügungsgewalt über das Gesamteigentum wird in der kapitalistischen Aktiengesellschaft durch die Mehrheit der Aktionäre nach Maßgabe ihres Kapitalbesitzes ausgeübt. Das Stimmrecht haftet an der Aktie, am Kapitalanteil, gleichviel, welche Personen oder wieviel Personen hinter den anonymen Kapitalanteilen stehen. Ganz anders ist es bei der Genossenschaft. Hier gibt es keine Häufung von Stimmen nach dem Anteilsbesitz, sondern hier ist die Verfügungsgewalt, das Stimmrecht, geknüpft an die Person, an den Genossen, und die Mehrheitsentscheidung über die Verwendung von Genossenschaftsvermögen ist eine demokratische, das heißt, eine auf die mitwirkenden Menschen abgestellte, im Gegensatz zur plutokratischen Entscheidung nach Kapitalanteilen in der Aktiengesellschaft. Da nun die Verfügungsgewalt in der Konsumgenossenschaft demokratisiert ist, ist auch der Charakter des Eigentums an den Produktionsmitteln in der Genossenschaft umgewandelt in ein Gemeineigentum der organisierten Verbraucher, das sich ganz grundsätzlich unterscheidet vom beliebig in der Hand Einzelner anzuhäufenden kapitalistischen Eigentum.«

Deswegen kann auch die Leitung der Konsumgenossenschaft demokratisch gewählt werden. Sie kann aus den Reihen der Arbeiter selbst kommen. Vom Privateigentum an Produktionsmitteln und dessen Interesse hängt sie nicht ab.

»Während in der kapitalistischen Unternehmung durch die Entscheidungsmacht der Kapitalbesitzer die Auslese der Führer in großem Umfange zum Klassenprivileg der Besitzenden geworden ist, das nur in Ausnahmefällen durch ungewöhnliche Tüchtigkeit eines einzelnen durchbrochen werden kann, wird in der demokratischen Genossenschaft die Führerauslese grundsätzlich vom Klassenprivileg befreit. Die Genossen wählen den Führer ihrer Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Eignung und nach Möglichkeit aus ihren eigenen Reihen. So wachsen im praktischen Leben der Konsumgenossenschaft Vertreter der Arbeiterschaft in die Wirtschaftsführung hinein.«

Während das bestimmende Motiv kapitalistischer Unternehmen die Produktion von Mehrwert ist, will die Konsumgenossenschaft in erster Linie günstig den Bedarf decken. Erst in zweiter Linie strebt sie auch nach Gewinn. Gewinne zahlt sie zudem nicht entsprechend den Anteilen der einzelnen Genossen am Kapital aus. Vielmehr rückvergütet sie — abgesehen von einer gewissen inneren Kapitalbildung — entsprechend den Bezügen der einzelnen Genossen an Waren.

»Die Genossenschaft der Konsumenten als Träger des Warenhandels und darüber hinaus als Träger der Produktion muß ihre Aufgaben wirtschaftlich erfüllen, das heißt, sie muß wie jedes andere Unternehmen Überschüsse, Gewinne, erzielen. Der entscheidende Unterschied zwischen kapitalistischem Geist und genossenschaftlichem Geist kommt aber zum Ausdruck in der Verwendung und Verteilung der erzielten Gewinne. In jedem kapitalistischen Unternehmen ist das Herauswirtschaften einer möglichst hohen Rente auf das eingebrachte Kapital Selbstzweck. In der Verbrauchergenossenschaft ist der Zweck des Wirtschaftens die möglichst günstige Versorgung der Genossen. Wenn dieser Zweck zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit mit der Erzielung von Gewinnen verbunden sein muß, so wird doch der erzielte Gewinn im Gegensatz zum kapitalistischen Unternehmen nicht nach Maßgabe des eingebrachten Kapitals verteilt, sondern er wird rückvergütet nach Maßgabe der von den Genossen getätigten Warenbezüge.«

Naphtali geht nicht darauf ein, daß das eine Ziel, möglichst billige Waren zu liefern, mit den anderen konfliktieren kann, möglichst rasch die Warenproduktion der Konsumgenossenschaft auszubauen.

Als dritten Unterschied zu kapitalistischen Unternehmen verweist er auf eine Tendenz der Konsumgenossenschaft zur Planwirtschaft. Diese produziert mit ihrer Eigenproduktion für den organisierten Bedarf, nicht wie kapitalistische Unternehmen für einen zunächst unbekanntem Markt. Die weitere Perspektive der Konsumgenossenschaft sieht



Naphtali überaus positiv. Lediglich zur Baugenossenschaft als Sonderform der Konsumgenossenschaft äußert er sich nur vage. Die Konsumgenossenschaft soll zunächst den Kleinhandel ausschalten. Dann soll sie durch ihre Großeinkaufsgesellschaft auch den Großhandel beseitigen. Schließlich soll sie mit ihrer Eigenproduktion stetig in die industrielle Produktion eindringen.

»Dieser Schritt vom organisierten Konsum zur Eigenproduktion läßt erst mit voller Klarheit den unkapitalistischen Charakter der Konsumgenossenschaften in Erscheinung treten, der in ihrer Tendenz besteht, an Stelle der freien Marktwirtschaft die planmäßige Bedarfsdeckung, die Anpassung der Produktion an den durch Organisation erfaßten Bedarf zu setzen.«

An Naphtalis Konzept läßt sich manches kritisieren. Ungeachtet seines sozialistischen Anspruchs weist es keinen Weg, bestehendes — und sei es auch nur monopolistisches oder großagrarisches — Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben. Es spart mit den nichtmonopolistischen und nicht zur Schlüsselindustrie zählenden Betrieben große Teile der Wirtschaft aus. Schließlich stellt es den Charakter und die Perspektive der öffentlichen und konsumgenossenschaftlichen Betriebe vielfach unkritisch dar.

### **Karl Renners Konzept der Wirtschaftsdemokratie**

Karl Renner, ein führender reformistischer Theoretiker der österreichischen Sozialdemokraten, bezieht die Genossenschaften in ähnlicher Weise in ein Konzept der Wirtschaftsdemokratie ein wie Fritz Naphtali. Auch er unterscheidet innerhalb des Kapitalismus kapitalistische und nichtkapitalistische Bezirke. Die letzteren bezeichnet er als freien Wirtschaftsstaat, wozu er die Gewerkschaften und Genossenschaften zählt, und deren Gegenüber als kapitalistischen Wirtschaftsstaat. In seiner universaler und präziser als bei Naphtali gehaltenen Theorie der Genossenschaft charakterisiert Renner die Konsumgenossenschaft der Arbeiter nicht nur als nichtkapitalistisch, sondern sogar als antikapitalistisch. Durch die Art des Eigentums, die Leitung und das Motiv der Produktion unterscheidet sich die Konsumgenossenschaft für ihn wie Naphtali vom kapitalistischen Betrieb. Auch Renner sieht die Produktivgenossenschaft der Arbeiter meist an fehlender Disziplin und mangelndem Kapital scheitern. Er bestimmt die Genossenschaft zunächst als eine Form der Assoziation.

»Die Genossenschaft ist selbst nur eine der vielen Formen, in denen sich wirtschaftende Menschen und bewirtschaftetes Kapital vereinigen und die man Assoziationen nennt. Sie rangiert unter den Assoziationen neben den Aktiengesellschaften, neben den offenen und stillen Handelsgesellschaften und neben den Gesellschaften mit beschränkter Haftung als die breiteste und demokratischste Form. Immer haben die Assoziationen neben der Bestimmung, Menschen zur Wirtschaftsführung zu vereinigen, die Aufgabe, auch die erforderlichen materiellen Mittel oder das erforderliche Kapital beizubringen.«

Mittels der Genossenschaft versuchen vor allem auch verschiedene Schichten des Bürgertums, die Verteilung des Mehrwerts, zumeist nur die eines seiner Teile, zum eigenen Nutzen zu beeinflussen.

»Die Kapitalistenklasse teilt also den erzeugten Mehrwert unter sich nach den Gesetzen der Zirkulation, und diese Teilung der Beute vollzieht sich oft unter schweren Kämpfen, immer aber in der Form des Konkurrenzkampfes, den wir vom Klassenkampf wohl zu unterscheiden haben. Er hebt an sich die Gleichheit der Konkurrenten nicht auf. ... In dem ... Kampf um die Teilung des Mehrwerts, um den größeren oder geringeren Anteil an ihm, um den industriellen Profit, den kommerziellen Profit, den Zins, den Unternehmergewinn und die Grundrente, bedient sich häufig die eine deutlich unterschiedene Besitzergruppe des Genossenschaftswesens als Waffe gegen die andere Gruppe, um den Mehrwert überhaupt nicht teilen zu müssen oder wenigstens zu ihren Gunsten besser zu verteilen.«

Je nach dem Teil des Mehrwerts, um den es geht, werden Genossenschaften der Produzenten oder Händler, Kreditgenossenschaften oder Baugenossenschaften ins Leben gerufen. Die Konsumgenossenschaft der Arbeiter nun versucht, die Verteilung des Mehrwerts nicht zugunsten einer Gruppe von Kapitalisten, sondern der Arbeiter zu verändern.

»Sonst ist der Mehrwert dazu da, vom Kapitalisten angeeignet zu werden, sind die Mehrwerte dazu da, von den verschiedenen Arten von Kapitalisten untereinander geteilt zu werden. Hier fällt ein Mehrwertteil aus diesem verzauberten Kreislauf heraus, er fällt auf den Konsumenten, der in Ansehung dieser Ware nicht Kapitalist und bei einem Konsumverein, den Arbeiter führen, eben Arbeiter ist. In diesem Falle kehrt er zur Klasse zurück, die ihn erzeugt hat. Und also sind Konsumvereine sozial ganz anders zu beurteilen als jede andere Art Genossenschaften.«

Die Konsumgenossenschaft vermag mit der Verkaufsstelle und dem Großeinkauf den kommerziellen Profit, mit der Eigenproduktion den industriellen Profit und mit der Bankabteilung den Zins teilweise zu erlangen. Lediglich die Grundrente sei ihr schwer zugänglich. Für Renner vermag eher die Bau- und Wohnungsgenossenschaft letztere zu tangieren. Diese Formen der Genossenschaft beurteilt er allerdings, ähnlich wie Naphtali, zurückhaltend. Für ihn sind sie auf die Kooperation mit dem Staat, insbesondere der Kommune, angewiesen. Über die Perspektive der Konsumgenossenschaft und ihrer Eigenproduktion äußert sich Renner unbestimmt. Auch er vermeidet relative Daten und begnügt sich damit, einen positiven Trend festzustellen. Renner bestimmt zwar den Charakter der Konsumgenossenschaft, nicht jedoch deren Perspektive mit Hilfe marxistischer Kategorien. In der Zukunft, so scheint es, sollen die Konsumgenossenschaften zulasten der kapitalistischen Betriebe expandieren. Renner setzt zur Transformation des Kapitalismus jedoch nicht ausschließlich auf diese und andere Formen der proletarischen Selbsthilfe, wengleich sie in seinem Konzept eine wichtige Rolle spielen. Vielmehr fordert er auch die Staatshilfe, insbesondere um die Verfügungsgewalt für bestehendes Privateigentum an einigen Produktionsmitteln einzuschränken.

»Und so wird ein Teilgebiet der Wirtschaft sich für eine zwangsweise Sozialisierung von oben her, durch die öffentliche Gewalt (Staat, Land, Gemeinde), allein oder besser eignen, während alle anderen Gebiete der freien Sozialisierung vorbehalten bleiben.«

Renner bemüht sich, zwischen seiner Vorstellung von Sozialisierung und einer Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln zu unterscheiden.

»Wir lernen schon heute, daß die Sozialisierung sich nicht vollziehen kann als Dekret, als ein Gesamtakt, der die Wirtschaftsweise in ihr Gegenteil umschlagen läßt, sondern als Verwaltung, als geteilte Arbeit, die sich an jede einzelne Kapitalsfunktion getrennt anschließt und diese isoliert behandelt: Vom Standpunkt der Praxis aus gesehen ... ist Generalsozialisierung Generalunsinn! Integralsozialismus ist Irrealsozialismus!«

In Renners Konzept haben Elemente, die durch Staatshilfe verwirklicht werden sollen, nur eine sekundäre Bedeutung, vergleicht man sie mit der Fülle jener Elemente, die durch Selbsthilfe zu realisieren sind. Zudem sollen primär die nichtkapitalistischen Bezirke ausgedehnt und nicht in erster Linie die kapitalistischen verändert werden.

Manches ist problematisch an Renners Konzept. Zum Konsumgenossenschaftlichen gilt ähnlich wie bereits gegen Naphtali Gesagtes. Zudem weist Renner ungeachtet seines sozialistischen Anspruchs keinen Weg, bestehendes Privateigentum an Produktionsmitteln aufzuheben. Schließlich spart Renner nichtmonopolistische Unternehmen weitgehend aus, sieht man vom Einzelhandel einmal ab, mit dem die Konsumgenossenschaft konkurriert. Letztendlich bestimmt er zwar den Charakter der Konsumgenossenschaft präzise, setzt diese aber nicht in Relation zum Umfeld und äußert sich auch nur vage zu ihrer Perspektive.

## Chancen nutzen, ohne sie zu überschätzen

In der weiteren Diskussion gilt es nun, die in der Vergangenheit erarbeiteten Erkenntnisse umfassend einzubeziehen und das diffuse Wohlwollen für Genossenschaften um eine geschlossene Strategie zu ergänzen. Diese muß einerseits deutlich machen, welche Möglichkeiten, aber auch Grenzen für die unterschiedlichen Arten von Genossenschaften bestehen, zur Veränderung des bestehenden Wirtschaftssystems beizutragen. Zu Euphorie gibt es keinen Anlaß. Andererseits dürfen Chancen nicht verschenkt oder fahrlässig gemindert werden, durch bestimmte Arten von Genossenschaften zur Verbesserung der Lage benachteiligter Gruppen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems beizutragen. Auch hier ist Euphorie nicht angebracht. Umfassendere Überlegungen zur Veränderung des bestehenden Wirtschaftssystems können durch die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens nicht überflüssig gemacht, sondern lediglich ergänzt werden.

## Anmerkungen

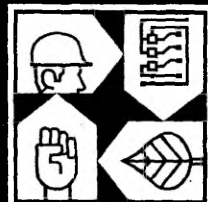
- 1 Vgl. u.a. Joseph Huber, Auf der Höhe des Regenbogens, Christian Wend, Vernetzung: Struktur einer neuen Gesellschaft oder nur Überlebensstrategie?, Constantin Bartning, Lohnarbeit und Kollektiv, sämtlich in: Arbeitsgruppe Westberliner Stattdbuch (Hrsg.), Stattdbuch 2, Berlin (West) 2. Aufl. 1980, S. 13ff., 16ff. und 25ff.; sowie Michael Makowski, Mehr Anarchie wagen ..., Constantin Bartning, Kollektiv-selbständige Arbeit, in: Arbeitsgruppe Stattdbuch 3 (Hrsg.), Stattdbuch Berlin 3, Berlin (West) 1984, S. 16ff. und 20ff.
- 2 Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Selbstbestimmt arbeiten. Materialien zum Genossenschaftswesen und zur Selbstverwaltungswirtschaft, Bonn 1985.
- 3 Hans Jochen Vogel, Der Gedanke der Selbsthilfe ist in Zeiten des Mangels entstanden, in: Frankfurter Rundschau 20. Januar 1986, S. 6.
- 4 Vgl. Marie Luise Weinberger, Aufbruch zu neuen Ufern?, Bonn 1984, S. 77ff.
- 5 Vgl. den Text in Wolfgang Abendroth, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Köln 4. Aufl. 1978, S. 142ff., insbes. S. 149 und 148.
- 6 Vgl. Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie (1959), in: Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied und Berlin 1967, S. 407ff, insbes S. 418f.
- 7 Viktor Agartz, Neue Formen der Wirtschaft (1947), wiederabgedruckt in Hans Willi Weizen (Hrsg.), Viktor Agartz — Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, Frankfurt/M. 1985, S. 105ff.
- 8 Vorstand der SPD (Hrsg.), Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren, Bonn o.J.
- 9 Vorstand der SPD (Hrsg.), Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985, Bonn o.J.
- 10 Vgl. Detlev Albers u.a. (Hrsg.), Orientierungsrahmen — ohne Alternative? Berlin (West): dvk-Verlag 1976.
- 11 Bezirksvorstand der Jungsozialisten in der SPD Ostwestfalen-Lippe (Hrsg.), Erforderer Thesen — Zur Arbeit von Marxistinnen in der SPD, Berlin (West): spw-Verlag wesentlich überarbeitete, erweiterte Ausgabe 1980.
- 12 Vgl. Karin Renzelmann, Genossenschaften: Sozialistische Strategie oder individuelle Problemlösung?, in: spw 28, 8. Jg. September 1985 Berlin (West), S. 338ff., ferner Eva Brücher, ...nicht nur 'Bonzenhausen', sondern auch 'Klein-Moskau', in: spw 29, Berlin (West), 8. Jg. Dezember 1985, S. 512f.
- 13 Vgl. Ferdinand Lassalle, Offenes Antwortschreiben, u.a. in: Friedrich Jenacek (Hrsg.), Ferdinand Lassalle — Reden und Schriften, München 1980, S. 170ff., insbes. S. 187ff., sowie Karl Marx, Randglossen zum Gothaer Programm, in: MEW 19, S. 15ff, insbes. S. 26f.
- 14 Vgl. Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin Bonn-Bad Godesberg 1973 (Reprint der 2. Aufl. 1921), S. 220ff. sowie Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution?, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.), Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 1, Erster Halbband, Berlin (Ost) 3. Aufl. 1974, S. 417ff.
- 15 Salomon Schwarz, Handbuch der deutschen Gewerkschaftskongresse, Berlin 1930, S. 218ff.
- 16 Wilhelm Schröder, Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909, München 1910, S. 169-172, sowie das Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910 bis 1913, München o.J., S. 161-170.
- 17 Vgl. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin und Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 212.
- 18 Um hier verwendeten Begriff von Reformismus vgl. Hans Willi Weizen, Kommunisten und Sozialdemokraten oder was tun mit der Arbeiteraristokratie?, in: spw 22, Berlin (West) 7. Jg., März 1984, S. 11ff, insbes. S. 16f.
- 19 Damals Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik in Berlin, die von der sozialdemokratischen Partei, den freien Gewerkschaften und den sozialdemokratisch orientierten Konsumgenossenschaften getragen wurde; zum Konzept der Wirtschaftsdemokratie in der Fassung von Fritz Naphtali vgl. ausführlich: Hans Willi Weizen, Gewerkschaften und Sozialismus, Frankfurt/M.-New York 1982, und zur Diskussion: ders. (Hrsg.), Wirtschaftsdemokratie heute?, Berlin (West) dvk-Verlag 1980.
- 20 Damals Abgeordneter des Nationalrates, führender Vertreter des rechten Flügels der österreichischen Sozialdemokratie.
- 21 Vgl. zum folgenden und für Einzelnachweise: Hans Willi Weizen, Genossenschaft und Wirtschaftsdemokratie — Zur sozialdemokratischen Strategie der Zwischenkriegszeit, in: Richard Saage (Hrsg.), Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen, Frankfurt/M. 1986; die folgenden Zitate sind vor allem entnommen aus Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie und Genossenschaft, in: die freie Gewerkschaft. Offizielles Mitteilungsblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Groß-Hamburg, Sonderbeilage des Hamburger Echo, 8.Jh. Nr. 47, Hamburg, 20.11.1929, S. 1, bzw. Karl Renner, Wege der Verwirklichung, Berlin 1929.

### **Sozialismus passé?**

**Hrsg. v. Karl Ernst Lohmann**

Kann der Sozialismus heute noch orientierender Leitfaden sein für kritische Intellektuelle und speziell für Ökonomen? Der Band enthält Kontroversen über Grüne Technikkritik und Sozialismus, über Gründe für den technologischen Immobilismus der realsozialistischen Ökonomien und über ordnungspolitische Alternativen: Markt, Plan und informeller Sektor. Beiträge von Bergmann, Heinsohn, Krischausky, Lohmann, Nemitz, Pfriem, Steiger, Ullrich und Zinn.

Alternative Wirtschaftspolitik 7, AS 135  
17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



**SOZIALISMUS  
PASSE?**

### **Theorie und Politik bei Otto Bauer**

**Hrsg. v. D.Albers, H.Heimann, R.Saage**

Dieser Sammelband dokumentiert die Beiträge einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Stand der theoretischen und politischen Auseinandersetzung mit Otto Bauer. Schwerpunkte sind die Politik und Programmatik Bauers in der ersten Republik, die Aktualität von austromarxistischen Positionen, Bauer und die Sowjetunion.

Die Autoren: Albers, Euchner, Haug, Heidenreich, Heimann, Leser, Meyer, Miller, Pelinka, Saage, Schöler, Walter, XuYi.

Argument-Sonderband AS 129  
17,60 DM/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)

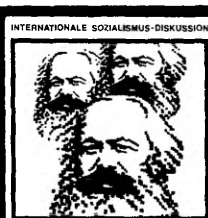


**OTTO BAUER-  
THEORIE  
UND POLITIK**

### **Der Sozialismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert**

Es gibt eine neue Aktualität des Sozialismus, hervorgerufen durch die kapitalistische Krise, deren Ende nicht abzusehen ist. Eine Chance hat der Sozialismus nur, wenn er alle radikalen Zweifel aufnimmt und verarbeitet. Anlässlich der 10. Konferenz »Sozialismus in der Welt« in Cavtat (Jugoslawien) formulieren namhafte Sozialisten und Marxisten Zwischenbilanz und Ausblick: Albers, Altwater, Amin, Frank, Ingrao, Magdoff, Mandel, Shaozhi, Therborn, Vranicki, Williams u.a.

Argument-Sonderbände AS 123 und AS 136  
je 17,60/f.Stud.14,60 DM (Abo: 14,60/12,60)



**SOZIALISMUS IM  
21. JAHRHUNDERT  
BAND 2**

# **ARGUMENT**

Argument-Vertrieb  
Tegeler Straße 6  
1000 Berlin 65

Heinz-Jürgen Axt

## »Europäisierung Europas«

### Utopien, Visionen und realistische Perspektiven der Kooperation

#### 1. »Europäisierung Europas« als neue Vision

Den »Machern« in der SPD sind die Visionen einer »besseren Welt« abhanden gekommen. Die programmatischen Perspektiven verengten sich immer mehr auf das an Regierungspolitik in der Koalition mit den Liberalen Machbare. Vor diesem Hintergrund muß es aufmerken lassen, daß die Erörterung von Zukunftsplänen in der SPD intensiver geworden ist. Das Konzept der »Europäisierung Europas«, das sich zunächst zwar nur auf Westeuropa bezieht, das aber eine gesamteuropäische Perspektive durchaus beinhaltet, hat in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung und Attraktivität in der sozialdemokratischen Diskussion gewonnen.

Diese Renaissance der Europabegeisterung hat zwei Gründe: Erstens nehmen aufgrund der internationalen Wirtschaftsverflechtung die Schwierigkeiten zu, im nationalen Rahmen wirtschaftliche Reformprogramme durchzusetzen. Zweitens hat vor dem Hintergrund der erneuten militärischen Aufrüstung und der verschärften internationalen Konfrontation das Bemühen zugenommen, überzeugende sicherheitspolitische Alternativen zu entwickeln. Die ständige Beteuerung der Treue zur NATO und die Verfestigung der bipolaren Konfrontation erscheinen als wenig wegweisend. Die Europäer selbst — in Ost wie in West — sollen eigenständige Initiativen ergreifen, um eine europäische Friedensordnung und tatsächliche Schritte zur Abrüstung durchzusetzen.

In diesem Kontext sind die Entwürfe einer Europäisierung Europas, einer »Neuen Europäischen Linken«, einer »Sicherheitspartnerschaft« oder »gemeinsamen Sicherheit«, einer »strukturellen Nichtangriffsfähigkeit« und einer neuen Deutschlandpolitik zu sehen. Peter Glotz hat die Linke nicht nur zum Bündnis mit Kernschichten des produzierenden Kapitals und zur Aufgabe der Idee des demokratischen Sozialismus zugunsten der »sozialen Demokratie« aufgefordert. Er hat der Linken auch den Weg westeuropäischer Kooperation empfohlen.<sup>1</sup> Damit Westeuropa nicht völlig dem Diktat des »international verflochtenen, aber doch wohl amerikanisch geführten Finanzkapital(s)« unterworfen wird, fordert Glotz die vereinigte europäische Linke mit einem Programm, das in vielen Punkten an die zahlreichen Denkschriften, Memoranden und Appelle der Europa-Bewegung erinnert, deren Forderungen noch immer nicht erfüllt sind (Aufhebung der Einstimmigkeitsregel im Ministerrat, Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, Schaffung einer Europäischen Währungsunion, aktive Industrie-, Technologie- und Strukturpolitik und EG-Konjunkturpolitik). Während Egon Bahr die Idee der Sicherheitspartnerschaft kreiert hat, hat Günter Gaus schon recht früh auf die Notwendigkeit einer Europäisierung Europas aufmerksam gemacht.<sup>2</sup> Danach sollen gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen die Friedenssicherung in Europa erleichtern und auch sowjetische Sicherheitsbedürfnisse zufriedenstellen. Auch die Strategie vertrauensschaffender Maßnahmen und der Entwicklung einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit von Andreas von Bülow ordnet sich in das Konzept der Europäisierung Europas ein:

»Die SPD steht zum westlichen Bündnis und zur Bundeswehr ... Die SPD will weg von der Konfrontation der einseitigen Abschreckung und hin zu einer gemeinsamen zwischen Ost und

West gestalteten Sicherheit. Dabei ist Westeuropa, sind insbesondere die Bundesrepublik und Frankreich gefordert. Nur gemeinsam können neue Chancen des Ost-West-Verhältnisses eröffnet werden.«<sup>3</sup>

Gerhard Heimann hat die entsprechenden Konsequenzen in der Deutschlandpolitik bereits skizziert. Die dauerhafte Zweistaatlichkeit Deutschlands ist danach kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung einer Zusammenarbeit über die Blockgrenzen hinweg.<sup>4</sup> Und in der sozialdemokratischen Linken hat die Debatte über die Europäisierung Europas ebenfalls begonnen.<sup>5</sup>

Wer über die Perspektiven einer verstärkten außenpolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Westeuropa nachdenkt, der muß freilich über die Ursachen der vielfältigen Schwierigkeiten und Hemmnisse der bisherigen Bemühungen Rechenschaft ablegen. Dies tut Peter Glotz mit seinem Manifest gerade nicht. So entwickelt er zwar sinnvolle, wenn auch keineswegs originelle Vorschläge, über deren Realisierbarkeit er allerdings schweigt. Das Manifest von Glotz, der sich ansonsten doch stets um Realitätssinn in der Politik bemüht, bleibt in diesem wichtigen Punkt idealistisch und utopisch. Es entsteht die Gefahr, daß die Linke lediglich auf einen westeuropäischen Weg vertritt, daß ein Alibi für den Verzicht auf entschiedene Reformprogramme auf nationaler Ebene geschaffen wird. Würde auf die der westeuropäischen Kooperation entgegenstehenden Hemmnisse eingegangen, dann kämen freilich auch zentrale Tatbestände von ungleicher Machtverteilung zu Tage, die von der SPD eine erheblich stärkere Konfliktbereitschaft verlangten, als Glotz sie der SPD glaubt zumuten zu können. Weil die Glaubwürdigkeit etlicher in der gegenwärtigen Debatte gemachter Vorschläge unter dem Verzicht auf die Benennung der bislang zutage getretenen Schwierigkeiten westeuropäischer Kooperation leidet, sollen im folgenden — nach einigen Bemerkungen zur Auseinandersetzung um sicherheitspolitische Alternativen — eben diese Hemmnisse dargestellt werden, um im Anschluß daran realistische Perspektiven westeuropäischer Zusammenarbeit zum Zwecke der Erleichterung gesamteuropäischer Kooperation aufzeigen zu können.

## 2. Die Europäisierung Europas als Konsequenz der Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen

Vielfältig sind die Vorschläge zur Entwicklung sicherheitspolitischer Alternativen. Sie reichen gegenwärtig von der Forderung nach einseitiger Abrüstung mit gleichzeitiger Infragestellung der bundesdeutschen NATO-Mitgliedschaft bis zur sicherheitspolitischen Reform gerade im Rahmen des NATO-Bündnisses. Albert Statz hat z.B. aus »grün-alternativer Sicht« für »einseitig-unabhängige« Abrüstungsschritte plädiert, die

»über kurz oder lang die 'NATO-Frage' stellen ... Daß unsere Forderungen Sprengstoff für den NATO-Zusammenhalt in sich bergen, ist für uns noch kein Grund, Abstriche davon zu machen. Im Gegenteil: wenn sich in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung unserer Forderungen die 'NATO-Frage' stellt bzw. die NATO-Mitgliedschaft zur Diskussion steht oder die NATO in eine Zerreißprobe geführt wird, so ist es uns gerade recht.«<sup>6</sup>

Was an dieser Haltung vor allem zu kritisieren ist, ist die Tatsache, daß diese Strategie Risiken unvorhersehbaren Ausmaßes in sich birgt. Der Unterschied zur Parole »raus aus der NATO« ist nicht prinzipieller, sondern nur gradueller Art. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Forderung nach einseitiger Abrüstung bloß ein Hebel sein könnte, mit dem der NATO-Austritt vorangetrieben werden soll. Über negative Konsequenzen eines bundesdeutschen NATO-Austritts wird erst gar nicht nachgedacht.

Jede Strategie jedoch, die mit dem Gedanken eines einseitigen Austritts der Bundesrepublik aus der NATO — wohlgerneht, nicht im Rahmen einer gleichzeitigen Auflösung beider militärischer Blöcke in Ost und West — spielt, übersieht wesentliche Risiken:

1. Durch einen isolierten bundesdeutschen NATO-Austritt würde die internationale Lage noch labiler.<sup>7</sup> Die Reste der noch vorhandenen Empfindungen von Gleichgewicht würden beseitigt. Die Folgen — gerade auf westlicher Seite — wären nicht abzusehen.

2. Die USA wären sich ihres ehemaligen NATO-Partners nicht mehr sicher. Sie würden Kompensationsmaßnahmen ergreifen, was einer erneuten Aufrüstung gleichkäme. Die Politik der US-Regierung würde dadurch unter Umständen unberechenbar.

3. Solange in der Bundesrepublik Bedrohungs-Ängste massenhaft verankert sind, ist die Forderung nach dem NATO-Austritt nicht nur nicht mehrheitsfähig. Jeder Versuch zur Realisierung würde auch innenpolitische Auseinandersetzungen mit unvorhersehbaren Folgen provozieren. Es darf bezweifelt werden, daß dabei die bundesdeutschen Demokratie-Strukturen unbeschadet überleben. Bedrohungsvorstellungen, wie sie u.a. Peter Glotz zutreffend beschrieben hat<sup>8</sup>, sind übrigens auch noch nicht dadurch aus der Welt geschaffen, daß Intellektuelle sie in Frage zu stellen vermögen, sondern sie sind dies erst dann, wenn tatsächlich breite Bevölkerungsschichten von ihrer Unhaltbarkeit überzeugt sind. (Darin liegt der Wert »realistischer Bedrohungs-Analysen«, um die sich u.a. Andreas von Bülow bemüht.<sup>9</sup>)

4. Träte die Bundesrepublik aus der NATO aus, würde altes Mißtrauen der westeuropäischen Nachbarn wiederbelebt und würden damit wichtige Voraussetzungen einer verstärkten Kooperation in Richtung auf ein autonomes Westeuropa zunichte gemacht. Die NATO verdankt ihre Entstehung ja schließlich auch der Tatsache, daß die westeuropäischen Nachbarn damit den Aufstieg der Bundesrepublik zumindest militärisch unter Kontrolle halten wollten.

5. Das Verlangen nach einseitiger Abrüstung und NATO-Austritt erfordert schließlich von jeder auf absehbare Zeit vorstellbaren Bundesregierung ein unrealistisch hohes Maß an Konfliktfähigkeit gegenüber der US-Regierung. Erschwerend kommt hinzu, daß die »grün-alternative Sicht« mit ihren Forderungen, sollten sie in der Friedensbewegung verankert werden, faktisch die zur Sozialdemokratie tendierenden Gruppen aus dieser Bewegung ausschloße. Zwar soll beileibe nicht die Übereinstimmung mit der SPD-Politik zum Organisationsprinzip der Friedensbewegung erhoben werden. Gleichwohl ist festzustellen, daß im Unterschied zum skizzierten grün-alternativen Konzept die sozialdemokratische Vorstellung der Sicherheitspartnerschaft weit eher in der Friedensbewegung konsensfähig sein dürfte und weitergehende Vorstellungen nicht ausschließt. Und schließlich sollte daran erinnert werden, daß ohne die SPD wie auch immer geartete Konzepte sicherheitspolitischer Alternativen wohl kaum politisch durchzusetzen sind.

Die genannten Risiken vermeidet die Strategie der Sicherheitspartnerschaft und der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit. Die von Andreas von Bülow entwickelten Gedanken zielen auf den Ausbau eines nur zur Defensive befähigten Militärpotentials, auf konsequente Verminderung der Abhängigkeit der NATO-Länder vom frühen Einsatz von Atomwaffen (Atomwaffen nur zur Beibehaltung eines Restrisikos), auf Verringerung der offensiven Waffensysteme der Panzerverbände, auf Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen und auf den langfristigen Aufbau eines westeuropäischen Verteidigungspotentials, das nur noch einer zahlenmäßig geringen US-amerikanischen Präsenz aus symbolischen Gründen bedarf.<sup>10</sup> Ohne die sicherheitspolitischen Implikationen diskutieren zu können, läßt sich bezüglich der politischen Aspekte folgendes feststellen: Von Bülow's

Konzept kennt zwar auch Elemente einer einseitigen Um- und Abrüstung, vermeidet aber die Risiken des oben angeführten grün-alternativen Entwurfs weitgehend. Folgende Vorteile sind erkennbar:

- die NATO-Sicherheitsstrukturen würden zwar verändert, nicht aber massiv in Frage gestellt,
- für die USA bliebe die Entwicklung kalkulierbar,
- Sicherheitsbedürfnisse der bundesdeutschen Bevölkerung würden berücksichtigt, ohne daß ungerechtfertigte Bedrohungsängste auf Dauer zementiert würden,
- die zunächst einseitig vorgenommenen Umrüstungsprozesse auf westlicher Seite könnten entsprechende Anpassungen auf östlicher Seite fördern,
- negative und altes Mißtrauen wiederbelebende Reaktionen bei den westeuropäischen Partnern wären kaum zu befürchten, da sich die Bundesrepublik weder gemeinsamer Verteidigungsanstrengungen entzöge noch der eingeschlagene Weg als nationales Machtstreben der Bundesrepublik mißverstanden werden könnte.

Bei von Bülow's Konzeption ist die Europäisierung Europas Voraussetzung wie auch Konsequenz seiner Intentionen: Voraussetzung, weil die Durchsetzung dieser Strategie im westlichen Bündnis von der Bereitschaft der übrigen westeuropäischen Staaten abhängt, eine solche Entwicklung auch gegen den Widerstand der USA mitzutragen und durchzusetzen; und Konsequenz, weil sich als Ergebnis dieser Strategie die intensivierte westeuropäische Kooperation geradezu aufdrängt. Dabei dürfte es von Vorteil sein, wenn auch die Linke bestimmte »Berührungspunkte« gegenüber dem Thema der Europäisierung und eine wenig differenzierte Sichtweise überwindet.

Wenn z.B. kategorisch festgestellt wird, daß Europäisierung ausschließlich ein Schlagwort für eine »NATO-interne Debatte« sei, wenn andere mögliche Perspektiven der Europäisierung gar nicht untersucht werden, wenn unterstellt wird, daß »Europäisierungsabsicht und US-Interesse« identisch seien und daß »Europäisierung erhöhte Rüstungsausgaben und mehr Soldaten« bedeute<sup>11</sup>, dann deutet dies auf einen verengten Blickwinkel hin. Die beschriebenen Gefahren sind keineswegs zu leugnen. Der verabsolutierende Anspruch dieser Feststellungen muß gleichwohl zurückgewiesen werden. Die Europäisierung beinhaltet nämlich nicht nur das reale Problem eines regionalen Rüstungsprogramms, sondern eröffnet auch die Perspektive einer verstärkten außenpolitischen Kooperation der verschiedenen westeuropäischen Staaten u.a. mit dem Ziel, im gemeinsamen Vorgehen gegenüber den USA konfliktfähiger werden, europäische Interessen stärker artikulieren und damit die Voraussetzungen zur Etablierung einer Sicherheitspartnerschaft erheblich verbessern zu können. Wer »deutsche Regierungen erst einmal konfliktfähig« machen möchte<sup>12</sup>, kann der wirklich auf die systematische Suche nach westeuropäischen Bündnispartnern verzichten? Daß die Europäisierung es den USA erleichtert kann, im Sinne einer Arbeitsteilung »verstärkt in Asien, Afrika und Lateinamerika auftreten« zu können<sup>13</sup>, ist nicht von der Hand zu weisen. Aber: garantiert der Verzicht auf die Europäisierung bereits, daß die USA nicht in diesen Regionen intervenieren? Solange bei der Europäisierung nur die Gefahr der Aufrüstung, nicht aber die Chance intensiver westeuropäischer Kooperation gesehen wird, dürfte es schwer sein, dem Ziel gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen näherzukommen.<sup>14</sup>

Die Europäisierung (West-)Europas ist weder der »Königsweg« zur Lösung europäischer Sicherheitsprobleme noch ist sie der »Irrweg«, der ausschließlich in die Aufrüstung und die Verhinderung einer gesamteuropäischen Friedensordnung führt. Die Europäisierung kann nur ein, gleichwohl wichtiger Baustein bei der Suche nach sicherheitspolitischen



Alternativen für Europa sein — ein Baustein, ohne den die Konzepte der Sicherheitspartnerschaft, der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und der Entwicklung vertrauensbildender Strukturen nicht zu realisieren sind. Nationale Wege eignen sich für die Bundesrepublik aus den oben geschilderten Gründen wenig. Und schließlich sollte man nicht übersehen, daß die Interessenunterschiede zwischen den USA und den westeuropäischen Staaten im Bereich der Sicherheitspolitik, aber auch der Wirtschaft in der Vergangenheit zugenommen haben, was das Verlangen nach verstärkter westeuropäischer Kooperation fördert. Konnte man bei der gesamten Behandlung der Nachrüstungs-Frage nicht auch auf amerikanischer Seite das Streben erkennen, mit der Durchsetzung der Nachrüstung die US-Dominanz gegenüber den westeuropäischen Ländern zu stabilisieren, die ihrerseits gegenüber den Vereinigten Staaten wirtschaftlich hatten aufholen können?

### 3. Möglichkeiten und Grenzen westeuropäischer Kooperation

Bevor positive Aspekte der Europäisierung dargestellt werden, ist auf die Erfahrungen mit der bisherigen wirtschaftlichen und außenpolitischen Kooperation der EG-Länder einzugehen. An »Blühträumen« westeuropäischer Hoffnungen herrscht kein Mangel. Der Europäische Bundesstaat sollte geschaffen werden. Das »Ende des Nationalismus« sah man heranreifen, als in den fünfziger Jahren die Schlagbäume an den Grenzen zwischen den EG-Ländern von europabegeisterten Jugendlichen niedergedrückt wurden. Etliche Zeit später, im Jahre 1970, forderte Willy Brandt, die EG »noch innerhalb dieses Jahrzehnts zum sozial fortschrittlichsten Großraum der Welt zu machen«. All diese Hoffnungen haben sich augenscheinlich nicht erfüllt. Aber die Europäische Gemeinschaft ist an ihren Schwierigkeiten weder zerbrochen noch bedeutungslos geworden. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Verflechtung wird von keinem EG-Land grundsätzlich in Frage gestellt. Wir leben daher mit dem Paradoxon, daß wir Westeuropäer fast nur noch die Krisen der EG sehen, während außerhalb der Gemeinschaft mit Neid auf die EG als Modell erfolgreicher Integrationsbemühungen geblickt wird. Die Wahrheit liegt also in der Mitte: Die EG hat zwar einen Großteil der ihr 1957 mit der Verabschiedung der Römischen Gründungsverträge gestellten Aufgaben erfüllt. Die über die Zollunion und den Binnenmarkt hinausgehenden Bestrebungen in Richtung auf eine Wirtschafts-, eine Währungs- und eine Politische Union aber konnten nicht realisiert werden. Im einzelnen ergibt sich folgende Bilanz<sup>15</sup>:

1. Im Waren- und Dienstleistungsverkehr ist die Zollunion weitgehend hergestellt, was die »tarifären« Handelshemmnisse (Zölle, Kontingente) angeht. Bei den »nichttarifären« Hemmnissen (z.B. staatliche Beihilfen, Beschaffungspraktiken der öffentlichen Hand, technische Normen) sind die Fortschritte deutlich geringer, weshalb jetzt die Bundesregierung auf die »Vollendung des Binnenmarktes« drängt. Die nichttarifären Hemmnisse erschweren nämlich deutschen Exporteuren den Zugang zu den Märkten der übrigen EG-Länder.

2. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte zwischen den verschiedenen EG-Ländern ist hergestellt, während die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit nur unzureichend verwirklicht wurde. Dies gilt auch für den freien Kapitalverkehr, dem aufgrund der Währungsunruhen der letzten Jahre neue Hemmnisse, auch von den Bundesregierungen, errichtet wurden.

3. Die Wirtschaftspolitiken sind nur unzureichend harmonisiert worden. Das gilt nicht nur in bezug auf die ordnungspolitischen Vorstellungen, sondern auch in bezug auf die In-

dustrie-, Verkehrs-, Forschungs- und Entwicklungspolitik sowie die Energiepolitik. Die Währungspolitik der EG-Länder ist kaum aufeinander abgestimmt worden. An der währungspolitischen Koordination der jüngeren Vergangenheit (»Euro-Schlange«, gemeinsames Block-Floaten, Europäisches Währungssystem) haben sich nur diejenigen EG-Mitgliedsländer beteiligt, die jeweils dazu in der Lage waren. Im Sinne der Integrationsabsichten am erfolgreichsten ist die Gemeinsame Agrarpolitik. Ihre akuten Probleme, für die praktikable und politisch durchsetzbare Lösungen noch immer nicht in Sicht sind, brauchen freilich angesichts der massiven Subventionierung nicht absatzfähiger Agrarprodukte kaum weiter beleuchtet zu werden.

4. Seit dem 1. Januar 1971 soll sich die EG — so die Beschlußlage der Gemeinschaft — auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion befinden. 1980 sollte das Ziel erreicht sein. Daraus ist nichts geworden. Zu stark waren die nationalen Widerstände, der EG wirtschafts- und währungspolitische Kompetenzen zu überlassen.

5. Daß angesichts des Scheiterns der wirtschafts- und währungspolitischen Vergemeinschaftung eine Politische Union Utopie bleiben mußte, liegt auf der Hand. Statt einer Überwindung nationalstaatlicher Strukturen ist in etlichen Bereichen eine Revitalisierung der Nationalismen (z.B. protektionistische Tendenzen) zu beobachten.

Die Gründe für diese widersprüchliche Entwicklung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Angesichts der Internationalisierung des Wirtschaftslebens ist die Europäische Gemeinschaft eine für die westeuropäischen Volkswirtschaften unverzichtbare Voraussetzung. Nur auf diese Weise lassen sich adäquate Produktions- und Marktstrukturen aufbauen. Die erfolgreiche Wirtschaftsintegration produziert jedoch fortwährend Hemmnisse, die ihrer Weiterentwicklung entgegenstehen. Der Grund dafür ist in der Tatsache des Fortbestehens einer über die Staaten und Regierungen vermittelten ökonomischen Konkurrenz zwischen den EG-Ländern zu sehen. Anschaulich ausgedrückt: Die Volkswirtschaften aller EG-Länder sind heute auf den großen Gemeinsamen Markt angewiesen. Die nationalen Regierungen unterstützen und behindern zugleich diese Entwicklung, indem sie einerseits die EG ins Leben gerufen haben und sich um ihre Fortentwicklung bemühen. Andererseits sind sie jedoch stets zur Stelle, wenn es gilt, ihren nationalen Unternehmen Hilfestellungen im Konkurrenzkampf auch gegen die Unternehmen anderer EG-Länder zukommen zu lassen. Und eben diese Instrumente der Wirtschaftspolitik (z.B. bevorzugte Berücksichtigung nationaler Firmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, technische Normen zugunsten einheimischer Anbieter) wollen sich die nationalen Regierungen nicht aus der Hand nehmen lassen. Dies steht der Verwirklichung der Wirtschafts-, Währungs- und Politischen Union entgegen. Deshalb auch das Paradoxon: *Die EG stößt an ihre Grenzen, weil sie erfolgreich ist.* Je mehr nämlich der Binnenmarkt verwirklicht wurde, desto mehr befleißigten sich die Regierungen, ihren Unternehmen zur Seite zu stehen, nachdem die Konkurrenz aus den übrigen EG-Ländern weitgehend freien Zugang zum eigenen Markt geöß.

Die Vergemeinschaftung der Außenpolitik gehört nicht zu den Zielen der EG-Verträge. In diesem »sensiblen« Bereich hat sich gleichwohl in den letzten Jahren eine besondere Form der Kooperation zwischen den EG-Ländern herausgebildet, die ihre Erfolge wahrscheinlich der Tatsache zu verdanken hat, daß sie nicht Harmonisierungszwängen im Rahmen der EG-Verträge unterlag, sondern sich flexibel und bis zu einem Niveau entwickeln konnte, das zwischen den EG-Ländern kompromiß- und konsensfähig war. Es ist die Rede von der »Europäischen Politischen Zusammenarbeit«, die nicht zu Unrecht als das vielleicht dynamischste Element in der Entwicklung der westeuropäischen Integration in

der jüngeren Vergangenheit angesehen wurde, obgleich ihre integrationsfördernden Wirkungen in Richtung auf eine Weiterentwicklung der EG eher gering sein dürften. Die Europäische Politische Zusammenarbeit, kurz EPZ genannt, ist nämlich keine »vergemeinschaftete« oder »supranationale« Politik in der Kompetenz der EG, sondern eine zwischenstaatliche (»intergouvernementale«) Form der politischen Kooperation, die die nationalen Zuständigkeiten nicht antastet. Dies dürfte ihre Erfolge erklären. Es gibt mittlerweile in der EPZ einen gewissen Bestand an gemeinsamen oder aufeinander abgestimmten Positionen in der Außenpolitik der (meisten) EG-Länder. Das koordinierte Vorgehen der EG-Länder bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kann als das erfolgreichste Beispiel harmonisierter Außenpolitik gelten. Vorstellungen, »die EPZ als eine Schaltstelle für ein umfassendes sicherheits- und verteidigungspolitisches Konzept auszugestalten«, scheiterten zwar am Widerstand einiger EG-Länder (Dänemark, Griechenland und Irland).<sup>16</sup> Damit ist die EPZ als Instrument zur Koordinierung der außenpolitischen Vorstellungen über die Grundlagen von Sicherheitspolitik jedoch noch keineswegs in Frage gestellt. Auch wenn die EPZ selbst kein Katalysator für eine Europäisierung der Sicherheitspolitik im Rahmen des westlichen Bündnisses sein wird, so kann ihr dennoch die wichtige Aufgabe zufallen, das Streben der westeuropäischen Länder nach mehr Autonomie außenpolitisch zu koordinieren. Dies um so mehr, je weniger die Regierungen einzelner EG-Länder der Versuchung erliegen, im Rahmen der EPZ andere EG-Länder auf »Vordermann«, d. h., auf die amerikanisch-atlantische Linie zu bringen.<sup>17</sup>

#### 4. Schlußfolgerungen und Perspektiven

Wer die Sicherheitspartnerschaft mit struktureller Nichtangriffsfähigkeit und der Schaffung vertrauensbildender Rahmenbedingungen als Schritte zur gesamteuropäischen Friedensordnung will, der kommt an der Europäisierung Westeuropas nicht vorbei. Dies hat zwei wesentliche Gründe: Erstens braucht das Streben nach einer alternativen Sicherheitspolitik Bündnispartner, damit die abweichenden Vorstellungen gegenüber den USA durchgesetzt werden können. Zweitens ist das abgestimmte Vorgehen mit den übrigen westeuropäischen Ländern vonnöten, damit kein Mißtrauen gegen nationale Alleingänge der Bundesrepublik aufkommen kann.

Die Maxime der Europäisierung muß die bisherigen Erfahrungen mit der wirtschaftlichen und außenpolitischen Kooperation in Westeuropa berücksichtigen. Etliche der von Peter Glotz gemachten Vorschläge erweisen sich als wenig realitätsnah, weil sie die bisherigen Schwierigkeiten westeuropäischer Kooperation weder zur Kenntnis nehmen noch Strategien entwickeln, wie diese Probleme zu überwinden wären. Das Programm von Glotz rechtfertigt damit auch nicht die Hoffnung auf die Herausbildung einer »Neuen Europäischen Linken«. Wer wie Glotz lediglich fordert, daß »Europa in der Weltpolitik mit einer Stimme spricht«, daß »die Überwindung des Nationalstaats« vorangetrieben werden soll, daß die EG eine umfassende Technologiepolitik entwickelt, daß die Gemeinschaft für die Konjunkturpolitik verantwortlich wird und vieles andere mehr, ohne Wege aufzuzeigen, wie diese Ziele auch realisiert werden können, der wird nicht genügend Überzeugungskraft für eine »neue linke Formation« weder im nationalen noch im westeuropäischen Rahmen ausstrahlen können.<sup>18</sup>

Aussichtsreicher ist die Weiterentwicklung der Strategie einer Europäisierung Europas als Konsequenz und im Kontext der dargestellten sicherheitspolitischen Alternativen. Hier wird nichts verlangt, was im Rahmen der Kooperation der EG-Länder nicht durchführbar

wäre. Legt man die Erfahrungen mit der EPZ zugrunde, dann scheint zwar die Vereinheitlichung der sicherheitspolitischen Vorstellungen sämtlicher EG-Länder wenig Aussicht auf Erfolg zu haben. Günstiger dürften indessen die Aussichten für eine Harmonisierung der politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Sicherheitspolitik sein. Hier scheint Handlungsspielraum schon im EPZ-Rahmen gegeben zu sein. Die Achillesferse einer solchen Strategie liegt in der Frage, ob die nationalen Regierungen diese auch tatsächlich wollen und tatkräftig verfolgen. Wenn es jedoch überhaupt realistische Ansatzpunkte gibt, um aus der gegenwärtigen internationalen Verhärtung herauszukommen, dann liegen sie darin, daß auf die nationalen Regierungen im Sinne der Autonomisierung Westeuropas im westlichen Bündnis Einfluß genommen wird. Im Programm von Peter Glotz fehlt die Feststellung, daß eine künftige SPD-Regierung sich in diesem Sinne zu verhalten gedenkt. Und soll ein entsprechendes Versprechen kein Lippenbekenntnis bleiben, dann muß die SPD ihre EG-Philosophie ändern. Die EG müßte viel stärker als der Ort zur Definition und Durchsetzung westeuropäischer Eigeninteressen auch gegenüber den USA erscheinen. Das kann mit seinen Implikationen am Beispiel der technologiepolitischen Zusammenarbeit in Westeuropa und insbesondere an dem Programm EUREKA abschließend erläutert werden.

Die Stagnation der westeuropäischen Technologiepolitik ist in den bereits erwähnten Strukturen der Konkurrenz und des nationalen Eigennutzes sowohl auf der Ebene der einzelnen Unternehmen wie auch der Staaten begründet. Die Staaten verlangten einen »just return« (angemessenen Rückfluß) der von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel. Obendrein waren die der europäischen Forschungskoooperation zugestandenen Mittel im Vergleich mit den national verausgabten Mitteln äußerst gering. Und die Unternehmen gingen oftmals nur deshalb eine Kooperation ein, um damit Zugang zu einem fremden Markt oder die Überlegenheit über das Unternehmen zu erlangen, mit dem man kooperierte. Wenn in dieser Situation von der französischen Regierung das Projekt EUREKA (European Research Cooperation Agency) vorgeschlagen wurde, dann steht die bundesdeutsche Linke vor der Alternative, entweder dieses Programm abzulehnen, weil die zu entwickelnde Ziviltechnologie auch militärisch nutzbar ist, und weil hier Großprojekte und Hochtechnologie entwickelt werden. Die Linke kann das Projekt EUREKA aber auch im Lichte der hier diskutierten Europäisierung Europas und Sicherheitspartnerschaft prüfen und Vor- und Nachteile entsprechend abwägen.

Hätte die deutsche Bundesregierung auf das französische Projekt weniger zögerlich reagiert und mehr Kooperationsbereitschaft gezeigt, hätte dies den Perspektiven einer westeuropäischen Kooperation genützt und dazu beigetragen, die französische Regierung in bezug auf eine Verständigung der Fragen der politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der Sicherheitspolitik kooperationsbereiter zu machen. Die besonders eigenständige Sicherheitspolitik Frankreichs wäre damit zwar kaum zu überwinden. Die französische Haltung dürfte aber kooperationsbereiter werden, je mehr man in Frankreich erkennt, daß auch die bundesdeutsche Regierung ihr technologiepolitisches Heil nicht in der einseitigen Ausrichtung auf die USA und deren SDI-Programm sieht.

Ob es überhaupt zu einer solchen westeuropäischen Kooperation kommen kann, hängt aber auch davon ab, ob die bundesdeutsche Politik ihre Autonomie gegenüber den Prioritäten der Privatwirtschaft verstärken kann. Schon in der Vergangenheit hat einiges darauf hingedeutet, daß Unternehmen, wenn sie sich zur Kooperation entschließen, sich mit Vorliebe dem wettbewerbsfähigsten Unternehmen im Ausland anschließen und das waren in der Regel US-amerikanische Konzerne. Auch bei der Alternative zwischen SDI und

EUREKA scheint in der bundesdeutschen Wirtschaft wiederum eine solche Tendenz erkennbar zu sein. Will eine bundesdeutsche Regierung diese Tendenz umkehren, dann muß sie entsprechend durchsetzungsfähig sein. Das betrifft nicht nur die Frage ausreichender finanzieller Mittel, sondern auch die ordnungspolitischen Leitvorstellungen (Überwindung der Scheu vor dem »Staatsdirigismus«) und schließlich die ordinäre Frage gesellschaftlicher Macht, des Einflusses auf unternehmerische Investitionsentscheidungen. Daß Frankreich dem verstaatlichten Sektor für das EUREKA-Programm eine besondere Bedeutung beimißt, hat ja nicht nur mit der relativen Wettbewerbsschwäche der französischen Industrie zu tun, die der französische Staat mit staatlicher Intervention auszugleichen sucht, sondern auch mit der Frage, wie von staatlicher Seite auf Prozesse der technologischen Modernisierung und Kooperation Einfluß genommen werden kann.

Ohne auf EUREKA weiter eingehen zu können, drängt sich die folgende Schlußfolgerung auf: Wer die Kooperation im westeuropäischen Rahmen verstärken will, kommt an der Frage, wie sich politische Macht gegenüber privatwirtschaftlichen Interessen durchsetzen kann, nicht herum, so daß das anfänglich eingeführte Argument wie folgt zu ergänzen ist: Wer die Sicherheitspartnerschaft will, der braucht ein realistisches Programm der Europäisierung Europas, das die Frage gesellschaftlicher Machtverteilung weder tabuisieren noch glauben darf, sie durch Formelkompromisse wie etwa der »antagonistischen Kooperation mit dem Kapital« von Peter Glotz überdecken zu können. Die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der SPD und ihrer »sicherheitspolitischen Wende« seit dem Essener Parteitag von 1984 werden davon abhängen, daß das Konzept der Sicherheitspartnerschaft nicht nur in einer eventuellen SPD-Regierung auch umgesetzt, sondern auch die vielfältigen Auswirkungen dieses Konzepts auf andere Politikbereiche, auf das sozialdemokratische Verständnis von Politik selbst erkannt und berücksichtigt werden.

### Anmerkungen

- 1 Vgl. P. Glotz, Manifest für eine Neue Europäische Linke, Berlin/West 1985.
- 2 Vgl. G. Gaus, Deutschland und die NATO, Reinbek 1984.
- 3 A. v. Bülow, Das Bülow-Papier: Strategie vertrauensschaffender Sicherheits-Strukturen in Europa; Wege zur Sicherheits-Partnerschaft, Frankfurt/M. 1985, S. 70f.
- 4 Vgl. G. Heimann, Auf dem Wege zu einer europäischen Friedensordnung, in: *spw* 28 (1985), S.276-282.
- 5 Vgl. z.B. *spw* 29 (1985).
- 6 A. Statz, Das einzige Mittel gegen die Westeuropäisierung der Militärpolitik ist eine Strategie einseitiger Abrüstung. Replik auf Norbert Meisner aus grün-alternativer Sicht, in: *spw* 29, S. 496-502, hier S. 499.
- 7 Vgl. hierzu H.-J. Axt, Europa ohne Zukunft? In: *Uni-Journal*, 4. Jg., H. 3/1984, S.4-10.
- 8 Vgl. P. Glotz, Die Arbeit der Zuspitzung, Berlin/West 1984, S.63ff.
- 9 Vgl. A. v. Bülow, Die eingebildete Unterlegenheit. Das Kräfteverhältnis West-Ost, wie es wirklich ist, München 1985. Daß diese Studie nicht das »letzte Wort« zum Thema Bedrohungsanalyse sein kann, hat die Kritik von K.-P. Stratmann (Lagenotiz betr.: Anmerkungen zu Andreas von Bülow: Alpträume West gegen Alpträume Ost — Ein Beitrag zur Bedrohungsanalyse; Stiftung Wissenschaft und Politik, LN 2445, Ebenhausen 1985) deutlich gemacht. Stratmann kritisiert u.a., daß v. Bülow bei seinem Kräftevergleich ein dynamisches Moment möglicher künftiger Konfliktslagen nicht erörtert.
- 10 Vgl. A. v. Bülow, Das Bülow-Papier ..., a.a.O.
- 11 Vgl. N. Meisner, Europäisierung der NATO bedeutet Aufrüstung, in: *spw* 29, S. 492-495.

- 12 Ebd., S. 495.  
 13 Ebd., S. 494.  
 14 So wie Meisner sie verlangt: »Ziel sozialdemokratischer Sicherheitspolitik ist daher nicht die dauerhafte Einbeziehung des westdeutschen Teilstaates in ein exklusives Westeuropa.« Ebd., S. 492.  
 15 Vgl. H.-E. Scharrer (Hrsg.), Europäische Wirtschaftspolitik — Programm und Realität, Bonn 1973. Von den Arbeiten des Verfassers hierzu u.a. den empirischen Teil in : H.-J. Axt, Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa, Köln 1978.  
 16 E. Regelsberger, EPZ im Wandel — die unbekannt Dimension der Süderweiterung, in: Integration, H. 3/1985, S. 108-121, hier S. 116. Siehe hierzu auch die jährlichen Bilanz-Artikel zur EPZ von W. Wessels, in: W. Weidenfeld/W. Wessels, Jahrbuch der Europäischen Integration 1980, Bonn 1981. Mittlerweile liegt das letzte Jahrbuch für 1984 (Bonn 1985) vor.  
 17 Immerhin hatte die im Juni 1983 verabschiedete »Feierliche Deklaration zur Europäischen Union«, die sog. Genscher-Colombo-Initiative, erneut die Absicht bekundet, »politische und wirtschaftliche Aspekte der Sicherheitspolitik in den EPZ-Rahmen einzubeziehen«.  
 18 Zum Forderungskatalog vgl. P. Glotz, Manifest ..., a.a.O., S. 77ff.

»Die Zeitschrift  
**Kommune. Forum für Politik,  
 Ökonomie, Kultur**

hat sich zu einer der Publikationen entwickelt,  
 denen man regelmäßig mit Interesse  
 entgegenseht . . .

**Wer wissen will, welche Trends  
 in der Alternativbewegung von Bedeutung sind,  
 muß in Zukunft **Kommune** lesen.«**

Rainer Erd in der »Frankfurter Rundschau« vom 16.11.1985

In der Verbindung von theoretischer Diskussion, analytischen Beiträgen und Förderung einer kulturpolitischen Debatte möchten wir die traditionell gegeneinander abgegrenzten Formen verschiedener Zeitschriftentypen durchbrechen und in einem politisch-kulturellen Magazin bündeln, das Theorie, Analyse und Lesen nicht zur Qual werden läßt.

**Themen:**

**Kommunitäre Modelle und Gemeinschaften · Kultur und Philosophie für eine neue Gesellschaft · Dritte Welt — Wege zur Autonomie und Selbstorganisation · Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung — Wie aus der Krise lernen? · Grüne Strategie und Taktik · Friedenspolitische Alternativen von »unten« · Ost-West-Dialog zur Überwindung der Blöcke · Osteuropäische Gesellschaften und Kritik des Staatsmonopols · Naturwissenschaft und Zukunft der Ökologie · Welche Wirtschaftspolitik und was für eine Technik?**

Erscheint monatlich mit 80 Seiten für 6 DM.

**Probeheft anfordern**

Buchvertrieb Hager, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt/Main 1

## Diskussionsschwerpunkt: Ökologie

Detlev Albers und Lothar Peter

### Natur, Technik, Sozialismus — eine ideengeschichtliche Skizze (I)\*

#### 1. Das Ökologiedefizit in der heutigen sozialistischen Theorie

Sozialistische Theorie steht heute vor dem Problem, daß sie die fundamentale Bedeutung der ökologischen Krise sowie der Erfordernisse ihrer globalen Bewältigung zu spät erkannt hat. Diese Verspätung erschwert der sozialistischen Linken und der sozialistischen Arbeiterbewegung die Rückgewinnung einer Hegemoniefähigkeit, die sich nicht auf die (allerdings unverändert wichtige) Frage politischer Macht beschränkt, sondern die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses in seiner Totalität und mithin auch das Verhältnis zwischen menschlicher Gattung und Naturentwicklung umfaßt.

Erst allmählich und sehr mühsam beginnt die sozialistische Bewegung zu begreifen, daß die ökologische Krise keine ideologische Modeerscheinung ist, die sich einem konservativen Weltbild verdankt, sondern auf einen realen Zerstörungsprozeß verweist, der globale Ausmaße angenommen hat und den Fortbestand der menschlichen Gattung in Frage stellt. Neben und mit der drohenden Vernichtung der Menschheit durch Kernwaffen, deren ständige technische Perfektionierung wiederum einer fundamentalen gesellschaftlichen Fehlsteuerung der Produktivkraftentwicklung geschuldet ist, induziert die ökologische Krise eine weitere Dimension des »Exterminismus« der Menschheit. Die katastrophale Zuspitzung der ökologischen Krise hat eine Tragweite erreicht, die der einer menscheitgefährdenden Eskalation des Rüstungswettlaufs gleichkommt.

Alle sozialistischen Gesellschaftsentwürfe und Projekte für eine planmäßige und vernünftige Gestaltung und Regelung gesellschaftlicher Prozesse werden zukünftig — sofern die sich dramatisch verengenden Spielräume überhaupt noch ausreichen — nur dann Aussicht auf gewisse Erfolgchancen haben, wenn sie die Veränderungen und die Aufhebung kapitalistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse mit einer radikalen Umorientierung im Umgang mit der Natur verbinden. Das wird sowohl die Herausbildung neuer Parameter gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung und die Konstituierung eines kollektiven Naturbewußtseins als auch einen tiefgreifenden Umbau der gesamten industriellen Produktionsstruktur einschließen. Bisher sind die sozialistischen Theorien indes noch weit davon entfernt, die Gleichwertigkeit »gesellschaftsimmanenter« Widersprüche im Verhältnis gesellschaftlicher Entwicklung zur Natur anzuerkennen. Noch immer ist das Selbstverständnis des Sozialismus in der Gegenwart dominiert von einer gesellschaftszentrierten politizistischen Sichtweise, die das Problem der Macht über die Produktivkräfte vom Problem einer sich katastrophal verschärfenden Interdependenz von gesellschaftlicher und ökologischer Krise abkoppelt.

Das Defizit an ökologischem Problembewußtsein, das dem globalen Charakter und dem katastrophalen Ausmaß der Naturzerstörung adäquat wäre, ist jedoch der sozialistischen Theorie nicht strukturell »eingeschrieben«, wie es die antiindustrialistische Technikkritik und die Philosophie des radikalen Ökologismus unterstellt. Vielmehr ist dieses Defi-

\* Teil II mit den Abschnitten 4, 5 und 6 erscheint in *spw* 31.

zit, das allerdings die geschichtliche Gestaltungsfähigkeit und Handlungsfähigkeit des Sozialismus in der Gegenwart schwer belastet, Resultat der widersprüchlichen Geschichte sozialistischer Theoriebildung. Gegen die Auffassung, der Sozialismus sei strukturell beherrscht und durchdrungen von einer destruktiven Logik der Produktivkraftentfesselung und schrankenloser Naturaneignung, sei hier die These formuliert, daß sozialistische Gesellschaftsanalyse und ökologisches Denken durchaus nicht in einem unversöhnlichen Gegensatz zueinander stehen, sondern sich notwendig wechselseitig bedingen. Diese These sei nun durch die noch näher zu begründende Feststellung erweitert, daß der Sozialismus als wissenschaftliche Theorie in seiner geschichtlichen Entstehungsperiode die fundamentale Bedeutung der »Naturfrage« bereits in Umrissen erkannt hatte, diese Erkenntnis aber im Laufe der Geschichte der sozialistischen Bewegungen und Theoriebildung wieder verschüttet und durch Paradigmen anthropozentrischen, produktivistischen und industrialistischen Denkens überlagert wurde.

## 2. Zur Relevanz der Naturfrage bei Marx und Engels

Die Begründer des »wissenschaftlichen Sozialismus«, Marx und Engels, sind sich der konstitutiven Bedeutung des Naturmoments für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse bewußt gewesen. Ihre Vorstellung von den Gesetzmäßigkeiten und Strukturformen menschlicher Geschichte erschöpfte sich nicht in einem Modell naturunabhängiger sozialökonomischer Systeme. Materielle Produktion und Reproduktion gesellschaftlicher Formationen sind in ihrem wissenschaftlichen Verständnis notwendig an Natursubstrate gebunden, von denen sie sich weder verselbständigen noch über sie willkürlich verfügen können. Die heute in Mode gekommene Polemik, derzufolge die Theorie von Marx und Engels schon im Ansatz aufgrund einer »produktionszentrierten« Optik gesellschaftlicher Entwicklung die folgenschwere, risikobeladene Entfesselung des technischen Fortschritts nicht zu erkennen vermochte und selbst dessen faszinierender, verdinglichter Ausstrahlungskraft erlegen sei, hält einer ernsthaften Prüfung nicht stand.<sup>1</sup> Zwar trifft zu, daß Marx und Engels keine ihrer ökonomischen Analyse des Kapitals vergleichbare systematische Analyse des Austauschprozesses zwischen Mensch und Natur ausgearbeitet haben, aber zahlreiche Teilstücke ihres Werks belegen, daß sie den Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Produktionstätigkeit und Natur eine zentrale Bedeutung eingeräumt haben. Das läßt sich am Beispiel ihrer Analyse der Naturbedingtheit und Naturvermitteltheit der menschlichen Gattung und des von ihr initiierten Vergesellschaftungsprozesses nachweisen.

In der Analyse des sogenannten »einfachen Arbeitsprozesses« hat Marx den Stellenwert des Naturmoments für jeden Produktionsprozeß, unabhängig von seiner gesellschaftlichen Form, systematisch bestimmt. Marx geht davon aus, daß die »allgemeine Natur« des Arbeitsprozesses, nämlich die Erzeugung von Gebrauchswerten, nicht durch die Tatsache aufgehoben wird, daß diese Gebrauchswerte die Form von Warenkapital annehmen können. Die allgemeine Natur des Arbeitsprozesses läßt sich also »zunächst unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form«<sup>2</sup> betrachten. Was heißt das?

Arbeit ist für Marx bekanntlich ein Austauschprozeß zwischen Mensch und Natur, den der Mensch durch seine produktive Tätigkeit vermittelt und regelt. Der Mensch tritt als Naturmoment dem Naturstoff gegenüber, indem er seine eigenen Naturkräfte und Naturorgane in Bewegung setzt, um den Naturstoff in eine für ihn brauchbare Form zu verwandeln. Gleichzeitig entwickelt und verändert sich mit dem Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur die Natur des Menschen selbst. Der Mensch lernt, die Naturkräfte seinen



Zwecken zu unterwerfen. Die Einwirkung des Menschen auf die Natur ist bewußte, zweckgerichtete Tätigkeit, deren Ergebnis geplant und ideell antizipiert wird. Das wiederum geschieht durch das Zusammenwirken von menschlicher Arbeitskraft, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand. Ohne das Zusammenwirken dieser drei Momente ist Gebrauchswertproduktion, wie immer ihre stoffliche Besonderheit beschaffen sein mag, nicht möglich. Da aber sowohl der produzierende Mensch als auch die ihm verfügbaren Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände letztlich naturbedingt sind, erlischt die Naturvermitteltheit der menschlichen Arbeit niemals — auch nicht auf jener Stufe, die durch industrielle Arbeit, komplexe Arbeitsteilung und Verwissenschaftlichung der Produktion gekennzeichnet ist. Marx weist aber im »Kapital« nicht nur darauf hin, daß die Erde, Synonym für die Gesamtheit der Naturstoffe und -energien — neben der Arbeit als notwendige Existenzbedingung allen Gesellschaftsformationen gemeinsam sei<sup>3</sup>, sondern daß auch die Produktion selbst immer nur entsprechend den gegebenen Gesetzmäßigkeiten der Natur verfahren kann. Anhaltende und systematische Verletzung der Naturgesetze durch menschliche Produktion schließt also die Untergrabung und Gefährdung der unabdingbaren Grundlagen gesellschaftlicher Reproduktion ein. Insofern umfaßt die Aufgabe sozialistischer Vergesellschaftung ebenso die Schaffung kollektiver Aneignungsverhältnisse wie die rationelle Kontrolle und Steuerung der Naturmomente und der sie bewegenden Gesetze. Da mit jedem Produktionsprozeß Eingriffe in natürliche Abläufe und Stoffzustände, in natürliche Gleichgewichte und Zyklen der Naturregenerierung stattfinden, erledigt sich das Problem kapitalistischer Vergesellschaftung nicht schon mit der revolutionären Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse (ohne die allerdings der Versuch langfristig rationaler Produktivkraftverwendung vergeblich wäre). Denn Kapitalismus tendiert kraft der ihn bewegenden ökonomischen Gesetze nicht nur zwangsläufig zum Widerspruch zwischen akkumuliertem Reichtum und Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft, sondern auch zur Zerstörung der natürlichen Grundlagen gesellschaftlicher Produktion überhaupt. Im Unterschied zu vorkapitalistischen Produktionsweisen, in denen zwar ebenfalls destruktive Veränderungen von Naturmomenten erfolgten, in denen jedoch der Gebrauchswertaspekt dominierte, ist der kapitalistischen Produktionsweise eine destruktive Logik im Verhältnis zur Natur immanent.<sup>4</sup>

Während in vorangegangenen Gesellschaftsformationen zerstörerische Interventionen in Naturhaushalte sporadisch und begrenzt blieben, treibt das Verwertungsprinzip des Kapitals den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zwangsläufig zur rigorosen Vereinnahmung von Naturstoffen und Naturenergien und damit schließlich zur Erschütterung jener Proportion des Naturmilieus, die eine Regenerations- und Bestandsfähigkeit der Natur gewährleisten.

Wo der Profit »die einzige Triebfeder« (F. Engels) des gesellschaftlichen Produktionsprozesses geworden ist, verfährt die industrielle Produktion nicht nur rücksichtslos gegenüber der Natur, sondern die systematische Verletzung von Gesetzen der natürlichen Kreisläufe sowie der hemmungslose Raubbau an den natürlichen Ressourcen werden geradezu eine unerläßliche Bedingung erweiterter Akkumulation des Kapitals. — Die gesellschaftliche Dominanz des Kapitalverhältnisses erzeugt, vermittelt über Strukturen ideologischer und kultureller Hegemonie, gleichzeitig gesellschaftliche Denk- und Bewußtseinsformen, soziale Wertmuster und Handlungsorientierungen, in denen sich eine anthropozentrische Überschätzung menschlicher Produktionsleistungen mit einer Fixierung auf unmittelbare ökonomische Effekte verschränkt, die den Zusammenhang und die Interdependenz zwischen gesellschaftlicher Reproduktion und Naturentwicklung überlagern:

»Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabriizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profiten verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen. Die spanischen Pflanzler in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für *eine* Generation höchst rentabler Kaffeebäume vorfanden — was lag ihnen daran, daß nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmten und nur nackte Felsen hinterließen? Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht.«<sup>5</sup>

Uns geht es mit diesen Hinweis auf den Rang der Naturfrage bei Marx und Engels nicht darum, ihren Arbeiten künstlich eine »grüne Lesart« einzufügen. Ebenso abwegig wäre es, ihre Äußerungen bereits als Vorwegnahme konkreter Erscheinungsformen der heutigen ökologischen Krise oder eines adäquaten Bewußtseins davon zu reklamieren. Wohl aber wollen wir hervorheben, daß sie im Unterschied zu den folgenden Generationen sozialistischer Theoretiker bereits über einen systematisch ausgewiesenen Standort zur Bewältigung der Naturfrage im Zuge der Umsetzung ihrer Gesellschaftskritik verfügten.

### 3. Die Naturfrage im Marxismus der Zweiten Internationale

Die Abstraktion von den Naturbedingungen gesellschaftlicher Produktion blieb nicht nur ein typisches Merkmal bürgerlichen Denkens, sondern kennzeichnete auch die Einstellung der frühen sozialistischen Arbeiterbewegung zur Produktivkraftentwicklung. Trotz der antagonistischen Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, die sich in ökonomischen und politischen Kämpfen und Konflikten zwischen Bourgeoisie und Proletariat konkret ausdrückten, überschritten sich bürgerliches und proletarisch-sozialistisches Produktivkraftdenken insofern, als das Problem der stofflichen Wirkungsweise der industriellen Produktion weder auf der einen noch auf der anderen Seite adäquat Beachtung fand. Mochte vom Standpunkt des Profitinteresses plausibel sein, daß sich die Frage nach der sozialen Zuträglichkeit moderner Produktion ebenso wenig wie die nach ihrer Naturverträglichkeit als brennendes Problem aufdrängte, so bedarf jedoch die optimistische Einstellung der Arbeiterbewegung zur Wirkungsweise der industriellen Produktivkräfte einer Erklärung. Sie liegt in der konkret-historischen Situation begründet, in der sich die Arbeiterbewegung den Entwicklungsprozeß der modernen Produktivkräfte theoretisch und bewußtseinsmäßig aneignete. Mit anderen Worten: Der Widerspruch zwischen der enormen Produktivität des technischen Fortschritts einerseits und dem sozialen Elend des Proletariats andererseits mußte sich der Arbeiterbewegung in erster Linie als ein Problem des Eigentums und der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel darstellen.

Insofern nahm die frühe sozialistische deutsche Arbeiterbewegung die von Marx und Engels getroffene Unterscheidung zwischen kapitalistischer Unterdrückungsfunktion der modernen Maschinerie zum einen und ihrer potentiell humanisierenden Funktion zum andern in ihr Selbstverständnis auf, während sie gleichzeitig den von Marx und Engels ebenfalls thematisierten problemhaften Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und Naturentwicklung in den Hintergrund rückte. Die destruktiven Folgen der modernen Produktivkräfte erschienen der Arbeiterbewegung als durch und durch vom Kapital determiniert und wurden damit als ganz unabhängig von den stofflichen Charakteristika des industriellen

len Produktionssystem gedacht. Unter dem empirisch überwältigenden Eindruck der Fortschritte von Wissenschaft, Technik und Produktion erfuhr die Bewertung der modernen Produktivkräfte mehr und mehr sogar eine positive Verabsolutierung in dem Sinne, daß das gegebene kapitalistische Produktivkraftsystem bereits als die dem Sozialismus adäquate materiell-technische Basis begrüßt wurde — und nicht als eine unvollkommene, prekäre Grundlage, von der historisch gezwungenermaßen die sozialistische Revolution ausgehen müsse. Damit bildeten sich in der Arbeiterbewegung Denkformen heraus, die trotz aller politischen Gegensätzlichkeit Berührungspunkte mit der apologetischen rationalistischen Fortschrittsideologie des Bürgertums aufwies und auf ihre Weise zur Verbreitung und Tradierung industrialistischer und produktivistischer Vorstellungs- und Verhaltensmuster in der Arbeiterklasse beigetragen haben. Bereits im Gothaer Programm der 1875 zur »Sozialistischen Arbeiterpartei« vereinigten deutschen Sozialdemokratie deutete sich jene Überschätzung der menschlichen Produktionsleistung an, die zu den typischen Merkmalen des auch in die Arbeiterbewegung eindringenden technologischen Optimismus gehört. Das Programm hatte die gesellschaftliche Arbeit zur einzigen »Quelle allen Reichtums und aller Kultur« verabsolutiert, was Marx dazu veranlaßte, nachdrücklich die Naturbedingtheit gesellschaftlicher Arbeit in Erinnerung zu rufen.

»Die Arbeit ist *nicht die Quelle* allen Reichtums. Die *Natur* ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht ja wohl der sachliche Reichtum) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft. Jene Phrase findet sich in allen Kinderfibeln und ist insofern richtig, als unterstellt wird, daß die Arbeit mit den dazugehörigen Gegenständen und Mitteln vorgeht. Ein sozialistisches Programm darf aber solchen Redensarten nicht erlauben, die *Bedingungen* zu verschweigen, die ihnen allein einen Sinn geben. Nur soweit sich der Mensch von vornherein als Eigentümer der Natur, der ersten Quelle aller Arbeitsmittel und -gegenstände, verhält, sie als ihm gehörig behandelt, wird seine Arbeit Quelle von Gebrauchswerten, also auch von Reichtum.«<sup>6</sup>

Offensichtlich reichte die Autorität der Begründer des historischen Materialismus nicht aus, um die Tendenzen eines unkritischen Produktivkraftenthusiasmus in der frühen sozialistischen Arbeiterbewegung zu korrigieren. Auch namhafte Sozialisten wie August Bebel blieben von dieser Tendenz nicht frei. Bebels Vorstellungen über den zukünftigen Sozialismus, die er am Ende seiner berühmten Studie »Die Frau und der Sozialismus« entwickelt, sind von einem nachgerade schrankenlosen Vertrauen in die positiven Potenzen des technischen Fortschritts inspiriert. Die praktische Verwirklichung dieser Vorzüge schien Bebel eine allein von der Voraussetzung sozialistischer Produktionsweise abhängige Aufgabe zu sein, während seine teilweise spekulative Beschreibung der künftigen wissenschaftlich-technischen Errungenschaften von ungebrochenem Zukunftsenthusiasmus getragen ist. So schreibt Bebel:

»Umfassende Anwendung der motorischen Kräfte und der vollkommensten Maschinen und Werkzeuge, weitgehende Arbeitsteilung und geschickte Kombination der Arbeitskräfte werden also die Produktion auf eine Höhe bringen, daß zur Erzeugung des nötigen Quantum von Lebensbedürfnissen *die Arbeitszeit sehr* erheblich reduziert werden kann. Erhöhte Produktivität gereicht allein zum Vorteil ... Unter den in Anwendung kommenden motorischen Kräften dürfte die Elektrizität die entscheidende Stelle einnehmen. Schon ist die bürgerliche Gesellschaft bemüht, sie sich überall dienstbar zu machen. In je umfangreicherem und vollkommenerem Maße dies geschieht, umso besser für den allgemeinen Fortschritt. Die revolutionierende Wirkung dieser gewaltigsten aller Naturkräfte wird die Bande der bürgerlichen Welt nur umso rascher sprengen und dem Sozialismus die Türe öffnen.«<sup>7</sup>

Zweifellos fand Bebels Utopie der Produktivkraftentwicklung zusätzlich eine Stütze darin, daß der aus der naturwissenschaftlichen Forschung stammende Fortschrittsgedanke auf die theoretischen Vorstellungen von Gesellschaft überzugreifen begannen. Die Rezeption von Modellen der Naturevolution und ihre Anwendung auf gesellschaftliche Prozesse gaben der sozialistischen Fortschrittsidee kräftige Impulse, wie die teilweise begeisterte Akklamation des Darwinismus verdeutlicht. An der naturwissenschaftlichen Rationalität interessierten ihre Anwendbarkeit auf die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse, nicht jedoch die materiellen Konsequenzen, die diese naturwissenschaftliche Rationalität in Verbindung mit der industriellen Produktion für die Bestandsfähigkeit der Naturbasis selbst heraufbeschwor. Damit wurde der ursprüngliche Gehalt des Marxschen und Engelsschen Produktivkraftbegriffs, der die »relative Autonomie« des Naturmoments gegenüber jedweder gesellschaftlicher Produktion hervorgehoben und die Notwendigkeit eines mit den materialen Erfordernissen der Naturregeneration verträglichen Produktionssystems impliziert hatte, zugunsten der Vorstellung verflacht, daß sich eine sozialistische Gesellschaft nicht um die stoffliche, materielle Seite der Produktivkraftentwicklung zu kümmern brauche.

Diese theoretische Vereinseitigung und »Abwertung« der Marxschen und Engelsschen Kategorie der Produktivkräfte ermöglichte nicht nur eine mechanistische Sozialismusvorstellung in dem Sinne, daß der Fortschritt der Produktivkräfte unbesehen ihrer problematischen Intervention in Naturprozesse notwendig die »Tür zum Sozialismus aufstoßen« werde, wie Bebel es formuliert hatte, sondern diene später auch zur Begründung nichtrevolutionärer Sozialismuskonzepte in der Arbeiterbewegung. So deutete Eduard Bernstein das imposante Wachstum der Produktivkräfte als Beweis für die Möglichkeit, ja Notwendigkeit, um den Übergang zum Sozialismus ohne revolutionären Bruch zu vollziehen. Während des »marxistische Zentrum« immerhin daran festgehalten hatte, daß die kapitalistische Vergesellschaftung der Produktivkräfte die revolutionäre Errichtung der sozialistischen Produktionsweise erfordere, folgerte Bernstein aus der empirischen Erscheinung des technischen Fortschritts im hochindustrialisierten Deutschland gerade das Gegenteil: die Revolution sei obsolet geworden, weil die Entfaltung statt zu einer Polarisierung zwischen Kapital und Arbeiterklasse zu einer breiteren materiellen Basis des sozialen Fortschritts geführt habe:

»Die Aussichten dieses Kampfes (für politische Demokratie) hängen nicht von der Stange der Konzentration des Kapitals in den Händen einer zusammenschumpfenden Zahl von Magnaten ab, noch von dem ganzen dialektischen Gerüst, wozu diese Stange gehört, sondern von dem Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums beziehungsweise der gesellschaftlichen Produktivkräfte in Verbindung mit dem allgemeinen sozialen Fortschritt, insbesondere der intellektuellen und moralischen Reife der Arbeiterklasse selbst.«<sup>8</sup>

### Anmerkungen

- 1 Zur antiindustrialistischen Kritik am Marxismus vgl. z.B. Otto Ullrich: Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems, Berlin-West 1980
- 2 Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, MEW 23, S.192
- 3 Ebd., S. 57, 58 und 530
- 4 Vgl. Hansgeorg Conert: Ökologie und Gesellschaft. Hamburg 1984, S.47ff.
- 5 Friedrich Engels: Dialektik der Natur, MEW 20, S.455
- 6 Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW 19, S.15
- 7 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus. 61. Aufl., Berlin (DDR) 1964, S.427f.
- 8 Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Reinbek b. Hamburg 1969, S.209

Kurt Neumann

## Jenseits des »Industrialismus«

### Thesen zur Perspektive eines neuen Typs von Produktivkraftentwicklung

*»Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.« (MEW 13,9)*

Massenarbeitslosigkeit und Armut, Umweltzerstörung und Gesundheitsschäden sind vielfach und durchaus übereinstimmend beschriebene Erscheinungen der gegenwärtigen weltweiten Krise. Die Wege aus dieser Krise, die in der gesellschaftlichen Linken diskutiert werden, sind indes schon im Ansatz gegensätzlich. Drei Grundpositionen lassen sich idealtypisch kurz so beschreiben: »Grüne« unterschiedlichster parteipolitischer Orientierung kritisieren den »Industrialismus« als Ursache allen Übels, teilweise fordern sie konsequent den Ausstieg aus diesem »Industrialismus«, eine »Umkehr« (Ullrich 1985, 23), offensichtlich zu einer vorindustriellen Form des Produzierens. In der Programmdebatte der SPD wird ein weiteres Mal die Fahne der Modernisierung der Industriegesellschaft geschwenkt, diesmal modisch mit dem Beiwort »ökologisch« geschmückt. Beide Konzeptionen, die sich etwa in der Person mancher »grünen« Sozialdemokraten auch mischen, ist gemeinsam, daß sie in ihrer Begrifflichkeit die Frage grundlegender Momente der Wirtschaftsverfassung, insbesondere der Eigentumsordnung, ausklammern. Demgegenüber versteht eine dritte Position unter Berufung auf marxistische Einsichten die industrielle Form des Produzierens als »wertfrei« und propagiert als Ausweg aus der Krise die Befreiung der industriellen Produktivkräfte von ihren kapitalistischen Fesseln. Die Fortführung der Grundsatzdiskussion mit dem Ziel der Vereinheitlichung kann nur dann erfolgreich geführt werden, wenn wir uns ein höheres Maß an Klarheit verschaffen über den Zusammenhang zwischen der industriellen Form des Produzierens auf der einen Seite und dem Gegensatz von kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaftsweise auf der anderen.

Wer dies versucht, wird schnell feststellen, daß ein modisch blubbernder gegen die »Moderne« gerichteter Mystizismus die Befindlichkeiten von akademischen »Kopfarbeitern« trefflich auszudrücken vermag (vgl. Nemitz 1985, 53), aber weder Erkenntnisse über den Charakter der Krise noch gar einen Ausweg aus ihr zu bieten hat. Fruchtbar erscheint demgegenüber der Schritt vorwärts zu den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus, zu Marx und Engels. Deren grundlegende Erkenntnisse erweisen sich — befreit von manch späteren Verzerrungen oder Vereinfachungen — als immer wieder erstaunlich aktuell. Das gilt besonders für die auch als Anforderung an das Bemühen um Erkenntnis zu verstehende Aussage: »Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte. Die Geschichte kann von zwei Seiten aus betrachtet, in die Geschichte der Natur und in die Geschichte der Menschen abgeteilt werden. Beide Seiten sind indes nicht zu trennen; solange Menschen existieren, bedingen sich Geschichte der Natur und Geschichte der Menschen gegenseitig.« (MEW 3, 18).

Im folgenden kann es nur erste Annäherungen an die richtige Erfassung der realen Entwicklung und in ihr begründeten Handlungsmöglichkeiten geben. Das sollte gerade bei der thesenhaften Form der Darstellung, die schon ihren räumlichen Grenzen geschuldet ist, berücksichtigt werden: Manche der Aussagen können auch als Frage verstanden werden und als Aufforderung zur gemeinsamen Suche nach weiteren umfassenderen Erkenntnissen, die sich sicherlich nur im Zusammenhang mit der konkreten Aufarbeitung einzelner, hier nur skizzierter Problembereiche ergeben können.

## Mensch und Natur

1. »Grünen« Positionen liegt häufig eine idealistische Naturauffassung zugrunde, die außermenschliche Natur und menschliche Gesellschaft einander undialektisch entgegensetzt: »Unter *Natur* versteht man alles, was nicht von den Menschen hervorgebracht wird, und da all dies, um zu bestehen, produziert, auch die Schöpferin all dessen, dessen Schöpfer nicht der Mensch ist. Für eine Spinne gehörte, wenn sie den gleichen Begriff der *Natur* verwendete, ihr Netz nicht zur *Natur*, wohl aber ein Gartenstuhl.« (Brecht, Me-Ti)

Dabei wird die unabhängig von den Menschen gedachte Natur als ein harmonisches System von ineinander greifenden »ewigen« Kreisläufen verstanden. Das Bild des Kreislaufes ist dabei sicherlich geeignet, Zusammenhänge, wechselseitige Bedingtheiten unterschiedlicher Prozesse der Stoff- und Energieumwandlung in der Natur ähnlich zu erfassen wie den Zusammenhang wirtschaftlicher Reproduktionsprozesse. Allerdings muß man sich stets bewußt sein, daß der Erkenntniswert eines solchen Bildes begrenzt ist: Die natürlichen Vorgänge auf dem Planeten Erde sind nicht als geschlossener Kreislauf zu erfassen, nicht als ein »perpetuum mobile«. »Bewegt« wird alles durch die Energiequelle Sonne, deren Aktivität zeitlich begrenzt ist. Die Gesamtheit der natürlichen Prozesse hat somit Anfang und Ende. Aber auch im übrigen ruht die Natur keineswegs ungeschichtlich in sich selbst. Sie hat eine Geschichte als Kosmos und als Erde: Es gibt eine naturgeschichtliche Entwicklung der natürlichen Bedingungen auf der Erde, die zur Entstehung des Lebens führte, und eine Evolution der lebenden Natur bis hin zur Entstehung der Menschen. Die Menschen sind somit Produkt und Teil der Naturgeschichte.

In der Bildersprache bleibend, ließe sich vielleicht sagen, daß die Stoff- und Energieumwandlungsprozesse unter Berücksichtigung der Zeitdimension als »spiralenförmig« erfaßt werden könnten. Die Sichtweise des »Kreislaufes« behielte dabei in dem Maße Erklärungswert, wie von der Dimension der Zeit abstrahiert werden kann.

2. »Das Leben ist eine Bewegungsform der Materie, die aus ihrer chemischen Bewegungsform hervorgeht. ... Die Entwicklung des Lebens als Teilvorgang der Entwicklung des Planeten Erde dauert seit mehr als 3,5 Milliarden Jahren an.« (Hollitscher 1984, 9). »Die Entstehung des Lebens war mit dem Übergang der Materie auf eine höhere Stufe der Organisation und der Bewegung und folglich mit dem Auftreten neuer Gesetzmäßigkeiten verbunden, die sich den allgemeinen physikalischen und chemischen Gesetzen überlagerten und die Herausbildung neuer, auf der molekularen Ebene noch nicht vorhandener Qualitäten bedingten, die in ihrer Gesamtheit nur den lebenden Objekten eigen sind.« (ebd., 39) Hier zeigt sich übrigens die Geschichtlichkeit von Gesetzmäßigkeiten, auch von Naturgesetzen: Ohne Entstehung des Lebens gibt es keine biologischen Gesetze.

Erste Lebewesen waren kernlose Einzeller, aus denen sich einzellige Lebewesen mit Zellkern entwickelten. Aus diesen wiederum entstanden Mehrzeller, die sich in die »Reiche« der Pilze, Pflanzen und Tiere gliedern. (ebd., 97ff.). In der Geschichte der belebten Natur

vollzieht sich die Weiterentwicklung nach den Prinzipien der Vererbung und Mutation, wobei der Mensch biologisch Produkt der Evolution im Tierreich ist.

Der Mensch ist somit Natur, ist Teil der Natur als der Gesamtheit der unbelebten und belebten Materie, wenn auch ein sehr besonderer Teil dieser Natur. Die Lebensäußerung der Menschen, die Aneignung von Natur und die Produktion der materiellen Lebensbedingungen sind zuallererst auch natürliche Vorgänge. Dabei ist eines nicht zu übersehen: Während die Pflanzen in der Lage sind, sich selbst durch Stoffwechselprozesse mit anorganischem Material zu reproduzieren, kann die der Tierwelt zugeordnete Spezies Mensch das eigene Leben von Natur aus nur mittels der Vernichtung von pflanzlichem und tierischem Leben aufrechterhalten. Das macht deutlich, wie fragwürdig die Rede vom »Frieden mit der Natur« ist, die sich in Wirklichkeit auch nicht auf einen wie auch immer gefaßten Begriff von »Natur«, sondern bestimmte Begriffe von »Kultur« oder »Recht« bezieht: »Die rücksichtslose Mißachtung der Eigenrechte der außermenschlichen Mitwelt und die Betrachtung der Natur als bloße Rohstoffquelle ist kulturell sehr tiefstehend.« (Ullrich 1985, 23) — »Menschen, Tiere, Pflanzen und Elemente sind naturgeschichtlich verwandt und bilden eine Rechtsgemeinschaft der Natur.« (Meyer-Abich 1984, 190)

Wenn der Mensch auch biologisch dem Tierreich zuzuordnen ist, unterscheidet er sich doch wesentlich von den Tieren. Das Besondere am Menschen ist, daß er seinen Stoffwechsel mit der äußeren Natur durch Arbeit gestaltet. Während die Tiere die Natur durch bloßen Ge- und Verbrauch nutzen, eignet sich der Mensch die Natur bewußt und gesellschaftlich vermittelt an. Bewußtheit beruht zunächst auf Erfahrung und Nachahmung. Auf höherer Stufe stellt sie sich dar als wissenschaftliches Erfassen und Anwenden von Gesetzmäßigkeiten der Natur. In diesem Zusammenhang ist festzustellen: Die Menschen setzen sich nicht — wie häufig formuliert — über Naturgesetze hinweg. Dazu sind sie überhaupt nicht in der Lage. Worum es geht, ist folgendes: Es besteht die Gefahr, daß — je nach dem Stand der Erkenntnis und dem Grad der Beherrschung der Gesetzmäßigkeiten der Natur — angestrebte Ziele verfehlt werden oder zusätzlich zu dem gewünschten Ergebnis unvorhergesehene, teilweise schädliche Neben- und Folgewirkungen auftreten. Ziel muß es daher sein, »auch die entfernteren natürlichen Nachwirkungen wenigstens unserer gewöhnlichsten Produktionshandlungen kennen und damit beherrschen zu lernen. Je mehr dies aber geschieht, desto mehr werden sich die Menschen wieder als Eins mit der Natur nicht nur fühlen, sondern auch wissen« (MEW 20, 434).

### **Geschichte des Stoffwechsels der Menschen mit der Natur: Gesellschaftsformationen**

»Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittelt einer bestimmten Gesellschaftsform.« (Gr 9) Die Gesellschaftlichkeit des Stoffwechselprozesses der Menschen mit der Natur unterliegt Veränderungen, die prägend für die Menschheitsgeschichte insgesamt sind. Es sind Produktionsweisen zu unterscheiden, die jeweils Basis verschiedener Gesellschaftsformationen sind. »Gesellschaftsformationen sind bestimmte Einheiten gesellschaftlicher Tätigkeit, welche die Auseinandersetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur vermitteln, oder Systeme gesellschaftlicher Produktion, die durch eine bestimmte Art und Weise der Koordination gesellschaftlicher Praxis sich voneinander unterscheiden.« (Tjaden 1981, 42)

1. Die Gestaltung des Stoffwechsels der Menschen mit der Natur ist geprägt durch die Produktivkraft der Arbeit: »Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderem durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbei-

ter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, und durch Naturverhältnisse.« (MEW 23, 54)

Die gesellschaftlichen Formen, in denen sich die Produktivkraftentwicklung vollzieht, die Produktionsverhältnisse, sind wesentlich charakterisiert durch das »Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten« (MEW 25, 799). Die Produktionsverhältnisse prägen die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere »die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses«, sie begünstigen ihre Entfaltung, werden aber auch in der Geschichte einer Gesellschaftsformation zu Fesseln der Weiterentwicklung.

Zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte als Ausdruck der gesellschaftlich vermittelten Verhältnisse der Menschen zur außermenschlichen Natur und derjenigen der Produktionsverhältnisse als der Basis der gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen zueinander besteht ein dynamisches Verhältnis der Wechselwirkung. Im Rahmen dieser Entwicklung kann zwischen mehr quantitativ zu verstehenden Entwicklungen und qualitativen Brüchen bzw. Sprüngen unterschieden werden, die häufig in die Begriffe »Evolution« und »Revolution« gefaßt werden.

Als soziale Revolution ist die Umwälzung der Produktionsverhältnisse, der Übergang von einer Produktionsweise, von einer Gesellschaftsformation zur anderen zu verstehen. Im Bereich der Produktivkraftentwicklung wird häufig nicht unterschieden zwischen bloßen Umwälzungen im Bereich der materiell-technischen Basis der Produktion, die als »technische Revolutionen« verstanden werden können, und »Revolutionen der Gesamtstruktur der Produktivkraft« (Jonas 1975, 144), die ich als Übergänge von einem Typ der Produktivkraftentwicklung zu einem anderen begreife.

2. Nach dem Heraustreten der Menschen aus dem Naturreich mittels der Gestaltung der Stoffwechselprozesse durch Arbeit kann als wirkliche Revolution der Produktivkraft, als Übergang von einem Typ von Produktivkraftentwicklung zu einem anderen, die »agrarisches Revolution« verstanden werden, die »durch den Übergang zur Nahrungsmittelerzeugung mittels Ackerbau und Viehzucht gekennzeichnet ist. Noch innerhalb und auf dem Höhepunkt der Entwicklung urgesellschaftlicher Produktionsweise schreitet diese Umwälzung unter Ausnutzung tierischer Bewegungsenergie zur Bewässerung des Ackerbaus fort« (Tjaden 1982, 61). »Die Entfaltung der agrarischen Revolution der gesellschaftlichen Produktivkraft reicht vom frühen Pflanzstockbodenbau mit Tierhaltung bis zum entwickelten Bewässerungsackerbau mit Herdenhaltung bei zeit- und teilweiser Anpassung an die ökologischen Milieus in verschiedenen Stromländern. (...) Der Wechsel von der bloßen Aneignung von Naturerzeugnissen zu ihrer tätigen Erzeugung stellt einen Bruch mit der vieltausendjährigen Jagd- und Sammelwirtschaft durch eine beginnende Steuerung der Erneuerung der Nahrungsquellen und damit eine Veränderung der Arbeits- und Lebensweise dar, in der das arbeitsmäßige Verhältnis Mensch-Natur eine neue Qualität gewinnt.« (ebd., 62) Das Entscheidende an diesem »Übergang von der bloßen Aneignung zur tätigen Erzeugung von Nahrungsmitteln« (ebd.) ist, daß der Stoffwechselprozeß sich nicht mehr auf einen »gradlinigen« Akt der Aneignung und des Verbrauchs beschränkt, sondern daß »kreislaufförmig« nicht nur die Mittel der Konsumtion, sondern zugleich diejenigen zur erneuten Produktion geschaffen werden.

Zu beachten ist, daß die »kreislaufförmige« Organisation der Produktion nur sehr wenige Faktoren betrifft. Das Fortschreiten der Produktivkraftentwicklung in der Landwirtschaft kann begriffen werden als die Einbeziehung weiterer biologischer Faktoren bzw.



ihre Beeinflussung durch mechanische und chemische Einwirkungen. — Die mit der agrarischen Revolution eingeleitete Produktivkraftsteigerung führte dazu, daß relativ stabil ein — wenn auch zunächst nicht besonders großes — gesellschaftliches Mehrprodukt erwirtschaftet werden konnte. Dadurch wurde eine verstärkte Arbeitsteilung, insbesondere die Herauslösung handwerklicher Produktion aus der Hauswirtschaft, ermöglicht, wobei die handwerkliche Herstellung von Arbeitsinstrumenten zur Bodenbearbeitung wiederum die Produktivität der Lebensmittelerzeugung steigerte.

3. Die Erwirtschaftung eines Mehrproduktes war Grundlage nicht nur für eine »technische« Arbeitsteilung, sondern auch für eine soziale und geschlechtsspezifische Differenzierung. Mit der Entstehung des Privateigentums waren die Ausgangspunkte sowohl für die besondere Unterdrückung der Frau wie für die Herausbildung klassenmäßiger Herrschaftsbeziehungen gegeben. Die herrschaftsmäßige Organisation des Einsatzes der menschlichen Arbeitskraft ermöglichte andererseits wieder die weitere Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft.

Diese Entwicklung erfolgte keineswegs geradlinig oder bruchlos. Sie schließt soziale Revolutionen und die Herausbildung unterschiedlicher Gesellschaftsformationen ein, die Marx und Engels in alt-orientalische (asiatische), antike (Sklavenhalter-) und feudale Gesellschaften unterschieden.

Allen diesen Gesellschaftsformationen ist gemeinsam, daß in ihnen »handwerkliche« Formen des Produzierens vorherrschen, daß die Produktivkraftentwicklung »die Arbeitskraft zum Ausgangspunkt« (MEW 23, 391) hat und die weiterentwickelten Arbeitsmittel der Effektivierung der Arbeitskraft dienen sowie ihr untergeordnet sind.

### **Kapitalistische Produktion und industrieller Typ von Produktivkraftentwicklung**

1. Kapital gibt es schon in vorkapitalistischen Gesellschaften, insbesondere als Handelskapital, das durch ungleichen Austausch (Kauf unter Wert/Verkauf über Wert) Profite erzielt und sich so vergrößert. Das Kapital wird zum herrschenden Produktionsverhältnis in dem Maße, in dem es in die materielle Produktion eindringt. Das geschieht im Rahmen des Übergangs zum Kapitalismus, der bürgerlichen Revolution, vor allem im Bereich der handwerklichen Produktion, wobei dieser Prozeß in drei Abschnitte untergliedert werden kann.

Vorstufe ist die Ausbeutung der vorgefundenen handwerklichen Produktion durch das Verlagswesen. Dieses funktioniert so, daß Kaufleute den Handwerkern Rohstoffe, Halbfertigwaren und auch teilweise Geld für Produktionsinstrumente vorschossen und entsprechend ihrer Marktkennntnis die Handwerker mit der Herstellung bestimmter Produkte in bestimmten Mengen und nach bestimmten Qualitätsmerkmalen beauftragten. Die in Auftrag gegebenen Waren nahmen sie dann zu festgesetzten Preisen ab. Durch ein solches Vertragssystem unterwarfen die Kapitalgeber, sogenannte Verleger, die betroffenen Handwerker verschärfter Ausbeutung bis hin zur völligen Enteignung von ihren Produktionsmitteln. Ehemals selbständige Handwerker wurden faktisch zu Lohnarbeitern, auch wenn sie es rechtlich noch nicht waren.

Die eigentliche »kapitalistische Produktion beginnt ... in der Tat erst, wo dasselbe individuelle Kapital eine größere Anzahl Arbeiter gleichzeitig beschäftigt, der Arbeitsprozeß also seinen Umfang erweitert und Produkt auf größerer quantitativer Stufenleiter liefert. Das Wirken einer größeren Arbeiterzahl zur selben Zeit, in demselben Raum (oder, wenn man will, auf demselben Arbeitsfeld), zur Produktion derselben Warensorte, unter dem Kom-

mando desselben Kapitalisten, bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion.« (MEW 23, 341) »Die Form der Arbeit vieler, die in demselben Produktionsprozeß oder in verschiedenen, aber zusammenhängenden Produktionsprozessen planmäßig neben- und miteinander arbeiten, heißt Kooperation.« (Ebd., 344) »Die auf Teilung der Arbeit beruhende Kooperation schafft sich ihre klassische Gestalt in der Manufaktur.« (Ebd., 356) Diese ist durch folgendes charakterisiert: »Der aus vielen individuellen Teilarbeitern zusammengesetzte gesellschaftliche Produktionsmechanismus gehört dem Kapitalisten. Die aus der Kombination der Arbeit entspringende Produktivkraft erscheint daher als Produktivkraft des Kapitals.« (Ebd., 381)

Mit der Herausbildung der Manufaktur sind die in ihr arbeitenden Menschen nicht nur faktisch, sondern auch rechtlich Lohnarbeiter. Das Kapital hat sich die Arbeit formell untergeordnet, formell subsumiert.

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte nimmt auch noch innerhalb der Manufaktur die Arbeitskraft zum Ausgangspunkt. Erst in der »großen Industrie« wird zum Ausgangspunkt für diese Entwicklung das Arbeitsmittel (vgl. ebd., 391).

2. Die Herausbildung »der großen Industrie« geschieht im Rahmen der »Industriellen Revolution«, die eine Revolution der gesellschaftlichen Produktivkraft, einen Übergang zu einem neuen Typ von Produktivkraftentwicklung darstellt. Mit dem Ansetzen der Produktivkraftentwicklung am Arbeitsmittel wird dieses vom Handwerksinstrument zur Maschine. Die weitere industrielle Entwicklung besteht aus einer Fülle technischer Revolutionen. Sie beinhaltet die Weiterentwicklung zum »Maschinensystem« sowie zur industrie förmigen Gestaltung von Energieerzeugungs- und chemischen Stoffumwandlungsprozessen.

Industrielle Produktion bedeutet zugleich, daß die konkreten Tätigkeiten der in diesem Bereich arbeitenden Menschen den Erfordernissen der Maschinerie untergeordnet werden. Die Arbeiter werden Anhängsel oder Teile der Maschinen; sie werden Teil des in den Absatzmitteln vergegenständlichten Kapitals. Sie sind ihm damit nicht nur formell, sondern auch reell subsumiert.

Die industrielle Form der Produktivkraftentwicklung ist nicht »wertfrei«: »In den Produktionsprozeß des Kapitals aufgenommen, durchläuft das Arbeitsmittel aber verschiedene Metamorphosen, deren letzte die Maschine ist oder vielmehr ein *automatisches System der Maschinerie* ... In der Maschine und noch mehr in der Maschinerie als einem automatischen System ist das Arbeitsmittel verwandelt seinem Gebrauchswert nach ... in eine dem ... Kapital überhaupt adäquate Existenz« (Grundrisse, 584). Der Zweck der kapitalistischen Produktion, die Erwirtschaftung von Profit, die Selbstverwertung des Kapitals, bedingt also, daß die Fortentwicklung der Produktivkräfte insbesondere und einseitig im Bereich des fixen Kapitals, der gegenständlichen Arbeitsmittel, des Maschinensystems erfolgt.

Die aktuellsten Erscheinungen der Produktivkraftentwicklung, vor allem die immer weiter zunehmende Automatisierung der Produktion, die die Menschen neben den eigentlichen Produktionsprozeß treten läßt, und die Ansätze zur Ersetzung chemischer Stoffumwandlungsprozesse in biologische, werden vielfach als »wissenschaftlich-technische Revolution« bezeichnet. Eine Auseinandersetzung mit solchen Auffassungen muß demnächst eingehend erfolgen. Schon jetzt sollen aber Zweifel angemeldet werden, ob die genannten technischen Umwandlungen eine Revolution der Produktivkraftentwicklung ausmachen: Die bestehenden Produktionstechniken bleiben eingebaut in die kreislaufförmige Reproduktion der gegenständlichen Arbeitsmittel, der die arbeitenden Menschen als Naturwesen

ebenso äußerlich bleiben, wie die außermenschliche Natur. Weder die Automatisierung noch die Biologisierung der Produktionen führen zwingend zur Behebung der ökologischen Krise oder zur Humanisierung der Arbeit.

### **Wege aus der Krise**

Aus der kritischen — wenn auch kaum mehr als schlaglichthaften — natur- wie menschheitsgeschichtlichen Betrachtung des Stoffwechsels zwischen menschlicher Gesellschaft und außermenschlicher Natur folgen grundlegende Einsichten für die strategische Bestimmung politischen Handelns.

1. Der industriellen Form der Produktivkraftentwicklung ist die (kreislaufförmige) Reproduktion der Arbeitsmittel auf immer erweiterter Stufenleiter wesentlich. Die Reproduktion der Menschen als Naturwesen und die Reproduktion der außermenschlichen Natur als Umwelt hingegen sind ihr äußerlich. Die Herausbildung und Entwicklung industriellen Produzierens sind im Hinblick auf die unterschiedlichen Produktionsverhältnisse nicht »wertneutral«: Sie beruhen auf dem Eindringen des Kapitals in die materielle Produktion und auf der Umwälzung der Produktivkraftentwicklung nach den Erfordernissen des Profitprinzips.

2. Auch unter kapitalistischen Bedingungen können Entwicklungen, die die natürlichen Lebensgrundlagen gefährden oder gar zu zerstören drohen, verhindert oder jedenfalls begrenzt, kann teilweise naturverträglicheres Produzieren durchgesetzt werden. Wie im Bereich »sozialer Reform« können »ökologische Reformschritte« nicht durch Appelle an die Einsicht derjenigen erreicht werden, die gesellschaftlich und politisch dem Kapitalverwertungsprinzip verpflichtet sind. Es bedarf immer des Drucks organisierter Gegenmacht, wobei erreichte Fortschritte stets gefährdet bleiben. — Der Kampf um »ökologische Reformen« bietet eine antikapitalistische Bündnisperspektive im Verhältnis zu solchen Bewegungen, die sich nicht unmittelbar gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterrückung richten, sondern das »Gattungsinteresse« an der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in den Vordergrund stellen.

3. Organisation und Lenkung der materiellen Produktion unter dem Gesichtspunkt der vorausschauenden Berücksichtigung der natürlichen Lebensbedingungen erfordern die Schaffung bewußt planmäßiger, gesamtgesellschaftlicher Formen des Wirtschaftens, erfordern die Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse. Dabei ist zunächst an die überkommenen im Kapitalismus entwickelten Formen industriellen Produzierens anzuknüpfen, während zugleich mittels der gesamtgesellschaftlichen Steuerung die Produktion mehr und mehr den Bedürfnissen der Menschen als Naturwesen und dem Schutz ihrer natürlichen Umwelt untergeordnet wird. Im Laufe der Entwicklung muß dann immer stärker die menschengerechte Reproduktion der natürlichen Lebensbedingungen in die Produktion »internalisiert«, zum wesentlichen Inhalt der Produktion selbst gemacht werden.

4. Die genauere Bestimmung und ständige Weiterentwicklung der verschiedenen Etappen sozialistischer Gesellschaftsveränderung erfordert eine intensive Durchdringung der hier nur gestreiften Probleme. Das gilt vor allem für die materiell-technische Seite des gedachten neuen Typs von Produktivkraftentwicklung, für die Problematik der »wissenschaftlich-technischen Revolution« und für die Einschätzung der Entwicklung in den sozialistischen Ländern. Wir müssen uns bereichsorientiert ganz konkret die einzelnen Felder erarbeiten, in denen Produktivkraftentwicklung mit noch unüberschaubaren gesell-

schaftlichen Auswirkungen stattfindet. Dabei zeichnet sich — heute als Mangel, in der Zukunft als unverzichtbare Bereicherung — ab, daß wir uns zunehmend naturwissenschaftliche Kenntnisse aneignen und diese gesellschaftswissenschaftlich vermitteln müssen.

### Literaturverzeichnis

- Brecht, Bertolt, 1980: Meti-Buch der Wendungen. In: ders.: Prosa Bd. 2, Frankfurt/M.  
 Hollitscher, Walter, 1984: Ursprung und Entwicklung des Lebens, Köln  
 Jonas, Wolfgang, 1975: Kritische Bemerkungen und Ergänzungen. In: Kuczynski, Jürgen: Vier Revolutionen der Produktivkräfte  
 Marx, Karl, und Friedrich Engels, 1962ff.: Werke (MEW), Berlin (DDR)  
 Marx, Karl, 1985: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW 42, Berlin (DDR)  
 Meyer-Abich, Klaus-Michael, 1984: Wege zum Frieden mit der Natur. München  
 Nemitz, Rolf, 1985: Grüne Technikkritik: Fortschrittsdenken umgestülpt. In: Karl-Ernst Lohmann (Hrsg.): Sozialismus passé? Argument-Sonderband 135, Berlin/West  
 Tjaden, Karl Hermann, 1978: Gesellschaftsformation und Gesellschaftsgeschichte. In: Gesellschaftsformationen in der Geschichte (Red.: Lars Lambrecht), Argument-Sonderband 32, Berlin/West  
 ders., 1984: Gesellschaftliche Produktivkraft und ökonomische Gesellschaftsformation (Dialektik 9). Köln  
 Ullrich, Otto, 1985: Grüne Technikkritik und Sozialismus. In: Karl-Ernst Lohmann 1985, a.a.O.

## 7. Berliner Volksuni

### Das kopflustige Lernfest zu Pfingsten

### 16. bis 19. Mai 1986



Vorträge, Workshops,  
 Diskussionen, Theater, Filme und Konzerte

Zu den Brennpunkten sozialer Auseinandersetzungen:

Aushöhlung des Streikrechts: Angriff auf die Kampfkraft der Arbeiterbewegung

Umstrittene Gewerkschaftsstrategie: Ordnungsmacht oder Gegenmacht

Einwanderungsland Bundesrepublik: neuer Rassismus?

Europa zwischen den Großmächten: Atomstreitmacht oder atomwaffenfreie Zone

»Alternative« Mythen: Zerstörung der politischen Handlungsfähigkeit?

Aufbrüche in der Frauenbewegung

Rechte Zukunftsbilder — linke Hilflosigkeit?

**Treffen der sozialen Bewegungen: Rekonstruktion der Solidarität**

**Konzert für ein freies Südafrika**

eingeladen sind:

Abdullah Ibrahim (ehem. Dollar Brand)

Jabula, Linton Kwesi Johnson

Informationen und Programmbuch im Volksuni-Büro: Dominicusstr. 3, 1000 Berlin 62

Detlef Bimboes

## Ökologie und Sozialismus

### Herausforderungen und Aufgaben im Verhältnis von Natur und Gesellschaft

Umweltprobleme sind immer mehr zum Ausgangspunkt von Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik geworden. Vielfältige Ansätze zur Bewältigung drängender Umweltprobleme bestehen, deren Lösung aber zumeist auf der Grundlage der hiesigen ökonomischen Gegebenheiten geschehen soll. Eine system-kritische Sichtweise ist bislang in der Minderheit verblieben. So hat die Linke in der SPD über vielfältige praktische Vorschläge zur Minderung zahlreicher Umweltprobleme hinaus noch nicht umfassend auf die ökologischen Herausforderungen unserer Zeit reagiert.

Der hier vorliegende Beitrag versteht sich als Einstieg in eine noch umfassend zu führende Debatte in der SPD. Er kann und will nicht auf sämtliche Aspekte des Verhältnisses Natur – Gesellschaft eingehen. In dem Beitrag wird besonders auf die notwendige Weiterentwicklung des Produktivkraftsystems eingegangen, dessen erste Elemente im Schoße des Kapitalismus in Wissenschaft und Technik bereits sichtbar werden und deren umfassende Durchsetzung und Entfaltung die zunehmende Unterwerfung ökonomischer Prozesse unter demokratische Planungen und Entscheidungen voraussetzt.

### Kapitalistische Produktionsweise und Umweltkrise

*»Gesellschaften sind im Kern als Formen der Vermittlung, Regelung und Steuerung materieller Beziehungen zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur aufzufassen.«*

Die Menschheitsgeschichte als Geschichte des gesellschaftlich vermittelten Stoffwechsels mit der Natur ist untrennbar mit den bisherigen Gesellschaftsformationen verbunden. Die dabei jeweils spezifische Ausprägung des Stoffwechsels ist Ergebnis der unterschiedlichen Produktionsverhältnisse, des historischen Verlaufs der Produktivkraftentwicklung und hat auf diese Weise stets auch Umfang und geschichtlichen Verlauf von Naturaneignung und Umweltkrisen geformt.

In den vorkapitalistischen Produktionsweisen dominierten Arbeitsgeräte und Techniken, die gegenüber heute noch nicht umfassend, global den Stoffwechsel mit der Natur gestalten konnten, dennoch aber schon lokal und regional bis hin zu ganzen Landstrichen ökologische Krisen, Verwüstungen und Katastrophen nach sich zogen. Urbarmachung von Land, Waldrodungen und Holzverbrauch, Nutzung der Wasserkraft, Erzabbau etc. haben teilweise zu erheblichen Veränderungen von Landschaften und belebter Natur geführt. Sowohl Ursprung und Verlauf derartiger Schädigungsprozesse als auch die Veränderung der Natur durch menschliche Nutzung haben ihre Prägung stets durch die jeweils herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse erfahren (patriarchalische Ausbeutergesellschaft, Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus). Allerdings bedeutete erst die den Feudalismus ablösende und in der industriellen Revolution sich entfaltende kapitalistische Produktionsweise mit dem ihr eigenen, inneren Zwang zu unausgesetzter Kapitalverwertung und der maschinellen Produktionstechnik qualitativ eine neue Art und Weise des Stoffwechsels der Gesellschaft mit der Natur. Dieser Stoffwechsel wurde der Tendenz nach universell und hat insbesondere durch die ungemein schnelle Entwicklung der Produktivkräf-

te seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Mehrzahl der Länder auf dem Globus erfaßt. Er leitete den Übergang zur weltweiten Nutzung natürlicher Ressourcen ein. Die Entfaltung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion ist in gewaltigem Ausmaß vorange-  
trieben worden. Im Gefolge dieser Entwicklung sind die Umweltschäden teilweise drama-  
tisch angewachsen. Ebenso treten die gesundheitlichen Konsequenzen der wachsenden  
Schadstoffbelastung deutlich zutage, deren Hauptlast die arbeitende Bevölkerung trägt.

Insgesamt ist die Menschheit unmittelbar an eine neue historische Etappe in ihren  
Wechselbeziehungen zur Natur herangeführt worden. Schon heute ist die Beeinflussung  
der Natur durch die Menschheit in mancher Hinsicht vergleichbar mit der von Naturge-  
walten. Diese Wandlungen sind derart bedeutend, daß sie sich auf die Existenz ihrer Urhe-  
ber, auf die Menschen und die von ihnen geschaffenen Produktionssysteme massiv auszu-  
wirken beginnen.

Bereits *Friedrich Engels* hat sich mit derartigen Auswirkungen und Folgewirkungen für  
die Umwelt auseinandergesetzt. So schrieb er in seiner berühmten Schrift »Anteil der Ar-  
beit an der Menschwerdung des Affen«, daß »alle bisherigen Produktionsweisen ... nur  
auf die Erzielung des nächsten, unmittelbarsten Nutzeffekts der Arbeit ausgegangen  
(sind). Die weiteren erst in späterer Zeit eintretenden, durch allmähliche Wiederholung  
und Anhäufung wirksam werdenden Folgen blieben gänzlich vernachlässigt.« (MEW 20,  
454)

### Technikentwicklung und Umweltprobleme

In die Auseinandersetzungen über Umweltprobleme sind zunehmend die diesbezüglichen  
Auswirkungen technologischer Entwicklungen und ihrer Anwendung im Produktionsbe-  
reich einbezogen worden.

Die historische Entwicklung der Produktivkräfte belegt, und dies zeigen die zunehmen-  
den Kenntnisse zur Technikgeschichte vorkapitalistischer Produktionsweisen, daß es be-  
reits vor der industriellen Revolution im Hinblick auf den Stoffwechsel zwischen Natur  
und Gesellschaft Defekte gegeben hat. Naturkreisläufe wurden — wenn auch noch zwer-  
genhaft — durchbrochen, Prozesse der Stoffumwandlung und -verformung einlinig ge-  
staltet, die natürlichen Energieträger dementsprechend verbraucht. Die Nutzung von  
Energie und Rohstoffen blieb partikular, also den unmittelbarsten Zwecken unterworfen  
und wurde dem Kenntnisstand zufolge nicht umfassend betrieben.

Die im Kapitalismus herausgebildete Produktionsstruktur ist diesen Entwicklungslinien  
grundsätzlich verhaftet geblieben. Statt in der Produktion die Anwendung von Naturkräf-  
ten, soweit irgend möglich, auf eine der Natur gemäße Weise vorzunehmen, wurden im  
kapitalistischen Produktionsprozeß Stoffkreisläufe der Natur verstärkt zu linearen Abläufen  
verformt. Mit der Entfaltung der maschinellen Produktion in der großen Industrie  
verschärften sich die Defekte im Zyklus Natur — Gesellschaft — Natur. Einlinige Prozes-  
se der Stoffumwandlung und -verformung sowie der Verbrauch fossiler Energieträger und  
die partikuläre Nutzung von Energien und Rohstoffen wurden außerordentlich beschleunigt.

Das Ergebnis war und ist ein technisches Produktivkraftsystem, das

- ökologischen Wirkprinzipien häufig widerspricht
- zur Verschwendung von Naturressourcen führt
- die Wiederverwendung von Abfallstoffen aus Produktion und Konsumtion nicht systematisch betreibt

- die Umwelt durch frei werdende Emissionen aller Art belastet und
- die Selbstreinigungskraft natürlicher Systeme untergräbt.

Diese prinzipiellen Strukturängel lassen sich auch durch eine noch so ausgeklügelte Durchorganisation des Produktionsablaufes, durch Filter- bzw. Kläranlagen usw. als Systemängel nicht ausschalten, sondern nur teilweise kompensieren. Dies gilt ganz besonders in einer hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaftsweise, die auf übergreifende Steuerungsmechanismen zugunsten des »freien« Spiels der Marktkräfte verzichtet. Zudem sind derartige »Kompensationstechniken« trotz ihrer Kostspieligkeit vielfach unvollkommen, bringen keine radikale Schadstoffentlastung und können daher nur Zwischenstadium zu besseren, grundsätzlicheren Lösungen sein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen die Umweltbelastungen globale und bedrohliche Ausmaße an. In dieser Zeit hat sich die kapitalistische Wirtschaftsstruktur insgesamt zugunsten stark umweltbelastender Industriezweige (Rüstungs-, Metallurgie- und Chemieindustrie, wachsende Energieerzeugung auf Kohlebasis) verschoben. Diese Verschiebung geschah zum Vorteil derjenigen Zweige, die die höchsten Profitraten abwarfen und am stärksten mit der Aneignung von kostbaren Naturpotentialen verbunden waren. Die damit verbundene wachsende Dimension des Stoffwechsels zwischen Natur und Gesellschaft offenbarte immer stärker die negativen Seiten dieses Produktivkraftsystems und trägt ihren Teil zur Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus bei. Zugleich wird dabei aber auch deutlich, daß Umweltbelastungen und Ressourcenverbrauch in ihrem quantitativen und qualitativen Ausmaß selbst auf der Grundlage der gegebenen Produktionsstrukturen davon abhängig sind, von welchen Zielen sich die Produktion leiten läßt.

Angesichts steigender Umweltbelastungen werden zunehmend Auseinandersetzungen über die von »Großtechnologien« ausgehenden Umweltgefahren geführt. Vielfach wird die Rückkehr zu »mittleren, sanften und angepaßten« Technologien gefordert. In dieser Debatte muß grundsätzlich mehr auf die gesellschaftliche Formbestimmtheit von Technik geachtet werden. Produktivkraft- und Technikentwicklung ist nicht von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu trennen. Hierbei geht es nicht um den Bereich technischer Verfahrensabläufe, um Konstruktions- oder Wirkprinzipien, die auf der Anwendung von Naturgesetzen beruhen und zum Funktionieren von Technik notwendig sind. Vielmehr geht es um den destruktiven Teil, der bislang Technik und Produktivkräften innewohnt und sie historisch in ihrer Entwicklung begleitet und zusammen mit dem Raubbau an Naturressourcen durch das dem Kapitalismus immanente Gewinnprinzip zur steigenden Belastung der Umwelt mit Abfällen und Schadstoffen sowie zur Schädigung der Ökosysteme und im besonderen der arbeitenden Menschen geführt hat.

Diese Destruktivität hat ihre Ursache in der immer stärkeren Durchbrechung von Stoffkreisläufen in der Natur und der damit untrennbar verbundenen Verformung zu linearen Abläufen der Stoffumwandlung, deren Produktionsabfälle nicht systematisch zu neuen Ausgangsstoffen für die industrielle Produktion werden. Eine Antwort hierauf ist die Forderung nach Übertragung von Prinzipien und Mechanismen ökologischer Systeme auf Produktionsprozesse, wobei die Produktion weitgehend als geschlossener Kreislauf erfolgt, für den es kaum noch Abfallprodukte gibt, weil die Abfallprodukte einer Produktionsstufe stets in den Rohstoff der nächsten Produktionsstufe eingehen. Das reibungslose Funktionieren solcher Systeme schließt Aufbau- und Abbauprozesse und deren kontinuierlichen Übergang ein.

Von dieser Warte her gesehen, gewinnt die Diskussion um das Für und Wider von Großtechnologien eine andere Qualität. Dies kann die Rücknahme von Großtechnik in

bestimmten, stofflich gefährlichen Bereichen bedeuten, schließt aber zugleich auch deren qualitative, schöpferisch-konstruktive Weiterentwicklung ein, um effektiver, energetisch günstiger, rohstoff- und umweltschonender zu produzieren. Derartige Zusammenhänge müssen, stets bei der Auseinandersetzung um Großtechnologien bedacht werden.

Umweltprobleme haben auch vor den sozialistischen Ländern nicht haltgemacht. Sie stehen vielfach vor gleichen und ähnlichen Umweltproblemen wie die kapitalistischen Länder, da sie zum einen dieselbe Produktionstechnik ererbt und zum anderen den gesellschaftlichen Aufbau auf der Grundlage eben dieses kapitalistisch geprägten Produktivkraftsystems gestaltet haben bzw. noch fortsetzen. Die daraus resultierenden Probleme werden auch dort zunehmend diskutiert.

### **Erfordernisse sozialistischer Umweltpolitik**

Ein störungsfreieres Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft ist von der künftigen Art und Weise des Umgangs mit den verfügbaren Ressourcen und den natürlichen Lebensgrundlagen insgesamt bestimmt.

Neue anzustrebende, dynamische Gleichgewichtszustände zwischen Natur und Gesellschaft werden sich aber nur im positiven Sinne verwirklichen lassen, wenn die anthropogenen (= durch den Menschen beeinflussten) Einwirkungen auf die Natur der Biosphäre förderlich sind und ihre Evolution unterstützen.

Zur Verwirklichung dieser Ziele ist die umfassende *Ökologisierung der Produktion* anzustreben, die ihrerseits in eine breit angelegte Strategie zur Neuorientierung der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion eingefügt werden muß.

Wege für mehr Umweltschutz und (im Sinne von umweltschonend und schadstoffarm) qualitatives wirtschaftliches Wachstum, die die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einschließen, sind begrenzt auch unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik möglich (Investitionsprogramme, Schadstoffabgaben, Kürzungen im Rüstungshaushalt, Maßnahmen zum Naturschutz, verschärfte gesetzliche Regelungen zur Begrenzung des Schadstoffausstoßes etc.). Umfassend ist die Forderung nach Schaffung eines »ökologisch-industriellen Komplexes« und seine Ausweitung auf die Gesamtwirtschaft als Gestaltungsaufgabe über das Jahr 2000 hinaus für eine zukunftsorientierte wirksame Umweltpolitik zu erheben. Dieser Wirtschaftstyp ist dem sich in den letzten Jahren ausweitenden »militärisch-industriellen Komplex« entgegenzusetzen und in eine alternative Strategie für eine *arbeiterorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik* einzubinden.

Allerdings sind der erfolgreichen Durchsetzung einer an diesen Kriterien orientierten Politik und einer allseitig angelegten, im Hinblick auf Mensch und Umwelt positiv zu bewertenden Weiterentwicklung der Produktivkräfte enge Grenzen durch die bestehenden Eigentumsverhältnisse gesetzt. Gegenwärtige staatliche Politik kann sich nämlich nicht darauf verlassen, daß ihre Zielsetzungen generell von privaten, autonomen Unternehmen unterstützt werden. In aller Regel bestehen unüberbrückbare Gegensätze zwischen dem Gewinninteresse kapitalistischer Unternehmen und den Zielen nach Vollbeschäftigung und Umweltschutz. Es bedarf daher veränderter Investitionskriterien und Produktionsziele sowie demokratischer Entscheidungsstrukturen in den Unternehmen, um beschäftigungspolitischen und ökologischen Zielsetzungen zum Durchbruch zu verhelfen. Ohne die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen auf der Grundlage der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und Banken durch die Arbeiterbewegung wird eine Politik



des qualitativen Wachstums und einer bedarfsorientierten Produktion letztlich keinen dauerhaften Bestand und Erfolg haben können.

Dabei genügt es langfristig nicht, die industrielle Produktion lediglich auf die Erzeugung von Gebrauchswerten im umfassenden Sinne auszurichten. Vielmehr gilt es, auf der Grundlage vergesellschafteter Produktionsmittel einen neuen Produktionstypus zu entwickeln, der nicht nur die Reproduktion der Lebens- und Arbeitsmittel der Menschen beinhaltet, sondern auch die Reproduktion der natürlichen Lebensbedingungen der Gattung Mensch garantiert.

Erhalt und Verbesserung der natürlichen Voraussetzungen des Lebens werden so zum Maßstab der Kritik an der herrschenden Produktionsweise, deren Naturbeherrschung sich als unvollkommen erweist, und zur zwingenden Verpflichtung des angestrebten sozialistischen Entwicklungsweges. Mahnung und Verpflichtung deshalb, weil »selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen ... nicht die Eigentümer der Erde (sind). Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen« (Karl Marx, MEW 25, 784).

### Ökologisierung der Produktion

Der Begriff Ökologie als Wissenschaft von den Beziehungen der Organismen untereinander und mit ihrer Umwelt erfährt in diesem Zusammenhang seine Erweiterung zur Lehre vom Gesamthaushalt der Natur unter Einschluß von Energie- und Stoffumsatz.

Da die Arbeit Stoff- und Energiewechsel mit der äußeren Natur ist und als solche dauernde Bedingung bleibt, so folgt daraus, daß jeder Produktionsprozeß, jede Produktivkraftanwendung (bereits im Zuge der Entwicklung) im Hinblick auf ihre Folgen für die äußere Natur und die Gattung Mensch betrachtet werden muß.

Von entscheidender Bedeutung für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte ist die immer genauere Erforschung des Stoffwechsels mikrobieller, pflanzlicher und tierischer Organismen — und dies gerade im Hinblick auf Syntheseabläufe, energetisches Leistungsvermögen und die Produktion für den Menschen nützlicher Produkte. Die Übersetzung dabei gefundener, sinnvoller und im Verlaufe der Evolution herausgebildeter natürlicher Verfahrensabläufe in moderne, umwelt-, rohstoff- und energiesparende industrielle Produktionsverfahren ist dann möglich. Das Studium der inneren Mechanismen biologischer Prozesse wird somit zu einer unabdingbaren Voraussetzung für die Schaffung neuer Prinziplösungen in der Produktion, die langfristig die umfassende Ökologisierung der industriellen Produktion einleiten. Insgesamt kommt dabei also dem breit angelegten Übergang zu solchen naturanalogen Technologien große Bedeutung zu, die auf dem Lernen von der belebten Natur (z.B. Biotechnologien) bzw. auf der Funktionsweise und Evolution von Ökosystemen beruhen (z.B. biologische Schädlingsbekämpfung).

So ermöglicht die prinzipiell mit Energie sparsamer umgehende Biotechnologie eine Entlastung der Primärenergieträger Rohöl und Kohle durch Verwendung regenerierbarer Rohstoffe. Zudem können tendenziell auf ihrer Basis gefährliche chemische Prozesse abgelöst werden, und es entfällt der Zwang zur Produktverzweigung und mit Einschränkung zur Koppelproduktion.

Die Ökologisierung der Produktion zielt keineswegs auf eine Beschränkung der Produktivkräfte durch Rückkehr zu weichen, kleinen oder mittleren Technologien ab. Vielmehr geht es gerade um eine umfassende Weiterentwicklung der Produktivkräfte, durch

die die objektiv bestehende, dialektische Einheit von Mensch und Natur verbessert, bewußt gestaltet und vertieft wird. Nicht eine Rückstufung der Großtechnik steht zur Diskussion, sondern ihr schrittweiser Wandel hin zur Erreichung qualitativ veränderter Parameter des Stoffwechsels mit der Natur.

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte ist zugleich die Widersprüchlichkeit des Fortschritts in Wissenschaft und Technik zu diskutieren. Chancen und Risiken liegen dicht nebeneinander. Am Beispiel der Bio- und Gentechnologie und möglichen industriellen Anwendungen wird deutlich, daß noch zahlreiche ungelöste gesundheitliche und ökologische Fragestellungen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und industrieller Anwendung bestehen (vgl. den Beitrag von H.-B. Nordhoff in diesem Heft).

Grundsätzlich lassen sich Risiken nie vollständig ausschließen, da sich der Erkenntnisprozeß immer nur der Wirklichkeit annähern kann. Deshalb verbleibt stets eine unbekannte Größe, in der Risiken und Probleme — kurz: der Januskopf des Fortschritts — aufgehoben sind. Ihre immer bessere Beherrschung und Vermeidung ist jedoch an gesellschaftliche Voraussetzungen geknüpft. Sämtliche Forschung wie auch die Verwertung ihrer Ergebnisse in Wissenschaft und Technik einschließlich der Entscheidung zwischen diesen oder jenen Entwicklungsmöglichkeiten von Technik und Produktivkräften ist stets gesellschaftlich bestimmt.

Die notwendige Veränderung in Wissenschaft und Technik in Richtung auf für Gesellschaft und Natur schöpferische, nützliche, konstruktive und nicht destruktive Weiterentwicklung verlangt schon nach Antworten und Lösungsansätzen im Kapitalismus, die zugleich den Keim für künftiges Handeln in sich bergen, deren umfassende Durchsetzung aber eine tiefgreifende Umgestaltung der gegebenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Bundesrepublik notwendig macht.

Der gegenwärtige und in historischer Kontinuität stehende, zersplitterte Wissenschaftsbetrieb in der Bundesrepublik kann derartigen Herausforderungen für die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik stets nur partiell Rechnung tragen. Nicht zu erwarten ist eine allseitige, der Komplexität der Problematik angemessene wissenschaftliche Herangehensweise, die von Beginn an mögliche soziale, ökonomische und ökologische Folgewirkungen von angewandter Forschung und Technik einschließt, zu beantworten sucht und letztlich die Antworten noch in der Produktion immer vollkommener umzusetzen trachtet.

Die daraus entspringende Problematik gewinnt noch zusätzlich an Bedeutung — und weist daher geradezu gebieterisch auf umfassendes Vorgehen hin —, weil die Wissenschaft ganz objektiv vom Erkenntnisprozeß her noch ungenügend in der Lage ist, Nach-, Neben- und Fernwirkungen von wirtschaftlichen Maßnahmen auf die Natur ausreichend abzuschätzen, denn die Erforschung der komplizierten ökologischen Zusammenhänge hat erst in den letzten 20 Jahren stärkere Beachtung gefunden. Das ist einer der Gründe, warum viele Maßnahmen derzeit noch überwiegend auf einzelne Umweltmedien (Wasser, Boden, Luft) bzw. auf Lärm und Abfälle beschränkt sind und die Komplexität der Problematik nicht ausreichend erfassen (vermutete oder bereits erforschte Systemgesetzmäßigkeiten der Natur wie Selbstregulierungsfähigkeit, Prozesse der irreversiblen Zustandsveränderung oder unkompensierbare Substanzverluste). Das erfordert schon heute den konsequenten Aufbau einer Risikoforschung, die bislang als eigenständiger Forschungszweig kaum besteht.

Im Hinblick auf einen neuen Typ von Produktion und eine weitere Entfaltung der menschlichen Produktivkräfte ist also ein höheres Maß an wissenschaftlicher Naturer-

kenntnis erforderlich und damit gerade eine Aufhebung des zergliederten naturwissenschaftlichen Spezialwissens in übergreifender Erkenntnis der natürlichen Zusammenhänge sowie auf dieser Grundlage auch ein höheres Maß an Beherrschung der komplexen Gesetzmäßigkeiten der Natur.

### **Schadstoffbegrenzung und Ressourcenschonung durch Änderung der Produktionsziele**

Die Forderung nach Entwicklung und Anwendung umweltschonender, energie- und rohstoffsparender Produkte und Produktionsverfahren ist ebenfalls entscheidender Bestandteil der Ökologisierung der Produktionsweise.

Die Begrenztheit der Rohstoffe, vor allem der nicht regenerierbaren, drängt zur bevorzugten Auswahl solcher Entwicklungswege, die mit einem geringen und rationellen Verbrauch der kostbarsten Rohstoffe (Metalle, Mineralöl, Kohle) auskommen. Deshalb sind gerade in den zentralen Bereichen *Verkehr, Energieerzeugung, Grundstoffindustrie* (insbesondere Metallurgie und Chemieindustrie) und *Bauwesen* längerfristig tiefgreifende Umorientierungen notwendig, zumal hier auch die Hauptquellen der Schadstoffbelastung für Mensch und Natur angesiedelt sind. Stichpunkte sind dafür der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu Lasten des Individualverkehrs, dezentrale Energieversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung, Rücknahme besonders umweltgefährlicher Verfahrensabläufe und der entsprechenden Produkte im Bereich der Grundstoffindustrie (besonders Bereiche der Chlorchemie). Darüber hinaus müssen überall dort bestehende Produktionsverfahren und stoffliche Vielfalt eingeschränkt oder zurückgenommen werden, wo besonders nachteilige Auswirkungen auf Mensch und/oder Umwelt bekannt oder aufgrund immer besserer Kenntnis der Zusammenhänge zu befürchten sind. Derartige Eingriffe dürfen aber keine unvermeidbaren gesamtwirtschaftlichen Folgewirkungen zeitigen und müssen mit den Bedürfnissen und Bewußtseinsformen der arbeitenden Bevölkerung einhergehen. Sie können nur schrittweise bei Bereitstellung neuer Arbeitsplätze und unter Vorgabe eines mit den Gewerkschaften festgelegten zeitlichen Umstrukturierungsplanes durchgeführt werden. — Forderungen, die sich an veränderten Produktionszielen und -verfahren, der Aufstellung inner- und überbetrieblicher Stoff- und Energiebilanzen, verstärkten Entwicklungen und Anwendungen von Umweltschutztechnologien, Reduzierungen der bestehenden Produktvielfalt zugunsten weniger umwelt- und gesundheitsverträglicher Produkte, an der Durchsetzung strenger gesetzlicher Regelungen zur Begrenzung des Schadstoffausstoßes in die Umwelt, dem zwingenden Gebot zur Verwertung von Abfällen sowie verbesserten Methoden zur Deponierung oder möglichst schadlosen Beseitigung gefährlicher Abfälle orientieren, dürften bei konsequenter Einlösung sämtliche Austauschbeziehungen zwischen Mensch und Natur günstiger gestalten.

Derartige Veränderungen führen nicht nur zu einer erheblichen Verminderung der Schadstoffbelastung von Wasser, Boden, Luft und Nahrungskette, sondern verbessern auch den Schutz der menschlichen Gesundheit und tragen zur nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen bei. Zugleich ist mit einer an derartigen Kriterien orientierten Politik sowohl die Einsparung von Deponiefläche möglich als auch die nachhaltige Senkung des starken, flächenhaften Grundwasserverbrauchs durch die Großindustrie.

### **Bausteine für Landschaftserhalt und Naturschutz**

Es ist die grundlegende (wenngleich weltgeschichtlich immer nur ansatz- oder teilweise erfüllte) Aufgabe einer menschlichen Gesellschaft, die Bevölkerung und die Naturreich-tü-

mer zu erhalten, die Arbeitskräfte gesund zu halten, die Produktionsmittel unschädlich zu gestalten und die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen entsprechend den Möglichkeiten der gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung und des Naturbeherrschungsgrades menschen- und umweltgerecht zu entwickeln.

An diesen Kriterien ist die bundesrepublikanische Wirklichkeit zu messen. An ihnen entlang sind die Konzepte zur Bewältigung der Krisenerscheinungen zu formulieren. Derartige Konzepte sind auf der Grundlage einer arbeitsorientierten gesamtstaatlichen Rahmenplanung zu entwickeln, welche auf die Herstellung menschen- und umweltgerechter Arbeits- und Lebensbedingungen abgestellt und auf die Pflege bzw. Erneuerung der menschlichen und außermenschlichen Naturquellen der gesellschaftlichen Arbeit als erste Aufgabe verpflichtet ist.

Um der Verschlechterung der Lebensbedingungen und der natürlichen Lebensgrundlagen wirksam begegnen zu können, müssen wenigstens die bereits heute in Planungs-, Umwelt- und Naturschutzgesetzen formulierten Zielsetzungen für Schonung und Erhalt von Natur und Landschaft konsequent verwirklicht werden.

Dafür ist künftig der Verbrauch an Landschaft (und damit an Boden) für Siedlungszwecke, Industrie- und Gewerbeansiedlungen sowie andere Raumansprüche (Straßen- und Energietrassen, Deponien, Steinbrüche, Abbau oberflächennaher Rohstofflagerstätten z.B. zur Kies- und Sandgewinnung) insbesondere im Bereich der Ballungsgebiete drastisch zu vermindern. Zur Einlösung dieser Forderungen wird es auch darauf ankommen, neue klima- und energiegerechte Bau- und Siedlungsformen zu entwickeln, die nicht nur ein hohes Maß an Lebensqualität in einer Gemeinschaft ermöglichen, sondern gleichzeitig auch den bisherigen immensen Flächen- und Rohstoffverbrauch einschränken.

Für den Erhalt von Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft sowie der heimischen Tier- und Pflanzenwelt ist eine bedeutende Ausweitung von Landschafts- und Naturschutzgebieten notwendig.

Eines gilt es aber abschließend ganz deutlich zu machen: Solange die auf der Basis der Gewinnmaximierung wirksamen ökonomischen Standort- und Grundrententheorien beinahe uneingeschränkt wirksam bleiben, solange wird das Problem des Bodenverbrauchs in einer umwelt- und sozialpolitisch verträglichen Weise nicht zu steuern sein. So sind beispielsweise insbesondere in den städtischen und industriellen Ballungsgebieten durch Häuser- und Grundstücksspekulationen dem kommunalen Gestaltungsrahmen für eine sinnvolle sozial- und umweltgerechte Stadtentwicklungspolitik enge Grenzen gesetzt. Ziel muß aber eine Bodennutzung nach sozialem und volkswirtschaftlichem Bedarf sein. Deshalb ist eine tiefgreifende demokratische und soziale Bodenreform, d.h. — entsprechend der im Grundgesetz verankerten Sozialpflichtigkeit auch des Grundeigentums —, eine Enteignung des Großgrundbesitzes notwendig. Hinzukommen muß das Verbot der Bodenspekulation und die Trennung von Eigentums- und Nutzungsrechten.

### **Rechte der Natur?**

Auf dem Wege zu einer Neuorientierung der gesellschaftlichen Reproduktion und im Rahmen der gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Naturphilosophien (z.B. Altner) müssen auch Sozialisten deutlich machen, daß der Mensch in der Formulierung seiner Rechte auf Natur anfängt, ebenso seine Angewiesenheit auf Natur anzuerkennen, d.h., gerade auf etwas, das von ihm unabhängig ist, dem er die Möglichkeit zur Selbsttätigkeit und Integrität lassen muß, sollen seine eigenen Ansprüche überhaupt noch realisier-

bar sein. Derart abgeleitete Rechte der Natur und das ästhetische Bedürfnis nach Natur sind festzuhalten als Stufen in einem Prozeß, der zu einer Reorganisation des Mensch/Natur-Verhältnisses führen und den die Arbeiterbewegung zum Gegenstand der Auseinandersetzung machen muß. Dieser Prozeß fordert die Reproduktion von Natur als gesellschaftlicher Aufgabe geradezu heraus und schließt die Anerkennung der Abhängigkeit des Menschen von der Selbsttätigkeit der Natur ein, verlangt deshalb, daß die Selbstreproduktion des Menschen zugleich eine Reproduktion der Natur sein muß. Daß die Reproduktion von Natur als gesellschaftliche Aufgabe formuliert werden muß, entspringt der Einsicht, daß die uns umgebende Natur im ganzen nicht mehr ohne menschliche Reproduktionsarbeit auskommen kann. *Die uns umgebende Natur ist sozial konstituierte Natur*, und das heißt eben gerade nicht nur »natürliche« Natur, die durch menschliche Aktivität verschmutzt und geschädigt ist, sondern vielmehr positiv, daß auch der gewünschte und gewollte Naturzustand sich nur über die kontinuierliche Arbeit des Menschen herstellt. Das impliziert: Was die uns umgebende Natur jeweils ist, hängt von den gesellschaftlichen Intentionen und Wertsetzungen ab. Ob etwas Wald, Wiese, Feld, Park, Naturschutz-, Erholungs- oder Fischereigebiet ist, hängt von den gesellschaftlichen Intentionen und der gemäß diesen Intentionen investierten Reproduktionsarbeit ab. Gesellschaftliche Reproduktion von Natur ist daher — und das ist hervorzuheben — nicht einfach kontinuierliche Wiederherstellung eines Naturzustandes, sondern die zielgerichtete Aufwendung von gesellschaftlicher Arbeit zur Herbeiführung gewünschter Naturzustände. Genau an diesem Punkt stellt sich die drängende und noch offene Frage, wie denn die künftigen Leitbilder für eine positive Gestaltung von Natur aussehen sollten und mit welchen Inhalten die Begriffe Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft ausgefüllt werden sollen. Um die Beantwortung dieser Fragen muß im Verlaufe weiterer Diskussionen gerungen werden.

## Literaturverzeichnis

- Böhme, G.: Die Reproduktion von Natur als gesellschaftliche Aufgabe. In: Ökologie — Naturaneignung und Naturtheorie, Köln 1984
- Bundesminister des Innern (Hrsg.): Abschlußbericht der Projektgruppe »Aktionsprogramm Ökologie«, Argumente und Forderungen für eine ökologisch ausgerichtete Umweltvorsorgepolitik. Bonn 1983
- Czeskleba-Dupont, R., und K.H. Tjaden: Probleme des Übergangs von der kapitalistischen Naturzerstörung zu vernünftigt-gesellschaftlicher Naturaneignung. In: Argument-Sonderband AS 56 »Alternative Umweltpolitik«, Berlin/West 1981
- DGB-Bundesvorstand: Umweltschutz und qualitatives Wachstum, Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Beschleunigung des qualitativen Wachstums durch mehr Umweltschutz. Düsseldorf 1985
- Engels, Friedrich: Dialektik der Natur (bes.: Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen). Marx-Engels Werke, Bd. 20, Dietz-Verlag, Berlin (DDR) 1983
- Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): Gentechnologie — Biotechnologie, J. Schweizer Verlag, München 1985
- Hermann J.: Der Aufstieg der Menschheit zwischen Naturgeschichte und Weltgeschichte. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983
- Hickel, R.: Glasperlenspiele mit Umweltpolitik. In: Vorwärts Nr. 28 vom 6. Juli 1985
- Hofschon, H.G., und M. Jung: Wirtschaftspolitische Alternativen vor Ort. In: *spw* 22, 7. Jg., Berlin/West 1984
- Jungsozialisten in der SPD: Beschlüsse des Bundeskongresses der Jungsozialisten. Bonn-Bad Godesberg, 13.-14. April 1984
- Neumann, K.: Ökologische Modernisierung oder Bruch mit der Profitlogik. Referat auf dem 3. Neuland-Gespräch zu Ökologie und Sozialismus am 21. und 22. Sept. 1985 in Bielefeld (unveröff. Msk.)
- Paucke, H., und A. Bauer: Umweltprobleme — Herausforderung der Menschheit. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1980
- SPD-Vorstand (Hrsg.): Die SPD fordert eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft. Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion zur Ökologiepolitik, Bonn 1984
- Tjaden, K.H.: Naturrevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte, Gesellschaftswissenschaftliche Entwicklungstheorie. In: *Das Argument* 101, Berlin/West 1977
- Tjaden, K.H.: Gesellschaftliche Produktivkraft und ökonomische Gesellschaftsformation. In: Ökologie — Naturaneignung und Naturtheorie. Studien zur Dialektik, Bd. 9. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984



*Die Bildung betrifft das Prolet*

# ARBEITERKULTUR IN DEUTSCHLAND

Einführung: Prof. Dr. Langewiesche

Der Band versammelt Aufsätze, in denen verschiedene Genres der proletarischen Kultur in Kaiserreich und Weimarer Republik untersucht werden. In der Einleitung skizziert Dieter Langewiesche Forschungsstand und -kontroversen zur Kultur der Arbeiterbewegung. DIETER LANGEWIESCHE u.a.: *Arbeiterkultur in Deutschland*. Beiträge zu einer "Geschichte von unten". 162 Seiten, Dokumentenanhang, zahlr. Abb., 14,80 DM

ergebnisse VERLAG

Vereinsstraße 46 2000 HAMBURG 6

Michael Häupl

## Stadtökologie am Beispiel Wiens

Stadtökologie und kommunale Umweltpolitik können weder aus einem historischen Entwicklungszusammenhang noch aus einem politischen Kommunalprojekt herausgelöst werden. Diese Feststellung erscheint angesichts diverser »grüner« Politikvorschläge notwendig und wird noch wesentlicher, berücksichtigt man die lange Dauer der tendenziellen Verankerung stadtökologischer Vorstellungen in Theorie und Praxis sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Der folgende Beitrag ist der Versuch, stadtökologische Fragen und Handlungsanleitungen in diese Zusammenhänge einzuordnen.

### 1. Zur Entwicklung von Umweltproblemen im kommunalen Bereich

Die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen der Stadtbewohner und deren daraus folgender Protest ist keineswegs so neu, wie es manche »Bürger« gerne hätten. Schon Mitte des 17. Jahrhunderts hatte die Londoner Bevölkerung Protest gegen die immens gestiegene Rauchbelästigung durch Verbrennung von Kohle erhoben. Dieser erste Umweltbürgerprotest geriet jedoch relativ rasch in Vergessenheit. Die wissenschaftlich-technische Revolution schuf für den Bürger zunehmend Wohlstand und versöhnte ihn so mit der fortschreitenden Umweltbeeinträchtigung im Zuge der Entwicklung des Kapitalismus. »Stadtplanung«, wie sie auch in Wien bis über die Jahrhundertwende hinaus betrieben wurde, wurde von der industriellen Entwicklungsdynamik und den sich durchsetzenden Gewinninteressen von Unternehmern und Grundeigentümern überrollt.

Erst mit dem »Roten Wien« nach dem 1. Weltkrieg wurde auch ein neues Verständnis von »Leben in der Stadt« mitaufgebaut. Hatte für das Proletariat der Kampf für die Verbesserung der Umweltverhältnisse im 19. Jahrhundert unter Bedingungen eines 16-Stunden Arbeitstages natürlich zunächst einmal Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und um einen das Überleben sichernden Lohn, kurz: Kampf um die Verbesserung *ihrer* Lebensverhältnisse bedeutet, so schlug sich dieses Verständnis auch in der Kommunalpolitik der sozialdemokratischen Wiener Stadtverwaltung nieder. Eine Verbesserung der Wohnverhältnisse, eine beispielhafte Sozial- und Gesundheitspolitik und die neue Kultur- und Bildungspolitik der Wiener Sozialisten sowie der Aufbau der Naturfreunde- und Sportorganisationen waren die Säulen einer Politik, die sich an eben dieser Verbesserung der Lebensverhältnisse für die arbeitenden Menschen orientierte. Austrofaschismus und Nationalsozialismus beendeten nicht nur die theoretischen und politischen Entwicklungsmöglichkeiten der österreichischen Arbeiterbewegung, sondern auch das Experiment »Rotes Wien«.

Unmittelbar nach 1945 stand die neue österreichische Bundesregierung und vor allem die Wiener Stadtverwaltung vor ungeheuren Problemen. Die Fragen der materiellen Existenzsicherung breiter Teile der Bevölkerung bestimmten im wesentlichen die Aufgabenfelder, auch die der österreichischen und Wiener Sozialdemokraten. Die Sicherung der Arbeitsplätze, die Ausweitung des Wohnungsbaus insbesondere in den Bereichen sogenannter »Satelliten-Städte«, die zunehmende Motorisierung der Stadtbewohner und dergleichen mehr beschreiben einerseits den steigenden Wohlstand der Wiener Bevölkerung. Sie signalisieren jedoch auch eine Fehlentwicklung, die angesichts sozialer Stabilisierung im Bewußtsein der Stadtbewohner an Bedeutung gewinnt und darüber hinaus objektiv ei-

nen anderen Teil der Lebensbedingungen der Stadtmenschen verschlechtert: die Verschmutzung von Wasser und Luft, fehlende Grünflächen, Lärmstreß — all dies beeinträchtigt ihre Gesundheit.

Das Flächenwachstum der Stadt nahm zu wenig Rücksicht auf den für Menschen notwendigen Erholungsraum. Die Satelliten-Städte berücksichtigten nicht, daß für den Menschen nicht nur ein Dach über dem Kopf notwendig ist, sondern auch die natürliche und soziale Wohnumwelt. Die aus der Energieversorgung, der industriellen Produktion, dem Kraftfahrzeugverkehr und z.T. auch der Landwirtschaft stammenden Umweltbelastungen steigen immer mehr. Das Wachstum des privaten und öffentlichen Güterverbrauchs hatte Vorrang vor immateriellen Werten. Solidarität und Zusammengehörigkeitsgefühl wurden mit zunehmendem Wohlstand eher abgebaut. Viele Menschen unserer Städte fühlen sich heute höheren physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt als noch vor einigen Jahren. Gerade weil aber auf der kommunalen Ebene die objektive Feststellung der Umweltbelastung und das umweltpolitische Engagement von Stadtbürgern am stärksten zusammenfallen, ging auch der Umdenkungsprozeß in Richtung einer stärkeren Betrachtung von Umweltschutzaspekten nicht zuletzt von den Kommunen aus. Bei allen partiellen Erfolgen: Das kommunale Handlungssystem wird in den nächsten Jahren seine Konzeptbildung und seine realen Umsetzungsmöglichkeiten erheblich beschleunigen müssen. Das Netz der Aufgaben der Stadt im Umweltbereich ist deutlicher und für die Bürger unserer Stadt transparenter zu machen. Die Entscheidungsfindung und Konsensbildung über die Ziele und Maßnahmen des kommunalen Umweltschutzes sind zu überprüfen und zu verbessern. Und nicht zuletzt wird auch klar zu bestimmen sein, auf welche Umsetzungsprobleme die Maßnahmen des Umweltschutzes im kommunalen Bereich treffen und wie diese zu überwinden sind.

## 2. Zielkonflikte im Bereich kommunaler Umweltpolitik

Soweit die Zieldefinition die Reduzierung bestehender und/oder die Vorsorge gegenüber neu entstehender Umweltbelastungen betrifft, sind die umweltpolitischen Vorstellungen der Stadt selbst relativ leicht zu formulieren. Der Konflikt zwischen Umweltschutzziele und den Zielvorstellungen anderer Bereiche kommunaler Aufgaben kann jedoch darin bestehen, daß die traditionelle Wahrnehmung dieser Aufgaben die Realisierung von Umweltschutzziele beeinträchtigt oder daß umgekehrt Umweltziele sich gegen die Durchsetzung anderer Kommunalaufgaben wenden.

### 2.1. Zielkonflikt Umwelt und Verkehr

Dieses traditionelle Konfliktfeld hat in der Vergangenheit und Gegenwart nichts an Brisanz eingebüßt. Dennoch hat die kommunale Straßenbauplanung, insbesondere in Form der Stadtautobahnen, zweifelsohne ihren Zenit überschritten. Auch das Maßnahmenpaket der österreichischen Bundesregierung zur Verringerung der Emissionen aus Kraftfahrzeugen wird ein wesentlicher Beitrag zur Entspannung dieses Konflikts sein. Wesentlich problematischer erweisen sich die Defizite in der Bestimmung des Umweltziels Verkehrsverlagerung und Verkehrsberuhigung. Solange sich die Forderungen einzelner Bürger zur Verkehrsberuhigung nur auf die von ihnen bewohnten Straßenabschnitte erstrecken, ergibt sich genau jenes Auslagerungsverhalten (»St. Florians-Prinzip«), welches den umweltpolitischen Problemdruck an anderer Stelle erhöht. Die Planung und Realisierung großflächiger Verkehrsberuhigung gemeinsam mit den Bürgern wird sich auch hinsichtlich



der sinnvollen Kombination von Individual- und öffentlichem Verkehr zu entscheiden haben, wobei gerade die Frage der Tarifgestaltung des öffentlichen Verkehrs die Sozial- und Finanzierungsproblematik von kommunalen Umweltschutzleistungen anspricht.

## 2.2. Zielkonflikt Umwelt und Wohnungspolitik

Diesem Zielkonflikt gehört die nächste Zukunft. Aus der Bereitstellung von Flächen für den Wohnungsneubau ergeben sich in zweierlei Bereichen Probleme: Die durchaus diskutierbare Stadterweiterung erfordert Wohnbauflächen, die zu einer — wenn auch nunmehr eingeschränkten — Ausweitung des bebauten Gebietes zumeist auf Kosten landwirtschaftlicher oder ökologischer Ausgleichsflächen führt. Der Flächenbedarf im Bereich der Altstadtsanierung bzw. auch der Stadterneuerung tritt in Konkurrenz mit der Notwendigkeit der Gestaltung von Grünflächen und Grünkeilen insbesondere in den dicht verbauten inneren Bezirken. Wohnen und Wohnumwelt werden immer stärker als engstens miteinander verbunden angesehen. Die aktuellen Zielkonflikte werden lediglich durch integrierende Konzepte der Stadterneuerung lösbar sein.

## 2.3. Zielkonflikt Umwelt und Wirtschaft/Energie

Die Brisanz dieses Zielkonflikts ergibt sich aus der Vielfalt der politischen Ebenen, in denen Wirtschafts- und Umweltinteressen kollidieren. Konnte der Konflikt zwischen den Interessen der Sicherung der Arbeitsplätze und den Umweltinteressen durch einsichtige Praxis entschärft werden, so entwickelt sich der Konflikt mit sozialpolitischen Zielen zum Folgeproblem der Umweltpolitik. Sanierungsmaßnahmen im Bereich Umwelt begünstigen einerseits unzweifelhaft die stärkeren Umweltbelastungen ausgesetzten sozial schwächeren Schichten, andererseits jedoch werden diese, sofern es nicht gelingt, mögliche wirtschaftliche Folgewirkungen (z.B. Umweltkostenüberwälzungen auf Preise, Gebühren und Tarife, lokale und strukturelle Arbeitsplatzverluste u.a.m.) aufzufangen, stärker mit den sozialen Folgekosten der Maßnahmen belastet. Neben dem bekannten und traditionellen Konflikt aufgrund der eigentlich wünschenswerten Durchmischung von Betriebsansiedlungs- und Wohngebieten spielt auch im kommunalen Bereich der Zielkonflikt einer vollwertigen Versorgung mit Energie und sauberer Umwelt eine aktuelle Rolle.

Lösungen dieser Zielkonflikte werden in der Umlegung des Stadtentwicklungsplanes auf Bezirksentwicklungspläne, neuer offener wirtschaftlicher Organisationsmodelle und neuer Energienutzungs- und Energiesparvorstellungen zu suchen sein.

## 3. Umweltpolitische Aufgabenbereiche in der Stadt

Durch die wesentlich größere Nähe der Kommunalpolitik an den Sorgen und Bedürfnissen der Menschen kommt ihr auch im Umweltbereich bei steigendem Problemdruck größere Aktualität zu. Im wesentlichen wird diese kommunale Umweltpolitik in zwei Aufgabenfelder differenziert:

- Abbau bestehender Schadstoffbelastungen und Altlasten durch Sanierungsmaßnahmen (»reparierender« Umweltschutz);
- Verhinderung oder zumindest Verminderung von Umweltbelastungen bei Neuvorhaben (»prophylaktischer« Umweltschutz).

Die unzweifelhaft bestehende Asymmetrie zwischen Sanierung und Vorsorge signalisiert nicht nur den gewaltigen Nachholbedarf in dem Bemühen zur Wiederherstellung unserer

natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch ein stark ökonomisch bestimmtes Verständnis von Umweltpolitik.

Wenn die Natur — wie Ökologen zu Recht feststellten — ein »vernetztes« System ist, so ist gerade die Stadt einer der brisantesten, aber auch wichtigsten Vernetzungspunkte zwischen Natur (als natürlicher Lebensgrundlage des Menschen) und dem Menschen selbst (als soziales Wesen *und* Teil der Natur). Dies zwingt zur Erkenntnis, daß Stadtökologie kein »Ein-Punkt«-Problem darstellt. In der äußerst vielschichtigen Mensch-Natur-Beziehung im Lebensraum Stadt werden vielmehr integrierte Lösungen zu suchen und in der Politik durchzusetzen sein. Konkret lassen sich diese Überlegungen an der Grundstruktur des »Neuen Wiener Abfallkonzepts« erläutern.

Ausgehend von der Kehrseite unserer Wachstumsgesellschaft (mehr als 900.000 t/Jahr Müllanfall mit steigender Tendenz) war die herkömmliche Fragestellung (die allerdings in einem Gutteil der Großstädte der Welt eine nach wie vor ungelöste ist) nach dem »Wie« der Beseitigung dieser immer gewaltiger werdenden Müllmenge. Die notwendige Beantwortung dieser Frage führte in Wien zur Errichtung von Mülldeponien und Müllverbrennungsanlagen. In der neuen Beantwortung dieser Frage spielt jedoch nicht mehr bloß die Abfallbeseitigung eine entsprechende Rolle, sondern auch die Verringerung des Müllanfalls (»Müllvermeidung«), die Abfallwiederverwendung bzw. -wiederverwertung (Recycling), die Einflußnahme auf die qualitative Zusammensetzung des Mülls (»Entgiftung« des Hausmülls durch getrennte Einsammlung von Problemstoffen) und damit eine Fülle von Schritten in Richtung einer »ökologisch orientierten Kreislaufwirtschaft«. Selbstverständlich gelten diese Überlegungen zur Vermeidung, Verringerung und Wiederverwertung auch für den Sondermüllbereich.

Ähnliche Gedankengrundlagen gelten ebenso für ein noch zu erstellendes »Gesamtkonzept Wasser«, d.h. Wasserver- und -entsorgung sind gemeinsam mit dem Schutz unseres Grundwassers und der Oberflächengewässer als Einheit zu sehen. Gefährdungen dieses für den Menschen so wichtigen »Schutzgutes Wasser« wirken durch die integrierten Verknüpfungspunkte auch auf andere Umweltproblembereiche und bedeuten Gefahr für das Gesamtsystem der Mensch-Natur-Beziehungen. Noch deutlicher werden vorbeugende Elemente kommunaler Umweltpolitik etwa im städtischen Umweltproblembereich Nr. 1: dem Lärm. Lärm kann nicht wiederverwendet oder verwertet werden. Lärmbeseitigung heißt Lärmverhinderung.

Prophylaxe ist auch entscheidend in einem weiteren Aufgabenfeld der Umweltpolitik in der Stadt: der Reinhaltung der Luft. Schadstoffemissionen aus den kalorischen Kraftwerken, den Müllverbrennungsanlagen, den unterschiedlichsten industriellen Produktionsstätten, den Wohnhausbeheizungsanlagen und wahrlich nicht zuletzt den Kraftfahrzeugen belasten die Luft und damit den Menschen. Im Gegensatz zu anderen genuin kommunalen Aufgaben sieht die Problemlösungsmöglichkeit im Bereich Luft doch differenzierter aus. Die gesetzliche Festlegung der Emissions- bzw. Immissionsgrenzwerte ist in Österreich auf Bundesebene erfolgt bzw. wird erfolgen. Die Frage der Umsetzung spricht jedoch eine Fülle von Ansatzmöglichkeiten an. Durch Reduktion des Schwefelgehaltes in den Brennstoffen, durch Verwendung schwefelärmerer Brennstoffe, durch rationellere Nutzung der Energie (Kraft-Wärme-Kipplung) erfolgter Ausbau des Fernwärmenetzes u.ä. Maßnahmen konnten in Wien die SO<sub>2</sub>-Emissionen innerhalb von fünf Jahren um nahezu 75% gesenkt werden. Die bereits beauftragten Maßnahmen zur Sanierung der Müllverbrennungsanlagen und der EBS (u.a. Einbau von Rauchgasreinigungsanlagen), die geplanten Maßnahmen zur weiteren Reduktion der Schadstoffe aus kalorischen Kraft-

werken der Stadt (und der städtischen Umgebung) sowie die weitere Nutzung von Abwärme für den Ausbau der städtischen Fernwärmeversorgung lassen die Wiener Bevölkerung in diesem Umweltbereich für die Zukunft hoffen.

Der Frage der Luftreinhaltung kommt allerdings über die theoretische oder systemische Betrachtungsweise hinaus die praktische Beweiskraft zu, »Stadtökologie« eben nicht nur als punktuellen Problemkatalog zu sehen, sondern Umweltpolitik als Politik der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen in der Stadt als Prinzip kommunaler Entwicklungspolitik zu verstehen. Die Verschmutzung unserer Luft mit den verschiedensten Schadstoffen hat Auswirkungen auf den Wald (Waldsterben) und auf den Boden, auf das Klima (im besonderen auf das Kleinklima im Stadtbereich), das Wasser, das Stadtgrün, die Nahrungsmittel, ja bis hin zur Schädigung kulturhistorisch wertvoller Gebäude. Und davon soll der Mensch unberührt bleiben? Soziale Grünpolitik zur Sicherung von Klima und Erholungsmöglichkeiten, Schutz von naturräumlichen und entwicklungsfähigen Landschaftsteilen auch außerhalb von Natur- und Landschaftsschutzgebieten und die Eindämmung gerade des städtischen Landschaftsverbrauchs markieren die weiteren Eckpfeiler eines Systemnetzes der stadtoökologisch orientierten kommunalen Umweltpolitik. Grundsätzlich ist dabei festzuhalten: Umweltpolitische Aufgabe der Kommune ist weder die partielle »Reparatur« und Sanierung einzelner Subsysteme, noch die ökologische Vollfunktionsfähigkeit des offenen Systems »Stadt«. Die umfassende sozialistische Antwort auf die ökologische Herausforderung bedeutet vielmehr eine Politik der Sicherstellung der materiellen, der kulturellen und der natürlichen Lebensbedingungen für die Wiener.

#### 4. Handlungsinstrumente kommunaler Umweltpolitik

Zunächst bieten die analytischen Unterscheidungen der Handlungsinstrumente für die Stadt zur Verfolgung umweltpolitischer Ziele eine Differenzierung zwischen Dienstleistungen, Finanzhilfeprogrammen und regulativen Instrumentarien an, da sich je nach »Einzelinstrument« unterschiedliche Entscheidungs- und Umsetzungsprobleme ergeben. Die Dienstleistungen sind die genuin-klassische Form des Umweltschutzes in der Kommune, die bis weit ins 19. Jahrhundert zurückreichen, wobei diese — historisch und aktuell interessant — als vorbeugende Gesundheitspolitik definiert wurden. Vor allem nach dem Auftreten von Epidemien (Cholera) begannen die Kommunen mit dem Ausbau der Kanalisation und verbesserten die Müllabfuhr und die Straßenreinigung. Diese Entsorgungsdienstleistung entwickelte sich sehr rasch zu einer kommunalen Einrichtung, die über Abgaben und Beiträge der Bürger finanziert wurde. Allerdings verhielten sich die »historischen Kommunen« nur innerhalb der Stadt durch die Entsorgung der potentiellen Krankheitsherde umweltkonform; außerhalb der Stadt kippten sie den Abfall ohne Rücksicht auf Natur und Landschaft in künstliche oder natürliche Gruben bzw. leiteten ihre Abwässer ungeklärt in die nächstliegenden Gewässer.

An diesem sogenannten Externalisierungsverhalten in Umweltschutzfragen beginnt sich erst seit vergleichsweise aller kürzester Zeit einiges zu relativieren, wobei die Reaktion darauf zumeist verständlicher — aber unakzeptablerweise im »St. Florians-Prinzip« mündet. Da diese Dienstleistungen im Regelfall mit der Entrichtung von Gebühren oder Abgaben verbunden sind, stellte sich bei allen Ausbauprogrammen die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgefragen: Die schon angesprochene Frage der Kostenaufteilung einer Umweltschutzleistung ohne einkommensgerechte Aufgliederung, die Frage der sozialen

Verteilung der Kosten und Nutzen von Umweltschutzleistungen generell, die Frage der rein betriebswirtschaftlichen Beurteilung von Umweltschutzleistungen kommunaler Dienstleistungsbetriebe und nicht zuletzt die politische Akzeptanz von Umweltschutzleistungen die mit finanziellen Belastungen verbunden sind. Zur Diskussion wäre gleichfalls eine differenzierte Bewertung von Betrieben und Haushalten zu stellen. Während eine entsprechende kostendeckende Finanzierung aus Gebühren für Industrieunternehmen eine wirtschaftliche Anreizfunktion zur Verringerung seiner Emissionen darstellt, würde eine gleiche derartige Vorgangsweise bei Haushalten keinen vergleichswisen positiven Umwelteffekt bringen.

Finanzhilfeprogramme sind hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zur Verbesserung der Umwelt sicherlich unterschiedlich zu betrachten. Reine Subventionen werden umweltökonomisch vor allem im Produktionsbereich deswegen nicht den gewünschten Erfolg erzielen, da kein wesentlicher Druck zur Verringerung der Produktionsemissionen von dieser Maßnahme ableitbar ist. Für Wien sinnvoll hingegen wäre die Gründung eines »Umweltfonds« (analog dem österreichischen Bundes-Umweltfonds) zur Förderung von Umweltmaßnahmen bei Klein- und Mittelbetrieben. Insbesondere in Stadterneuerungsbereichen könnten derartige Unterstützungen eine wertvolle Ergänzung darstellen. Eine breite Palette von Möglichkeiten bieten die regulativen Instrumente, die von weiteren wirtschaftlichen Maßnahmen über gesetzliche Festlegungen von Rahmenbedingungen bis zu organisatorischen Kontrollmechanismen reichen. In den weiteren wirtschaftlichen Maßnahmen sind sicherlich die Instrumente der Abgaben und der Steuern als sehr effiziente Instrumente der Umweltpolitik zu benennen, wenn auch ihr Einsatz auf der Ebene der Stadt Wien nur begrenzte Möglichkeiten bietet. Allerdings gilt insbesondere auch im Abgabebereich ähnliches wie oben für die Gebühren: Werden diese Abgaben auf definierte Umweltbelastungen erhoben, so könnten sie den Verursacher zur Minimierung dieser Ausgaben durch Investitionen, die der Vermeidung der Umweltschädigung dienen, veranlassen. Als beispielhafte Initiative ist dabei sicherlich die Abgabe auf Einweggebilde, sofern sie nicht einem Pfandsystem unterworfen ist, zu benennen. Eine bundesweite Einführung dieser Abgabe wäre ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung der Strategie »Müllvermeidung« und Wiederverwertung.

Der Wert gesetzlicher Regelungen für Umweltbelange beginnt sich in einem sehr widersprüchlichen Erkenntnisprozeß langsam auch in Österreich durchzusetzen. Die Frage der regulativen und organisatorischen Instrumente der kommunalen Umweltpolitik im Verwaltungs-, aber auch im gesellschaftlichen Bereich einer Stadt gehört sicherlich zu den interessantesten und am meisten diskutierten Problemen. Die Denkrichtung — die hier lediglich angerissen werden kann und soll — muß im Interesse des Grundsatzes, daß Umweltpolitik zu einem Prinzip kommunaler Entwicklungspolitik werden muß, zunächst auf die Implementierung dieses Prinzips in normierte Verwaltungsabläufe unserer Stadt gerichtet sein. Zur Durchsetzung derartiger Überlegungen bietet sich das Instrument der *Umweltverträglichkeitsprüfung* an, daß sich als systematisiertes Prüfungsverfahren insbesondere auch im Stadium der Planung von Maßnahmen in unserer Stadt nicht nur durch die Bewertung des derzeitigen Belastungszustandes, sondern auch der Belastungsprognosen als äußerst effizientes Instrument zur Umsetzung des Vorsorgeprinzips erweisen könnte. In Kopplung mit dem in Wien mit Verordnung des Bürgermeisters existierenden Kontrollinstrument »Umweltveto« könnte damit ein Verwaltungsablauf konstituiert werden, der den handelnden Personen Rechtssicherheit und der Verwaltung eine wirksamere Handhabung der Umweltpolitik gewährleistet. Zu nennen wären ferner die in der Wiener

Stadtverfassung vorgesehenen Instrumente der direkten Demokratie oder die aus der unmittelbaren kommunalen Verwaltung ausgelagerten Kontrollinstrumente einer kommunalen Umweltpolitik wie die Umweltschutzkommission als eine denkbare neue Einrichtung.

### 5. Entscheidungsprozesse kommunaler Umweltpolitik

Zunächst stellen sich diese Entscheidungsprozesse im Umweltbereich als gleichlaufend zu anderen kommunalen Entscheidungsprozessen dar: Festlegung des politischen Willens und der Zielvorgabe — Aufarbeitung und Vorbereitung in der Verwaltung (incl. Koordination, Begutachtung und Kontrolle) — Beschlußfassung. Für diesen Teil des Entscheidungsprozesses sind die genannten und sicherlich darüber hinaus gehende Instrumentarien kommunaler Umweltpolitik im Verwaltungsablauf selbst festzuschreiben. Aber insbesondere Entscheidungsprozesse kommunaler Umweltpolitik unterliegen heute Einflüssen, die über traditionelle Abläufe in Politik und Verwaltung hinausgehen. Die Tatsache des gestiegenen Umweltbewußtseins ist heute weitgehend unbestritten. Selbstverständlich bedeutet dies auch, daß neben Umwelterziehung, Umwelt als ein Teil politischer Bildung u. dgl. dieser Fragenkomplex zu einem der Hauptthemen der politischen Auseinandersetzung und der Verkaufsstrategie nahezu aller Medien wird.

Ausgehend von der Feststellung, daß nur der informierte Bürger auch wissentlich seine demokratischen Entscheidungsrechte in Anspruch nehmen kann, ist die Frage der Information und Partizipation zunächst auch eine Frage der Einstellung: Bürgerinformation bedeutet zusätzlichen Aufwand, Bürgerbeteiligung einen »Störfaktor«, da sie zur ausführlichen Begründung zwingt, die mögliche Ausarbeitung von Alternativen erfordert und möglicherweise den Entscheidungsträgern ebenso wie der interessierten Öffentlichkeit vor Augen führt, daß im Verwaltungsablauf selbst nicht die optimalste Lösung einer Frage gefunden wurde. Bürgerbeteiligung gerät daher zuweilen in Konflikt mit der verwaltungsinternen Absicht, die durchaus ihre inhaltliche Rechtfertigung haben kann, möglichst rasch eine bestimmte Lösung durchzusetzen. Abgesehen nun von der — auch in Wien offenkundig gewordenen — Fehleinschätzung, daß diese Vorgehensweise kommunaler Entscheidungsprozesse zeitökonomischer sei, ist auch entscheidungstheoretisch ebenso wie politisch der Bürgerbeteiligung der Vorzug zu geben. Zum einen erhöht sich dabei die Wahrscheinlichkeit, daß verwaltungsintern bisher nicht bedachte Projekt- oder Detailalternativüberlegungen mit in den Problemlösungsprozeß einfließen, zum anderen wird mit größerer Sicherheit die getroffene Entscheidung später von einem überwiegenden Teil der Betroffenen akzeptiert, da sie inhaltlich an ihr mitgewirkt haben.

Wesentliche Vorbedingungen für diese informierte Partizipation der Bevölkerung sind nun sicherlich die in der Wiener Stadtverfassung festgelegten Instrumente der direkten Demokratie, aber mehr noch die Weiterentwicklung der Konzepte der Dezentralisierung sowie deren Umsetzung. Die Wiener Sozialisten haben zur Darstellung ihrer Vorstellungen einer integrierten, sozialistischen Umweltpolitik in der Stadt ein »Umweltmanifest« erarbeitet und beschlossen. Dieser Vorschlag für eine Erneuerung der »Stadtökologie-Politik« als Teil einer kommunalen Programmatik steht nunmehr auf dem Prüfstand der öffentlichen Diskussion und der tendenziellen Umsetzung. Der Erfolg wird unzweifelhaft an der Wiedererringung der Dialektik von Theorie und Praxis zu messen sein.

Hans-Bernhard Nordhoff

## Naturaneignung durch Gen- und Biotechnologie

### Versuch einer Ableitung

»Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben ... Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand der außer der Natur steht — sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und daß unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.« (Friedrich Engels in: MEW 20, S. 452f.)

»Einer der entscheidenden Schritte bei der wirklichen Menschwerdung erscheint mir gerade in der Entwicklung und Nutzung der Gentechnik zu liegen: Wenn der Mensch heute genetische Informationen ... zum Nachbau von funktionstüchtigem genetischem Material verwenden kann, dann erhebt er sich damit zum wirklichen Herren der Natur — nicht nur, weil er Lebewesen nach seinem Bilde schaffen kann ..., sondern weil er erstmalig in der Geschichte des Lebens auf unserem Planeten ein Naturgesetz, das zentrale Dogma der Molekularbiologie, durch weitgehende Änderung von dessen Existenzbedingungen sogar umkehren kann!« (Erhard Geißler [Virologe] in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie/DZPh, Nr. 3/1982, Berlin/DDR, S. 314)

»Das Zauberwort heißt Gentechnologie: eine grundlegende Methode, die sich erst in den letzten zehn Jahren als neue Basis der Biotechnologie etabliert hat. Sie ermöglicht den gezielten Eingriff in die Erbanlagen lebender Zellen und wird nach Ansicht vieler Wissenschaftler in aller Welt unser Leben wahrscheinlich noch tiefgreifender revolutionieren als Mikroelektronik oder Kernkraft.« (Ernst Truschheit in: Bayer-Berichte 51/1984, S. 26)

Frappant, dieses Maß an deutsch-deutscher Gemeinsamkeit beim Mauern des Herrschertrohrs auf schwankendem Boden. Die *Neue Zeit* findet in Kapitalismus und Sozialismus gleichermaßen ihre Morgenröte, denn *Revolution* (à la Bayer-Leverkusen) und *wirkliche Menschwerdung* (à la Geißler/DDR) haben beide zur *Voraussetzung* die Entwicklung neuer Produktionsmittel mithilfe einer Technik, genannt Gentechnologie. Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung und »Soziale Marktwirtschaft« = (Birne x Kalkar)<sup>2</sup>. Gegen solche Fortschrittseuphorie werden verschiedene Argumente vorgebracht.

Da ist zum einen die *grüne* Argumentation, genetische Manipulationen des natürlich Vorfindlichen seien deshalb unzulässig, weil damit »der Wildwuchs der Natur beschnitten« würde. Da ist zum anderen die »schwarze« Argumentation, solche Manipulationen seien Frevel, weil damit »in die göttliche Ordnung eingegriffen« würde. Beiden scheinbar antagonistischen Verdikten (Wildwuchs contra Ordnung) ist eine deterministische Grundhaltung zu eigen. Einmal legt Gott die schützende Hand an, das andere Mal übernimmt

seine Rolle die *Vis vitalis* des letzten Jahrhunderts. Beide Positionen sind gleichermaßen bewußtlos.

Quer dazu liegt die ökonomistische Interpretation der Natur. Deren eine Lesart verurteilt den Einsatz neuer Techniken in der Regel dann, wenn damit Geld verdient wird. Der anderen Lesart ist dieses gerade Honig auf's Brot und je nach gesellschaftlicher Verortung wird dann von einer Schlüsseltechnologie zur Steigerung des Bruttosozialprodukts (West) oder Nationaleinkommens (Ost) geredet. Auch die ökonomistische Betrachtungsweise begreift kaum das Spezifische einer neuen Technologie, in diesem Falle der Gentechnologie; es ist ihr letztlich auch wurscht, wenn nur die lineare, oder besser noch exponentielle Verlängerung des Bestehenden in den vorgegebenen Rechnungseinheiten möglich erscheint. Gegenüber der naturdeterministischen und der ökonomistischen Betrachtungsweise gibt es aber auch eine Minderheitsposition, die die Dialektik von Natur und Arbeit vor dem Hintergrund wissenschaftlich technischer Entwicklungen gesellschaftlich zu begreifen sucht. So etwa Adolf Bauer, wenn er von einer Potenz zur »Biotechnologisierung der Produktion zur Humanisierung der Industrie« spricht, dem aber auch die Potenz zur vermehrten Naturausbeutung durch Bio- und Gentechnologie gegenüberstellt. Dieser Widerspruch sei auch im Sozialismus nicht aufgehoben, nur auf andere Weise wirksam. Dem ist zuzustimmen, womit die Debatte nicht beendet, sondern erst eröffnet wird.

### Die Grundlage: Zur Naturaneignung des Menschen

1) Natur hat keinen konstanten Eigenwert, sondern ist jeweils konkret veränderbar. Der Mensch mittendrin ist ihr Bestandteil. Natur unterliegt keiner deterministischen Bestimmung, ist aber auch nicht beliebig entwickelbar. Evolution vollzieht sich nach gewissen Gesetzmäßigkeiten, die Richtung der Evolution ist jedoch nicht streng vorherbestimmt.

2) Die »Menschwerdung des Affen« (Engels) beruht auf einer genetischen Evolution des Gehirns, ermöglicht Handeln außerhalb der Gesetzmäßigkeiten bedingter Reflexe und konkretisiert sich in Arbeit und Verstehen. Die genetische Makroevolution der Arbeit determiniert von da an den Grad der Menschwerdung des Affen.

3) Arbeit ist immer ideeller und materieller Austauschprozeß mit der Natur. Die menschliche Arbeit ist charakterisiert durch die Arbeitsmittel, die der Mensch zwischen sich und die Natur schiebt. Werkzeug, Maschine und technologischer Prozeß markieren die aufsteigende Intensität der Naturaneignung sowie den Grad der Arbeitsteilung innerhalb einer Gesellschaft. Das Maß der Naturaneignung ist bestimmt durch das *Wissen* um Teile der Wirkung dieser Aneignung und die *Machtverhältnisse*, in denen diese Aneignung stattfindet (Erosion in Südtirol infolge extensiver Landwirtschaft vor 400 Jahren; Verkarstung Jugoslawiens, des Appenin und Nordspaniens aufgrund der Abholzung der für den Flottenbau benötigten Wälder).

4) Jede Aneignung der Natur hat diese schon immer verändert. Zu beurteilen ist nicht das *Das* sonder das *Wie* und das *Inwieweit* (die oberfränkischen Magerwiesen sind nur durch Schafhaltung zu erhalten; die Biozönose Alm und die dortigen Artengemeinschaften sind nur dann als »Naturschönheit« zu retten, wenn die Almwirtschaft als Arbeit an der Natur bleibt). Durch Arbeit an der Natur haben sich neue Gleichgewichte herausgebildet, die teilweise selbst wieder vom ständigen Einsatz von Arbeit abhängig sind. Menschliche Arbeit ist zum Bestandteil des Kreislaufprozesses geworden.

5) Natur ist weder gut noch böse, sie *ist*. Wer sie verantwortlich gestalten will, kommt selbst nicht ohne Dogma aus. Wählt man als solche Setzung die Marxsche Forderung, wo-

nach die »Gesellschaften« die Erde als »boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen« haben (Kapital III, MEW 25, S. 784), dann stellt sich die Frage, ob menschliches Wissen und Können über die Arbeitsmittel zu solcher Verbesserung beiträgt oder die Intensität des gegenwärtigen Raubbaus vergrößert.

6) Negative Folgen der Naturaneignung in Hinblick auf ihre Reproduktionsfähigkeiten können durch den zielgerichteten Einsatz einfacher Arbeitsmittel (Axt-Flottenbau-Erosion-Verkarstung-Hunger) oder auch als Nebeneffekt technologischer Prozesse (Kohleverstromung-Schwefel/NO<sub>x</sub>-Emissionen-Waldsterben-Erosion-Verkarstung-Hunger) entstehen. Die Verhinderung oder Linderung solcher Effekte kann wiederum durch einfache Arbeitsmittel, Maschinen oder technologische Prozesse erfolgen, die jeder für sich neben den gewünschten Wirkungen auch andere haben können. Die Auswahl des jeweiligen Mittels und die Lenkung des Einsatzes von Arbeitskraft erfolgt nach dem Wissen um diese Effekte und entlang der in einer Gesellschaft vorhandenen Interessen.

7) Eine totale Kenntnis aller Folgewirkungen ist schon aus methodischen Gründen nicht möglich. Je komplexer und intensiver ein technologischer Prozeß jedoch ist und angewendet wird, um so mehr sind seine anderen Wirkungen verstärk- und erzielbar. Daher ist zu fragen, wie reif eine Gesellschaft sozial ist, um »technologischen Fortschritt« nach der oben angesprochenen Zielsetzung organisieren zu können. Welche Entwicklung hätte der Faschismus genommen, wenn er damals über die heutigen Möglichkeiten der Kernenergie-, Informations-, Halbleiter-, Bio- und Gentechnologie verfügt hätte? Oder anders herum: Braucht es noch einen Faschismus, wenn bestimmte Leute über solche Technologien verfügen? Oder, drittens, wie kann der gesellschaftliche Prozeß der Naturaneignung demokratisch organisiert werden, damit die Potenzen dieser Technologien zum Wohle der Menschen *und* ihrer Nachkommen entfaltet werden?

### Biotechnologie als Form der Naturaneignung

*Biotechnologie ist systematisierte und auf Intensivierung zielende Naturaneignung unter Einsatz natürlicher Prozesse, Organismen und Stoffe.* Hinter dem Firmenschild Biotechnologie findet man gegenwärtig zu 95% des Produktionsvolumens jene Prozesse, die bis vor wenigen Jahren noch unter dem Begriff industrielle Mikrobiologie firmierten.

Dazu gehören vom Ökonomischen und Historischen her alle industriell optimierten Verfahren der alkoholischen- und Milchsäuregärung (Bier, Wein, Bommerlunder; Joghurt, Quark, Käse, Bavaria Blue). Insofern waren die Mönche der Klosterbrauerei Weltenburg vor 400 Jahren Biotechnologen, auch wenn sie die Brauereihefe *Saccharomyces cerevisiae* noch nicht mikrobiologisch definieren konnten. Aber auch die heutige Definitionskapazität innerhalb der mikrobiologischen Industrie schützt nicht vor Qualitätsverfall. So wurden jüngst die Löcher im Schweizer Käse immer kleiner. Ein Forschungsprogramm fand heraus, daß dies an der »hygienischen« Milchbehandlung lag, die den für Löcherproduktion verantwortlichen Bakterien ihr angestammtes Wachstum verleidete. Ein »Schlampern« wie in der Vergangenheit löste das Modernisierungsproblem.

Der zweitgrößte Bereich der industriellen Mikrobiologie ist der Innovation des *Louis Pasteur* zu verdanken, dem Arbeiten mit definierten Mikroorganismen unter sterilen Bedingungen, das man vor 100 Jahren zu beherrschen begann. Vor etwa 50 Jahren gelang es auf diese Weise, Substanzen mikrobiell zu erzeugen, die man bis dato noch nicht kannte (Antibiotika) oder deren chemischer Syntheseweg prohibitiv aufwendig war (Zitronensäure, Vitamin C usw.). In diesen Fällen fand die Produktion unter Einsatz von Nährsubstrat



und in der Natur gefundenen Mikroorganismen in großen Rührbottichen (Fermenter) statt.

Mit den ersten beiden Bereichen sind, wie gesagt, 95% der gegenwärtigen Produktionsrealität abgegrenzt. Über die restlichen 5% wird freilich viel mehr geredet. Zum einen lernt man inzwischen erfolgreich, mit Zellkulturen höherer Organismen umzugehen (so produzieren menschliche Lymphozyten in geringem Maße Interferon; pflanzliche Kalluskulturen synthetisieren interessante biochemische Moleküle). Zum anderen kann man jetzt auch Teile von Zellen (Enzyme) im zellfreien Raum als Biokatalysatoren zur Biosynthese heranziehen. Beide Innovationslinien verlassen die klassische Mikrobiologie, denn dieser Begriff ist der Erforschung von Einzellern (Bakterien, Hefen usw.) vorbehalten. Deshalb sprach man in den 60er Jahren umfassend von Biotechnik. Seit Mitte der 70er Jahre wurde der im politischen Raum geborene Begriff *Biotechnologie* geläufig. Damit wird suggeriert, daß es sich um eine Wissenschaftsdisziplin handelt, die mit einem eigenen theoretischen Konzept paradigmatische Kompetenz beanspruchen kann. Demgegenüber macht jedoch die OECD-Studie (1982) deutlich, daß es sich bei der Biotechnologie um ein Anwendungsfeld handelt, auf dem sich sehr verschiedene Disziplinen (Biochemie, Molekulargenetik, Mikrobiologie, Verfahrenstechnik) tummeln. Dieses Anwendungsfeld sei durch Nachfrage von Interessenten aus Industrie und Gesellschaft bestimmt, denen sich allerdings die Wissenschaftler auch anbieten würden. Biotechnologie ist systematisierte Naturaneignung, deren theoretisches Konzept erst noch zu erarbeiten ist. Dazu würde dann z.B. auch gehören, daß man den Boden als Bioreaktor begreift (in einem ml humoser Erde »arbeiten« 1 Milliarde Bakterien der unterschiedlichsten Qualifikation), dessen Produktionskapazität gegenwärtig durch die chemisierte Landwirtschaft erheblich beeinträchtigt oder gar zerstört wird. Ein solches Herangehen würde das Verhältnis von Arbeit und Natur auf submikroskopischer Ebene untersuchen und müßte über die Fallbeispiele zu einer neuen Metawissenschaft führen.

### Die Methode Gentechnologie

*Gentechnologie ist keine Wissenschaft, sondern eine Methode, die als Abfallprodukt der Molekulargenetik entstanden ist und in der Biotechnologie, Medizin, Humangenetik usw. eingesetzt werden kann.* Gentechnologie ist also nicht wie die Biotechnologie eine partielle Verwissenschaftlichung des Prozesses, in dem sich der Mensch die belebte Natur praktisch aneignet, sondern ein Ergebnis der Finalisierung der Molekulargenetik, mit deren Reifung als Grundlagenwissenschaft die Biowissenschaften modernisiert wurden. Mit der wissenschaftlichen Formulierung des theoretischen Konzeptes der Molekulargenetik vollzogen die Biowissenschaften als letzte Naturwissenschaften ihre *kopernikanische Wende*, wobei die Kolonisierung durch die moderne Physik und Chemie eine wesentliche Rolle spielte. Der Prozeß der Modernisierung der Biowissenschaften soll hier kurz skizziert werden.

Vor ca. 120 Jahren wurden erstmals Elemente einer Abstammungslehre (*Evolutions-theorie*) formuliert (Darwin, Wallace). Die Erkenntnisse wurden durch präzise Naturbeobachtungen gewonnen und gegen das Schöpfungsdogma gewendet. Zur gleichen Zeit stellte Gregor Mendel Vererbungsregeln auf, die er durch Befruchtungsexperimente gewonnen hatte. 1868 isolierte Miescher durch *Eingriff* in Zellen eine Substanz, die er, weil aus dem Kern kommend (Nukleus = Kern), Nuklein nannte. 20 Jahre später definierte Altmann diese Substanz, der man noch keine biologische Funktion zuordnen konnte, als chemisch sauer reagierend und nannte sie deshalb Nukleinsäure.

*Vor 80 Jahren* wurde der Begriff *Gen* geprägt (Johannson), um begrifflich die Erscheinungsformen des Lebens (Phänotyp) von ihrem Wesen (Genotyp) zu unterscheiden.

*Vor 70 Jahren* wurden während der Zellteilung höherer Organismen kurzfristig auftauchende Strukturen, die man wegen ihrer Anfärbbarkeit als *Chromosomen* bezeichnete, als stofflicher Träger des Genotyps, also der Erbinformation beschrieben (Morgan).

*Vor 60 Jahren* wurden durch Röntgenbestrahlungen bewußt *Chromosomenänderungen* herbeigeführt, die mit Erbänderungen (Mutationen) korreliert werden konnten (Muller).

*Vor 50 Jahren* wurden die verschiedenen Stränge der Erkenntnis in den biologischen Wissenschaften erstmals zu einer *synthetischen Evolutionstheorie* zusammengeführt (Dobzhansky, Mayr).

*Vor 40 Jahren* wurde in einem damals noch wenig beachteten mikrobiologischen Experiment der Nachweis (Avery) erbracht, daß die Nukleinsäure des Herrn Miescher, die Biochemiker inzwischen als *Desoxyribonukleinsäure* (DNS) identifiziert hatten, der molekular-stoffliche Träger der Erbinformation ist. Zu dieser Zeit und auch noch in den folgenden Jahren hielten die Gurus der Szene allerdings die andere große Stoffklasse in der Zelle, die Proteine, für den Träger der Erbinformation, wofür ihre Vielfalt und ihre Funktion als Werkzeuge des Stoffwechselprozesses sprachen.

*Vor 30 Jahren* konnten Watson und Crick nach biochemischen Vorarbeiten anderer Wissenschaftler innerhalb weniger Wochen ein *Strukturmodell für die DNS* basteln, das den Boden für fruchtbare wissenschaftliche Spekulationen schuf. Biochemie und Bakteriengenetik fusionierten zur *Molekulargenetik*, deren Ziel es war, durch Indizienbeweise auf submikroskopischem Gebiet ein Erklärungsmodell für die Reproduktion des Lebens zu liefern.

Dieses Ziel wurde *vor 20 Jahren* (Khorana) mit dem Knacken des genetischen Codes erreicht. Von da an wußte man: *Der Informationsweg des Lebens geht von der DNS über eine Botenkleinsäure (m-RNS) zu den Proteinen*. Dazu codieren in der DNS immer drei Bausteine (Basen) die Anfügung einer Aminosäure an die Aminosäurekette, aus der die Proteine zusammengesetzt sind. Die Molekulargenetiker konnten formulieren: 1 Gen → Protein — ausführlicher: 1 Gen ist diejenige Menge an in DNS vergegenständlichter Erbinformation, die notwendig ist, um die Bauanweisung für ein funktionsfähiges Protein zu liefern. Literarischer: 1 Gen ist ein sinnvoller Satz des Lebens.

Damit hatte man aber noch keinen solchen Satz aus dem Datenwirrwarr der Zellen lesen können. Die Erbinformation eines Bakteriums besteht aus ca. 3 Millionen Einzelinformationen, die einer einzigen menschlichen Zelle aus 6 Milliarden. (Wollte eine Schreibkraft die Einzelsignale einer Menschenzelle in Buchstabenform abtippen, so müßte sie bei 200 Anschlägen pro Minute ca. 500 Jahre ununterbrochen schreiben, um die Erbinformation festzuhalten. Dabei dürften jedoch keine Tippfehler passieren, denn diese würden zu Mutationen führen.)

*Vor 15 Jahren* lernte man nun die lange fädige DNS-Struktur mithilfe sogenannter Restriktionsenzyme in »handliche« Einzelteile zu zerlegen. (Als man auch noch geeignete »Magneten« fand, um die berühmte Stecknadel aus dem Heuhaufen zu ziehen, gelang es erstmals, ein *Gen* zu isolieren.) Dann dauerte es noch bis 1977, ein solches Gen Base für Base zu entschlüsseln. Nur ein Jahr später wurde erstmals ein kleines *Gen* aus seinen Einzelbausteinen *künstlich zusammengesetzt*. Damit wurde der theoretische Anspruch der Molekularbiologie, Erbinformationen zu lesen, diese in die kleinsten Teile zu zerlegen und aus diesen wieder zusammenzusetzen, exemplarisch erfüllt. Jetzt eröffnete sich die Möglichkeit, gezielt Mutationen anzubringen und sogar Gene zu basteln, die »die Natur noch

nicht probiert« hatte. Schon vorher (1973) war aber das genetische Ingenieurwesen entstanden. Man hatte gelernt, zerschnittene DNA mithilfe bestimmter Enzyme (Ligasen) wieder zusammenzukleben. Auch konnte man fremde DNA-Stücke miteinander verbinden. Einige solcher DNS-Stücke konnten als Packesel (Plasmidvektoren) zwischen verschiedenen Zellen fungieren. Noch bevor man also Gene entschlüsseln konnte, gelang das Überspringen von Artbarrieren. Diese Rekombination von Erbgut ist nun das Feld, das heute als Gentechnologie im Gespräch ist. Vor 12 Jahren nannten die Betreiber selbst ihr Tun Genchirurgie oder *genetisches Ingenieurwesen*. Diese Bezeichnungen kommen dem Charakter der Konstruktionsmethode auch wesentlich näher als der unzutreffende Begriff Gentechnologie.

### Neuzeitliche Wissenschaftskonzeption und soziale Machtverhältnisse

Aus dem theoretischen Konzept der Molekulargenetik und aus den praktischen Möglichkeiten der Gentechnik ergeben sich nun zwei Problemkomplexe. Der erste hängt eng mit den Problemen zusammen, die aus dem reduktionistischen Konzept der neuzeitlichen Wissenschaft erwachsen. Es gibt ja immer noch Physiker, die meinen, die Welt erklären zu können, wenn das letzte Quark gefunden ist. Und so meinen auch Molekulargenetiker, insbesondere jene Physiker, die in die Biologie gewechselt sind, weil diese »zu schade sei, um sie den Biologen zu überlassen« (Max Delbrück), das Leben sei aus der Abfolge der Basen in der DNS zu erklären. Für diese Leute erscheint die Geschichte der Wissenschaften als *Siegersgeschichte* einer scheinbar planvoll vorgehenden Wissenschaftlergemeinschaft.

Daß oft auch faule Früchte vom Baum der Erkenntnis gepflückt wurden und immer wieder werden, wird schamhaft verschwiegen. Gerade die Komplexität des Lebens scheint nur erfaßbar, wenn man die Systeme vereinfacht, in denen man die Erscheinungsform des Lebens untersucht. Jede solche Vereinfachung enthält aber einen methodischen Fehler, weil sie von den realen Lebenszusammenhängen abstrahieren muß. So betrachten die Molekulargenetiker keinesfalls ganze Gene in Aktion, sondern sie messen z.B. die Radioaktivität isotopmarkierter Moleküle und ziehen daraus Rückschlüsse auf die Konstitution und Funktionsweise des Lebens. So finden sich zum Beispiel große Regionen scheinbar sinnloser Basenabfolgen, die nicht in Aminosäureproduktion umgesetzt werden. Wenn man aber diesen »Unsinn« Ex und Hopp behandelt, wird auch der umgebende Sinn funktionsunfähig. Heute nimmt man an, daß solche Regionen genetischen Schwachsinnns gleichsam ein Schutz gegen Hacker-Fähigkeiten konkurrierender Erbinformation sind. Wie aber sollte sich der Unsinn den Rationalitätskriterien der Molekulargenetiker erschließen? Diese werden eben nicht mit letzter Sicherheit ergründen können, was sich in der drei Milliarden Jahre währenden Evolution als Dialektik von Zufall und Notwendigkeit entwickelt hat, zumal sie ja selbst als Wahrheitssucher dieser Dialektik unterliegen. Und so wird der Mikrokosmos »biologische Zelle« mit seinen Umweltvernetzungen wohl ebenso wenig in Gänze ergründbar sein wie die Grenzen unseres Universums.

Der zweite Problemkomplex ergibt sich weniger allgemein als der erste aus den in einer Gesellschaft vorfindlichen Interessen und Machtstrukturen. So handelt es sich bei mehr als 80 Prozent der gegenwärtig in Bearbeitung befindlichen gentechnologischen Projekte mit Produktionsrelevanz um reine Rationalisierungsinnovation. Es geht also um die »billigere« Herstellung von Gebrauchswerten, die schon jetzt vorhanden sind, die aber gentechnologisch unter Einsparung von Arbeitskraft, Rohstoffen und/oder Energie hergestellt werden können.

Darüber hinaus kann das neue gentechnische Wissen zum Schutz der Menschen aber auch zu ihrer Kontrolle und Diskriminierung eingesetzt werden. Hieß es im Faschismus noch, Zigeuner seien genetisch minderwertig und seien deshalb an der Fortpflanzung zu hindern, so kann man heute mithilfe einfacher Tests konstatieren: Dieser oder jener Arbeiter hat eine verminderte genetische Information für die Produktion des Enzyms Cytochrom P 450, er wird also Schwermetallintoxikationen am Arbeitsplatz weniger leicht in seiner Leber entgiften können und stellt damit ein Beschäftigungsrisiko für den Unternehmer dar, dem Umweltschutz am Arbeitsplatz zu teuer ist. Umgekehrt kann man natürlich auch sagen, jeder Arbeitnehmer hätte ein Recht darauf, zu erfahren, mit welchen genetischen Belastungen er sich welchen Arbeitsplatz leisten kann.

Daher stellen neue Techniken einmal mehr die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft auf die Probe. Eine genetische Ausforschung wird real möglich, ohne daß den negativ Auffälligen ein Therapieangebot gemacht werden kann. »Den schönen neuen Menschen« könnte es nur unter Ausmerzung aller genetischen Sicherheitsrisiken geben, sprich der überwiegenden Anzahl der gegenwärtig existierenden Menschheit.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß maximal 20 % der neuen Innovationen neue Gebrauchswerte hervorbringen. Jede Innovation für sich ist aber ökonomisch zu bewerten. Je nach politischer Geschmacksfrage schwanken die Schätzungen für den Marktwert gentechnologisch erzeugter Produkte im Jahre 2000 weltweit zwischen 5 und 500 Milliarden Dollar. Das halbamtliche US-Office of Technology Assessment (OTA) vertritt in einer vorsichtig optimistischen Schätzung unter der Annahme, daß die USA weltweit Marktführer sind, für das Jahr 2000 die Auffassung, daß durch Gentechnologie zwischen 50.000 und 100.000 Arbeitsplätze zu schaffen wären. Das ist weniger als ein Promille der gegenwärtigen Arbeitsplätze in den USA. Wer also Arbeiter mit dem Hinweis auf die Gentechnologie auf einen vermeintlichen Goldgräberpfad schicken will, muß sich fragen lassen, ob er damit ihre Handlungsfähigkeit heutzutage verhindern will.

Bei all den Marktanalysen ist auch zu berücksichtigen, daß der bio- oder gentechnologische Behandlungsschritt nur einen, oft sehr begrenzten Kostenfaktor darstellt. Bei den Marktwerten werden aber sehr oft die Endpreise summiert. Ein schön trauriges Beispiel ist hierfür der Marktrenner Fructosesirup. Gemeint ist damit ein zum Süßen bestimmter Isozucker, der enzymtechnisch gewonnen wird. Nachdem die Firma Coca Cola an der Börse(!) bekannt gegeben hatte, daß sie fürderhin mit Isozucker süßen werde, stieg der Umsatz dieses Süßstoffes enorm an auf mittlerweile 5 Milliarden Dollar. Manchmal wird dies sogar als Erfolg der Gentechnologie gefeiert. Dabei handelt es sich um Enzymologie, also Biotechnologie. Der biotechnologische Produktionsschritt macht aber nur 2 bis 3 % der Gesamtkosten aus. Die restlichen 97 bis 98 % entstehen nach wie vor durch die Primärproduktion, also den Maisanbau, und die verfahrenstechnischen Extraktionsschritte. Das Produkt ist also nicht neu, sondern es wird nur ein anderer Ausgangsstoff (Mais) in die Lage versetzt, gegen eine anderen (Zuckerrohr, Zuckerrüben) konkurrieren zu können. Es entstehen dadurch keine neuen Märkte, sondern nur neue Absatzmöglichkeiten für US-Farmer in Konkurrenz zu mittel- und südamerikanischen Produzenten. Die EG hat dies sehr wohl erkannt und deshalb ihre Zuckerrübenanbauer gegen den Isozucker geschützt, was die EG-Politiker aber nicht davon abhält, die ökonomischen Segnungen der Biotechnologie zu loben.

## Ökonomische Interessen und Gentechnologie — das Beispiel Humaninsulin

Der *Diabetes mellitus*, die Zuckerkrankheit, ist zu einem Teil (25%) genetisch bedingt (Neugeborenen-Diabetes) und zum größeren Teil genetisch präformiert, so daß die Krankheit erst bei Falsch- und Überernährung zum Ausbruch kommt (Jugend- und Altersdiabetes). Im Krankheitsfall wird der Blutzuckerspiegel des Menschen nicht mehr richtig reguliert. Die Regulationssubstanz ist *Insulin*.

Seit einigen Jahrzehnten gibt es auf dem Pharmamarkt Insulin, das aus den Bauchspeicheldrüsen von Kälbern oder Schweinen isoliert worden war. Dieses Schlachttierinsulin konnte nach Spritzen in die menschliche Blutbahn voll und ganz die Funktion des Humaninsulins übernehmen. Das Schweineinsulin unterscheidet sich vom Humaninsulin nur durch eine Aminosäure. In den seltenen Fällen, in denen dieser Unterschied therapeutisch von Belang war, konnte Insulin eingesetzt werden, das durch chemische Umsynthetisierung der einen schweinespezifischen Aminosäure einen zu Humaninsulin identischen Charakter erhalten hatte. Schlachttierinsulin war bisher in der Bundesrepublik in ausreichendem Maße vorhanden. Ende 1984 hat die amerikanische Firma Eli-Lilly auf den deutschen Markt ein gentechnologisch gewonnenes Humaninsulin gebracht. Menschlichen Zellen war die genetische Information für die Humaninsulinproduktion entfernt worden. Mithilfe der oben beschriebenen Methode des Gentransfers wurde die menschliche DNA in *E.coli*-Bakterien überführt und dort integriert.

Inzwischen will auch der deutsche Marktführer in Sachen Insulin, die Firma Höchst, Humaninsulin gentechnologisch produzieren. Anfang 1987 soll die industrielle Fertigung begonnen werden. Damit käme das erste in der Bundesrepublik Deutschland produzierte gentechnologische Produkt auf den Markt. Gegenwärtig laufen Versuche im Technikumsmaßstab, die von der »Zentralen Kommission für Biologische Sicherheit« (ZKBS) kontrolliert werden. Besondere Gefahren für Höchstarbeiter oder Konsumenten scheinen nicht gegeben. Ein zusätzlicher therapeutischer Effekt allerdings auch nicht. Der Markt bleibt begrenzt auf die Erkrankten, die schon jetzt bestens versorgt sind. Es bleibt also einzig die betriebswirtschaftliche Überlegung, ob klassisches oder gentechnologisches Insulin billiger, das meint unter Einsparung von Arbeitskräften, Rohstoffen und/oder Energie, herzustellen ist.

Eine zweite Entwicklungsstrategie könnte den gegenwärtigen Markt gar zum Einbruch bringen. Seit 5 Jahren experimentieren amerikanische Wissenschaftler in Richtung einer somatischen Gentherapie des Menschen. Körperzellen sollen mithilfe der Gentechnologie so verändert werden, daß sie gegen kranke Körperzellen des Menschen ausgetauscht werden können. In allernächster Zeit sollen dazu genehmigte Experimente mit Bluterkrankungen gemacht werden. Man könnte sich auch vorstellen, daß genetisch defekte Inselzellen gegen gentechnologisch reparierte Zellen ausgetauscht werden. Der Mensch könnte dann sein Insulin wieder selbst produzieren. Ethisch wäre ein solcher Gentransfer wie eine Organtransplantation zu bewerten. Im Falle des Erfolgs einer solchen Strategie würde das Medikament Insulin überflüssig, den Menschen würde auf Kosten von Arbeitsplätzen geholfen. Sie bräuchten nicht mehr die tägliche Spritze.

Eine dritte Strategie erscheint möglich, wenn auch ethisch bedenklich. Hat die Wissenschaft erst die Gensequenz für intakte und defekte Inselzellen entdeckt, so könnte man die Embryonen auf den Genprüfstand stellen. Die Fruchtwasseruntersuchung im dritten Schwangerschaftsmonat ist ja inzwischen zur Routinemethode geworden. Gegenwärtig wird in Heidelberg an einem Test gearbeitet, um mithilfe sogenannter Gensonden an

Fruchtwasserzellen festzustellen, ob sie die genetische Sequenz für die Erbkrankheit Phenylketonurie (PKU) enthalten. Diese recht häufige Erbkrankheit ist inzwischen phänotypisch durch Diät therapierbar. Ein solcher Test hätte aber nur dann einen Sinn, wenn bei Feststellung der »defekten« DNA abgetrieben würde. Ein solcher Test ist auch zumindest für die Neugeborenen-Diabetes denkbar. Sollte man diesen Weg erfolgreich einschlagen, dann würden die ersten beiden Strategien überflüssig.

Das Insulinbeispiel macht deutlich, daß es die Gentechnologie als Zukunftstechnologie nicht gibt. Die Menschen werden sich entscheiden müssen. So etwa, ob das bereits zur Verfügung stehende gentechnologisch gewonnene *Interferon* zur Therapie einiger exotischer Krebsformen eingesetzt wird (wofür einiges spricht), oder ob dem Publikum eine Allzweckwaffe gegen jegliche Viruserkrankung verquacksalbert werden soll (was ökonomisch interessant, aber therapeutisch verheerend wäre). Zu entscheiden gäbe es auch, ob das ab 1987 vermittels Gentechnologie im Überfluß zur Verfügung stehende Wachstumshormon als sauberes Therapeutikum für Kleinwuchs eingesetzt wird (was vernünftig erscheint) oder ob die Sportmediziner (wie bereits vorgeschlagen) ähnlich der Anabolikapraxi zu besseren Basketballspielern kommen dürfen. Die Liste ließe sich reichlich verlängern. Einige neue Mittelchen, die mithilfe der Gentechnologie hergestellt werden könnten, würden, wie etwa ein aktiver Hepatitis B-Impfstoff, in der Tat einen neuen Gebrauchswert darstellen. In der Regel werden allerdings die Rationalisierungsentwicklungen überwiegen, was nicht von vornherein abzulehnen ist, aber unter kapitalistischen Bedingungen seine Eigendynamik erhält. Schließlich wird es auch Entwicklungen geben, die gefährlich sind, so etwa im Bereich der Pflanzenproduktion, wenn genetisch »maß«-geschneiderte Organismen in die Natur freigesetzt werden.

Bleibt der Bereich der Umweltentsorgung. Hier geistert immer wieder das Dioxinentgiftende Bakterium vom Reißbrett der Gentechnologen durch die Presse. Abgesehen davon, daß ein solches Forschungsprojekt nicht existiert, bleibt zu fragen, ob es nicht besser ist, die Giftproduktion einzustellen, anstatt Dioxinfresser zur Beruhigung des Volksgewissens zu konstruieren. Letzlich wird im gesamten Umweltbereich die klassische Biotechnik erfolgreich sein, d.h. man sucht nach Mikroorganismen, die bestimmte biochemische Fähigkeiten haben, etwa Öl zu fressen, und optimiert ihren Einsatz auf klassisch mikrobiologische Weise. In diese Richtung hat es von der Biogaserzeugung bis zu Kunststoffressern schon viele interessante Funde gegeben. Dabei kann der Mikrobiologe bei seinen Agarplatten bleiben, ohne die Risiken der Gentechnik eingehen zu müssen.

Die ökonomische Bewertung der Gentechnologie ist also wie folgt zusammenzufassen: 1) Es können in geringem Umfang neue Gebrauchswerte geschaffen werden. 2) Überwiegend werden Rationalisierungsinnovationen geschaffen. 3) Der versprochene Innovations-effekt wird weit hinter den Erwartungen zurück bleiben. 4) Es ist nicht auszuschließen, daß einige unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführte Projekte zu volkswirtschaftlichen Schäden führen, insbesondere dann, wenn infolge von Freilandfreisetzungen die freigesetzten Organismen auch noch was anderes machen, als sie vom unternehmerischen Standpunkt her sollen. Die Verteilung der Risikolasten ist in diesem Fall bekannt, wird aber gegenüber bisher bekannten Fällen dadurch potenziert, daß freigesetzte Organismen nicht mehr ins Labor rückrufbar sind.

### Gentechnologie und Kriegsgefahr

Kurz vor Schluß wird noch ein Wort zu neuen Kriegsgefahren durch Gentechnologie zu sagen sein. Das Verbot der biologischen Kriegsführung kam in seiner vertraglichen Form wohl deshalb 1972 zustande, weil man damals annahm, daß es gegen einmal eingesetzte Krankheitserreger für nachsetzende Truppen keinen Schutz geben könne. Auch hatte man sich überzeugt, daß man kaum etwas tödlicheres züchten könne als was die Natur etwa in Form der Milzbranderreger oder des Botulinus-Giftes selbst vorhielt. Inzwischen hat das *US-Department of Defense* jedoch sein Interesse an der Gentechnologie entdeckt. Die Vereinigung der amerikanischen Wissenschaftler hat dies 1984/85 aufgedeckt und verurteilt. Die Projekte der Air-Land-Battle-2000-Strategen laufen darauf hinaus, mit Gentechnik Impfstoffe gegen seltene, aber vernichtende Viruserkrankungen zu entwickeln, so etwa gegen *Dengue-* und *Yellow-Rift-Feaver*, gegen Marburg-Desease und Legionärskrankheit. Wie amerikanische Wissenschaftler publik gemacht haben, dienen solche Impfprogramme nicht zum Schutz der Bevölkerung in den exotischen Regionen, in denen diese Krankheiten vorkommen, sondern zur biologischen Konditionierung spezieller Eingreiftruppen. Nach erfolgter Impfung der eigenen Leute kann man mithilfe einer routinemäßig entwickelten biotechnologischen Industrie statt Schnupfenviren auch deren verderblichen Verwandten quasi über Nacht milliardenfach vermehren, ohne daß der Wechsel des biologischen Materials auf irgendeine Weise kontrollierbar wäre. Eine gentechnologisch »sinnvoll« gewordene biologische Kriegsführung erübrigt jede Neutronenwaffe: alle Menschen der angegriffenen Region sterben, das Material bleibt erhalten und verfügbar für die nachrückenden Angreifer. In Air Land Battle heißt dieses Vorgehen pikanterweise *human engineering*.

### Gentechnologie ist wie Raumfahrt

Wenn die Menschen nicht den Ikarus-Flug in den Makro- oder Mikrokosmos verträumen, sondern gegenwärtig handeln würden, hätten sie es in »ihrer« Natur leichter, durch Arbeit zum Menschen zu werden. Daß diese Arbeit dann auch irgendwie etwas mit Gentechnologie zu tun haben könnte, wäre belanglos.

## **Das SPD-Projekt »Sondervermögen Arbeit und Umwelt«**

### **Die Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen als Inhalt und Ziel gesellschaftlicher Veränderungen**

Zwei Probleme haben sich in den letzten Jahren in bedrückender Weise verschärft: die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die rasante Umweltzerstörung. Jahrelang war das Funktionieren der privatwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Vermehrung des Wohlstands oberste Maxime letztlich auch sozialdemokratischen Handelns. Dies führte über Jahrzehnte hinweg gleichermaßen zu beispiellosem Raubbau an Naturschätzen und zur Umweltzerstörung. In den 70er Jahren wurde in der Bundesrepublik die Umweltschutzgesetzgebung ausgebaut. Sie hatte aber lange Zeit dennoch nur eine Randbedeutung. Die Philosophie war in Stichworten: eingetretene Schäden reparieren; absehbare Schäden von Produktionsprozessen durch nachträgliche technische Maßnahmen begrenzen. Trotz der Ausweitung der Umweltgesetze konnte die wachsende Umweltzerstörung dadurch nicht gestoppt werden. In einer selbstkritischen Bilanz ist festzustellen:

- Wir haben das Waldsterben weder früh genug erkannt, geschweige denn verhindert.
- Die Art der Umweltbelastung hat sich verändert: Während wir die Probleme des eher harmlosen Schmutzes und Dreckes heute besser in den Griff bekommen, hat sich insbesondere die Belastung mit giftigen und krebserzeugenden Substanzen verstärkt.
- Und schließlich haben wir es heute mit einer schleichenden, kaum wahrnehmbaren Umweltzerstörung zu tun. Wir wissen von der Gefahr einer langsamen Erwärmung der Erde durch zunehmenden Energieverbrauch; wir wissen um die Gefahr einer Veränderung der Ozonschicht; wir wissen, daß es durch Oxydation zu säurehaltigen Partikeln in der Luft und zu radioaktivem Smog kommt; wir wissen auch um die Gefahr der weltweiten Versteppung.

### **Die ökologische Krise erfordert eine gesellschaftliche Neuorientierung**

Die Umweltkrise hat in den letzten Jahren auch dazu geführt, daß die Bekämpfung der Umweltnot teilweise verabsolutiert wurde und die ökologische Zerstörung von den Ursachen, die in hohem Maße in den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen begründet sind, abgetrennt wurde. Wer aber die Umweltkrise beseitigen und in einer umweltgerechten Wirtschaft arbeiten und leben will, muß die Probleme von Ökologie und Ökonomie zusammen sehen und durch eine Neuorganisation der Arbeits- und Wirtschaftsprozesse zu einer grundlegenden gesellschaftspolitischen Neuorientierung beitragen.

Viele umweltpolitische Ereignisse der letzten zwei Jahre (Dioxin-Skandal, Buschhaus, Böhringer) machen die Notwendigkeit einer Neuorientierung der Umweltpolitik überdeutlich. Die Umweltpolitik kann nicht länger Reparaturbetrieb sein und mit fragwürdigen Grenzwerten der Umweltzerstörung hinterherhinken. Durch eine gesellschaftliche Neuordnung müssen wir sowohl zur Sicherung von Umwelt und Natur als auch zur Verwirklichung des Rechts auf sinnvolle Arbeit kommen. Dazu ist eine gestaltende, vorausschauende Politik unter weitgehender öffentlicher Verantwortung notwendig, die gleichberechtigt



neben den Zielen der Verteilungsgerechtigkeit und der Beschäftigung die Bewahrung der ökologischen Stabilität zum festen Bestandteil der gesellschaftlichen Entwicklung macht.

Die ökologische Krise ist beispielhaft für neue bzw. wieder aufgebrochene Widersprüche und Ungleichgewichte in der Entwicklung des industriellen kapitalistischen Systems. Die Ökologie ist nicht der neue Generalnenner der gesellschaftlichen oder »sozialen Frage«, sie stellt aber eine besonders eklatante Auswirkung der privatwirtschaftlichen Entwicklungsdynamik dar. Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Lösung der schwerwiegenden Beschäftigungsprobleme, die Erhaltung der sozialen Solidarität, die menschengerechte Gestaltung der Technik und die Verwirklichung von Demokratie und Selbstbestimmung sind mit den traditionellen, auf das privatwirtschaftliche Wachstum ausgerichteten Politikmodellen nicht zu erreichen.

Die umweltpolitische Diskussion in der Bundesrepublik zeigt, daß die traditionellen Vorstellungen von Modernität fragwürdig geworden sind, daß die Förderung der privatwirtschaftlichen Dynamik keine Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung sein kann. Der Markt ist nicht fähig, aus sich heraus die ökologischen Probleme zu bewältigen. Eine Umweltpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn es ihr gelingt, sie in den reformpolitischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft einzuordnen.

Aufgrund der Ausdehnung der Produktion, der technischen Entwicklungen und der wissenschaftlichen Entdeckungen nimmt die Fähigkeit der Menschen zu, die Basis ihrer eigenen Existenz mehr und mehr selbst zu gestalten. Die heutige Generation trägt die Verantwortung, die Natur nicht auf ein bloßes Mittel zur Reproduktion menschlichen Lebens zu reduzieren. Entscheidend ist nicht, daß der Mensch die Herrschaft über die Natur gewinnt, sondern daß die wirtschaftlich und gesellschaftlich herrschenden Strukturen diese Fähigkeit zur Zerstörung von Umwelt und Natur einsetzen.

Der zivilisierte Mensch kann nicht in romantischer Sehnsucht zu vorindustriellen Gesellschaftsformen zurückkehren, aber er muß die Sicherung der natürlichen Kreisläufe zu einer vorrangigen Aufgabe und gesellschaftlichen Zielsetzung machen und dies privatwirtschaftlichen Interessen überordnen. Der Technisierungsprozeß erzeugt ein Bedürfnis nach unzerstörter Natur, während die Technikentwicklung zugleich die Möglichkeiten zur Befriedigung dieser Zielsetzungen gefährdet. Der Mensch muß daher den Ausgleich mit der Natur auf einer höheren Stufe erneuern und die Natur so »anwenden«, daß weder Mensch noch Natur durch die Ausrichtung der ökonomischen und technischen Entwicklung unseres Planeten zugrundegehen. Je mehr seine technischen Möglichkeiten über die Natur hinausragen, um so größer ist die Gefahr, daß elementare Existenzbedingungen zerstört werden. Damit der Mensch sich nicht von der Natur entfernt und entfremdet, muß er die gesellschaftliche Entwicklung nicht nur nach sozialen Gesichtspunkten gestalten, sondern angesichts beschleunigter Produktivkraftentwicklung heute und in den kommenden Jahrzehnten sich vor allem die Fähigkeit aneignen, die Rekonstruktion und Beherrschung der elementaren Existenzbedingungen neu zu sichern, die Technik zum Wohle der Menschen anzuwenden und die Verletzungen des ökologischen Kreislaufs zu verhindern.

Der Produktionsapparat hat sich immer mehr in die Breite erweitert, was zu einer »stets größeren Produktion für die Produktion« führt. Das Kapitalwachstum wird heute über eine Verringerung der Beschäftigung für die privaten Renditeziele »gesichert«, was Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Gleichzeitig wird versucht, über Lohndruck und Sozialabbau ein möglichst optimales Wachstum zu erreichen. Das extensive Wachstum war durchaus eine wichtige Etappe in der Phase der Industrialisierung, heute sind aber elementare Änderungen im Wachstumsmodell gegen die politische und ökonomische Dominanz des priva-

ten Kapitals notwendig und lebenswichtig. Es geht um eine qualitative Weiterentwicklung des ökonomisch-technischen und politisch-organisatorischen Sektors. Erforderlich ist ein Übergang zum qualitativen Wachstum, der durch die technische Entwicklung heute eher möglich ist als in früheren Zeiten des Industriesystems. Die humane, soziale und ökologische Nutzung und Ausrichtung der Produktivkräfte bietet die Chance für einen Fortschritt, der politisch-soziale, ökonomisch-technische und menschlich-natürliche Prozesse zu einer menschenwürdigen Variante der technischen Zivilisation zusammenführt. Das bedeutet die Verwirklichung von Lebensqualität durch die bewußte Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nach sozialen und demokratischen Prinzipien. Es erfordert den Bruch mit der kapitalistischen Entwicklungslogik.

### **Die Hauptlinien in der umweltpolitischen Diskussion**

Die Umweltpolitik bietet eine Chance für die Neuordnung der gesellschaftlichen Bedingungen. Die alte Wachstumsformel bietet weniger denn je politische Perspektiven. Sie hat wachsende Defizite:

*Beschäftigungspolitisch* — Fünf- bis sechsprozentige Wachstumsraten sind zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit unreal, zumal die Beschäftigungswirkungen in den letzten zehn Jahren in starkem Maße durch staatliche Ausgabenprogramme induziert wurden und das Wachstum in zunehmendem Maße zu Prozeßinnovationen führte.

*Verteilungspolitisch* — Wachstum als Friedensformel funktioniert im Verteilungskampf nicht mehr und klammert die Beseitigung struktureller Fehlentwicklungen und Mängel aus.

*Umweltpolitisch* — Der Reparaturaufwand für die Entsorgung wird immer größer, der gesellschaftliche Nutzen dieser Entwicklung ist fragwürdig.

*Technologiepolitisch* — Der strukturelle Umbau auf zukunftssträchtige Umweltmärkte und Umweltprodukte ohne direkte Umlenkung erfolgt unzureichend. Investitionstätigkeit auf dem Umweltsektor ist in der Bundesrepublik viel zu gering.

In der umweltpolitischen Diskussion der Bundesrepublik sind vor allem folgende Hauptlinien in der Diskussion zu erkennen, die sich in Einzelbereichen zum Teil überschneiden oder sich sogar kombinieren lassen.

#### *»Privatisierung der Natur«*

Dieser konservative Ansatz will, daß die staatlichen Eingriffe zur umweltpolitischen Rahmensetzung sehr gering gehalten werden sollen. Teilweise spielen hier auch Forderungen nach einer Integration der Umweltpolitik in die marktwirtschaftlichen Instrumente eine zentrale Rolle, wie wohl auch manches (z.B. die Diskussion über die Ausschaltung leistungsloser Vermögenseinkünfte aus dem Bodenbesitz) weit über die Forderung nach marktwirtschaftlichen Instrumenten hinausgeht.

#### *Zurücknahme der industriellen Strukturen durch Dezentralisierung*

Ausgangspunkt einer dezentralen Umorientierung von Staat und Gesellschaft, einer alternativen Vergesellschaftungsweise, soll die Kommune sein. Angestrebt wird eine Sicherung der ökologischen Kreisläufe durch Selbstversorgung, insbesondere der Grundfunktionen, in kleinen Netzen bei wenigen Großbetrieben und vielen Klein- und Mittelbetrieben. Diese Position wird vor allem bei Alternativen vertreten, wobei sie eine nachdenkenswert Kritik an dem nur technologisch ausgerichteten Umweltschutz beinhaltet.

### Ökologisch verträgliche Produktion durch Brechung des Profitprinzips

Die Beendigung der Umweltzerstörung wird durch die Beseitigung des privatwirtschaftlichen Akkumulationsprinzips angestrebt. Eine gesellschaftliche Produktionspolitik soll sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren; hinzu kommen gesellschaftliche Rahmenplanung, Vergesellschaftungsmaßnahmen, Mitbestimmung im Unternehmensprozeß und Arbeitszeitverkürzung.

### Ökologische Erneuerung

In der SPD und den Gewerkschaften werden vornehmlich Forderungen nach einer ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft erhoben. Neben der Verschärfung von Grenzwerten, der Aufstellung von Zielwerten, Abgabenregelungen und technischen Anweisungen für Abfall und Boden werden vor allem ökonomische Steuerungsmaßnahmen zur beschleunigten Minderung der Umweltbelastung, deutlich über die Grenzwerte hinaus, gefordert. Als eine kurzfristige Maßnahme zur Sanierung der Umwelt wurde zudem der Vorschlag für ein »Sondervermögen: Arbeit und Umwelt« entwickelt.

### Das SPD-Projekt »Sondervermögen: Arbeit und Umwelt«

Zur Zusammenführung von Ökonomie und Ökologie lassen sich als wesentliche Schritte herausstellen:

- a) Schnelle Reparatur bzw. Kompensation bereits eingetretener Umweltschäden durch umweltbeeinträchtigende Produktionsprozesse und Produkte.
- b) Abbau von Umweltbelastungen durch kurzfristige Zusatzmaßnahmen (z.B. Minderungspläne).
- c) Förderung technischer Innovationsprozesse, um vorhandene Produktionsprozesse und Produkte umweltfreundlicher zu gestalten.
- d) Wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturveränderungen, um anders zu leben und zu arbeiten und ökologisch angepaßte Wirtschaftskreisläufe aufzubauen.

Die SPD hat hierzu in den letzten Jahren eine Reihe von bemerkenswerten Vorschlägen gemacht. Dazu gehören beispielsweise ihre Programme zur Sanierung von Wasser und Luft, das Konzept für eine Chemiepolitik oder die Vorschläge zum Umbau des Gesundheitssystems auf eine ökologische Vorsorge zum Schutze des Menschen. Dennoch ist unzweifelhaft, daß trotz der beträchtlichen Fortschritte in der umweltpolitischen Diskussion von SPD und Gewerkschaften es noch kein ausreichendes Konzept zum ökonomischen Umbau und zum Aufbau einer ökologische Ziele berücksichtigenden Steuerungslogik der Wirtschaftsprozesse gibt. — Das SPD-Projekt »Sondervermögen: Arbeit und Umwelt« ist eine »nationale Anstrengung« zur ökologischen Sanierung der Industriegesellschaft. Es soll ein direkt umsetzbares und ohne große gesetzliche Verfahren einsetzbares Instrument zur Sanierung besonders dringender Umweltbelastungen sein. Durch einen steuerlichen Zuschlag auf den Verbrauch von Strom, Mineralölprodukten und Erdgas soll jährlich 4,7 Mio. für verlorene Zuschüsse und Zinssubventionen zur Verfügung gestellt werden. Dadurch sollen jährlich rund 18 Milliarden DM über die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt mobilisiert werden. Bei einer zehnjährigen Laufzeit des Kreditprogramms werden die Arbeitsplatzeffekte auf rund 400.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschätzt. Vorrangig orientiert sich das Programm am Gemeinlastprinzip, d.h., daß damit z.B. Altlasten saniert werden sollen, wo ein Verursacher nicht mehr feststellbar ist.

In dieser Begrenztheit ist das Sondervermögen zu verstehen, auch wenn es darüber hinaus einige Ansätze für weitergehende umweltpolitische Maßnahmen und zur Förderung von umweltpolitischen Innovationen hat. Es ist aber unzweifelhaft, daß ein Projekt »Arbeit und Umwelt« sich nicht nur auf das Sondervermögen stützen darf. Hinzu müssen weitere Finanzierungsinstrumente und wirtschaftspolitische Steuerungsmaßnahmen sowie Mitsprache und Mitbestimmung in ökologischen Fragen, insbesondere für die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften sowie für die Verbraucher, kommen.

Einzelne weitere Maßnahmen sind:

- Veränderung der Steuergesetzgebung, insbesondere des Abschreibungsparagraphen 7d des Einkommenssteuergesetzes, mit dem Ziel, Umweltschutzmaßnahmen zu begünstigen bzw. Umwelterstörung zu diskreditieren.
- Verbesserung der ERP-Umweltprogramme.
- Einbeziehung der Umweltpolitik in die regionale und sektorale Wirtschaftspolitik.
- Veränderung der bisherigen Verkehrspolitik einschließlich der steuerlichen Regelungen.
- Eine Grundstoffeinsatzsteuer zur Finanzierung der Altlastensanierung und zur Reduzierung umwelt- und gesundheitsgefährdender Stoffe.
- Erhöhung der Abwasserabgabe, differenzierte Luftschadstoffabgabe und Verpackungssteuer.
- Ausweitung direkter Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsregelungen in den Betrieben und in der Region zu ökologischen Fragen.
- Stärkere Belastung umweltgefährdender Produktionsweisen, damit nicht einseitig die Masseneinkommen zur Finanzierung der Umweltschäden herangezogen werden.

Wir brauchen eine gestaltende, vorausschauende Politik und eine Verbesserung der Handlungsfähigkeit des Staates, weil nur so die Sicherung der Umwelt und die Verbesserung der Beschäftigungslage erreicht werden können. Die notwendige Verbesserung der Umweltbedingungen ist kein isolierter Teilbereich der Politik, denn die Umweltkrise ist Ergebnis einer ökonomischen Entwicklung, die auch zu einer hohen Arbeitslosigkeit geführt hat und die soziale Solidarität unserer Gesellschaft erschüttert. Auf Dauer sind die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Lösung der schwerwiegenden Beschäftigungsproblematik, die Bewahrung der sozialen Sicherung und die menschengerechte Steuerung der Technikentwicklung nur mit einer Gesellschaftspolitik möglich, die in die ökonomische Entwicklung eingreift und soziale und ökologische Korrekturen am privatwirtschaftlichen Industriesystem vornimmt.

## Interview

### 1946: Sofortige Vereinigung verneint, Bündnis hingegen bejaht

#### Heinz Albrecht erinnert sich

Als die Weimarer Republik vom deutschen Faschismus zerschlagen wurde, waren SPD und KPD seit der Novemberrevolution getrennte und verfeindete Parteien. In der Endphase der Weimarer Republik setzten viele Sozialdemokraten und Kommunisten sich wechselseitig mit den Faschisten gleich: Kommunisten redeten von Nationalfaschisten (= NSDAP) und Sozialfaschisten (= SPD), Sozialdemokraten von Nazis (= NSDAP) und Kozis (= KPD). Nach der Machtübergabe an den deutschen Faschismus am 30. Januar 1933 wurden KPD und SPD verfolgt und verboten. Nur noch im Exil oder im Widerstand war ihnen politische Arbeit möglich. Für viele Sozialdemokraten und Kommunisten führte der Weg ins Konzentrationslager.

Mit der Niederlage des deutschen Faschismus am 8. Mai 1945 führten die historischen Erfahrungen bei vielen Kommunisten und Sozialdemokraten zum Bestreben, die Spaltung der Arbeiterbewegung nicht nur in einer Einheitsgewerkschaft, sondern auch in einer wiedervereinigten Partei der Arbeiterklasse aufzuheben. Mit diesem Wunsch endete beispielsweise das Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald. Diese Tendenz stieß auf den Widerstand aller vier Besatzungsmächte. Auch innerhalb der sozialdemokratischen wie der kommunistischen Strömung setzten sich zunächst andere Tendenzen durch.

Die aus dem Moskauer Exil nach Berlin zurückgekehrte »Gruppe Ulbricht« spielte eine wichtige Rolle bei der Widergründung der KPD, die bereits am 11. Juni 1945 mit ihrem ersten Aufruf an die Öffentlichkeit trat. In der gleichfalls wiederbegründeten SPD beanspruchten neben dem Londoner Exil der Berliner Zentralaussschuß um Grotewohl und das Büro Schumacher in Hannover die Führung. Mit der Konferenz von Wennigsen am 6./7. Oktober 1945 wurde Schumacher der Repräsentant der SPD in den drei Westzonen; die Kompetenzen Grotewohls und des Zentralaussschusses wurden auf die Ostzone beschränkt.

Nach den Parlamentswahlen in Österreich am 4. November 1945, bei denen die SPÖ 76 und die KP lediglich 4 Mandate erhielt, wurde in der SBZ die Kampagne für die Vereinigung der KPD und SPD von kommunistischer Seite energisch vorangetrieben. Mit der sowjetischen Militäradministration (SMAD) im Rücken wurde dabei erheblicher Druck ausgeübt. Innerhalb der Berliner SPD kam es zu einer lebhaften Debatte, in deren Verlauf Franz Neumann eine Urabstimmung der Mitglieder der SPD durchsetzte, die in der Geschichtsschreibung von SPD und SED bis heute höchst unterschiedlich eingeschätzt wird.

»31. März [1946]. Die Spalterfraktion in der Berliner SPD führt mit Unterstützung der imperialistischen Besatzungsmächte und mit Hilfe von K. Schumacher eine Urabstimmung in der Berliner SPD durch, die beweisen soll, daß die Mehrheit der Sozialdemokraten gegen eine Vereinigung mit der KPD sei. Der Drang der Mehrheit der Arbeiter in ganz Deutschland zur politischen Einheit der Arbeiterklasse ist so stark, daß es die sozialdemokratischen Führer um Schumacher nicht wagen, den Sozialdemokraten in Berlin die Frage zur Entscheidung vorzulegen, ob sie für oder gegen die Vereinigung sind. Um ihr Ziel dennoch zu erreichen, lassen sie über die Frage abstimmen, ob die Mitglieder der SPD für die sofortige Verschmelzung oder für ein Bündnis mit der KPD seien. Von 66.246 Mitgliedern der Berliner SPD lehnen nur 19.529 die sofortige Vereinigung ab. Von diesen 19.529 entscheiden sich aber 14.636 in einer getrennten Abstimmung für ein Bündnis mit der KPD. Gegen die Vereinigung und gegen ein Bündnis mit der KPD stimmen von den 66.246 Mitgliedern der SPD in Berlin nur 5.568 Mitglieder, das sind rund 8 %.«<sup>1</sup>

Ganz anders als diese bis heute unveränderte Einschätzung der SED liest sich die Darstellung der SPD.

»31. März [1946]. Die sowjetische Kommandantur untersagt unter Hinweis auf formale Fehler bei der Beantragung der Abstimmung die Durchführung der Urabstimmung im Sowjetsektor von

Berlin. Von den 32.547 wahlberechtigten Mitgliedern der Berliner Sozialdemokratischen Partei stimmen 23.755 (= 72,9 Prozent) ab. Die erste Frage ('Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien?') wird von 19.529 Mitgliedern (= 82,2 Prozent) verneint; nur 2.937 Mitglieder (= 12,3 Prozent) bejahen den sofortigen Zusammenschluß. Die zweite Frage ('Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?') wird von 14.763 Mitgliedern (= 62,1 Prozent) mit Ja beantwortet.<sup>2</sup>

Nicht nur die jeweils spezifische Nutzung der Prozentrechnung, von den vergleichsweise geringfügigen Abweichungen der Zahlen selbst einmal abgesehen, macht deutlich, daß der zeitgeschichtliche Hintergrund eine genauere Betrachtung verdient. Diesen Hintergrund aufzuhellen, erscheint auch deshalb wichtig, weil spätestens mit der Urabstimmung die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt waren: Die in der sowjetischen Besatzungszone am 20./21. April 1946 in Berlin gegründete SED entwickelte sich bald zur marxistisch-leninistischen »Partei neuen Typus«, wie ihre 1. Parteikonferenz vom 25. bis 28. Januar 1949 in Berlin unübersehbar forderte. Personell, organisatorisch und programmatisch wurde die sozialdemokratische Tradition zusehends zurückgedrängt. Die für die westlichen Besatzungszonen mit dem Parteitag in Hannover vom 9. bis 11. Mai 1946 gegründete SPD wandelte sich schließlich zur Volkspartei, in der die marxistische Strömung zusehends an Einfluß verlor. Während in der sowjetischen Besatzungszone und später der Deutschen Demokratischen Republik neben der SED keine SPD mehr fortbestand, arbeitete in den Westzonen und später der Bundesrepublik Deutschland bis zum Verbot durch das Bundesverfassungsgericht 1956 eine stetig einflußlosere KPD. In Berlin existierten aufgrund der Zulassung durch die Alliierte Kommandantur von 1946 bis 1961 SED und SPD in allen vier Sektoren zunächst nebeneinander, bis sich die SPD in den Ostsektoren nach dem 13. August 1961 auflöste.

Ein Zeitzeuge der mit dieser Entwicklung verbundenen Auseinandersetzungen war *Heinz Albrecht*<sup>3</sup>, geb. am 30. August 1910 in Magdeburg, seit 1914 in Berlin lebend, im liberalen Gewerkschaftsring der Angestellten seit 1928, 1929 Eintritt in die Sozialistische Arbeiterjugend und Übertritt vom GdA in den freigewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten, Januar 1931 Eintritt in die SPD, November 1931 Übertritt in die neugegründete SAPD, desgleichen Übertritt aus der SAJ in deren Sozialistischen Jugendverband, bis 1936 an einer Widerstandgruppe beteiligt, nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in der SPD Berlin, Gründungsmitglied und langjähriger Vorsitzender des Marxistischen Arbeitskreises in der Berliner SPD.<sup>4</sup>

Der folgende Auszug stammt aus einem mehrstündigen Gespräch zwischen *Heinz Albrecht* und *Hans Willi Weitzen* über seine Erfahrungen in der Arbeiterbewegung, das voraussichtlich im Herbst dieses Jahres im dvk-Verlag als Buch erscheinen wird. Der Vorabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

*Die Redaktion*

### Anmerkungen:

- 1 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil III. Von 1945 bis 1963.*, Berlin/DDR 1967, S. 67.
- 2 Franz Osterroth und Dieter Schuster: *Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Band III. Nach dem zweiten Weltkrieg.* Berlin und Bonn 2. Aufl. 1978, S. 36; zur Darstellung der Urabstimmung in der Historiographie der SPD in Berlin (West) vgl. u.a. Landesverband Berlin der SPD (Hrsg.), *Entscheidung in Berlin. Der Freiheitskampf der Sozialdemokratie. Eine Dokumentation des Jahres 1946*, Berlin 1966, sowie *Berliner Stimme* (Hrsg.), *Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten. Eine Entscheidung für ein freies Berlin.*, Berlin (West) 1977.
- 3 Zur Person vgl. Hans Willi Weitzen, *Mit aller Kraft. Heinz Albrecht zum 75. Geburtstag.*, in: *spw* 27, 8. Jg., Berlin (West) 1985, S. 133-135.
- 4 Vgl. Hans Willi Weitzen, *Integration nach Sezession. Der marxistische Arbeitskreis in der Berliner SPD in den Jahren 1948 bis 1958*, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 16. Jg., H.3, Berlin (West), September 1980, S. 347-376.

*Weinzen:* Wie hat sich Dir denn die SPD, in die Du dann im Sommer 1945 zurückgingst, präsentiert? Wie sah diese SPD in Berlin damals aus?

*Albrecht:* Die SPD hatte bereits ihr Berliner Programm verabschiedet, ein Programm, das im Vordergrund tatsächlich die Sozialisierung der Produktionsmittel und ein echtes revolutionäres sozialistisches Programm enthielt. Daher war es mir leicht, zur SPD zu gehen. Als ich nämlich das Programm der KPD las, dagegen war das der Sozialdemokratie geradezu revolutionär, denn die haben auch davon gesprochen, daß es ein bürgerlicher Staat werden dürfe und daß das Bürgertum sich anschließen solle an die KPD. Und die schönen Sprüche, die Stalinsprüche, die überall an den Straßen standen, im Osten wie im Westen: »Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, die deutsche Nation bleibt bestehen« — die haben mir nun gar nicht imponiert. Die Sozialdemokratische Partei hatte ihren Hauptsitz in der Behrensstraße, im damaligen Gebäude der Deutschen Bank. Dort war Vorsitzender der Sozialdemokraten in Berlin und auch für die Ostzone Otto Grotewohl, den ich zwar früher nicht kennengelernt hatte, von dem andere mir aber sagten, der ja mehr aus Schlesien stammt und in Breslau viel tätig gewesen ist, daß er ein toller Redner sei und ein guter Mann. Und so hörte ich bei der ersten Großberliner Funktionärskonferenz Otto Grotewohl zum ersten Mal und fand ihn als ganz hervorragenden und großen Redner und war auch völlig einverstanden mit dem, was er erklärte, daß es nie wieder zur Spaltung der Arbeiterbewegung kommen dürfe und daß auch die Besatzungsmacht akzeptabel sei und daß wir dazu kommen müssen, die Produktionsmittel zu verstaatlichen und zu vergesellschaften, und daß sich die Partei und das Proletariat mit starker Kraft damit beschäftigen müsse. Daß es allerdings dann in den westlichen Besatzungszonen sehr schwierig sein wird, ein solches Programm durchzusetzen, da verwies er nur auf die hessische Landesverfassung, die die Sozialisierung auch in ihrem Programm hatte, und darum war er ein starker Vertreter des jetzigen Berliner Aktionsprogramms und meinte, daß das von der übrigen Partei in gleicher Weise übernommen werden müßte. Zur gleichen Zeit kamen bei uns die Thesen Schumachers an, die alles andere als das enthielten, zwar im Wortlaut sehr wortgewaltig waren und sich sehr stark auf die eigene Bestimmung beriefen, die aber ansonsten eine Führung repräsentierten, die derart antikommunistisch, und zwar in einer provokatorischen Weise war, daß das mit Grotewohl nicht in Übereinstimmung zu bringen war.

*Weinzen:* Nun gibt es ja im Frühjahr 1946 eine Diskussion über einen Zusammenschluß von SPD und KPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone, und in Berlin führt diese Diskussion zu einem Ereignis, das unter dem Namen Urabstimmung bekannt ist. Was war ihr historischer Hintergrund?

*Albrecht:* Die Einheitsbestrebungen waren ja nicht nur in Berlin, nicht nur im Ostsektor, in der Ostzone, sondern auch im Westen, sogar bis zum Beschluß der Essener Parteigruppe des dortigen Landesbezirks, die vollkommen einverstanden waren mit einem Zusammengehen mit der KPD, nur daß drüben in Westdeutschland die Kommunistische Partei etwas vorsichtiger war und durchaus eine Wahl eines gemeinsamen Parteivorstandes nach dem Stärkeverhältnis der Mitglieder durchführte. Und so saßen im Essener Ausschuß, der ja eine SED machen sollte, fast mehr Sozialdemokraten als Kommunisten. An sich war ich ein großer Anhänger, daß wir eine Einheitspartei bekämen, aber ich war auch Anhänger davon, daß diese Parteiführung von den Mitgliedern bestimmt wurden, von unten nach oben von den Mitgliedern bestimmt werden sollte, und so war ich für vollkommene Parteidemokratie, ein Begriff, den die Kommunisten auch damals, auch nach den

Erfahrungen von 1933 bis 45, nicht gelernt hatten. Als nun diese beschlossen werden sollte und der Kampf um die Einheitspartei losging, spaltete sich auf diese Weise die Berliner SPD in diejenige Gruppe — das war auch in meiner Abteilung so —, die auch unter diesen Bedingungen eine Zusammenarbeit mit der KP machen wollte, während eine andere Gruppe, und zu der gehörte ich, sagte ja, Einheitspartei, alles richtig, aber mit einer demokratischen Führung von unten nach oben. Da diese aber mit dem Anspruch kamen, halb halb, also egal, wieviele Mitglieder es sind. Ein besonderes Beispiel waren für mich die Vorgänge in Veldten. Dort war ein Freund von mir Bürgermeister von der SPD von Veldten. Die SPD hatte dort über 400 Mitglieder, die KPD kaum 70. Die Kommunisten verlangten also 1:1 Zusammensetzung, das geschah denn auch. Und als das geschehen war, sollte ein Vorsitzender aus diesen gewählt werden. Und da bestimmte die Kommandatur, daß der Vorsitzende Kommunist sein soll, obgleich sie die kleinere Gruppe zu vertreten haben. Und daraufhin hat der Bürgermeister von Veldten die Sache für aufgelöst erklärt, er kam ins Kittchen, ins Gefängnis. Von da schrieb er mir einen Brief, daß es so sei, und dann besuchte ich ihn dort, da war er wieder frei, er hat nur vier Tage da gesessen. Aber damit war es geschehen. Er hat seine Tätigkeit niedergelegt, und der andere übernahm sie, und so war die sogenannte SED in Veldten eine KP. Also genau das, was wir vorausgesagt hatten, daß wir dann gefressen werden, geschah.

*Weinzen:* Wie hast Du denn erstmals von Franz Neumann und von seinen Bestrebungen, eine Urabstimmung über diese Vereinigung durchzuführen, gehört?

*Albrecht:* Das war ja allgemein im Gespräch. Auf allen größeren Sitzungen, ich gehörte damals dem Kreisvorstand der SPD in Berlin-Charlottenburg an und war auch im Landesvorstand, beim Großberliner Vorstand, tätig, so daß ich Franz Neumann da kennenlernte und dann Josef Grunner und die anderen, auch Kurt Neubauer, alle, die damals in Berlin maßgebend waren. Und da war uns die Bestrebung klar, daß wir in den Westbezirken zwar für eine Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten sind, daß aber unter den Bedingungen, die wir sahen, wie es abliefe in der Zone — Leipzig war da ein besonderes Beispiel, weil da in Leipzig eine so große sozialdemokratische Mehrheit war, während das in kleineren Orten anders war, Chemnitz zum Beispiel —, daß wir da sagten, ein solches Prinzip können wir nicht akzeptieren. Dann kam die große Berliner Funktionärskonferenz, auf der Grotewohl eine dreistündige Rede für die Vereinigung abhielt. Man muß wissen, daß Grotewohl, bevor er im Palast sprach, drei Stunden in Karlshorst gewesen und da wahrscheinlich sehr stark bearbeitet worden ist.

*Weinzen:* Karlshorst war damals der Sitz der sowjetischen Militäradministration, und Grotewohl war erst von dort aus in den Admiralspalast in der Friedrichstraße, wo die Funktionärsversammlung stattfand, gekommen.

*Albrecht:* Als wir im Bahnhof Friedrichstraße ausstiegen und 'übergingen zum Admiralspalast, wunderten wir uns, daß da reihenweise große Lastwagen, Polizeilastwagen standen, auf denen überall Russen draufsaßen. Und als wir in den Admiralspalast 'reingingen, war immer nur eine Seite der Tür geöffnet. Vorne in der ersten Reihe saßen mindestens 9 oder 10 Politoffiziere, und es gab nur einen amerikanischen Offizier, einen französischen und den englischen Offizier. Oben auf dem Rang saß lauter Militärpolizei. Und das hat uns schon befremdet, wozu das? Dann sprach Grotewohl drei Stunden. Und dann kamen Wortmeldungen. Ich bin immer schon vorlaut, ich kam als erster zu Wort. Die anderen waren noch ein bißchen benommen. Und da habe ich dann Grotewohl damals ge-



fragt, ob er nicht sein Ohr an der Partei hätte und ob er nicht wüßte, da hatte ich gerade die Erlebnisse von Veldten und die Berichte aus Leipzig bekommen, ob er das nicht wüßte, daß das geschieht, und ob er denn so etwas hinnehmen könnte. Meiner Meinung nach könne eine Vereinigung beider Parteien nur auf der Grundlage echter Parteidemokratie erfolgen. Und da habe ich dann noch einen Luxemburgsatz zitiert, ich habe immer sehr viel mit Zitaten gearbeitet, auch wenn sie nicht stimmten. Jedenfalls hatte ich fünf Minuten Redezeit. Nach mir kam Franz Neumann. Da wurde beantragt, daß seine Redezeit erweitert wird; er durfte dann eine halbe Stunde sprechen und legte dar, warum wir der Auffassung seien, daß die Zeit für eine echte Vereinigung nicht gekommen sei, wir aber auf jeden Fall, um die Spaltung zu verhindern, bereit seien, eine Aktionsgemeinschaft mit der KPD zu machen.

*Weinzen:* Franz Neumann war damals Kreisvorsitzender in Reinickendorf?

*Albrecht:* Er war Kreisvorsitzender in Reinickendorf. Er hatte aber damals schon einen recht guten Anhang bei vielen anderen. Er war gewissermaßen das Sprachrohr derjenigen, die zwar die Aktionsgemeinschaft bejahten — es gab ja eine Menge, die nicht mal das wollten —, aber eine Vereinigung unter diesen Umständen ablehnten. Und so kam es dann zu dieser Urabstimmung, die allerdings nur in den Westbezirken Berlins zugelassen wurde.

*Weinzen:* Wurde schon in der Versammlung im Admiralspalast von dieser Urabstimmung gesprochen?

*Albrecht:* Schon im Admiralspalast hatte Grotewohl die Urabstimmung vorgeschlagen, und sie sollte in allen Berliner Bezirken durchgeführt werden. Und das war auch der Punkt, mit dem alle einverstanden waren. Daß eine Urabstimmung stattfinden würde, damit war man ebenso in den Westbezirken einverstanden wie in den Ostbezirken, nur daß man nicht gewußt hat, wie die Urabstimmung nachher ablaufen würde, da und dort. Zum Beispiel in Köpenick hat sie überhaupt nicht stattgefunden, weil die Lokale nicht geöffnet werden durften, die Wahllokale, und in anderen Bezirken wurde diese derartig beeinflußt, daß gleich Greifertätigkeit da war, war also gar nicht drin. Bei uns in den Westbezirken nun wirklich ganz demokratisch, es kamen dauernd welche von der Besatzungsmacht, auch von der sowjetischen Besatzungsmacht zusammen mit englischen und amerikanischen Offizieren und besuchten Wahllokale, so auch das, wo ich abstimmte. Dann kamen Journalisten vom Tagespiegel von allen möglichen Zeitungen, die das besichtigten, vom Radio kamen sie — damals gab es ja schon den RIAS —, die dann über diese Urabstimmung berichteten. Wie sie ausging, ist ja allgemein bekannt. Die Vereinigung beider Parteien wurde abgelehnt, aber die Aktionsgemeinschaft wurde doch von einer großen Gruppe von Abstimmenden befürwortet.

*Weinzen:* Es ist wichtig festzuhalten, daß über zwei Fragen zu entscheiden war.

*Albrecht:* Es wurde darüber entschieden, ob du für eine Vereinigung bist, ja, nein; für eine Aktionsgemeinschaft, ja, nein. So wurde das oberste oft mit überwiegender Mehrheit mit nein angekreuzt, aber die zweite Frage, bist du für eine Aktionsgemeinschaft, von mehr als 50% befürwortet, während da weniger als 50% mit nein gestimmt haben. Und das wird in der Tat von vielen immer wieder vergessen oder einfach nicht erwähnt.

*Weinzen:* Wie entwickelte sich denn dann das Verhältnis der Sozialdemokraten, die für eine Vereinigung mit den Kommunisten waren, zur Sozialdemokratie? Verließen die dann die Sozialdemokratie, oder wie ist das dann abgelaufen?

*Albrecht:* Es wurden dann ja trotzdem Einheitskomitees gegründet, und es wurde auch die SED gegründet, das heißt, die KPD gründete sich selbst zur SED, und die wenigen, die nun dafür gewesen waren, traten aus der SPD aus und gingen zu der neuen SED. Und da hatten wir in meiner Abteilung so einen alten Knaben, der auch sehr viel gelitten hat, der aber immer sehr theatralisch war, der sagte: »Hört zu, Genossen, in Philippi sehen wir uns wieder, ihr werdet es noch lernen.« Aber sie lernten nicht. Auch nicht als es 1946 zur Diskussion über das Parteiprogramm kam.

*Weinzen:* Jetzt in der Sozialdemokratischen Partei?

*Albrecht:* In der Sozialdemokratischen Partei. Und zum ersten Mal die große Funktionskonferenz des Zehlendorfer Waldclubs, wie die drüben uns, die neue SPD, nannten. Auf diesem Parteitag, Gründungsparteitag der SPD oder Fortsetzungsparteitag Westberlin, wurde Franz Neumann zum Vorsitzenden gewählt, aber auch merkwürdige Leute. Als seinen Vertreter Swolinsky, den Wollwarenhändler, und andere ziemlich undurchsichtige Typen, die mit den Besatzungsmächten und mit dem RIAS gut konnten.

*Weinzen:* Wie stellte sich dann die SPD, nachdem einige zur KPD/SED gegangen waren, im Westsektor der Stadt dar?

*Albrecht:* Na, sie hatte die Mehrheit, und sie stellte sie auch bei den Wahlen. Wenn ich daran denke, 1946 z.B., als die ersten richtigen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und die ersten Bezirksverordnetenwahlen stattfanden, waren zum Beispiel im Charlottenburger Bezirksparlament über 30 Sozialdemokraten vertreten, die nächstgrößere Gruppe war die CDU, dann die FDP und ganze 3 von der SED.

*Weinzen:* Gut, daß die SPD eine Mehrheit hatte, ist bekannt, aber wofür, für welches Programm?

*Albrecht:* Es galt ja immer noch das Berliner Ursprungsprogramm, es galt zwar auf dem Papier, aber nun kam ja die Debatte. Wir diskutierten über ein Programm, und davon hat ja die Bezirksleitung oder die Landesleitung Berlin, ein großes Protokoll geschrieben. Und in dieser Diskussion wurde es deutlich, daß nun die Absetzung von der Kommunistischen Partei so stark unternommen wurde, daß es zum latenten Antikommunismus kam. So auch betrieben durch Schumacher, der die Kommunisten rot lackierte Nazis nannte, also in derselben Hetze, wie es vor 1933 der Fall war. Und so kamen auch die Thesen von Hannover zustande, die ein Abrücken vom Klassenkampf vorsahen und in Deutschland nur den Wiederaufbau sahen, an dem man partizipieren könne. Also die ersten Ideen Godesbergs wurden da schon sichtbar. Diese Debatte um ein neues Parteiprogramm war dann der Anlaß, den Marxistischen Arbeitskreis zu gründen. Der Arbeitskreis wollte Bestrebungen entgegenwirken, die Sozialdemokratie auf eine Politik des demokratischen Staates ohne sozialistischen Inhalt festzulegen. Es ging darum, erstens dem Antikommunismus und zweitens dem Verlassen des sozialistischen Programms von Heidelberg entgegenzusteuern.

## Dokumentation

### Kurt Löwenstein: Das Primat des Klassenkampfes

#### Vorbemerkung

Kurt Löwenstein wäre am 18. März 100 Jahre alt geworden. Der sozialdemokratische Vorwärts hielt es nicht für nötig, seiner zu gedenken. In Berlin-Neukölln erinnert an ihn eine Straße, eine Grundschule trägt seinen Namen. Wer war Kurt Löwenstein?

Löwenstein stammte aus Bleckede an der Elbe. Er besuchte jüdische Privatschulen in Hannover. Von der Religion wandte Löwenstein sich bald ab und promovierte in Erlangen. Mit seiner Frau Mara zog er nach Berlin und lebte von Artikeln, Nachhilfe und Prüfungsvorbereitungen. Aus dem Ersten Weltkrieg kehrte Kurt Löwenstein als Mitglied eines Soldatenrates und als revolutionärer Sozialist zurück. Er schloß sich der USPD an, für die er weitgehende Konzepte zur Umgestaltung des Schulwesens entwickelte.

Im Juli 1919 wurde Kurt Löwenstein USPD-Vorsitzender der Konferenz der westlichen Vororte von Berlin und Stadtverordneter in Charlottenburg; 1920 Reichstagsabgeordneter und Stadtverordneter in Berlin. Löwensteins Wahl zum Oberschulrat für Berlin scheiterte an den Gegenstrategien der Reaktion, das Gesetz wird geändert, Löwenstein nicht vom Oberpräsidenten bestätigt. Kurt Löwenstein hatte sein Schulprogramm engagiert auf der Reichsschulkonferenz 1920 vertreten. Für ihn war »die Umwandlung unseres Schulwesens in erster Linie eine Machtfrage«. Nachdem der große schulpolitische Wurf nicht möglich war, machte sich Löwenstein ab 1921 daran, das lokale Schulwesen mit der vorhandenen Arbeitermehrheit in Berlin-Neukölln umzugestalten. Als die Hoffnung auf einen grundlegenden Neuaufbau in Wirtschaft und Politik zerschlagen war, schuf er mit Genossinnen und Genossen in Neukölln weltliche Schulen mit fortschrittlichen Konzepten, wie die Karl-Marx-Schule, Arbeiterabiturientenkurse usw. Der Widerstand der Rechten, der angeblich »Unpolitisch-Christlichen« war unerbittlich. Löwensteins damalige Schulpolitik gilt auch heute noch als beispielhaft; unsere heutigen Gesamtschulen sind nur ein kleiner Teil dessen, was Löwenstein in seiner schulpolitischen Konzeption entwickelte.

Bei der Spaltung der USPD ging Löwenstein zur SPD zurück und engagierte sich auf ihrem linken Flügel, arbeitete am *Klassenkampf* mit, der von Paul Levi herausgegebenen Korrespondenz der SPD-Linken. Auch für die alte *SPW (Sozialistische Politik und Wirtschaft)* schrieb er Beiträge.

Löwensteins besonderes Arbeitsfeld waren die Kinderfreunde, deren Reichsvorsitzender er seit der Gründung 1924 bis 1933 war. Er erkannte, daß es nach dem Scheitern einer Umgestaltung der Gesellschaft 1918/19 wichtig war, der Arbeiterjugend Perspektiven zu bieten. Löwensteins Werk »Das Kind als Träger der werdenden Gesellschaft« (1926) bildete die theoretische Grundlage für die sozialistische Erziehungsbewegung. Die Vision der künftigen sozialistischen Gesellschaft ermöglichte linken und sogar rechten Sozialdemokraten das Engagement bei den Kinderfreunden. Diese Kinderfreundebewegung bestand im Reich aus vielen Gruppen, ab 1927 schuf sie die Roten Kinderrepubliken, z.B. Seekamp 1927, Namedy 1929. Dabei kamen Tausende von Kindern zusammen: »das Bauvolk der kommenden Welt«. Die Reaktion sah gerade in der Kinderfreundebewegung eine Bedrohung. Demonstrativ organisierten die Kinderfreunde 1932, im Jahr vor der faschistischen Machtübernahme, ein internationales Kinderlager in Draveil bei Paris unter dem Motto: Nie wieder Krieg.

Als sich ein Teil der SPD-Linken, darunter Anna Siemsen, Kurt Rosenfeld und Willy Brandt, 1932 als SAP abspaltete, blieb Löwenstein in der SPD und redigierte mit Arkadij Gurland das Organ der SPD-Linken, die *Marxistische Tribune*.

Kurt Löwenstein war ein besonderes Ziel faschistischer Angriffe. So war seine Neuköllner Wohnung eine der ersten Adressen des Nazi-Terrors gegen prominente Sozialdemokraten. Er mußte sofort ins Exil gehen und betätigte sich bei Paris weiterhin für die Kinderfreundebewegung sowie die sozialistische Erziehung internationale. Kurt Löwenstein starb am 9. März 1939 in Paris.

Löwensteins Verdienste für die Kinderfreunde und für die Falken, seine schulpolitische Pionierarbeit für die Gesamtschulen sind von historischer Bedeutung. Die Tatsache, daß Löwenstein ein sich auf den Marxismus stützender Linkssozialist war, ist vielleicht der Grund, warum sein Name relativ schnell vergessen wurde.

Im folgenden Manuskript »Der Primat des Klassenkampfes« beschreibt Kurt Löwenstein die Ursachen des Aufkommens des Faschismus, er analysiert die Erfolge und das Versagen der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Dies ist um so interessanter, da Kurt Löwenstein sich auch als Schulpolitiker bemühte, diese revolutionäre Perspektive immer wieder in die Praxis einzubringen. Das Manuskript ist bisher unveröffentlicht. In Berlin (West) erscheint zum 100. Geburtstag von Kurt Löwenstein 1985 eine Broschüre »Wie das Leben lernen ..., die auch diesen Aufsatz enthält.

Burkhard Zimmermann

\* \* \*

Sich Rechenschaft über das zu geben, was in Deutschland die Tragödie des Faschismus ermöglichte, ist aus mannigfaltigen Gründen notwendig. Niemand wird dabei die Achtung außer acht lassen wollen, die alle verdienen, die jetzt in Deutschland durch einen Dulderheroismus ohne gleichen hindurchgehen.

Die kritische Betrachtung ist notwendig, weil die Ursachen dieser Vorgänge sehr viel breiter in den Massen verwurzelt sind, als es die heftige Anklage gegen die Führer in Erscheinung treten läßt. Außerdem ist der Faschismus weder eine deutsche Angelegenheit, noch sind es die Ursachen, die zu ihm führten. Es genügt nicht nur der Wille, das Hitlerregime stürzen zu wollen. Hitler ist kein Eroberer, sondern nur der Nutznießer einer Situation, die man kennen muß, um sie zu überwinden.

Man erzählt sich von einer sehr charakteristischen Episode. Sie liegt vor der Machtergreifung Hitlers. Der Reichskanzler v. Schleicher, der sich für diese Situation »der soziale General« nannte, stand vor seinem Sturze. Er hatte mit dem Osthilfeskandal falsch spekuliert, in dieser Situation wollte er die Arbeiterklasse vor den Wagen seiner Politik spannen. Es ging schon damals nicht mehr um legale und parlamentarische Entwicklung. Seit Brüning war eigentlich nur noch die Sozialdemokratie legal. Schleicher machte Leipart den Vorschlag, mit dem Generalstreik eine Situation einzuleiten, die zu einem Bündnis zwischen Reichswehr und Arbeiterklasse und zu einer entsprechenden Diktatur in Deutschland führen sollte. Leipart lehnte ab, indem er fragte: Und was sagt der Bumke dazu? Herr Bumke ist der Präsident des Reichsgerichts und des Staatsgerichtshofes. Leipart konnte nach der jahrzehntelangen Tradition der Gewerkschaften gar nicht anders handeln, und auch die politische Führung der sozialdemokratischen Partei würde nicht anders gehandelt haben. Es liegt hier nicht einmal Feigheit oder Senilität vor, sondern die Zwangsbindung und Zwangsläufigkeit einer gesamtpolitischen Haltung, die ebenso unrevolutionär wie ausgesprochen legal orientiert war.

In der Geschichte der Arbeiterbewegungen aller Länder läßt sich der Zeitraum feststellen, in dem die Arbeiterklasse zu stark geworden ist, um nur zu protestieren und sich in der Hoffnung zu wiegen, durch einen revolutionären Akt das System der bürgerlich-kapitalistischen Welt zu stürzen. In diesem Augenblick gründen sich die Arbeiter mannigfaltige Organisationen, um mitten in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sich Verbesserungen ihres Lebens und Vorteile für ihren Kampf zu verschaffen. In diesem Augenblick ist der Arbeiterklasse das Problem der Reform und die Problematik des Reformismus gestellt. Wie die deutschen Vorgänge zeigen, handelt es sich nicht nur um eine theoretische

Spielerei, sondern um eine praktisch-politische Entwicklung, bei der es um Leben und Sterben der sozialistischen Organisationen geht. In Deutschland ist durch die Diktatur Hitlers aufs Grausamste eine sozialistische Reformpolitik liquidiert worden, die durch ihren erfolgreichen Aufstieg nicht nur Illusionen in Deutschland, sondern auch in allen übrigen Ländern nährte. Die Weimarer Verfassung war trotz aller Konzessionen an das Bürgertum der stärkste Ausdruck dieser legalisierten politischen Bodenständigkeit der Arbeiterklasse im bürgerlich-kapitalistischen Staatsraum. Die soziale Gesetzgebung der letzten Jahre war eine Höchstleistung dieses Reformismus. Er war schon verständlich, wenn der Praktiker auf das gewaltige Gebäude, ja, man kann sogar sagen, auf die Gebäude der Sozialgesetzgebung hinwies, wenn man stolz den Einfluß auf den Ausbau in den Gemeinden und in den Staaten hervorhob. Es war schon ein gewisser Stolz des Besitzenden und des Verwurzelten, nicht nur im Bewußtsein der Spitzenfunktionäre der mannigfaltigen Organisationen, sondern dieses Gefühl durchdrang auch die breiten Schichten der öffentlichen und halböffentlichen Funktionäre, die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten der Arbeitsämter, der Gemeinden, des Staates und des Reiches.

Unter diesem Gesichtspunkte schien das alte Wort, daß die Arbeiterklasse nichts als ihre Ketten zu verlieren hat, nicht mehr wahr zu sein. Die sozialistische Arbeiterbewegung hatte schon etwas zu verlieren, sie hatte sich schon ein Stück Heimat und Bodenständigkeit scheinbar erobert. Die sozialistische Bewegung fing schon an, von *ihrem* Staate zu sprechen, so wie es in Frankreich, in der CSSR, in den nordischen Ländern und in England auch manche Sozialisten zu tun pflegen. Man gewöhnte sich daran, Kultur-, Verwaltungs- und politische Reformen unter dem Gesichtspunkt der *Erhaltung* der Gesellschaft zu sehen. Sparmaßnahmen wurden der Ausdruck väterlicher Besorgtheit sozialistischer Finanzpolitiker um die Erhaltung des guten bürgerlichen Staatsheims. Hermann Müller übertrieb vielleicht, wenn er der Sozialdemokratie politisch die Rolle zuschob, die die Nationalliberalen vor dem Kriege im Staate gehabt haben. Ebert, Braun, Severing waren nur Repräsentanten einer »positiven Staatspolitik«, die gesellschaftspolitisch weit verschichtet war. Neben der alten Tradition einer marxistischen Theorie fühlte sich ein materiell gefärbter Neosozialismus schon stark genug, um sich publizistisch als neue Heilslehre zu empfehlen. Kurzum, man hatte sich bereits im bürgerlich-kapitalistischen Staat so weit eingerichtet, daß man die Hoffnung nährte, mit den formalen Mitteln die Demokratie sozial auszubauen, vielleicht sogar sozialistisch umzuformen.

Nicht nur im Reichstag, sondern in allen Länderparlamenten, in den Gemeinden, in Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Kulturorganisationen wurde Koalitionspolitik betrieben. Die Sozialdemokratie suchte den Ausgleich der demokratischen Mitte. Diese Grundlinie der Politik liquidierte die revolutionäre Politik und machte weite Schichten des Proletariats unrevolutionär. Das deutsche Schicksal zeigt, daß es eine verhängnisvolle Illusion ist, zu glauben, die Arbeiterklasse könne nur vorübergehend den Klassenkampf suspendieren. Mehr als irgendeine Theorie hat die Dialektik der Geschichte das Primat des Klassenkampfes wiederhergestellt.

Das Diktat von Versailles hat sicher die Entwicklung Deutschlands unter tragische Bedingungen gestellt. Die kommunistische Taktik hat sicher ungeheuren Schaden angerichtet. Poincaré und Stalin sind bis zu einem gewissen Grade ganz sicher Schrittmacher Hitlers geworden, doch der Zusammenbruch in Deutschland, diese widerstandslose Unterwerfung, finden nicht ihre entscheidende Erklärung in den beiden obigen Momenten. Die sozialistische Bewegung mußte mehr sein als nur die Treue zur Organisation, sie mußte genug werbend sein, um die Verelendung und Verzweiflung in das Vertrauen ihrer Bewegung

aufzunehmen. Demagogie und Terror sind an sich niemals eine Macht. — Es ist leider eine Tatsache, daß unsere Bewegung nicht ausreichte, um all die Schichten, die klassenmäßig zu uns gehören, aufzunehmen, und um uns das Vertrauen zu erhalten, daß wir die Bewegung des Aufbaus, die Partei der sozialen Revolution sind. Die Politik der Mitte war der große Irrweg, der der Demagogie und dem Terror die Angriffsebene bot. Diese Politik ist seit langem sichtbar unmöglich. Politisch zeigte sich das von Wahl zu Wahl, von der kleinen zur großen Koalition bis zur Tolerierung. Die Mitte hatte keine Trägerschaft mehr. Von 1907-28 verringerten sich die Kleinbetriebe, während die Großbetriebe sich um 31 %, geht man nach der Anzahl der Beschäftigten, um 46 %, vermehrten. 1926 war der Umsatz der vier größten Einheitspreisgeschäfte 3,8 Millionen Mark. 1930 230 Millionen. Der kleine und mittlere selbständige Geschäftsmann geht zu Grunde, die proletarischen Schichten vermehren sich, die wirtschaftliche Existenz wird dauernd unsicherer. Zu den mittleren Schichten gehören auch die Beamten und mittleren Angestellten, deren Zahl in Deutschland fast 4 Millionen erreicht.

Diese Schichten, die gewissermaßen zwischen den Klassen stehen, wurden trotz aller schonenden Behandlung kein tragender Faktor der Weimarer Verfassung. Ihr ständisches Geltungsbedürfnis war größtenteils gegen die demokratische Gleichmacherei und war dem sozialdemokratischen »Emporkömmling« feindlich gesinnt. So hatte die Demokratie für sie keine Anziehungskraft. Ihr besonderes Abhängigkeitsverhältnis und ihre bürokratische Gesinnung waren gewöhnt, sich um ein autoritäres Machtzentrum zu gruppieren. Der Parlamentarismus war und blieb ihnen wesensfremd.

Die Basis, auf der sich die Illusion der Politik der Mitte aufbaute, war daher an sich außerordentlich schwach. Sie wurde vollends entzogen, als seit 1929 die ungeheure Erwerbslosigkeit einsetzte. 6 Millionen Erwerbslose bei rund 18 Millionen abhängiger Erwerbstätiger bedeuten an sich eine ungeheure Zersetzung, die entweder eine anarchische Reaktion oder eine revolutionäre Entwicklung auslösen mußte. Unter diesen Erwerbslosen sind vor allem die Jugendlichen, die überhaupt noch keinen sozialen Standort haben, denen jedes Organ für Kollektivinteresse fehlen muß, denen das Erlebnis Arbeit und Arbeitsgemeinschaft fehlt, und die ohne die gesellschaftlich bindende Mentalität des Lohnarbeiters die katastrophale Wirtschafts- und Gesellschaftskrise ungemildert auskosten müssen.

Das gesellschaftliche Gleichgewicht war aufs tiefste erschüttert und die weltwirtschaftliche Krise steigerte diese Erschütterung. Die Sozialdemokratische Partei ist ganz bestimmt weder für die weltwirtschaftliche Krise noch für eine Reihe anderer Tatbestände verantwortlich zu machen. Der große politische Fehler bestand nur darin, daß in einer Zeit, in der das gesellschaftliche Sein die höchste Steigerung der politischen Willenskräfte des Proletariats erforderlich machte, die sozialdemokratische Politik nicht die Kraft gewann, sich von der Scheinverwurzelung zu lösen, sondern sich passiv von den Verhältnissen treiben ließ. Weder 1928 noch 1930 fand die Politik der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften diese Aktivität, und sie konnte sie nicht finden, weil sie historisch zu stark mit Verantwortung und Risiken belastet war. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften zeigten in dieser Politik ... [Auslassung im Manuskript; d.Red.] und des Konservierens eine imponierende Widerstandskraft. Selbst bis zum Schluß konnten weder die R.G.O. noch die N.S.B.O. in den Betrieben festen Fuß fassen. Das gleiche gilt für die weiten Schichten der in den Gemeinden und Staatsbetrieben Beschäftigten und Angestellten.

Anders stand es allerdings mit den Erwerbslosen, mit den proletarischen Schichten, dem Mittelstand und der Landbevölkerung. Es war ein sträfliches Versäumnis, daß 1918

nicht das preussische Junkertum und seine materielle Basis, der Großgrundbesitz zerschlagen worden ist. Diese Junkerkaste hat ihren Anspruch auf Herrschaft nie aufgegeben, sie ist vielleicht die willensstärkste und skrupelfreieste Schicht in Deutschland. Durch Aufteilen des Großgrundbesitzes hätte man die Bauern so wie es Rußland und die Tschechoslowakei getan haben, weitgehend an den neuen Zustand fesseln können, dann hätten sie in Deutschland eine bedeutsame Stütze für eine Demokratie der Mitte schaffen können. Auch die Entwicklung des Kapitalismus hätte bei einer bewußten staatspolitisch-wirtschaftlichen Aktivität der neuen Republik vielleicht eine stärkere Basis und eine längere Lebensdauer geben können: So beschränkte man sich auf Begeisterung und eine völlig unzulängliche Verwaltungsreform, so war man selbst für eine Politik der Mitte nicht aktiv, sondern nur Objekt. Aktiv aber waren Schwerindustrie, Junkertum und Militärs, und in ihrem Schatten entwickelte sich die terroristische und demagogische Aktivität der nationalsozialistischen Bewegung.

Junkertum, Industrie und Militärs regieren auch jetzt im faschistischen Deutschland. Hitler blieb, abgesehen von den Brutalitäten, den Rasseharlekinaden und den kostspieligen Versorgungen seiner Handlanger nichts anderes als das Zersetzungsorgan dieser Mächte. Diese Zersetzung ist allerdings in Deutschland katastrophal. Sie verringert die Verelendung nicht, sondern sie vermehrt sie; sie schafft eine geistige und moralische Versumpfung und Ver lumpung. Deutschland ist im Begriff, gesellschaftlich völlig zu Grunde zu gehen.

Es sind nicht die besonderen nationalen Eigentümlichkeiten der Deutschen, die diesen Zustand heranreifen ließen. Der Faschismus hat seinen tiefsten Grund in der Zersetzung der Gesellschaft durch den Kapitalismus überhaupt. Was für Deutschland herausgehoben wurde, gilt prinzipiell und in verschiedener Dosierung tatsächlich auch für eine Reihe anderer Länder. Die Unterscheidung zwischen faschistischen, faschistisch bedrohten und demokratisch regierten Ländern ist nur eine *halbe* Wahrheit. Wer die Verhältnisse in Deutschland am eigenen Leibe erfahren hat, wird gewiß wünschen, daß in dem Kampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus die demokratischen Mittel sehr viel angenehmer sind als die faschistischen. Es handelt sich auch nicht darum, einen formalen Streit über Demokratie oder Diktatur zu führen, sondern zwei Tatsachen fest ins Auge zu fassen. Die eine zwingt uns aus tatsächlichen und psychologischen Gründen die Grenze der Demokratie im bürgerlich-kapitalistischen Staat zu sehen und aus der Demokratie nicht ein Mystikum zu machen, sondern seine Bedingtheit und Gebundenheit an die historisch gegebenen Machtverhältnisse zu erkennen. Und das zweite besteht darin, daß der gegebene wirtschaftliche und gesellschaftliche Zustand, sein materieller Unterbau wie sein juristischer und moralischer Überbau dauernd von der Dynamik der Gesellschaft geformt, interpretiert und formuliert werden. Bei diesem Prozeß kommt es wesentlich auf die Konzentration des politischen Wollens an. Das gilt in erster Linie jetzt für Deutschland. Es ist ganz sicher nicht entscheidend, was hier oder dort in Deutschland an ersten Abwehrbewegungen auftritt, so sehr bedeutsam auch die Tatsache ist, daß solche Abwehrbewegungen da sind. Das entscheidende ist vielmehr, daß ein sozialistischer Wille mit programmatischer Sicherheit die Problematik der deutschen Verhältnisse ergreift, daß politische Willenszentren da sind, die die Menschen anziehen, dirigieren und schließlich organisieren, die durch ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage notwendig zum Kampfe gegen den versagenden Faschismus und gegen den sie peinigenden Kapitalismus getrieben werden. Die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei in und außerhalb Deutschland kann nur diesen einen Sinn haben, unabhängig davon, wie weit sie im einzelnen ihre Tätigkeit in ihren bisherigen oder im erweiterten Rahmen fortzusetzen haben wird.

Aber auch für die übrigen sozialistischen Parteien — und insofern ist das deutsche Beispiel von entscheidender Bedeutung — kommt alles darauf an, daß sie sich auf das große Ziel der Konzentration eines internationalen sozialistischen politischen Willens einstellen. Otto Bauer hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß die Resolution der Sozialistischen Internationale leider sehr vieles verschweigen mußte, was sie unbedingt hätte sagen müssen. Wie ergänzen im Verfolg unseres Gedankenganges: Es hängt ungeheuer viel davon ab, wie weit die Sozialistische Internationale von der mehr passiven Tätigkeit der ausgleichenden Zusammenfassung der verschiedenen länderbedingten Opportunitätspolitiken zur vertrauenerweckenden Konstituierung eines sozialistischen Willenszentrums ... [Auslassung im Manuskript; d.Red.]

Gewiß ist der Stand der sozialistischen Bewegungen in sozialdemokratischen Ländern wesentlich verschieden. Die Schwedische Sozialdemokratie hat ihre eigenartige Bestimmung in dem Interessenbündnis mit den Bauern. Auch in der Tschechoslovakei sind Arbeiter und Bauern die stärksten Säulen der Demokratie, die Schweiz hat ihrerseits keine ungelösten Nationalprobleme, Frankreich hat noch einen starken sogenannten Mittelstand. Doch wie verschieden auch all diese Umstände sein mögen, Anfänge von faschistischen Bewegungen haben wir auch in all diesen Ländern. Direkt oder indirekt saugt der Kapitalismus die mittleren Schichten auf, nimmt ihnen die Sicherheit des gesellschaftlichen Lebensraumes und schafft damit immer schärfer den Zweifrontenkrieg. Für den Statistiker gibt es ganz sicher sehr viel mehr als kapitalistische und proletarische Klassen. In der politischen Willensbildung sind diejenigen, die zwischen den Klassen sind, die Opfer, die politische Willensbildung selbst geht von den entscheidenden Kräften aus. Es kommt daher darauf an, daß die sozialistische Bewegung in *allen* Ländern die politische Klassenfront im erkennenden und wollenden Bewußtsein herausarbeitet und seine Aktionen die neue Gesellschaft politisch, wirtschaftlich und kulturell kämpfend und ausbauend konstituieren.

Der Traum einer Evolution zum Sozialismus ist in Deutschland mit der Zerschlagung der größten und besten sozialistischen Arbeiterorganisation bezahlt worden. Der Monopolkapitalismus und sein brutalster militanter Ausdruck, der Faschismus, unterstreichen durch ihre Taten die Mahnung des kommunistischen Manifestes für das *Proletariat aller Länder, vereinigt euch!* Aber in diesem historischen Abschnitt handelt es sich nicht mehr um eine propagandistische Ideologie, sondern um einen vorstoßenden, praktischen politischen Machtwillen, handelt es sich um eine systematische, bewußt internationale einheitliche Machtpolitik der Arbeiterklassen.



## Berichte

Christiane Rix

### Deutschlandpolitik in europäischer Perspektive

Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 17. und 18. Januar 1986 in Berlin (West)

Sicherheit und Frieden in Europa basieren heute auf der Existenz zweier deutscher Staaten. Eine Änderung in Richtung auf einen gesamtdeutschen Staat würde darum das politische Sicherheitssystem gefährden.

Diese in der bundesdeutschen Öffentlichkeit keineswegs selbstverständliche Feststellung war unter Teilnehmern und Referenten der Tagung des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung weitgehend Konsens. Ungefähr 200 Berliner Sozialdemokraten und Wissenschaftler waren im Reichstag zusammengekommen, um über »Deutschlandpolitik aus europäischer Perspektive« zu diskutieren. Dabei wurde die »europäische Perspektive« auf zwei Arten hergestellt: Einmal lag der thematische Schwerpunkt der Referate und Arbeitsgruppenthemen nicht auf dem bilateralen Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR, sondern vielmehr — und hierin lag gewissermaßen der Pfiff der Veranstaltung — in der Einbettung der »deutschen Frage«, der Zwei-Staatlichkeit und der Systemkonkurrenz in die politische Ordnung Europas der Gegenwart. Zum zweiten waren Ausländer eingeladen, aus der Sicht ihrer Länder zur »deutschen Politik« Stellung zu nehmen.

Schon vor dem Hintergrund dieser Konferenz konnte eine deutschlandpolitische Nabelschau, wie sie bei solchen Gelegenheiten häufig zu spüren ist, gar nicht zum Zuge kommen. Freilich waren auch die Referenten, die den ersten Tag der Konferenz gestalteten, nicht gerade solche, die deutsches Selbstmitleid aufkommen ließen.

*Hans-Ulrich Wehler*, Historiker und Hochschullehrer in Bielefeld, eröffnete mit seinem Referat über die deutsche Frage aus historischer Perspektive die Veranstaltung. Wehlers Vortrag war ein engagiertes Plädoyer gegen jeden Versuch einer staatlichen Wiedervereinigung. Er bemühte sich — beginnend beim Westfälischen Frieden von 1648 — um den historischen Nachweis, daß deutscher Nationalismus und Nationalstaatlichkeit zu jedem Zeitpunkt Unfrieden in Europa hervorgebracht haben und in allen europäischen Staaten als unerträglich angesehen wurden. Die Begründungen für diesen Umstand erschienen bei Wehler unterschiedlich plausibel. Je näher er der Gegenwart kam, um so mehr nahmen die Argumente den Charakter von Glaubenssätzen an oder wurden doch zumindest von solchen begleitet. Waren noch im 19. Jahrhundert Machtpolitik und gesellschaftliche Gegensätze Hauptmotor für historische Prozesse, so schien für den Historiker die heutige Situation der Teilung vor allem deshalb unabänderlich, weil nur im Westbündnis das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik und damit Freiheit und Demokratie gewährleistet und *verteidigt* (nämlich gegen den Osten!) werden könnten. Vor diesem Hintergrund erschienen Wehler logischerweise alle Alternativvorstellungen, insbesondere diejenigen, die sich gegen die herkömmliche Rüstungspolitik wenden, als bizarre Wunschträume, als Illusionen und Romantik. Zu den Risiken, die ein Gesamtdeutschland aus der Sicht der europäischen Nachbarstaaten mit sich bringen würde, kam für Wehler noch das Risiko für das Überleben des westlichen Gesellschaftssystems hinzu.

Mit anderer Akzentuierung referierte *Peter Bender*, Autor des vor vier Jahren erschie-

nenen und stark beachteten Buches »Die Europäisierung Europas« und schon in den 60er Jahren einer der Vordenker der Entspannungspolitik, über die deutsche Politik seit 1945. Unmißverständlich hob Bender hervor, daß die Entwicklung beider deutscher Staaten einmal möglich wurde, weil eigentlich niemand nach dem Zweiten Weltkrieg die Wiedervereinigung wollte — einschließlich Adenauer und Ulbricht. Ausnahme allerdings war die Sowjetunion, die die sich anbahnende Bildung eines kapitalistischen Bündnisses unter Einfluß Westdeutschlands noch bis zur letzten Minute zu verhindern versuchte und dabei auch bereit war, die deutschen Kommunisten zu »opfern«.

Zum zweiten war die Entwicklung beider deutscher Staaten möglich aus der Abgrenzung voneinander. »Bundesrepublik und DDR wurden stark und wichtig als Frontstaaten, als Bollwerke gegen Osten oder gegen Westen. Ihr Aufstieg im eigenen Bereich war verbunden mit der Abgrenzung gegen den anderen. Die Freundschaften, die sie im Osten oder Westen begründeten oder zu begründen versuchten, wurden begleitet von der Feindschaft gegeneinander.«

Für die Gegenwart charakterisierte Bender das Verhältnis anders. Im Sinne der derzeitigen Diskussionen über gemeinsame Sicherheit vertrat er die Ansicht, daß heute für das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten die gemeinsame Bedrohung und das Interesse an einer Weiterführung der Entspannung charakteristisch und handlungsleitend sei. Die Frontlinie produziere heute eher Gemeinsamkeit denn Gegensatz. Hier sieht Bender auf der Basis der Zwei-Staatlichkeit und der Zugehörigkeit zu gegensätzlichen Bündnissen Anlaß zu Optimismus für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen. Offen blieb allerdings — und daran änderte auch die sich anschließende Diskussion nichts —, welche Rolle die weiterhin bestehende Gegensätzlichkeit der Gesellschaftsordnungen und die damit verbundene notwendige (gerade innenpolitisch) Abgrenzung für die zukünftige Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen spielt.

Bei weitem am provokativsten und — wie er selbst sagte — ungeniert schloß Günter Gaus mit seinem Referat über die »Ansprüche, Interessen, Bündnisse« der beiden deutschen Staaten die Reihe mit Vorträgen ab. Seine Gedanken bezogen sich auch auf gewisse Bequemlichkeiten bei Debatten über Deutsch-Deutsches. Er hinterfragte in acht Thesen »westdeutsche Irrtümer« in der Beurteilung insbesondere des Verhaltens der DDR gegenüber der Bundesrepublik. Nach Gaus' Ansicht »hat der westdeutsche Irrtum [der vor allem in der bornierten Haltung gegenüber der als unterlegen, gewissermaßen vorzivilisierten kommunistischen Gesellschaft der DDR besteht; Anm.d.Verf.] zwar nicht das Maß seiner Fehlerhaftigkeit, wohl aber seinen Inhalt verändert: Nun schwingt bei der hiesigen Erörterung der Adaption deutscher Vergangenheit durch die DDR die Genugtuung mit, daß man drüben schließlich doch zur Besinnung kommen, habe kommen müssen.«

Als Individuum ohne feste Gruppenzugehörigkeit, als das er sich gern präsentiert, als würde er gewissermaßen losgelöst von politischer Vergangenheit seine Gedanken unter die Leute bringen können, formulierte Gaus eine beißende Kritik an bundesdeutscher »bürgerlich-klassenspezifischer« Verengung der Sicht der DDR. Dabei wirkten seine Äußerungen zur DDR und ihren Interessen nicht apologetisch. Die kritische Distanz zu beiden Seiten läßt in der Tat immer wieder das Individualistische an Gaus' Gedanken hervorkommen. Er wirkt wie jemand, der von der Bühne abgetreten ist, es sich aber nicht nehmen läßt, aus dem Zuschauerraum heraus das Geschehen zu kommentieren.

Echte Betroffenheit zeigte Gaus am Schluß seines Referats, als er über die Veränderungen in der politischen Kultur auch und gerade hierzulande sprach. Die Friedensbewegung habe etwas verändert, meinte er, auch wenn sie sich nach seinem Eindruck wieder verlau-

fe. Demgegenüber mache sich ein Vokabular breit, das Gaus mit »Geneigtheit zum Krieg« umschrieb. Zwar sei das nicht dasselbe wie »Kriegslüsterheit«. Aber das »Gefühl des *nie-mals wieder* habe sich verflüchtigt.

Wo Wehler eine übertriebene Kriegsangst diagnostizierte, zeigte Gaus unmittelbare Betroffenheit. Die Kontroversen, die an dieser Frage der grundlegenden Einschätzung der gegenwärtigen Situation in Europa möglicherweise vorhanden waren, wurden in der folgenden Diskussion jedoch nicht herausgearbeitet und bearbeitet, — ein Anspruch, den ein Plenum von weit über hundert Teilnehmern auch kaum einlösen kann.

Lebhafter waren naturgemäß die fünf Arbeitsgruppen, die sich am folgenden Tag mit verschiedenen Themenschwerpunkten beschäftigten. Am Nachmittag bildeten — abgesehen von den Berichten aus den Arbeitsgruppen — drei kurze Vorträge aus dem Ausland den inhaltlichen Abschluß der Konferenz.

*Sven Backlund*, ehemaliger schwedischer Botschafter, *Peter Renyi* aus Budapest und in Hamburg aufgewachsen sowie *Walter Schütze* aus Paris berichteten davon, wie aus der Sicht Schwedens, Ungarns und Frankreichs Deutschlandpolitik beurteilt werde. Auch hier zeigte sich das nicht überraschende Ergebnis, daß die Antwort auf die deutsche Frage nicht in der staatlichen Wiedervereinigung liegen darf.

Für jedwede Form bundesdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik muß, das ist eine der noch immer nicht selbstverständlich genug gewordenen Tatsachen in der bundesdeutschen politische Debatte, nicht zuletzt Kriterium sein, daß das »Sicherheitsproblem Deutschland«, wie immer es auch im Einzelfall charakterisiert wird, bei unseren europäischen Nachbarn in Ost und West noch sehr lebendig ist und ein Element des strukturellen Rahmens abgibt, innerhalb dessen sich bundesdeutsche Handlungsspielräume bewegen.

Johannes Klotz

## 21. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung

vom 10. bis 14. September 1985 in Linz

Gegenstand der diesjährigen Diskussionen waren die Themen »Politische und soziale Probleme der Arbeiterklasse am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit« und »Methodologische Probleme der Erforschung von Arbeiterbewußtsein und Klassenbewußtsein unter Berücksichtigung von Oral History, Memoiren, Tagebüchern u.ä.«. Im Vordergrund dieses Berichts steht der erste Punkt und hier vor allem die Darstellung jener Referate, die sich mit der Situation in den osteuropäischen bzw. asiatischen Ländern befaßte.

*Helga Grebing* (BRD) skizzierte Ausgangspositionen der politisch wirkenden Kräfte in Deutschland und Europa. Die antifaschistischen Kräfte hätten ein freiheitliches und friedliches Deutschland aufbauen wollen. Die unterschiedlichen Interessen der Hauptmächte der Antihitlerkoalition hätten diesem Projekt nicht widersprochen. In den USA dominierte die Auffassung, daß ein demokratisch-sozialistisches Europa ein unaggressives Bollwerk gegen die SU darstelle, während die SU »eine gemäßigte gesellschaftliche und politische Umwandlung in Osteuropa« anstrebte. Diese »policy of ambivalence« habe Handlungsspielräume für eine demokratisch-sozialistische Neuordnung eröffnet. Begünstigend

wirkte die revolutionäre Situation überall in Europa nach der Niederschlagung des Faschismus, die demokratisch-sozialistische Entwicklung in England und Frankreich als Sieger- bzw. Besatzungsmächte sowie die bis Ende 1946, Anfang 1947 feststellbare Offensive der Linken. »So bestand immerhin die Chance für eine demokratisch-sozialistische Gestaltung Europas als 'Dritte Kraft' — sozial und ideologisch gefestigt, unaggressiv, unabhängig von den USA und der Sowjetunion gleichermaßen.« Die prinzipielle Konvergenz des demokratisch-sozialistischen Konzepts in den west- und mitteleuropäischen Ländern mit dem Konzept der »Demokratie neuen Typs« in Osteuropa konnte den Beginn dieses Transformationsprozesses nur fördern.

Warum ging bald nach Kriegsende diese demokratisch-sozialistische Perspektive verloren? Grebing sah für Deutschland die Gründe in der »Verschmelzung« von SPD und KPD als dem Hauptinstrument kommunistischer Machtausübung, im Verbot der antifaschistischen Ausschüsse und der Betriebsrätebewegung, in der Schlüsselposition der sowjetischen Besatzungsmacht und in der daraus abzuleitenden Dominanz der Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone. Allerdings habe der Beginn des Kalten Krieges 1946/47 die innere Entwicklung dort und in den osteuropäischen Ländern in jene Richtung gedrängt.

Abgesehen davon, daß der strukturelle Begründungszusammenhang für das Scheitern einer antifaschistischen Umwälzung mit sozialistischer Perspektive von Grebing nicht geleistet wurde, ist ihre historisch-politische Deutung des Kalten Krieges als Mechanismus wechselseitiger Fehlwahrnehmungen der Großmächte USA und UdSSR dürftig. Welche Ursachen und Konsequenzen die Verfestigung der Herrschaftsstrukturen in Ost und West hatten, konnte sie nicht ermitteln. Es mochte z.B. richtig sein, daß die antifaschistisch-demokratischen Kräfte dezimiert waren. Damit ist aber nicht die Frage beantwortet, welche politische Konzeption (z.B. der SPD) und Praxis verantwortlich waren für die mangelnde Hegemoniefähigkeit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte. Behinderte (neben den USA) die Sowjetunion deshalb den demokratisch-sozialistischen Transformationsprozeß in Europa, »weil sie auf ein schwaches, krisengeschnittenes Europa spekulierte, das ihr die Chance zur Erweiterung und Konsolidierung ihres Machtbereiches hätte geben können«? Und worin bestand konkret die »Sinn- und Lähmungskrise des internationalen demokratischen Sozialismus um 1947«?

*Günter Benser* (DDR) nahm in seinem Referat grundsätzlicher Stellung. Weder Krieg noch die Alliierten Abkommen hätten die Klassenstrukturen verändert. Deshalb konnten nur politische und soziale Auseinandersetzungen zu neuen sozialen Verhältnissen führen. Der Haltung der Verbündeten in der Antihitlerkoalition zu den internationalen Vereinbarungen über die Entmilitarisierung, Entfaschisierung, Entkartellisierung und Demokratisierung Deutschlands kam dabei eine besondere Bedeutung zu. Der Konstruktivität der sowjetischen Besatzungsmacht bei der Lösung dieser Ziele habe die Tätigkeit der westlichen Besatzungszonen gegenüber gestanden, die in geringerem Grade die Durchsetzung dieser Vereinbarungen anstrebten. Insgesamt bestanden jedoch günstige Voraussetzungen für eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung in allen vier Zonen.

Im Unterschied zu Deutschland hatten sich in Ost- und Westeuropa gleichermaßen nationale Befreiungs- und Widerstandsbewegungen gegen den Faschismus gebildet. Die nationale Befreiung konnte sich mit dem Kampf für soziale Befreiung verbinden und über den revolutionär-demokratischen Kampf zum Kampf für den Sozialismus entwickeln, meinte *J. Volek* (CSSR). Das Hinüberwachsen des nationalen Befreiungskampfes in die volksdemokratische Revolution sei aber auch durch »imperialistische Einnischung« be-

hindert worden, so *Minaew* (UdSSR). »Die Periode der Beendigung des Krieges sowie die danach unmittelbar folgenden Jahre waren gleichzeitig die Zeit der stärksten Besorgnis der Bourgeoisie.« Es konnten jene Kräfte der Bourgeoisie entscheidenden Einfluß auf die Politik gewinnen, die einen Kompromiß zwischen Kapital und Arbeit suchten, woraus für die arbeitende Bevölkerung soziale Zugeständnisse erwachsen (Keynes). Das Niveau der sozialen Aufgaben, das sich der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder stelle, werde durch den »Grad der Aktivität und Radikalisierung der Massen sowie durch das Kräfteverhältnis der Klassen in jedem einzelnen Land und auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens bestimmt.« (*Minaew*)

Welche besonderen nationalen Probleme sich daraus ergaben, behandelte eine ganze Reihe weiterer Vorträge. *A. Elorza* machte im wesentlichen die unentschlossene Haltung der westlichen Demokratien für den Verlauf der Ereignisse in *Spanien* verantwortlich. Obwohl sich alle in der Entfernung *Francos* einig waren, bestanden über den Weg zu diesem Ziel sehr unterschiedliche Meinungen. Antikommunismus und die Trennung von Exilführung und nationaler Führung erwiesen sich als erschwerend im Versuch der Beseitigung der faschistischen Diktatur.

In *Jugoslawien* fanden die Partisanenabteilungen und ordentlichen Kriegerformationen, beide der Befreiungsarmee unter *J. Broz-Tito* zugehörend, eine sichere soziale Basis bei der Bevölkerung. *Klopecic* stellte dar, wie neue Machtorgane, die nationalen Befreiungsausschüsse oder Volksbefreiungsausschüsse entstanden. Die Antihitlerkoalition entwickelte einen Kompromiß zwischen dem Obersten antifaschistischen Rat der Befreiung Jugoslawiens und der bürgerlichen Exilregierung in London. Die einheitliche Regierung *Tito-Subasic* beschloß im Herbst 1945 eine neue Verfassung und die Gründung der föderativen demokratischen Republik. Die Bevölkerung setzte 1945 und 1946 soziale Veränderungen durch, die sich gegen die Rückkehr zu den »alten Verhältnissen« richteten und den Übergang zur sozialistischen Revolution einleiteten. Die bürgerlichen Parteien hatten keine Basis mehr, und von einer sozialdemokratischen Partei blieb keine Spur. Es folgte der Aufbau eines Einparteiensystems und die Bildung eines sozialistischen Bundes der Werktätigen als breiteste Volksfront. Umfassende Agrarreform und Nationalisierung bis Ende 1946 kennzeichneten die Umgestaltung der Wirtschaft. Die Anschuldigungen durch das Informbureau der Kommunistischen Parteien im Juni 1948 führte zum Ausschluß Jugoslawiens aus dem sowjetisch dominierten sozialistischen Lager, wodurch die erste Etappe im Aufbau eines selbständigen sozialistischen Jugoslawiens beendet worden sei.

Die ungarischen Referenten *P. Sipos* und *G. Szekeley* betonten, daß nach der »Vertreibung des deutschen Heeres und seiner heimischen Verbündeten« sich in den osteuropäischen Ländern Koalitionsregierungen bildeten, in denen die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien über die Schlüsselministerien verfügten. Die Machtübernahme sei in keinem Land mit dem Eintreffen der Sowjettruppen zusammengefallen, »die kein Besatzungsregime, keine Militärverwaltung einführten und keinerlei Bestrebungen nach Verwirklichung der proletarischen Diktatur unterstützten«. Die KP Ungarns hatte nur einen Teil der Bevölkerung auf sich vereinigen können, so daß sie auf die Zusammenarbeit mit der starken sozialdemokratischen Partei (SPU) angewiesen war. Das Bündnis beider Parteien war Resultat der Volksfrontpolitik. Im Juni 1948 fusionierten beide Parteien. Die Hegemonie der Arbeiterklasse stellte sich in einem Entwicklungsprozeß her, nachdem die Partei der kleinen Landwirte bei den ersten Parlamentswahlen noch 57% erhalten hatte (KP 17; SP 17,4%).

*J. Halberstadt* referierte über die veränderte Stellung der Arbeiter in der *polnischen Ge-*

sellschaft, über das schnelle Anwachsen der Arbeiterklasse, das aus ihr die Hauptgruppe der gesellschaftlichen Struktur machte. Über die Frage, wie zu einem eigenen Staat zu gelangen war, bestanden in der polnischen Emigration und in den politischen Formationen im Land unterschiedliche Auffassungen. Die bürgerlichen Parteien, vertreten durch die polnische Exilregierung in London, strebten den Wiederaufbau des bürgerlichen Staates in Polen an. Die radikale Bodenreform nach dem Ende des Krieges leitete auch hier grundlegende wirtschaftliche Reformen ein. Durch die Herstellung der ethnisch-territorialen Einheit, der Verschiebung Polens, sei für Polen wie für die UdSSR der Komplex der gegenseitigen Bedrohung verschwunden. Dieses Konzept wurde von der Linken unterstützt und widersprach grundsätzlich der Londoner Exilregierung. Die großen Konflikte und Errungenschaften führten die Linke noch mehr zusammen. Die Partei der Polnischen Sozialisten und die Polnische Arbeiterpartei bildeten die Grundlage des Blocks demokratischer Parteien. Unter den Bedingungen der Existenz der Sowjetunion und anderer volksdemokratischer Staaten, einer günstigen internationalen Situation, hielten beide Parteien einen schrittweisen Übergang zum Sozialismus für möglich. Dieser Aufbau ging nicht ohne bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen ab, weil alte gesellschaftliche Kräfte bemüht waren, in Polen kapitalistische Verhältnisse aufrecht zu erhalten. Evident sei, daß der Prozeß der Vereinheitlichung in beiden Parteien nicht widerspruchlos verlief.

Selbst gegen Ende des Zweiten Weltkrieges gab es in Japan keinerlei Widerstand. Die Organisationen der Arbeiterbewegung zeigten sich machtlos, die japanische Arbeiterklasse war von der nationalistisch-chauvinistischen Ideologie betäubt und empfand die Kapitulation »zunächst stärker als Niederlage denn als Befreiung« (*Hofuku*). Gemäß der Prinzipien der Potsdamer Konferenz führte die US-Besatzungsmacht anfangs eine Entmilitarisierungs- und Demokratisierungspolitik durch und förderte das Gewerkschaftswesen, auch weil eine kommunistische »Unterwanderung« nicht zu »befürchten« war. Diese Form der arbeiterfreundlichen Politik mit sozialpartnerschaftlichem Impetus hatte dennoch im Kampf um die Demokratisierung das Ziel der Produktionskontrolle in den Betrieben aufgestellt (Ende 1945). Im März 1946 nahm dieser Kampf das Ausmaß einer Massenbewegung an. Analog zur Entwicklung in den deutschen Westzonen folgte eine Offensive, auf deren Höhepunkt ein Generalstreik geplant wurde (1947). Das wirksame Verbot durch General Mac Arthur zerbrach diesen Aufschwung. Die antikommunistische und arbeiterfeindliche Politik der von der Liberalen Partei geführten Regierung — abgestützt durch den Kurswechsel der amerikanischen Besatzungsmacht — und die Schwäche der japanischen Arbeiterbewegung hatten zur Folge, daß die USA Japan zum »Bollwerk gegen den Kommunismus im Fernen Osten (Sieg der chinesischen Revolution 1949)« machten. Sowohl im Öffentlichen Dienst als auch in der Privatwirtschaft wurden antikommunistische Kampagnen entfaltet, die die KP-Funktionäre in den Untergrund trieben. KPJ und SPJ befanden sich zudem in innerparteilichen Auseinandersetzungen, so daß die Arbeiterbewegung auf lange Zeit völlig in die Defensive geriet.

*Hu Zhenliang* führte aus, daß der siegreiche chinesische Widerstandskrieg gegen Japan *China* zur demokratischen Revolution führte. Während dieser Revolution (1945-1949) spielte die Arbeiterklasse eine wichtige Rolle, aber die Bauern stellten die stärksten Kräfte der Revolution, deren Schwerpunkte auf dem Land lagen. Die chinesische Volksarmee wurde von der KPCh angeführt, die auch einen aktiven Partisanenkampf organisierte. Bei ihrer Gründung zählte die Volksrepublik China ca. 8 Millionen Arbeiter, von denen 3,9 Millionen zu den Industriearbeitern zählten. Nach dem Widerstandskrieg machte die Arbeiterschaft 5 bzw. 2,5% der Gesamtbevölkerung des Landes aus.

Dieter Fricke (DDR) ging bei seiner Erörterung über methodologische Probleme der Erforschung bewußtseinsmäßiger und sozialpsychologischer Prozesse in der Geschichte der Arbeiterbewegung (Oral History etc.) von Lutz Niethammers (u.a.) Konzeption aus. Jene teilten die Geschichte in »Betroffene« und »politische Akteure«, wobei sich Oral History auf die »Betroffenen« konzentrierte mit der Möglichkeit, dadurch die Geschichtsschreibung zu demokratisieren. Demgegenüber sehe die materialistische Geschichtsauffassung keinen Widerspruch zwischen »Betroffenen« und »politischen Akteuren«. Vielmehr handele es sich um ein Wechselverhältnis zwischen der »revolutionären proletarischen Partei, der Gesamtheit der Klasse und den werktätigen Massen.« Die objektive Rolle der Arbeiterklasse wird nach Fricke nicht deshalb außer Kraft gesetzt, »weil sich Teile der Klasse dieser Rolle nicht bewußt sind«. Die marxistische Geschichtsauffassung wehre sich gegen jene Tendenzen, die einer Psychologisierung der Geschichte das Wort redeten. Die Erforschung der gesetzmäßigen Entwicklung schließe notwendig die Erforschung der Entwicklung der menschlichen Individualität ein, wobei diese mündlichen und schriftlichen Quellen hinsichtlich der sozialen Psyche und Mentalität der Arbeiterklasse eine große Aussagekraft besitzen.

Entscheidend sei, mit welcher Zielsetzung Oral History angewandt werde: »Ihren eigentlichen Aussagewert haben sie nur dann, wenn ihre Spezifik erkannt wird und sie in Verbindung mit anderen für das jeweilige Thema aussagekräftigeren Quellen genutzt werden.« Eine Abwertung des »organisierten, bewußten Faktors« dürfte jedenfalls nicht daraus abgeleitet werden. Um das Wechselverhältnis herauszuarbeiten, stellte Fricke in den Vordergrund, jene Quellen ausfindig zu machen, »in denen Arbeiter berichten, wie ihnen durch ihre Partei Klassenbewußtsein vermittelt und gefestigt worden ist«.

Zarnowska (Polen) betonte die Notwendigkeit, das Massenverhalten und Massenbewußtsein zu analysieren: Es wisse niemand besser als die Historiker der Arbeiterbewegung, »wie oft die zeitgenössischen, sogar scharfsichtigsten Beobachter bei der Bewertung der in den Massen herrschenden Stimmungen sich irrten, wie oft die Unterschiede in der Bewertung des Bewußtseinszustandes der Arbeiterklasse zu nicht enden wollenden Streitigkeiten Anlaß geben, die sogar zu Spaltungen in der Arbeiterbewegung führten.«

Die Diskussion belegte die Notwendigkeit, gerade in diesem Bereich die Forschungen zu intensivieren und sie fruchtbar zu machen für die Darstellung eines Gesamtbildes der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die »Linzer Konferenzen« gaben zu beiden Themen wichtige Anregungen, die im einzelnen im noch erscheinenden Protokollband nachzulesen sein werden.

Klaus-Peter Wolf

## »Soziales Bündnis« oder sozialistische Zielperspektive?

**Bericht vom 5. Neuland-Gespräch des SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe zur gegenwärtigen Programmdebatte am 7. und 8. Februar 1986**

Wichtige Akzente der gegenwärtigen Programmdebatte in der Sozialdemokratie sind vom SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe in einer Konferenzserie in Haus Neuland bei Bielefeld erörtert worden. Mit dem 5. Neuland-Gespräch, das schwerpunktmäßig »Konzepte für ein

neues Wirtschaftsprogramm« erörterte, ist die im Frühjahr 1985 begonnene Gesprächsreihe beendet worden. Im Mittelpunkt dieses 5. Treffens stand die Diskussion mit Wolfgang Roth sowie die Vorlage des Antragsentwurfs »Wirtschaftspolitische Leitlinie der SPD in Ostwestfalen-Lippe«. »Angesichts der brutalen Drohungen der weltweiten Hochrüstung und der ökonomischen Krise und der in aller Welt sichtbar werdenden Umweltkatastrophe benötigt die SPD ein neues Programm«, hieß es in der Einladung. Dieses neue Programm solle dem »historischen Impuls der Arbeiterbewegung entsprechen«. Deshalb will der Bezirk Ostwestfalen-Lippe »durch einen eigenen Beitrag darauf hinwirken, daß im neuen Programm die sozialistische Zielperspektive wieder angeeignet und erneuert wird.«

Gerade vor diesem Hintergrund versprach die Diskussion mit Wolfgang Roth, der für den vom Parteivorstand vorgelegten wirtschaftspolitischen Antragsentwurf verantwortlich zeichnet, besonders interessant zu werden. Denn dieser Entwurf gibt jedweden sozialistischen Veränderungsanspruch auf und empfiehlt der SPD, sich im marktwirtschaftlichen System einzurichten (vgl. hierzu die Kritik von Axel Horstmann in *spw* 29, 408ff.).

Vor weit über einhundert Seminarteilnehmern skizzierte Wolfgang Roth den Antragsentwurf des Parteivorstandes. Er problematisierte den engen nationalen Spielraum und plädierte für eine Wirtschaftspolitik, die die internationalen Rahmenbedingungen verbessert und sich auf Europa konzentriert. Roth setzte sich für ein Sofortprogramm gegen Massenarbeitslosigkeit ein, das vor allem in den Ländern und Gemeinden »greifen« müsse. Er verhehlte in diesem Zusammenhang nicht seine Skepsis gegenüber staatlichen Beschäftigungsprogrammen, wie sie von den DGB-Gewerkschaften gefordert werden. Die Wirtschaftsordnung müsse durch vier Elemente gekennzeichnet sein: Wettbewerb/Markt, Sozialstaat, Wirtschaftsdemokratie, handlungsfähiger Gesamtstaat. Roth setzte sich dafür ein, den Wettbewerb zu verstärken, insbesondere Klein- und Mittelbetrieben zu helfen, von denen eine Erneuerung der Volkswirtschaft ausgehen könne. Eine erweiterte Mitbestimmung und die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialkommissionen (bekannter unter der Bezeichnung Wirtschafts- und Sozialräte) seien wichtige Elemente für die Wirtschaftsdemokratie, für die Erziehung »mündiger Wirtschaftsbürger«. Wesentlich sei eine ökologische Erneuerung sowie eine Politik, die ein Wachstum in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen zur Folge habe. Roth berichtete abschließend, daß bei seinen bisherigen innerparteilichen Diskussionen das vorgeschlagene »soziale Bündnis« von Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Bundesbank am heftigsten umstritten sei. Diesen »sozialen Kompromiß auf Zeit« hält Roth für die »Philosophie des Programms«. Das »soziale Bündnis« müsse sich auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit konzentrieren.

Für den SPD-Bezirk Hessen-Süd setzte Klaus Mehrens hier mit seiner Kritik an, da der Roth-Entwurf sich nicht an den Interessengegensätzen von Kapital und Arbeit orientiere, zumal heute die »höchste Übereinstimmung zwischen Konservativen und Kapital« zu beobachten sei. Hessen-Süd vermißt gesellschaftspolitische Strukturreformen und kritisiert, daß der Wettbewerb überschätzt und die Abhängigkeit der Klein- und Mittelbetriebe von den Großkonzernen unterschätzt werde. Völlig unzureichend seien die Lenkungsinstrumente (Investitionslenkung, Überführung von Konzernen in Gemeineigentum, Demokratisierung). Klaus Mehrens kritisierte insbesondere die strategischen Elemente — hier also das »soziale Bündnis«. Da es »ein Interesse der Kapitalseite an Arbeitslosigkeit gibt«, so Mehrens, »reicht es nicht aus, an die Vernunft aller zu appellieren und einen Solidarpakt« zu beschwören.

Eine ähnliche Kritik äußerte der Hannoveraner Sozialdemokrat Detlev von Larcher für den »Frankfurter Kreis«. Er bemängelte zusätzlich, daß der öffentliche Sektor und die



Forderungen des DGB nach Beschäftigungsprogrammen unberücksichtigt geblieben seien.

In der anschließenden Diskussion verteidigte Wolfgang Roth vehement das »soziale Bündnis«, das er nicht direkt, aber doch unverkennbar, in den Wahlkampfslogan von Johannes Rau »Versöhnen statt spalten« einzuordnen versuchte. Die SPD müsse »die Unternehmer für sich gewinnen«, meinte Roth. Die Aufgabe werde dadurch leichter — so behauptete er dreist —, daß 70 bis 75 Prozent des Kapitals in Arbeitnehmerhand sei.

Am zweiten Seminartag erläuterte Axel Horstmann für den Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe den vorgelegten Antragsentwurf seiner SPD-Gliederung. Er erinnerte nachdrücklich an den Niedergang sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik während der sozialliberalen Koalition in Bonn. Letzte Reste sozialdemokratischer Identität seien verloren gegangen. Die Hauptpunkte des OWL-Antrages seien das Recht auf Arbeit durchsetzen, die sozial gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums herstellen, naturverträglich produzieren und konsumieren, die Gleichberechtigung der Frau erreichen, die demokratische Teilhabe verwirklichen, internationale Soidarität im nationalen Wirtschaften üben sowie mit jedweder Wirtschaftspolitik einer friedlichen Welt nutzen. Für Horstmann gab es keinen Zweifel, daß sozialdemokratische Politik in die »Selbstläufe der Wirtschaft eingreifen« muß, denn eine profitorientierte Wirtschaftsweise — führte er beispielhaft an — neige zu umweltzerstörerischer Arbeit. Horstmann prophezeite deshalb »Widerstand kapitalorientierter Kräfte gegen eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik«. Dabei müßte die SPD Bündnispartner gewinnen, sie kämen allerdings nicht von vornherein auf die SPD zu.

Die drei Ebenen des Entwurfs beschrieb Horstmann damit, daß die Struktur der Güter und Dienstleistungen am Bedarf ausgerichtet werden müßte, daß eine Offensive für die soziale Ausgestaltung der Arbeit und mehr Demokratie notwendig sei. Die Demokratisierung der Wirtschaft sei »Mittel und Zweck sozialdemokratischer Politik«. Der Markt sei lediglich »notwendiges Instrument zur Abstimmung von Angebot und Nachfrage in einer demokratischen Wirtschaft«.

Mit dem eigenen Antragsentwurf und mit den fünf Neuland-Gesprächen dürfte der SPD-Bezirk Ostwestfalen-Lippe erreicht haben, daß seine Stimme in der gegenwärtigen Programmdebatte nicht überhört werden kann.

Vera Kalleicher und Petra Müller

## **Wir wollen Brot und Rosen**

### **12. Frauenkonferenz der IG Metall vom 7. bis 9. November 1985 in Frankfurt**

Das Motto der 12. IGM-Frauenkonferenz »Wir wollen Brot und Rosen« ist der Titel eines Liedes, entstanden 1912 bei einem Arbeitskampf der Textilarbeiterinnen in den USA für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Auch heute noch müssen wir um unsere Rechte als Frauen und Arbeitnehmerinnen kämpfen. Die regelmäßig alle drei Jahre stattfindenden Frauenkonferenzen der IGM bilden den Beweis dafür, daß die Kolleginnen sich einmischen, daß sie politisches Bewußtsein und Verantwortungsgefühl besitzen.

In ihrem Geschäftsbericht ging Gudrun Hamacher, Vorstandsmitglied der IGM, u.a. darauf ein, daß mit zunehmender Dauer der Massenarbeitslosigkeit die Frauen aus dem Arbeitsleben gedrängt werden. Vor allem die gering qualifizierten Frauenarbeitsplätze fallen zunehmend der Rationalisierung zum Opfer. 1970 betrug der Frauenanteil in der Metallverarbeitung 25,1 %, 1983 nur noch 20,6 %. In den nächsten Jahren sind weitere 80.000 bis 170.000 Arbeitsplätze gefährdet, davon 70.000 in der Elektroindustrie, was ganz konkret heißt: Frauenarbeitsplätze fallen weg.

Das Referat des IGM-Vorsitzenden Hans Mayr kam bei den Kolleginnen nicht so gut an, da er sich ihrer Meinung nach zu langatmig mit der amerikanischen Streik- und Gewerkschaftsgeschichte befaßte und zu wenig die Probleme darstellte, die die Kolleginnen interessierten. »Wir hätten gern vom Vorsitzenden gehört, welche Vorstellungen von der IG Metall zur Tarifpolitik entwickelt werden«, lautete denn auch die Frage einer Rednerin.

Ganz besondere Aufmerksamkeit und Zustimmung bei den Delegierten fand Heide Pfarr, Vizepräsidentin der Universität Hamburg, mit ihrem Referat, in dem sie sich mit der Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben und wie sie zu erreichen sei, auseinandersetzte. Sie sagte u.a.: »Die Gleichstellung der Frauen bedeutet eben nicht nur — obwohl auch das heute bereits ein Fortschritt wäre —, daß Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer, wenn sie den Männern zum Verwechseln gleich sind. Gleiche Chancen für Frauen als andere, nämlich als Frauen, das ist es, was Gleichstellung verlangt.«

Anschließend berieten 213 Delegierte (111 gewerbliche Arbeitnehmerinnen, 102 Angestellte) über insgesamt 136 Anträge. Die Anträge zum Thema *Frauenerwerbsarbeit* fordern z.B. die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit für Frauen, d.h., daß alle Kampagnen und politischen Aktivitäten, die die Frauen auf traditionelle Rollenbilder orientieren und damit langfristig Chancengleichheit und Gleichberechtigung verhindern, zurückgewiesen werden müssen. Der Vorstand wurde aufgefordert, im Rahmen der weiteren Konkretisierung des DGB-Beschäftigungsprogramms und der sturkturpolitischen Konzepte der IG-Metall gezielte beschäftigungspolitische Forderungen für Frauen in Zusammenarbeit mit der Abteilung Frauen zu erarbeiten, denn in den bisher vom DGB und der IG Metall erarbeiteten Beschäftigungsprogrammen finden sich gerade für Frauen aus den Büros und der Fabrikation, deren Arbeitsplätze durch Montage und Kommunikationsautomaten gefährdet sind, bisher kaum Alternativen. Verabschiedet wurde die Forderung nach betrieblichen Frauenförderprogrammen, d.h., nach »systematischen betrieblichen Maßnahmenbündeln, mit der die Beschäftigungschancen von Frauen betrieblich verbessert werden sollen«. Es wurde Gleichbehandlung bei Stellenausschreibung und Stellenvergabe gefordert.

Ausführlich wurde über das Thema der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz diskutiert. Viele Frauen verlieren auf Grund dieser Belästigungen ihren Arbeitsplatz, entweder weil sie selber kündigen oder zur Kündigung gezwungen werden. Nun soll dieses Thema verstärkt in die gewerkschaftliche Arbeit einbezogen werden. Die Abteilung Frauen wurde beauftragt, dazu für Betriebsräte und Vertrauenskörper eine Arbeitshilfe zu erstellen.

Zum Thema *Berufliche Bildung* wurde gefordert, daß bei der Neuordnung der Metall- und Elektroberufe darauf geachtet wird, daß junge Frauen eine stärkere Beteiligung an Ausbildungsverhältnissen in diesen Bereichen erhalten sollen.

Die Anträge zum Thema *Rationalisierung* greifen das IG Metall Aktionsprogramm »Arbeit und Technik: Der Mensch muß bleiben« auf und fordern, daß dieses Aktionsprogramm auch im Interesse der Frauen durchgesetzt werden muß. Notwendig sind Konzepte zu einer frauengerechten Arbeitsorganisation, Maßnahmen zur Qualifizierung und Per-

sonalplanung, die der Ausgrenzung der Frauen aus dem Arbeitsprozeß entgegenwirken und menschenwürdige Arbeitsbedingungen schaffen.

Die Anträge zum Thema *Tarifpolitik* greifen zum wiederholten Male die ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen auf. Der Vorstand wurde aufgefordert, die bestehenden Ungerechtigkeiten für die Frauen im Lohn- und Gehaltsgruppengefüge in den nächsten Tarifbewegungen verstärkt in Angriff zu nehmen. Die Forderung nach weiterer Arbeitszeitverkürzung — also 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — wurde zwischen den nördlichen und südlichen Bezirken kontrovers diskutiert. Einige Kolleginnen sahen eher die Forderung nach mehr Lohn und Gehalt für die nächste Tarifrunde als oberste Priorität an und nicht die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Angenommen wurde der Antrag des Ortsfrauenausschusses Hamburg, bereits bei der nächsten Tarifauseinandersetzung im Herbst 1986 weitere Arbeitszeitverkürzung zu fordern.

Die Anträge zum Thema *Sozialabbau/Sozialpolitik* fordern die Rücknahme der Streichungen und Verschlechterungen auf den Gebieten Mutterschaftsurlaubsgeld, Rentenfinanzierung, Erziehungsgeld, Leiharbeit etc. Es wird ganz konkrete gewerkschaftliche Gegenwehr zum Sozialabbau gefordert, z.B. in Form von Flugblattaktionen, Info-Ständen, innerbetrieblichen Aufklärungskampagnen bis hin zu zentralen Demonstrationen.

Zum Dauerthema §218 sprachen sich die Delegierten nach kurzer Diskussion dafür aus, daß der gesamte §218 ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden soll.

Im Zusammenhang mit *Organisationsfragen* wurde ein Frauenförderprogramm für die IG Metall gefordert; es sollen nicht nur mehr hauptamtliche politische Sekretärinnen eingestellt, sondern auch bei der Besetzung von ehrenamtlichen Funktionen (Vertrauensleute, Betriebsrat) mehr Frauen berücksichtigt werden. Die Quote soll sich nach dem durchschnittlichen Beschäftigungsanteil der Frauen in der Metallwirtschaft richten.

Die Anträge zum Thema *Arbeitsrecht und Kampfrecht* fordern z.B. die Zurücknahme der Änderung des Kündigungsschutzgesetzes, die Rücknahme der erleichterten Zulassung von befristeten Arbeitsverträgen und verstärkten Widerstand gegen Aussperrung bei künftigen Arbeitskämpfen.

Eine kontroverse Diskussion ergab sich um die Anträge zur geplanten Novellierung des §116 AFG. Den Delegierten war die Formulierung im Leitantrag, »diesen Absichten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten«, nicht konkret genug. Nach harter Auseinandersetzung wurde ein Initiativantrag mit dem Wortlaut: »Der Vorstand der IG Metall wird deshalb von der 12. Frauenkonferenz aufgefordert, zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte sowie der Existenz der Gewerkschaften, die durch die Veränderung des §116 AFG bedroht wäre, die Mitglieder aufzurufen, von ihrem Streikrecht Gebrauch zu machen. Dabei können z.B. Mahnminuten und Warnstreiks Vorformen dieses Kampfes sein.«

Es wurden Anträge diskutiert und verabschiedet gegen eine Verschärfung des *Ausländergesetzes*, gegen den Rechsextremismus, gegen die Verletzungen der demokratischen Freiheits- und Menschenrechte sowie gegen die Einschränkung und Beseitigung von Gewerkschaftsrechten in der Türkei. Gefordert wurde die Einführung von Demokratie und Menschenrechten in Südafrika.

Zum Thema *Frieden und Abrüstung* wurde der Aufbau und die Unterstützung gewerkschaftlicher Friedensgruppen in den Betrieben gefordert. Es sollen die Bemühungen verstärkt werden, auf Betriebsversammlungen, in gewerkschaftlichen Veranstaltungen und in der Öffentlichkeit den Zusammenhang von Hochrüstung, Sozialabbau und Kriegsgefahr aufzuzeigen.

Die Frauenkonferenz hat insgesamt gezeigt, daß die Forderungen und Positionen der Frauen in vielen Fällen weitergehender als die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages der IGM sind.

**Konzepte zum Frieden**

**Vorschläge für eine neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik der SPD**



**KONZEPTE ZUM FRIEDEN**  
Vorschläge für eine neue Abrüstungs- und Entspannungspolitik der SPD  
Hrsg.: Katrin Fuchs, Hajo Hoffmann, Horst Klaus  
spw

Herausgegeben von Katrin Fuchs (MdB), Hajo Hoffmann (Wirtschaftsminister Saarland) und Horst Klaus (IG Metall)

In »Konzepte zum Frieden« schreiben u.a.: E.Bahr: Die wirkliche Chance in Genf — SDI, Sicherheitspartnerschaft und die Genfer Verhandlungen; K.Fuchs: Frieden ist möglich — durch Abrüstung und Entspannung; G.Gaus: Die DDR — »Stachel im Fleische unserer Selbstgefälligkeit«; H.Hoffmann: Die wirtschaftlichen Konsequenzen der Bundeswehrplanung; K.Gilges: Essener Parteitag und wie weiter? Zur friedenspolitischen Programmdiskussion in der SPD; H.Klaus: Gewerkschaftliche Positionen und Aktivitäten zur Friedenspolitik; R.Schöfberger: Zivilschutz und Friedenspolitik.

182 S., 23 DM ISBN 3-922489-06-0

**spw-Vertrieb: Tegeler Str. 6  
1000 Berlin 65**

Die Zeitschrift  
für die Parteilinke



**Sozialist**

**Büro der Zukunft**

- Zeitschrift von Marxisten in der SPD
- Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Arbeiterbewegung
- Erscheint 6mal im Jahr
- Einzelpreis DM 3,—
- Jahresabo DM 18,—

Kostenloses Probeheft bei:  
**SOVEC, Henri-Dunant-Str.3  
3400 Göttingen**

## Briefe an Redaktion und Autoren

**Betrifft: Klaus-Peter Wolf zu Wolfgang Abendroth, u.a., SPD — Jenseits von Godesberg, Heilbronn 1985«, in: *spw* 29, S. 514f.**

Es gilt als unfein, auf die Besprechung eigener Hervorbringungen zu antworten. Wenn ich dennoch auf Klaus-Peter Wolfs Rezension meines Beitrages in »SPD — Jenseits von Godesberg« im letzten Heft dieser Zeitschrift eingehe, so nur, um ein Mißverständnis auszuräumen, das seit meinem ersten Artikel zur Programmdebatte in der *spw* (Ein neues Programm als Konsequenz der Wahlniederlage?, in: *spw* 20 vom Sept. 1983, S. 346ff.) immer wieder auftaucht: Meine Position zur gegenwärtigen Diskussion um ein neues Parteiprogramm wird auf den verkürzten Nenner gebracht, ich riete den Marxisten in der SPD von einer Beteiligung an dieser Debatte ab, da sie sonst Gefahr liefen, der von der Parteiführung mit der Programmrevision intendierten Integrationsstrategie ins Garri zu gehen.

Mit meinen Beiträgen habe ich versucht, aus der Analyse der Vorgeschichte der gegenwärtigen Debatte und des bislang bekanntgewordenen Inhalts der beabsichtigten Programmrevision auf Absichten und Ziele der Parteiführung (die diese Diskussion initiiert hat) sowie der verschiedenen Flügel der Partei zu schließen. Die Einschätzung, daß es der Parteiführung und dem rechten Flügel (aber auch Teilen der Reformisten) dabei hauptsächlich um die Integration der neuen sozialen Bewegungen und der innerparteilichen Strömungen unter Beibehaltung der Godesberger Grundentscheidungen geht und nicht etwa um die Aufarbeitung und Revision des »gescheiterten Godesberger Weges« hat sich wohl durch die bisherigen programmatischen Bemühungen — man denke an die Wirtschaftspolitik — wie auch durch die praktische Richtung, die die SPD unter dem Kanzlerkandidaten Rau nimmt (und die die Euphorie über die angeblich schon vollzogene Wende der SPD-Politik, die im letzten Sommer aufkam, etwas dämpfen dürfte) erhärtet. Von daher besteht kein Anlaß, die Befürchtungen und Warnungen zurückzunehmen, die mit einer Programmdebatte verbunden sind, die eher als Ersatz denn als Resultat einer grundlegend veränderten Politik begriffen werden muß.

Trotz dieser Intentionen und in Kenntnis der — diese Absichten stark begünstigenden — innerparteilichen Kräfteverhältnisse, kann die Linke natürlich nicht versäumen, die Möglichkeiten zu nutzen, die eine breite Debatte um Grundlagen und Ziele sozialdemokratischer Politik bietet, um für »eine weitere Öffnung der Partei nach links« zu kämpfen (K.P. Wolf). Hierin stimme ich mit Klaus-Peter Wolf selbstverständlich überein (was man übrigens dem besprochenen Buchbeitrag entnehmen kann) und versuche, als Mitglied der Programmkommission meines Unterbezirks auch in diesem Sinne zu wirken. Die Frage, wie diese Öffnung nach links durch die Programmdebatte befördert werden soll, ist der Kern der Kontroverse. Ich halte die Überlegung, daß vorrangig ein Kurswechsel der Partei in der Praxis angestrebt werden muß, und daß diesem Ziel die Formulierung von Alternativen »zu allen gesellschaftlichen Kernfragen ... anknüpfend an den Positionen der Gewerkschaften, der alternativen Wirtschaftswissenschaftler, der Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung« (SPD — Jenseits von Godesberg, a.a.O., S. 33), durch die Linke in der Programmdebatte nützlich wäre, für realistischer (sowohl hinsichtlich der Mehrheitsverhältnisse in der Partei und dem Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen als auch hinsichtlich der bewußtseinsbildenden Qualität solcher konkreter Alternativen — etwa zur Wirtschaftspolitik der Partei und dem Roth-Papier) als die Erarbeitung abstrakter

sozialistischer Programmwürfe. Wolfgang Abendroth hat diese Überlegung zu dem Vorschlag verdichtet, ein »Aktionsprogramm anzusteuern«, das »an den realen Aktivitäten« der Mehrheit der SPD-Mitglieder und -Wähler anknüpft. »Dabei geht es erstens um alle Probleme des gewerkschaftlichen Kampfes, anhand derer die Klassenproblematik unmittelbar bewußt gemacht werden kann, also neben der Verteidigung und Erweiterung des Lebensstandards vor allem um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ..., die in planende Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur einzubetten wäre ... Dabei geht es zweitens um Abrüstung und Friedenssicherung durch Verständigungspolitik mit den sozialistischen Staaten und Unterstützung aller Emanzipationskämpfe gegen koloniale oder neokoloniale Unterdrückung. Es geht drittens um systematische Durchsetzung ökologischer Programme, die gleichzeitig der Vollbeschäftigung dienen. Ein demokratisierender Katalog kultureller und bildungspolitischer Losungen und demokratisierende Forderungen rechtlicher Art ... lassen sich mit einem derartigen Aktionsprogramm leicht verbinden. In der Debatte darüber werden sich dann immer wieder Denkanstöße in Richtung auf Wiederentwicklung von Klassenbewußtsein und auf das Erfordernis des Fernziels einer sozialistischen Gesellschaft entwickeln ...« (SPD — Jenseits von Godesberg, a.a.O., S. 18f.) Ob wir mit diesen Positionen auf »Distanz zur Programmdebatte« gegangen sind, wie Klaus-Peter Wolf meint, mag dahingestellt bleiben. Sicherlich fordern diese beiden Beiträge andere Formen und Wege der Beteiligung der Linken an ihr. Aber niemand — das sei klargestellt — hat versucht; der Linken eine Nichtbeteiligung an der Programmdiskussion zu empfehlen.

Heinz-Gerd Hofschien (Bremen)

## Besprechungen

**Sachs, Wolfgang: Die Liebe zum Automobil.** Ein Rückblick in die Geschichte unserer Wünsche. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 1984 (271 Seiten, Ln., 42,- DM)

Die Rede von einer Verkehrskrise in den Städten, hervorgerufen durch die private Motorisierung, ist verblüffend alt. Sie findet sich bereits in den zwanziger Jahren, zu einer Zeit, da das Auto noch eine Luxusware ist und nur von wenigen Privilegierten privat angeeignet werden kann. Der Anteil des Autos an der Zerstörung der Umwelt, der Wälder wie der Städte, der alltägliche Kriegszustand auf den Straßen — dies alles wird seit Jahren vielmals beklagt. Die Attraktivität des Autos ist dennoch ungebrochen. Die Aufklärung über negative Folgen allein, so wichtig sie ist, reicht nicht aus. Eine Analyse der Attraktionskräfte, die mit dem Auto verknüpft sind und zu seiner Verankerung in der Lebensweise entscheidend beitragen, ist daher für die Entwicklung der Handlungsfähigkeiten der ökologischen Kräfte von zentraler Bedeutung. Das Buch von *Wolfgang Sachs* leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Die Eisenbahn hatte im 19. Jahrhundert die Verkehrsverhältnisse revolutioniert. Sie befreite den Verkehr aus den Fesseln der organischen Natur. Aber zugleich griff sie auch die sozialen Schranken an, die mit dem Reisen in der Kutsche verknüpft waren: Die Eisenbahn war von vornherein nur kollektiv, von vielen nutzbar und daher »ein gänzlich unfeudales Verkehrsmittel« (17). Sachs zeigt anschaulich, wie dem Auto vor diesem Hintergrund eine »restaurative Bedeutung« zuwächst (18), die ihm in den besitzenden Schichten eine begeisterte Aufnahme sichert. Das Auto verbindet die technischen Vorteile der Eisenbahn, das schnelle Zurücklegen großer Entfernungen, mit der für den Privatmann entscheidenden Eigenschaft der individuellen Verfügbarkeit: Nicht mehr mit »unausstehllichen Menschen in ein Coupé gesperrt zu werden« (113) — auf diesen Nenner bringt der Schriftsteller Bierbaum seinen triumphalistischen Autoreisebericht von 1903. Die neue Freiheit ist nur auf dem Weg der privaten Aneignung zu haben.

Auf der anderen Seite ist der Gebrauch des Autos auf eine Einrichtung der Allgemeinheit angewiesen: die Straßen. Da die neue Technik eine im Vergleich mit den übrigen Verkehrsteilnehmern unerhört hohe Geschwindigkeit zur Privatsache einzelner macht, gerät sie schnell in Konflikt mit den bisherigen Bewohnern der Straße, den »Fußgängern, Pferdefuhrwerken, spielenden Kindern und allerlei Federvieh« (24). Von Anfang an — und nicht erst ab dem Moment, wo die Automobildichte größer wird — ist daher die Eroberung der Straße durch das neue Verkehrsmittel von zahlreichen Protesten begleitet. Bereits 1912 wird die Forderung erhoben, nur solche Fahrzeuge in der Öffentlichkeit zuzulassen, die eine »behördlich festzusetzende Höchstgeschwindigkeit überhaupt nicht überschreiten können« (vgl. das Dokument, S.245). Aber so zahlreich diese Proteste sind, so fruchtlos sind sie zumeist. Der Schweizer Kanton Graubünden, in dem bis 1925 ein generelles Automobilverbot gilt, ist die große Ausnahme. Sachs zeigt, daß ohne die Zusammenarbeit von Staat und Großkapital die rasche Austreibung des vielfältigen Lebens auf den Straßen durch das Automobil nicht möglich gewesen wäre. Die Rechtfertigung des neuen Industriezweiges, der, wie es in der *Frankfurter Zeitung* 1908 heißt, »den Keim künftiger Größe in sich birgt« (39), verbindet sich problemlos mit dem imperialistischen politischen Diskurs.

Der ökonomische Aufschwung nach der Inflation eröffnet einer wohlhabenden bürgerlichen Schicht den Zugang zum Automobil. Die Gestalt des »Herrenfahrers«, der sich

selbst ans Steuer setzt und keinen Chauffeur mehr braucht, verbreitet sich. Aber schon im Deutschland der zwanziger Jahre wird die Exklusivität der großen Wagen durch ein weiteres Projekt ergänzt, für das die USA das Vorbild abgeben: die Massenmotorisierung. Die Autoindustrie spielt eine doppelte Vorreiterrolle. Sie entwickelt neue, effektivere Produktionsverfahren, z.B. das Fließband, und sie entwirft zugleich eine neue Strategie zur Regulierung des sozial-ökonomischen Gegensatzes: Durch höhere Löhne soll der unmittelbare Produzent als Konsument am gesellschaftlichen Reichtum beteiligt werden. Der Name Henry Ford steht für dieses Vorhaben. Seine Autobiographie wird, wie Sachs mitteilt, im Berlin von 1925 zu einem Bestseller (vgl. 57).

Mit dem Bau der Autobahnen sichert sich der deutsche Faschismus massenhafte Anerkennung, die bis heute nachwirkt. »Wer immer sich daran machte, ... jene Zustimmung von unten inmitten der Unterdrückung von oben sichtbar zu machen, der müßte der Motorisierungspolitik der Nationalsozialisten ein eigenes Kapitel einräumen.« (63)

In der Motorisierungspolitik überlagern sich zwei große Problemfelder: die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit und die Überwindung der inneren Gegensätze in der Form der »Volksgemeinschaft«. Die Autobahn, die mit ihren Brücken und Tunneln rücksichtslos ist gegen die Besonderheiten der Landschaft, verkörpere »die Vision von der durchgängigen Gesellschaft« (70), die weder kulturelle Sonderwelten noch »gegenläufige Ansichten (Kommunisten)« gelten läßt (69). Zugleich sollte jeder Volksgenosse über ein privates Anschlußstück an die neuen Verkehrswege verfügen. »Fünf Mark die Woche mußt du sparen, willst du im eignen Wagen fahren« — 330.000 Menschen sparten, ohne ihren KdF-Wagen, wie der Volkswagen zunächst hieß, jemals zu erhalten. Ob die KdF-Aktion von vornherein der Kriegsfinanzierung diene, wird von Sachs nicht weiter verfolgt.

Man weiß, welch ungeheure Bedeutung der Konsumismus, das »Wirtschaftswunder«, für die Entwicklung des westlichen Nachkriegsdeutschland hat. Sachs versucht nun zu zeigen, daß dem Volkswagen hierbei eine strategische Bedeutung zukommt. Er steht nicht nur für einen der »größten industriellen Erfolge« (Nordhoff; 87), er repräsentiert zugleich einen neuen Interklassismus. Der ADAC schreibt 1965: »Der Kraftfahrer ist keine Klasse für sich, er repräsentiert durch die fortschreitende Motorisierung bereits die Masse des Volkes und verlangt keine Sonderrechte.« (Vgl. das Dokument, S.96) Der »Wohlstand für alle«, wie Ludwig Erhard 1957 sein Buch nennt, findet einen seiner prominentesten Ausdrücke im »Auto für alle«.

Aber mit seiner Verallgemeinerung scheint das Auto auch an Attraktivität verloren zu haben. Die »Allmachtsgefühle« (136), die dem umfassend ohnmächtigen Privatmann als Autofahrer zuwachsen, werden durch die zunehmende Automobildichte beschnitten. Der Stau führt dem privaten Verkehrsteilnehmer seine Gesellschaftlichkeit gewaltsam vor Augen. Eine Antwort auf diese Situation ist die Wiederentdeckung des Fahrrads, die einhergeht mit Forderungen nach einer »Wiederbelebung der Nähe«, nach der Schaffung »geschwindigkeitsbefriedeter Zonen«, kurz, dem »Umbau der Nähe zur Heimat« (259). Diese Elemente der Utopie einer »gemächlichen Gesellschaft«, in die Sachs sein Buch münden läßt (vgl. 255ff.), zeigen, daß eine ökologisch verträgliche Lösung des Transportproblems grundlegende Fragen der Lebensweise berührt. Aber muß sie nicht solange abstrakt bleiben, wie sie nicht in Verbindung gebracht wird mit der Machtfrage in der Produktion? Sachs' Vorstellung, daß die Geschwindigkeitsbegrenzung in die Motoren eingebaut werden muß (257) — setzt sie nicht einen massivem Umbau der kapitalistischen Verfügung über die Produktionsmittel voraus? Deren Besitzer sind keineswegs untätig, wie Sachs zeigt: Geschickt gelingt es ihnen, ihre Polemik gegen die Umweltschützer mit einem Lob-



gesang auf das umweltfreundliche, energiesparende und abgasarme Auto zu verknüpfen (249). Wie verhindern, daß die ökologische Skepsis auf die Mühlen der Autoindustrie umgeleitet wird? Die Rede von einer »nach-ökonomischen Gesellschaft«, mit der das Buch endet (261), entwirft ein harmonisches Bild, wo ein strategisch-politisches Problem formuliert werden müßte: Ökologische und sozialistische Kräfte sind bei der Entwicklung seiner Lösung dringend aufeinander angewiesen.

Die Auswahl der zahlreichen Abbildungen, Textdokumente und Augenzeugenberichte ist ausgezeichnet. Leider dürfte der hohe Preis der Verbreitung des Buches entgegenstehen. Eine billigere Taschenbuchausgabe wäre wünschenswert. Peter Jehle (Berlin/West)

**Wippermann, Wolfgang: Die Bonapartismustheorie von Marx und Engels.** Klett Verlag, Stuttgart 1983 (318 Seiten, Ln., 84,- DM)

»Zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte« (K. Marx: Bürgerkrieg in Frankreich, MEW 17, S.338), kommt es Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich zu einem Staatsstreich, mit dem Louis Bonaparte die Macht erringt. Er wurde unterstützt von den konservativen Parzellenbauern und der Bourgeoisie (K. Marx: 18. Brumaire, MEW 8) und stellte die politische Umsetzung eines historischen Gleichgewichts zwischen antagonistischen Hauptklassen dar. Dieses Regime zeichne sich — so Marx (K. Marx: 18. Brumaire, MEW 8) — durch eine relative Selbständigkeit von den sozialen Klassen aus und wurde von ihm und Engels als *Bonapartismus* begriffen.

Wippermann betont die Wichtigkeit dieser Bonapartismustheorie: »Der Bonapartismustheorie von Marx und Engels kommt im Rahmen der gegenwärtigen Faschismuskritik ... eine große Bedeutung zu. Die Bonapartismusschriften selbst können einen wichtigen Beitrag zur Erklärung der Staatstheorie von Marx und Engels liefern.« (216) Trotz dieser Bedeutung seien die Bonapartismusschriften selbst von Faschismus- und Staatstheoretikern nur unzureichend rezipiert worden. Diese Forschungslücke will Wippermann mit seiner Habilitationsschrift schließen. Sein Ziel ist eine historiografische und theoriegeschichtliche Lektüre (vgl. 216). Über weite Strecken überwiegt der durch die erste Fragestellung vorgegebene »Historiker-Blick«: Minutiös werden Marx und Engels — unter Zuhilfenahme des heutigen Forschungsstandes — diverse Fehleinschätzungen nachgewiesen. Die Rezension wird sich auf das theoriegeschichtliche Vorgehen beschränken (zu den anderen Fragen siehe auch Richard Saages Rezension in *Argument* 145), da hierin das meines Erachtens »Beerbbare« von Marx und Engels liegt: Lassen sich in ihrem Werk Bausteine für die Entwicklung einer marxistischen Staatstheorie finden?

Ausgangspunkt von Wippermanns Arbeit ist der Vergleich von »Kommunistischem Manifest« und »18. Brumaire«. In diesen beiden Texten lassen sich verschiedene Staatsverständnisse finden: »In Schriften wie dem 'Kommunistischen Manifest' wird der Staat als bloßes Instrument der mächtigsten ökonomischen Klasse angesehen, die mit seiner Hilfe auch zur politisch herrschenden Klasse werde. Im Gegensatz zu diesem Staatsverständnis, das ich im folgenden als heteronomistisch bezeichne, findet man vor allem im 'Achtzehnten Brumaire' die Feststellung, daß sich der Staat auch selbständigen, d.h. eine relativ autonome Stellung einnehmen könne.« (8) Wippermann will nun in seiner Arbeit das Gesamtwerk von Marx und Engels einer Analyse unterziehen, um zu fragen, in welchem Verhältnis die Deutungen des Staates als heteronome und als relativ autonome Erscheinung zueinander stehen.

In seinem ersten Kapitel stellt Wippermann die Bonapartismus-Diskussion in der ersten

Hälfte des 19. Jahrhunderts (also vor Marx) vor und versucht, einen Überblick über die »Entwicklung der 'klassischen' Geschichts- und Staatstheorie von Marx und Engels bis zum 'Kommunistischen Manifest'« (30) zu geben. In dieser »klassischen Staatstheorie« sei der bürgerliche Staat »nichts anderes als das Instrument der Bourgeoisie« (40). In den beiden folgenden Kapiteln werden dann die Frankreichschriften vor dieser Folie gelesen. Die »klassische Staatstheorie« sei durch die Ereignisse in Frankreich in Frage gestellt worden: »Wenn Marx im '18. Brumaire' die These von der partiellen und temporären Verselbständigung der Exekutive entwickelte, so sprach er sich damit gegen seine eigene bisherige Auffassung aus, wonach der Staat nur das heteronome [fremden Gesetzen folgend, d. Verf.] Werkzeug der ökonomisch mächtigsten Klasse sei.« (217). Durch die dann folgende Untersuchung anderer historisch-politischer Schriften über Rußland, Preussen und Spanien will Wippermann klären, ob Marx und Engels das Bonapartismus-Phänomen nur als Ausnahmerecheinung begriffen (vgl. 220). Sein Ergebnis: Auch bei anderen historischen Phänomenen beobachten Marx und Engels Verselbständigungserscheinungen des Staates; der *Bonapartismus* sei also kein vereinzelt, französisches Phänomen.

Nach dieser Untersuchung von »realsoziologischen« Schriften, deren Unterscheidung von »idealsoziologischen« Schriften im Marx/Engelsschen Werk Wippermann von Ernst Nolte übernimmt (s.a.: Ernst Nolte: Idealsociologie und Realsoziologie im Werk von Marx und Engels, in: Politische Vierteljahresschrift 14/1974, 155-175), werden nun auch diese »idealsoziologischen« Schriften (Deutsche Ideologie, Grundrisse) zu Rate gezogen, um zu fragen, ob die Auffassung, die »klassische« Staatstheorie sei eine »heteronomistische«, überhaupt haltbar ist. Er findet hier (so auch im »Kapital«) ebenfalls Ansätze eines »tendenziell autonomistischen« Staatsverständnisses, was für Wippermann eine Revision nötig macht: »Dieses relativ autonomistische Staatsverständnis kann als die 'eigentliche' und ursprüngliche Definition des Staates durch Marx und Engels angesehen werden.« (222) Dieses Staatsverständnis finde sich sowohl in Frühschriften wie der »Deutschen Ideologie« als auch in Spätwerken wie den »Grundrissen«, dem »Kapital« und dem »Anti-Dühring«, die Bonapartismusschriften seien somit als *Gelenk* dieses Staatsverständnisses anzusehen. Im folgenden werden die Schriften von Marx und Engels in die Bonapartismuskritik des 19. Jahrhunderts eingeordnet und im Abschlußkapitel ein Überblick über die Rezeption der Bonapartismustheorie — vor allem zur Faschismuserklärung, aber auch bei neueren Ansätzen, wie zum Beispiel den Populismustheorien — bis heute gegeben.

Kritisch anzumerken ist vor allem zweierlei: Zum einen scheint mir die Gliederung in »Reak- und »Idealsoziologie« wenig brauchbar zu sein. Besser wäre es, nach den verschiedenen *Funktionen* der Texte und nach den historischen Situationen und Bedingungen zu fragen, unter denen sie geschrieben wurden. So ergäbe sich eine Erklärung des »heteronomistischen« Staatsverständnisses des »Kommunistischen Manifests« aus seinem Charakter als programmatische Streitschrift gegen die Bourgeoisie und noch nicht gemachten Erfahrungen (so führte die Erfahrung der Pariser Kommune zu einer Selbstkritik an den Manifest-Aussagen, die man in späteren Vorworten nachlesen kann). Die Frankreichschriften haben hingegen den Charakter von konkreten Politikanalysen, welche eine bestimmte historische Situation und ihre Kräfteverhältnisse analysieren sowie weitreichendere staats-theoretische Überlegungen einschließen.

Zum anderen sehe ich im Gegensatz zu Wippermann bei Marx und Engels selbst keine ausgearbeitete Staatstheorie, die etwa mit dem Unternehmen des »Kapitals« auf dem Gebiet der politischen Ökonomie vergleichbar wäre, weder eine »klassische« noch eine Wip-

permanente »eigentliche«, Was man jedoch — verstreut über das Marx/Engelsche Gesamtwerk — finden kann, sind verschiedenste Aussagen über den Staat und verschiedene konkrete Staaten. Aus diesen Aussagen ließen sich Ansätze für die Entwicklung einer marxistischen Staatstheorie herausfiltern, deren »Brauchbarkeit« aber allemal an den heutigen Klassenkämpfen zu überprüfen wäre. Bei der Suche nach diesen Ansätzen ist die Wippermannsche Arbeit — trotz der Kritik — eine wichtige Stütze. Sie macht deutlich, wie Marx und Engels ihre Aussagen über den Staat immer wieder veränderten, durch neue historische Erfahrungen in Frage stellen ließen, umarbeiteten und sich zumindest eines verbietet: die Rede von *dem* Marx/Engelschen Staatsverständnis.

Jürgen Blume (Berlin/West)

**Die Grünen (Hrsg): Euromilitarismus. Zur Bedeutung der »Europäisierung der Sicherheitspolitik«.** Köln-Bonn 1985 (223 Seiten, 12,80 DM)

Die Friedensbewegung hat sich über die Auseinandersetzung mit dem NATO-»Nach«-rüstungsbeschluß in bis dahin ungekannter Breite und Mobilisierungskraft etabliert und ist dabei zu den Widersprüchen in der NATO vorgestoßen. Die Kritik an Doktrinen, Strategien und einer Sicherheitspolitik, die weniger Waffen mit weniger Sicherheit gleichsetzt, hat nicht zuletzt dazu beigetragen, daß der Zeitpunkt des Stationierungsbeschlusses des Bundestages vom November 1983 nicht mit dem Ende der Friedensbewegung zusammenfiel. Kein Springen vom Hölzchen auf's Stöckchen oder anders ausgedrückt: keine isolierte Auseinandersetzung mit neuen militärstrategischen Überlegungen ist von daher jetzt für die Friedensbewegung angesagt, sondern eine Reflexionsphase, die die Zusammenhänge und politische Funktionen von Rüstung thematisiert und beispielsweise SDI wie auch die Europäisierung der Sicherheitspolitik einordnet.

Eine Verstärkung der Friedensbewegung ist vor diesem Hintergrund das Anliegen des von den Grünen herausgegebenen und von einer Hamburger Projektgruppe zusammengestellten Sammelbandes zum Euromilitarismus. Der Reader versammelt eine Auswahl von Papieren, die auf einer internationalen Arbeitstagung der Grünen im Bundestag im Dezember 1984 in Bonn vorgelegt und diskutiert wurden. Teilnehmer waren Friedensbewegter, Friedensforscher/innen und Politiker/innen aus dem westeuropäischen Ausland und aus der BRD.

Die Hauptfragen, mit denen sich die vorliegenden Aufsätze auseinandersetzen, betreffen unter anderem die Interessen der USA und der westeuropäischen Verbündeten an einer »Europäisierung« der Sicherheitspolitik, die institutionellen Wege einer solchen »Europäisierung« über die Wiederbelebung der WEU, die Erweiterung der Themen der EG bzw. der EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit), die Rolle der deutsch-französischen Rüstungskoooperation, die Haltung der zweiten westeuropäischen Nuklearmacht Großbritannien zur Europäisierung sowie der Stand der Debatte in den Friedensbewegungen und Parteien in Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden. Weitere Themen sind die sowjetischen Reaktionen auf die Tendenzen der »Europäisierung« (Andreas Oldag), das Verhältnis zwischen den westeuropäischen und amerikanischen Rüstungsindustrien (Michael Lucas), die ideologische Bedeutung der Europäisierungsdebatte bei uns (Hanne Birckenbach) sowie Überlegungen zu der Frage, wie die Friedensbewegung mit dieser Entwicklung umgehen sollte (Andreas Bura, Albert Statz). Mit dieser breiten Palette von Themen bezwecken die Grünen, zur weiteren Politisierung der Friedensbewegung beizutragen und ihrerseits — das muß man wohl unterstellen — in der Diskussion die Initiative zu gewinnen. Von daher kommt der Auseinandersetzung mit der — in der

Tat sehr problematischen — Haltung der SPD zur Europäisierung eine besondere Bedeutung zu.

Die Hamburger Projektgruppe kritisiert dann auch in ihrem ersten, den Reader einleitenden Beitrag die Inkonsequenz sozialdemokratischer Positionen. Auf der einen Seite, so die Autoren, werde für strukturelle Nichtangriffsfähigkeit plädiert und sogar die Aufrüstung der USA kritisiert. Auf der anderen Seite heißen aber SPD-Politiker die Aufhebung der WEU-Rüstungsbeschränkungen für die BRD gut bzw. haben sich bei der entsprechenden Abstimmung in der WEU-Versammlung der Stimme enthalten.

Als illusionär bezeichnet die Projektgruppe die von seiten der SPD mit der »Selbstbehauptung Europas« verbundene Annahme, daß die Stärkung des westeuropäischen Einflusses in der Allianz »mäßigend« auf die USA wirken und für Tauwetter zwischen den beiden Blockführungsmächten sorgen könnte. Derartigen Vorstellungen setzen sie die These entgegen, daß »Europäisierung« unter den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Bedingungen Rüstungs Kooperation heißt, folglich (konventionelle) Aufrüstung Westeuropas meint und zudem die Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Rüstungsindustrie gegenüber den USA verbessern soll. Unter solchen Vorzeichen ist die »Selbstbehauptung Europas« kein neuer Weg, Sicherheit zur organisieren oder gar abzurufen. Die Projektgruppe bezweifelt sogar, ob auf diese Art eine neue Entspannung möglich sein kann. Für die friedenspolitischen Auseinandersetzungen in diesem Kontext ist von großer Bedeutung, auf die Verwendung des Begriffs »Europäisierung« zu achten. Hierbei fällt bei der gegenwärtigen Diskussion auf, daß zwar eine Reorganisation der *westlichen* Sicherheitspolitik (z.B. innerhalb der NATO) gemeint ist, aber über den Begriff »Europäisierung« eine Identifikation Westeuropas mit Gesamteuropa gewissermaßen hinten herum stattfindet. Will die Friedensbewegung wirklich neue Perspektiven entwerfen, die nicht von der etablierten Politik ohne weiteres integriert und damit neutralisiert werden können, muß sie auf die Veränderung der Strukturen drängen, die ihr eigenes (nationales) politisches Umfeld prägen. Die Projektgruppe unterscheidet deshalb: »Die Europäisierung Europas« im Kontext des Sprachgebrauchs der Friedensbewegung steht für die Überwindung der Blockkonfrontation in Europa, für die Schaffung einer von Blöcken und gegenseitiger militärischer Bedrohung freien neuen europäischen Friedensordnung« (8).

Ähnlich argumentiert auch Albert Statz in seinem Beitrag über mögliche Strategien der Friedensbewegung. Er kritisiert sozialdemokratische Politik im Kontext der Europäisierungsdebatte als zu kurz gegriffen. Die SPD formuliere keine Umsetzungsstrategie weitreichender friedenspolitischer Ziele, »sondern arbeitet sie dadurch klein, daß sie eine Trennung zwischen langfristiger positiver Utopie und tagespolitischem Pragmatismus vollzieht« (197). Statz warnt deshalb vor einer Integration der Friedensbewegung in eine solche Politik, die weitreichende politische Ziele in das Land der Utopie verweisen würde und damit letztlich wieder von den Sachzwängen eingeholt werden könnte. Angesichts des dramatischen Defizits der sicherheitspolitischen Debatten innerhalb der Sozialdemokratie bei der Entwicklung von *Strategien*, die an zu überwindenden Strukturen anknüpfen, sind die kritischen Bemerkungen und strategischen Überlegungen, die in diesem Band enthalten sind, bereits Grund genug, sich den Reader genauer anzusehen. Darüber hinaus bietet er einen relativ breiten Überblick über die Problematik aus verschiedenen Perspektiven. Leider fehlt im Reader selbst allerdings eine Position aus den Reihen der SPD, die sich ebenfalls mit der Problematik der »Europäisierung« befaßt, aber nicht die offiziellen und durch die Medien bekannten Argumente vorträgt. Dies wäre eine Bereicherung für den Gesamtzusammenhang gewesen. Aus der Sicht der Grünen ging es aber sicher eher um die

Darstellung ihrer eigenen (neben ausländischen) Positionen und eines eigenen Profils zum Thema West-Europäisierung. Alles in allem ein lesenswertes, informatives und politisch anregendes Buch.

Christiane Rix (Hamburg)

**Bernt Engelmann: Vorwärts und nicht vergessen.** Vom verfolgten Geheimbund zur Kanzlerpartei. Wege und Irrwege der deutschen Sozialdemokratie, C. Bertelsmann Verlag, München 1985 (544 Seiten, Ln., 48,- DM)

Bernt Engelmann hat eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1969 vorgelegt, die auf über 500 Seiten ihre »Wege und Irrwege« vom »verfolgten Geheimbund zur Kanzlerpartei« darstellen will. Die Verlagswerbung betont, daß es ein kritisches Buch sei, das »sich nicht verpflichtet fühlt — im Gegensatz zu den üblichen, lückenhaften Parteigeschichten aus offiziöser Sicht —, die verschiedenen Fehlentwicklungen und 'Irrwege' der SPD zu bemängeln.« Bernt Engelmann ist eine Institution im literarischen und politischen Leben des demokratischen Deutschland. Dazu hat ihn seine entschiedene Haltung als Antifaschist, radikaler Demokrat und demokratischer Sozialist ebenso gemacht wie seine große Produktivität und seine schriftstellerischen Fähigkeiten. Besonders in den letzten 15 Jahren hat er sich große Verdienste um die Vermittlung eines demokratischen Geschichtsbildes erworben. Die Erwartungen an Engelmanns kritische SPD-Geschichte sind also sehr hoch. Sie werden nur zum Teil erfüllt. Ohne Zweifel ist es ein schwieriges Unternehmen, die über 120jährige Geschichte der Sozialdemokratie mit ihren sozialen und ideologischen Entwicklungen, mit ihrem Handeln und ihren Motiven, eingebettet in den gesamthistorischen Prozeß so populär und lesbar aufzubereiten, daß der Leser weder in einem Meer von Details ertrinkt noch die trockene Kost eines groben und abstrakten Leitfadens vorgesetzt bekommt.

Engelmann ist es gelungen, die großen Linien der Entwicklung der Arbeiterbewegung und dann der SPD mit farbigen Details so anzureichern, daß ein spannend geschriebenes Buch entstanden ist. Neben der häufigen Einbeziehung von Quellentexten (Parteiprogramme, Reden, Briefe) in die Darstellung tragen dazu die zahlreichen lebendigen Porträts der Parteiführer und -theoretiker (auch von heute nur noch wenig bekannten) bei, auf die Engelmann besonderes Gewicht gelegt hat.

Damit deutet sich auch schon an, daß wir es mit einer traditionellen, sehr auf die Führungen konzentrierten Organisationsgeschichtsschreibung zu tun haben. Zwar zeichnet Engelmann hin und wieder knapp die Lebensverhältnisse und Bewußtseinsstrukturen der Unterschichten und der Arbeiterklasse an einprägsamen Beispielen nach, aber eine durchgehende sozialgeschichtliche Fundierung fehlt. Die ökonomischen Verhältnisse, ohne deren Kenntnis weder die Herausbildung der Arbeiterbewegung noch deren ideologische und politische Entwicklung in den einzelnen Phasen voll zu verstehen sind, werden ebenso vernachlässigt wie die strategischen Konzeptionen und Aktivitäten der Gegenklasse, des Kapitals. Letztere tauchen nur indirekt im — dann wieder sehr ausführlich aber unsystematisch dargestellten — Handeln einzelner bürgerlicher Parteien und Politiker auf.

Nun haben auch organisationsgeschichtliche Darstellungen ihren Wert und der weitgehende Verzicht auf eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Grundlegung wäre allein noch kein hinreichender Anlaß für ein negatives Urteil. Aber auch dieser reduzierte Ansatz wird nicht durchgehalten. Ein wesentlicher Bestandteil jeder organisationszentrierten Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung ist das Aufzeigen ihrer ideologischen Entwicklung. Was Engelmann da bietet, ist allerdings entschieden zu dünn. Wenn man vom Lassalleanismus absieht, den er recht zutreffend charakterisiert, ist ihm keine Darstellung

der für die Parteigeschichte wichtigen Theorien — seien es die Ideen von Marx, Luxemburg, Kautsky, Bernstein oder Hilferding — gelungen. Meist versucht er erst gar nicht, ihren Inhalt zu vermitteln: »Da hatten also zwei gebildete Bürgersöhne aus wohlhabenden, königstreuen Familien bei Tee und süßem Gebäck, das ihnen Frau Jenny ... freundlich darbot, damit begonnen, dem Sozialismus mit Hilfe des dialektischen Materialismus ein wissenschaftliches Fundament zu legen.« (42) Wie dieses Fundament bei Marx und Engels aussah, erfährt man so gut wie überhaupt nicht. Man ist geneigt, Brigitte Brandts harscher Rezension im »Vorwärts« beizupflichten: »Nichts ist durchgearbeitet, gedanklich nicht und stilistisch auch nicht« — zumindest was den Aspekt der Theoriegeschichte bei Engelmann angeht.

Nun mag die Überlegung legitim sein, den Leser eines populären Sachbuchs nicht allzu sehr mit theoretischen Erörterungen zu beschweren. Was dann noch übrigbleibt, ist eine Darstellung und Bewertung der jeweiligen Programmatik und Praxis der Partei. Einen solchen — zum Teil recht materialreichen — Überblick gibt uns das vorliegende Buch. Mehr als problematisch ist allerdings die Bewertung, die die Parteigeschichte dabei erfährt. Zunächst einmal ist sie in sich völlig widersprüchlich. Das hat seinen Grund in Engelmanns Arbeitsweise. Für jeden Zeitabschnitt zieht er zwei oder drei Standardwerke heran, aus denen er ausführlich zitiert und deren Urteile er häufig unkommentiert stehenläßt. So kommt es, daß er beispielsweise in dem (übrigens mit am besten gelungenen) Kapitel über das Sozialistengesetz, das sich weitgehend an Mehring orientiert, dessen Auffassung von der Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung übernimmt, während er ein paar Seiten später der rechten Reformistin Hedwig Wachenheim zustimmt, die in ihrem — heute in vielem überholten — Werk das Gegenteil behauptet. Diese Methode zieht sich durch das ganze Buch. Mal wird die parteioffizielle Geschichtsschreibung Potthoffs und Millers übernommen, mal (besonders für die Zeit nach 1945) das genauso affirmative Bändchen von Detlef Lehnert. Auffällig ist bei diesem Puzzle nur, daß Engelmann die Zitierung neuerer marxistischer Literatur (namentlich aus der DDR) weitgehend vermeidet.

Diese Arbeitsweise bekommt zum anderen auch dem kritischen Anspruch dieses Buches nicht gut. Engelmann bewegt sich mit seiner Kritik der »Irrwege« der Sozialdemokratie durchaus im Rahmen des von der SPD-Führung heute Akzeptierten. Seine scharfe Kritik an der Erstickung der Novemberrevolution durch Ebert und Noske (die Kapitel über die Revolution und die Anfänge von Weimar sind trotz der Übernahme einiger Fehluurteile Sebastian Haffners sehr lesenswert), am Verhalten der SPD-Führung in Schicksalsstunden der Weimarer Republik (wie bei der Hindenburg-Wahl 1925 und dem Papen-Staatsstreich 1932) und schließlich an der kampflosen Kapitulation vor dem Faschismus wird beispielsweise auch von Willy Brandt in seiner Autobiographie geteilt, wenn auch nicht immer in dieser deutlichen Form. Sicherlich ist das Engelmannsche Buch kritischer als die parteioffizielle Darstellung von Müller/Potthoff, aber die Grundlinie der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, daß es für die SPD seit Beginn dieses Jahrhunderts darauf angekommen sei, die Selbstisolation als proletarische Klassenpartei zugunsten einer Mitarbeit im Rahmen des bürgerlichen Staates zum Zwecke seiner Demokratisierung und sozialen Ausgestaltung zu überwinden und dazu die sowieso nie recht ernst genommene revolutionäre Programmatik abzustreifen, diese Grundlinie eines integrationalistischen Selbstverständnisses schimmert auch bei Engelmann mehr als einmal durch.

Am unbefriedigsten sind die Kapitel über die Zeit nach 1945, in denen — bei aller Kritik des Restaurationsprozesses in den Westzonen — die These vertreten wird, die Abkehr von

Schumachers intransigenter Opposition und der Transformationsprozeß zu einer »fortschrittlichen demokratischen Volkspartei«, wie er in Godesberg seinen Abschluß fand, seien der richtige Weg gewesen, um über den notwendigen und taktisch klugen Zwischenschritt der Großen Koalition 1966-69 zur Regierungsübernahme zu gelangen. Indem Engelmann seine Darstellung mit der Kanzlerwahl Willy Brandts abbricht, erspart er sich, die Ergebnisse der Regierungstätigkeit der SPD, die ja wohl auch Resultat dieses Transformationsprozesses der Partei sind, zu bewerten. Sein letzter Satz, daß sich die SPD 1969 »zwar längst noch nicht am Ziel« sah aber »mit neuer Hoffnung in die Zukunft« blickte, hinterläßt beim Leser, der die 13jährige Regierungszeit der sozialliberalen Koalition noch im Gedächtnis hat, einen eigentümlichen Eindruck.

Das Buch ist — seinem Preis angemessen — gut ausgestattet. Zahlreiche Bilder und ein Register sowie einige Dokumente, deren Auswahlkriterium aber unklar ist, sind dem Band beigegeben worden. Es wimmelt allerdings von sachlichen Fehlern und von teilweise absurden Falschdarstellungen. Es finden sich alle Fehler aus der herangezogenen Sekundärliteratur wieder (so wird Scheidemann statt Ebert 1913 Parteivorsitzender, weil dieser Fehler bei Wachenheim steht; die berühmte Wehner-Rede zur außenpolitischen Wende wird vom 30. Juni 1960 auf den 30. Juli verlegt, weil schon Pirker dieses falsche Datum verwendet). Gravierender als diese Fehler, deren Liste sich erheblich verlängern ließe, sind allerdings völlig falsche Sachdarstellungen, wie etwa die Behauptung, die SPD habe die Volksbefragung zur Fürstenenteignung 1925 eigentlich initiieren wollen, die KPD sei ihr nur zuvorkommend oder die ebenso falsche Darstellung, der SPD-Parteitag 1907 habe Noskes Vaterlandsverteidigungskonzept gebilligt.

Trotz all dieser Einwände ist das Buch sicherlich dazu geeignet, einen ersten Einblick in die Geschichte der SPD zu vermitteln. Aber man hat schon bessere Bücher von Engelmann gelesen.

Heinz-Gerd Hofschens (Bremen)

**Robert C. Aldridge: Erstschnal!** Die Strategie des Pentagon für den Atomkrieg. Werkhaus-Verlag, München 1984

**Anton-Andreas Guha und Sven Papcke (Hrsg.): Der Feind, den wir brauchen, oder: Muß Krieg sein?** Athenäum Verlag, Königstein/Ts. 1985

Wer könnte genauer Auskunft über das größte Rüstungsprogramm der Weltgeschichte, Waffensysteme und Nuklearstrategie der USA geben als jemand, der selbst am Bau der Atomwaffen beteiligt, bei einem führenden Rüstungskonzern beschäftigt und mit den Geheimnissen dieses Wirtschaftszweiges vertraut war? *Robert C. Aldridge* hat 16 Jahre lang als Entwicklungsingenieur und Konstrukteur für Lockheed gearbeitet, aufgrund der dabei gewonnenen Erkenntnisse über den »militärisch-industriellen Komplex« (Präsident Eisenhower) sowie die Art und das Ausmaß der US-Atomrüstung gekündigt und sein Wissen der Friedensbewegung zugänglich gemacht. Herausgekommen ist eines der besten Bücher, die in den letzten Jahren über die wachsende Kriegsgefahr verfaßt wurden. Mit mehr Sachverstand und so eindringlich hat kein anderer Militärexperte die Rüstungsprojekte der Reagan-Administration, ihre aggressive Strategie und die dafür nötigen Waffensysteme beschrieben, geschildert, welche Gefahren für den Fortbestand (eines Großteils) der Menschheit damit verbunden sind, und nachgewiesen, daß der »Kreuzzug gegen den Kommunismus« kein bloßes Wortgeklänge, sondern bitter ernst gemeint und bis ins Detail durchgeplant (Computer-Simulation) ist. Unter dem Titel »Erstschnal!« verschafft der Autor dem Leser Einblick in die Welt der Rüstungsplaner und Militärstrategen des mächtigsten Staates dieser Erde, klärt über die ökonomischen und sozialen Hintergründe des

Konfrontations-, Boykott- und Kriegskurses der US-Regierung auf. Aldridge erbringt den Nachweis, daß der Moment nicht mehr fern ist, wo der Wunschtraum hoher US-Politiker, die UdSSR militärisch bezwingen und niederringen zu können, in Erfüllung gehen könnte. Die fieberhaften Rüstungsanstrengungen der Reagan-Administration lassen befürchten, »daß die Vereinigten Staaten bis Ende der 80er Jahre teilweise die Fähigkeit erlangt haben, einen entwaffnenden, kampfunfähig machenden und nicht beantwortbaren Erstschlag gegen die Sowjetunion zu führen« (44).

Im besten Sinne populärwissenschaftlich ist die Darstellung der militärtechnischen Grundlagen dessen, was Aldridge das »Erstschlag-Syndrom« nennt. Einzelne Waffensysteme der USA erscheinen nunmehr in einem ganz neuen Licht, andere ergeben jetzt überhaupt erst einen Sinn. Möglich machen sollen den Erstschlag die Präzisionsraketen vom Typ Pershing II, MX und Trident II, ergänzt durch um die Sowjetunion herum stationierte Bomber-Geschwader. Mit dem 1988 voll einsatzfähigen Satellitensystem NAVSTAR werden die US-Raketen nicht nur noch zielgenauer (und damit für den Erstschlag geeigneter), sondern läßt sich erstmalig auch feststellen, ob ein Raketensilo des Kriegsgegners getroffen ist oder Zielobjekt eines Zweitschlages sein muß. In diesem Zusammenhang kommt auch den relativ langsamen, nicht auf einer ballistischen Bahn fliegenden Cruise-Missiles eine wichtige Aufgabe zu: Sie können selbst dann noch verbunkerte Silos »knacken«, wenn Interkontinentalraketen aufgrund des durch Atomexplosionen über dem Zielgebiet ausgelösten elektromagnetischen Impulses (EMP) nicht mehr detonieren, aber auch nicht zum Gegenschlag starten würden.

Weiter räumt Aldridge mit der Vorstellung auf, daß die U-Boote der Gegenseite Sicherheit vor einem Überraschungsschlag bieten, weil sie in der Lage sein würden, atomare Vergeltung zu üben. Die USA geben für Forschungsarbeiten zur U-Boot-Ortung und -Bekämpfung dreimal soviel Geld aus wie für die Krebsforschung und haben entsprechende Fortschritte auf jenem Gebiet gemacht. Ihnen steht ein ganzes Arsenal von Waffen zur Verfügung, mit denen sich die sowjetischen U-Boote ausschalten lassen. Am meisten Erfolg versprechen Sensoren in Weltraumfähren, die U-Boote bzw. deren Wärmespur entdecken und ihr folgen. Die Weltraumwaffen (SDI) wiederum betrachtet Aldridge nicht isoliert, sondern bringt sie in Verbindung mit anderen Waffensystemen, die eindeutig Offensivcharakter haben. Sie bilden womöglich den letzten Baustein im Erstschlagskonzept, der die eigene Verwundbarkeit minimiert.

Aldridge ist durch seine Beschäftigung mit Rüstungsfragen für gesellschaftspolitische Problemstellungen sensibilisiert worden. Er wendet sich nicht nur gegen den Militarismus, sondern auch gegen dessen mächtige Basis, die großen Monopole: »Die amerikanischen Konzerne haben Ausmaße angenommen, bei denen die menschlichen Bedürfnisse zurücktreten und gesetzliche Bestimmungen ihren Wert verloren haben. Das einzige Erfolgskriterium ist für sie der Gewinn.« (352) Eine Gesellschaft, in der Politiker genauso gut käuflich sind wie Killer, ist nur begrenzt friedensfähig. Sie braucht Feindbilder, um selbst friedlich zu erscheinen und ihre Kriegsvorbereitungen rechtfertigen zu können.

Auch wenn man einige der strategischen Schlußfolgerungen, die Aldridge aus seiner scharfsinnigen Analyse der Rüstungsökonomie für den Friedenskampf zieht — etwa den Aufruf zum Konsumverzicht als Maßnahme gegen die »Verschwendungsgesellschaft« —, für unwirksam hält, entläßt Aldridge den Leser nicht in Resignation.

Kriege sind nicht nur ein politisches und (militär)technisches Phänomen, sondern auch ein ideologisches Problem. Den psychologischen Hintergrund der Kriegsplanungen des Pentagon erhellt der von *Anton-Andreas Guha* und *Sven Papcke* herausgegebene Sam-



melband. Leider stellt er ein Gemisch unterschiedlichster, nicht aufeinander abgestimmter Beiträge dar. Hervorgehoben zu werden verdient jedoch der Aftikel Norman Solomons »Die UdSSR — Der Feind, den Amerika braucht«. Hier erfährt der Leser interessante Details über die Manipulationsmechanismen, mit denen der Dritte Weltkrieg in den Köpfen der US-Bürger vorbereitet wird.

In der Bundesrepublik Deutschland, wo man des Antiamerikanismus geziehen wird, wenn man Kritik am gigantischen Rüstungsprogramm der US-Regierung übt, die im Kongreß nicht nur von Demokraten, wie Edward Kennedy, zu hören ist, fällt es schwer, die atomare Erstschlagskonzeption des Pentagon zu thematisieren. Und doch, gibt es nicht zu denken, daß ein New Yorker Professor von seiner Regierung als »der größten terroristischen Vereinigung der Welt« spricht? Obwohl er beiden »Supermächten« die Schuld am Wettrüsten gibt, kommt Solomon zu dem Ergebnis, »daß die größte Bedrohung für die Menschheit gegenwärtig von den Vereinigten Staaten ausgeht« (170). Der Friedensbewegung rät er, die atomare Rüstung nicht von ihrem »globalen politischen Kontext« zu lösen und den Kampf gegen die Antikommunismus/Antisowjetismus aufzunehmen. Nur wenn sie mithilfe, »die traditionellen Stereotype des Rußlandbildes« aufzubrechen und Ressentiments gegenüber der Sowjetunion abzubauen, könne sie langfristig Erfolg haben. »Solange die Sowjetunion zum 'Feind' gemacht wird, geht auch der Kalte Krieg und mit ihm der Marsch in den atomaren Krieg weiter.« (166)

Christoph Butterwegge (Berlin/West)

## Über die Autoren/Autorinnen

- Albers, Detlev**, geb. 1943; Hochschullehrer an der Univ. Bremen, Fachbereich Arbeitslehre/Politik. Arbeitsgebiet: Politische Theorie des Marxismus. Veröffentlichungen u.a.: *Demokratie und Sozialismus in Italien* (1978); *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980); *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983). Mitglied in SPD und GEW, Mitherausgeber der *spw*.
- Albrecht, Heinz**, geb. 1910; kfm. Lehre, nach 1945 im Dienst des Landes Berlin. 1929 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, 1931 SPD, Ende 1931 SAPD, 1933/34 Inhaftierung KZ Oranienburg und SAP-Widerstandsarbeit in Berlin-Charlottenburg; nach 1945 SPD, Delegierter zum Landesparteitag der SPD Berlin von 1946 bis 1954, 1952/53 stellv. Vorsitzender der SPD Charlottenburg. Gründungsmitglied des Marxistischen Arbeitskreises in der SPD Berlin. Mitherausgeber der *spw* und heute aktives Mitglied des Theater-Ensembles »Berliner Companie«.
- Axt, Hans-Jürgen**, geb. 1946; Privatdozent am Institut für Soziologie der TU Berlin. Veröffentlichungen u.a.: *Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa* (1978); *Die PASOK — Aufstieg und Wandel des verspäteten Sozialismus in Griechenland* (1985). Mitglied in SPD und ÖTV.
- Bimboes, Detlef**, geb. 1946; Dipl.-Biologe. Arbeitsgebiet: Schadstofftoxikologie. Mitglied in SPD, ÖTV und Touristenverein »Die Naturfreunde«.
- Blume, Jürgen**, geb. 1960; Studium der Germanistik und Geschichtswissenschaften an der FU Berlin, Mitglied der HBV, des Kreisvorstandes der Jungsozialisten Berlin-Charlottenburg und der *spw*-Redaktion.
- Brauner, Renate**, geb. 1956; Studium der Ökonomie, Referentin bei der Arbeiterkammer Wien. Mitglied der Sozialistischen Jugend Österreichs (SJ) und der SPÖ.
- Butterwegge, Christoph**, geb. 1951; Lehrbeauftragter an der Univ. Duisburg u. Münster. Veröffentlichung u.a.: *SPD und Staat heute* (1979), 1974/75 Ausschluss aus der SPD, 1983 Wiederaufnahmeantrag; Mitglied im Arbeitsausschuss des Bremer Friedensforums.
- Fuchs, Katrin**, geb. 1938; MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses und der Kommission Sicherheitspolitik des SPD-Parteivorstandes.
- Häupl, Michael**, geb. 1949; Biologe, Gemeinderat der Stadt Wien und Abgeordneter zum Wiener Landtag, Kommunalpolitischer Referent der SPÖ, bis 1984 stellv. Bundesvorsitzender und Wiener Landesvorsitzender der Jungen Generation in der SPÖ. Veröffentlichungen zu Ökologie, Austromarxismus, Philosophie, Theorie und Praxis der SP-Linken.
- Heidenreich, Frank**, geb. 1956; Staatsexamen in Geschichte und Politikwissenschaft, z.Zt. Doktorand und Stipendiat der FES. Veröffentlichung u.a.: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied in SPD, GEW und SJD-Die Falken, Mitglied der *spw*-Redaktion.
- Hofschien, Heinz-Gerd**, geb. 1949; wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Weiterbildung der Univ. Bremen. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Wirtschaftspolitik. Mitglied in GEW, BdWi und SPD.
- Holl, Hans**, geb. 1950; ohne Parteibuch, ohne Gewerkschaftsbuch, freischaffender Künstler. Arbeitsgebiete: in Arbeit sind derzeit zwei Kinderbücher, ein Artikel »intime — der Wechsel Joseph Beuys«, und ein Artikel, der die Friedensbewegung auffordert, die Frage zu beantworten: »Frieden — wozu?«
- Jehle, Peter**, geb. 1954; Studium von Deutsch und Französisch an der FU Berlin.
- Klotz, Johannes**, geb. 1952; Lehrer, seit 1983 Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Univ. Marburg. Arbeitsgebiete: Arbeiterbewegung und Didaktik der politischen Bildung. Mitglied in GEW und BdWi.
- Kalleicher, Vera**, geb. 1948; kfm. Angestellte, IGM-Vertrauensfrau, stellv. Vorsitzende der IGM-Ortsfrauenausschusses Hamburg; Delegierte zur 12. IGM-Frauenkonferenz 1985. Mitglied der SPD.
- Kunzl, Andrea**, geb. 1958; Studium der Soziologie. Mitgl. der SPÖ; Funktionärin der »Jungen Generation (JG)« in der SPÖ.
- Müller, Michael**, geb. 1948; Dipl.-Betriebswirt. MdB und Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion in Düsseldorf. Mitglied in SPD, GEW und AWO.
- Möller, Gerwin**, geb. 1961; Student der Politikwissenschaften, Juso-Landesvorsitzender Bremen. Mitglied in SPD, ÖTV, AWO und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
- Müller, Petra**, geb. 1956; Studium der Bautechnik und der Geschichte an der Univ. Hamburg, Lehrerin. Mitglied in IG Metall, SJD-Die Falken, SHB und SPD. 1982 bis 1983 im Bezirksvorstand der Jungsozialisten Hessen-Süd.
- Neumann, Kurt**, geb. 1945; Rechtsanwalt. Mitglied in ÖTV und SPD, 1974 bis 1976 Vorsitzender Berliner Jungsozialisten. 1981 bis 1985 und seit März 1986 Mda von Berlin.
- Nordhoff, Hans-Bernhard**, geb. 1947; Dipl.-Biologe und Kulturreferent der Stadt Kassel. Publikationen zur Gen- und Biotechnologie. Mitglied in GEW, SPD und des Landesvorstandes der bayr. SPD.
- Pausch-Gruber, Ursula**, geb. 1933, Journalistin, Mitglied des Bayr. Landtags, des Rundfunkrates beim Bayr. Rundfunk, stellv. ASF-Bundesvorsitzende. Mitglied der SPD und des DJV.
- Peter, Lothar**, geb. 1942; Hochschullehrer im Studiengang Sozialwissenschaften der Univ. Bremen. Arbeitsgebiete: Soziologie sozialer Bewegungen, Klassenanalyse. Veröffentlichung u.a.: *Das Französische Experiment* (zus. m. F. Deppe u. J. Becker; 1985). Mitglied in GEW, BdWi und DKP.
- Rix, Christiane**, geb. 1953; Dipl.-Politologin, wiss. Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Univ. Hamburg. Mitglied in SPD und GEW sowie der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung.
- Strieder, Peter**, geb. 1953; Richter am Arbeitsgericht Berlin. Mitglied der SPD und ÖTV.
- Weinzen, Hans-Willi**, geb. 1953; Dipl.-Politologe, tätig in der Politischen Bildung. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der deutschen Arbeiterbewegung, Parteien und Verbände. Veröffentlichungen u.a.: *Gewerkschaften und Sozialismus* (1982); *Viktor Agartz. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft* (1985). Mitglied in SPD und GEW.
- Wolf, Klaus-Peter**, geb. 1951; Journalist, Mitglied im geschäftsf. Kreisvorstand der SPD-Charlottenburg. Mitglied in IG Druck und Papier, Mitherausgeber der *spw*.

# Die Neue Gesellschaft

---

# Frankfurter Hefte

*Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus*

Herausgeber:

Walter Dirks, Eugen Kogon, Heinz Kühn,  
Johannes Rau, Heinz O. Vetter,  
Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner

Thema des Januar-Heftes:

## **Antiamerikanismus und Antikommunismus**

mit Beiträgen von

**Egon Bahr · Klaus Bloemer · Erhard Eppler ·  
Peter Glotz · Peter W. Schulze ·  
Berndt von Staden · Hermann Weber**

**Hermann Glaser:**

Vom sadistischen Staat

**Alexander Drexler:**

Chancen der informationellen Vernetzung

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE  
erscheint monatlich, kostet im Jahresabonnement DM 66,—  
zuzügl. Versandkosten.

Abonnements und Probehefte:

Redaktion

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2

**wieder lieferbar!**

Josef Hindels

# Marxismus und Gegenwart

Mit einem Vorwort von Kurt Neumann und Ernst Nedweg  
herausgegeben vom spw- und SPÖ-Verlag

Professor Josef Hindels, einer der engagiertesten Vertreter der Weiterentwicklung austromarxistischer Vorstellungen innerhalb der SPÖ, hat es auf mehrfachen Wunsch von Seminarteilnehmern und sozialistischen Bildungsfunktionären übernommen, in dieser Broschüre herauszuarbeiten, was undogmatischer Marxismus eigentlich ist und wie einige gesellschaftliche Probleme der Gegenwart aus marxistischer Sicht einzuschätzen sind.



Wir betrachten diese Broschüre als eine aktuelle Einführung in die marxistische Vorstellungswelt über den Weg zum Sozialismus, damit aber auch als eine Herausforderung zur Diskussion von gesellschaftlichen Grundfragen unserer Zeit.

2. Auflage

143 Seiten, 9,- DM (über spw-Vertriebsagenten 6,- DM)

ISBN 3-922489-07-9

**spw-Vertrieb · Tegeler Straße 6 · 1 000 Berlin 65**